

In diesem Heft

Editorial

Essay

ELLEN MEIKSINS WOOD
Intellektuelle und Universalismus 7

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

GOTTFRIED STIEHLER
Offenheit gesellschaftlicher Entwicklung 13

ARNDT HOPFMANN, INGO SCHMIDT
Wirtschaftliche Entwicklungstrends, neoliberale Politik
und Kapitalstrategien 21

Das Interview

STEFAN AMZOLL
Hans-Eckardt Wenzel:
Was war dieses Jahrhundert eigentlich? 30

Realsozialistische Kommunistenverfolgung

WOLFGANG GEHRCKE
Über Kenntlichkeit und Unkenntlichkeit –
Marxismus und Stalinismus 50

WLADISLAW HEDELER
Die Szenarien der Moskauer Schauprozesse 1936 bis 1938 58

CHRISTIANE REYMANN
Intellektuelle und die Moskauer Prozesse 76

REINHARD MÜLLER
Der Antikomintern-Block –
Prozeßstruktur und Opferperspektive 82

ALEXANDER WATLIN Die Technologie stalinistischen Terrors. Neue Aspekte	96
SORJA SEREBRIJAKOWA Die Heldentat von Martemjan Nikitisch Rjutin	103
MANFRED BEHREND Stalins Konterrevolution in Spanien und der gescheiterte Schauprozeß von Barcelona	110
GERHARD ZWERENZ Verräter und Agenten – Denunziation als politisches Kampfmittel	114
THOMAS KLEIN Widerstand und Verfolgung von Kommunisten während der Stalinisierung der SED 1946-1951	123
HERBERT MAYER Parteisäuberungen in der bundesdeutschen KPD – Ein westdeutsches Fallbeispiel	134
JÖRN SCHÜTRUMPF Der geplante »deutsche Industrieprozeß«. Eine Fußnote	143
VOLKMAR SCHÖNEBURG Gesetzlichkeit und Parteilichkeit: Herrschende Rechtsauffassung und Herrschaftssicherung in der DDR	148
JÜRGEN HOFMANN Zur Auseinandersetzung mit der Hohenschönhausener Gedenkstätte für die Opfer des Stalinismus	158
MICHAEL SCHUMANN Zur Auseinandersetzung der PDS mit dem stalinistischen Erbe	164
Konferenzen & Veranstaltungen	
GREGOR SCHIRMER Marxismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert – Bilanz und Perspektive. Konferenz vom 14. bis 16. März in Hannover	169
STEFANIE EHMSSEN, ALBERT SCHARENBERG »Entstehung und Durchsetzung des Stalinismus« – Ein Seminarbericht	174
Festplatte	
WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	177

Bücher & Zeitschriften

- Bernd Senf:
Der Nebel um das Geld.
Zinsproblematik – Währungssysteme – Wirtschaftskrisen.
Ein Aufklärungsbuch,
Gauke Verlag Lütjenburg 1996
(ULRICH BUSCH) 180
- Tobias Debiel/ Franz Nuscheler (Hg.):
Der neue Interventionismus.
Humanitäre Einmischung zwischen Anspruch und
Wirklichkeit. EINE Welt – Texte der Stiftung
Entwicklung und Frieden. Bd. 1,
Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger Bonn 1996
(STEFAN BOLLINGER) 183
- Ursula Hermann(Hrsg.):
August und Julie. Briefe einer Ehe,
Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger Bonn 1997
(HANNA BEHREND) 185
- Werner Rügemer:
Wirtschaft ohne Korruption?
Fischer Taschenbuch Verlag
Frankfurt/M. 1996
(ARNDT HOPFMANN) 187
- Herbert Schui/ Eckart Spoo (Hrsg.):
Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland.
Unter Mitarbeit von Rainer Butenschön,
Friedrich Heckmann und Heinz in der Wiesche,
(Distel Hefte – Beiträge zur politischen Bildung Band 30)
Distel Verlag Heilbronn 1996
(FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER) 189
- Impressum
Hinweise an unsere Autorinnen und Autoren 192

Editorial

Obwohl das Anti-Stalinismus-Referat auf dem Sonderparteitag der SED Anfang Dezember 1989 ein zentrales Stück Gründungskonsens der PDS konstituierte, bestehen in der PDS erhebliche Zweifel fort, ob es überhaupt angehe, den Begriff des Stalinismus im Zusammenhang mit der Beschreibung des realen Sozialismus zu verwenden; hält sich hartnäckig die Auffassung, Stalinismus sei ein »Kampfbegriff« des »Gegners«; und wird mit Bezug darauf kaum weniger hartnäckig gefordert, man solle doch, ehe man die Diskussion vertiefe, erst einmal definieren, was unter Stalinismus eigentlich zu verstehen sei.

Bundesvorstand und Geschichtskommission der PDS haben sich mit einer Konferenz am 21. Juni 1997 glücklicherweise darauf besonnen, daß die Definition eines gesellschaftlichen Zusammenhangs schwerlich am Anfang des entsprechenden Klärungsprozesses stehen, sondern vielmehr – wenn überhaupt – erst in dessen Resultat gefunden werden kann. Also wurde – wie im vorliegenden Heft von »UTOPIE kreativ« in vollständiger Dokumentation der Redebeiträge nachzulesen ist – am 21. Juni nur sehr selten definiert und »eingordnet«, dafür aber umso mehr die berühmte »Kärnerarbeit« geleistet. (Und es hat selbstverständlich sehr viel mit Stalinismus zu tun, daß diese Kärnerarbeit erst jetzt, nach dem Untergang der Sowjetunion und der DDR, wirklich geleistet werden kann; denn alle – ihrer Selbsteinschätzung zufolge – vom Stalinismus »gereinigten« Parteien und Parteiführungen dieser beiden Länder haben es zugelassen [die Parteien] und gewollt [nur ihre Führungen?], daß alles die stalinistischen Verbrechen konkret Dokumentierende unter unheiligem Verschluß blieb und die überlebenden Augenzeugen, wenn sie im Lande blieben, »um der Sache willen« schwiegen.)

Kärnerarbeit also zu einem zentralen Kapitel stalinistischen Alltags: der Verfolgung von Kommunisten durch Kommunisten. »Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen« war die Konferenz thematisiert – hieß das wirklich, wie mancher argwöhnte, Nichtgleichsetzbares gleichsetzen zu wollen? Gewiß: Die Zahlen der Toten, sie sind von unterschiedlicher »Größenordnung«. Aber die Methoden und Ziele der Verfolgung, die ihr zugrunde gelegten Politiken und Ideologien: Sie glichen sich – wie wir seit dem 21. Juni noch genauer wissen. Und waren – wie auf der Konferenz mit vielen neuen Details vor allem aus den Archiven des Politbüros des ZK der KPdSU in bisher wohl seltener Stringenz dargestellt wurde – nicht zeitweilige »Verirrung«, sondern Konstituante des Realsozialismus.

Die so lange geheimgehaltenen Dokumente bringen es an den Tag: Auch die letzten Bastionen eines »Ja, aber«, mit dem sich Millionen von Kommunisten und Sozialisten einen Schutzschild aufzurichten versuchten gegen das Wissen von den Ungeheuerlichkeiten der Kommunistenverfolgungen in der Sowjetunion, müssen fallen. Die eine dieser Bastionen: die äußere Bedrohung der Sowjetunion. Daß es sie gab: kein Zweifel. Aber sie spielte keine Rolle im Politbüro bei der Begründung der dort beschlossenen Verhaftungswellen, war vielmehr von Beginn an nur Propagandainstrument, gerichtet einzig auf die Rechtfertigung des Terrors. Und die andere: die Auffassung, es könne beim Terror in der Sowjetunion weniger plan- und industriemäßig als im faschistischen Deutschland zugegangen sein. Das Politbüro hat geplant – und den Terror zum Bestandteil der Wirtschaftsentwicklung gemacht.

Und in der DDR? Immer deutlicher wird, warum die kommunistischen und andere linke Westemigranten und »Abweichler« als Hauptfeinde behandelt und kritische und unangepasste Sozialdemokraten aus der jungen SED »hinausgesäubert« wurden: Sie zuerst hatten gewarnt – oder hätten später warnen können – vor den Gefahren einer schematischen Übertragung sowjetischer Staats- und Gesellschaftsaufbaumethoden auf die DDR. Und damit wäre der Führungsgruppe um Ulbricht, die von vornherein so unerhört belastet war durch ihr Eingezwängtsein in das unerträgliches Wissen um den Terror in der Sowjetunion und ihre eigene Rolle während der Vernichtung tausender deutscher Emigranten, der Boden unter den Füßen weggezogen worden. Also reagierte diese Führungsgruppe logisch: Von Beginn an konzentrierte sie einen erheblichen Teil all ihrer Kraft darauf, die grausamen Geheimnisse zu wahren – und produzierte neue, der Lage geschuldet zunehmend subtilere Formen der Ausschaltung und Unterdrückung Andersdenkender. –

Die Konferenz vom 21. Juni bietet die Chance zu weiterem Augenöffnen. Sie hat dem trauernden Nachdenken neuen Raum gegeben, und sie kann der PDS ein weiteres Stück Zukunftsfähigkeit verschaffen. Denn es sind keine neuen sozialistischen Visionen zu entwickeln, wenn dem stalinistischen Realsozialismus nicht immer tiefer auf den Grund gegangen wird. Es braucht einen für viele noch immer längst nicht zu Ende gegangenen Weg zu begreifen, wie sehr die sozialistische Alternative durch den Stalinismus diskreditiert ist. Wie schnell trifft mancher heute die Feststellung, es sei überraschend, daß sich gegen Neoliberalismus und Anschlußungerechtigkeiten keine Massenbewegung entwickelt. Und dabei ist der Zusammenhang zwischen dem einen und dem anderen doch so offensichtlich.

Stalinismus – das war auch die Vernichtung vieler Ansätze und Ideen zu einem wirklich emanzipatorischen Sozialismus. Diese wiederzuentdecken, ihre Trägerinnen und Träger dem Vergessen zu entreißen, bleibt ein anderes wichtiges Feld der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

»UTOPIE kreativ« wird sich – z.B. im kommenden (September-) Heft – mit einigen Nachträge zur Konferenz vom 21. Juni, die schriftlich eingereicht, aber nicht gehalten wurden, an dieser Arbeit weiter beteiligen.

ELLEN MEIKSINS WOOD

Intellektuelle und Universalismus

»Post-Marxismus, Post-Modernismus, Post-Strukturalismus und ähnliche Denkrichtungen haben alle auf ihre Weise – unabhängig davon, worin die Absichten ihrer Verfechter bestanden – dazu beigetragen, die Distanzierung von umfassenden Projekten menschlicher Emanzipation, insbesondere vom Marxismus, zu befördern. Jede dieser »Meta-Verheißungen« ... wird als gefährliche Illusion denunziert. Allen großen Entwürfen sozialer Erneuerung wird, wie begründet und berechtigt sie auch immer sein mögen, mit Mißtrauen, Feindschaft und Verleumdung begegnet. Dies war schon immer ein wesentliches Element konservativen Denkens, aber in der Gegenwart findet sich diese Haltung auch mehr und mehr bei der intellektuellen Linken. Der Zeitgeist legt heute das Augenmerk auf partielle, lokale, fragmentierte, besondere Ziele und wendet sich gegen universelle, die »Totalität« umgreifende Visionen.«

Ralph Miliband in: »Socialism for a Sceptical Age«

Der Rückzug vom Universalismus und von allen universellen Projekten menschlicher Emanzipation ist unbestritten ein dominierendes Merkmal der heutigen intellektuellen Linken, aber es ist keineswegs selbstverständlich, daß dies so sein muß. Gerade für die Epoche, in der wir leben, ist doch die Universalität des geschichtlichen Augenblicks besonders typisch. Das erste Mal seit Menschengedenken können wir von einer tatsächlich universellen Geschichte sprechen – und zwar universell sowohl in Hinblick auf ihre Globalität als auch in bezug auf die ihr zugrunde liegende, alles beherrschende Systemlogik; die Logik des Kapitalismus ist in die letzten Winkel unseres Daseins eingedrungen. Daher ist es genau jetzt angezeigt, auf Ideen mit universellem Anspruch zurückzugreifen – auf Ideen, deren universeller Anspruch zu der Zeit, als sie entstanden, viel weniger durch die historische Situation begründet war als heute. Die eigentliche Frage lautet deshalb: Warum haben sich die geistigen Strömungen genau entgegengesetzt zur Bewegungsrichtung des Geschichtsprozesses entwickelt?

Worin liegen die Ursachen für dieses »postmoderne« Paradox? Sie liegen wesentlich im Kapitalismus selbst begründet. Der Kapitalismus, mit den ihm eigenen expansionistischen Imperativen, war die einzig entscheidende Kraft, die zur Globalisierung und Homogenisierung der Geschichte geführt hat. Daher kann der linke Anti-Universalismus vor allem als Reaktion gegen den kapitalistischen Allgemeinheitsanspruch und die dazugehörigen Imperia-

Ellen Meiksins Wood – Britin, Professorin für Politische Wissenschaft an der York-University in Toronto, Kanada, war lange Jahre Redaktionsmitglied von »new left review« und ist gegenwärtig Mitherausgeberin der Jahrbücher »Socialist Register«, veröffentlichte in der BRD u.a. »Die Trennung von Ökonomie und Politik«, in: Das Argument, Nr. 131 (1982), »Moderne, Postmoderne oder Kapitalismus« in: Der Kapitalismus und das Informationszeitalter, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 12/1996 – der vorliegende Beitrag beruht auf einem Vortrag auf dem Internationalen Seminar »Socialism in an Age of Global Capitalism«, das zu Ehren von Ralph Miliband am 24. Juni 1995 an der London School of Economics veranstaltet wurde. Er erschien erstmals in der englischen Zeitschrift »Imprints«, 1(1996)1, S. 65-71.

»Von Bloch gibt es das Wort vom Dunkel des gelebten Augenblicks; von da ist es nicht weit zu dem Problem des Zeitgeists, nicht als feuilletonistischer Operation, sondern realiter, als der atmosphärische Verbund in einem um Grenzen unbekümmerten Zeit-Raum, welcher ein Denken, ein Handeln heraufführt, das als notwendig erscheint, ohne daß es seiner Folgen so gut wie seiner Gründe und Antriebe inne wäre.«
Friedrich Dieckmann im Gespräch mit Gunnar Decker »Die Fremdheit des Wanderers und die Zukunft der Langsamkeit«, in: neue deutsche literatur, Heft 3/97, S. 98.

lismen verstanden werden. Wenn dieser Umstand für das Verhalten gegenüber dem Kapitalismus prägend ist, könnten wir zwar beklagen, daß dies ineffektiv ist oder daß der Kapitalismus leichtes Spiel gegen eine fragmentierte Opposition hat oder daß damit nicht einmal eine Grundlage für partielle Gegenstrategien gegeben ist, die doch damit gerade befördert werden sollen. Aber immerhin wäre die Absicht doch anti-kapitalistisch.

Allerdings liegen die Dinge nicht so einfach. Das ganze Credo des postmodernen Anti-Universalismus besteht darin, daß es heute vermeintlich keine ›Totalität‹ des Systems mehr gibt. Aber was ist Kapitalismus dann, wenn er kein allumfassendes Ganzes darstellt? Tatsächlich hat der Kapitalismus in seinen aktuellen ›konsumistischen‹ Varianten eine Art Fragmentation oder zumindest eine Segmentierung der Märkte, eine Differenzierung des Konsums, der Lebensstile usw. hervorgebracht. So konnte für einen kurzen Augenblick, der nun zu Ende zu gehen scheint, der Eindruck entstehen, daß die Differenzierung im Bereich der ›Lebensstile‹ und der Konsummuster das Vorherrschende gegenüber der Tendenz zur Homogenisierung im Zuge kapitalistischer Expansion ist. Diese Wahrnehmung erklärt zum großen Teil die postmoderne Sicht auf das Universalitätsproblem, die daher rührt, daß die an der Oberfläche schillernde Vielfalt der sogenannten Lebensstile die dahinter verborgene Logik des kapitalistischen Systems verdunkelt hat, so daß der Trend zur Differenzierung den zur Vereinheitlichung zu dominieren schien. So gesehen sind die intellektuellen Ergüsse der Postmoderne nichts als die theoretische Selbstreflexion des Konsumkapitalismus.

Wenn dies richtig ist, dann ist postmoderner Anti-Universalismus keineswegs eine für linke Intellektuelle angemessene Form der Kritik des Kapitalismus. Statt dessen handelt es sich wohl mehr um ideologische Anpassung. Und diese nutzt wenig gegen die kapitalistische Wirklichkeit, wie sie von jenen erfahren wird, die mehr unter den systemischen Kosten leiden müssen als sie an den konsumistischen Vorzügen teilhaben können. Heute jedoch, wo der Kapitalismus dabei ist, in eine neue, brutalere und weniger schimmernde Phase seiner Entwicklung einzutreten, sind diese intellektuellen Verrenkungen eine völlig überholte, unangebrachte Form von Anpassung.

Wenn schon nicht mit diesem Ansatz, vielleicht läßt sich das Paradox dann aus den spezifischen historischen Umständen des Daseins der Intellektuellen erklären. Man könnte dazu zweifellos eine ganze Reihe besonderer Bedingungen des heutigen akademischen Lebens anführen, aber ich möchte etwas weiter ausholen, um die historischen Bedingungen zu erhellen, die möglicherweise das Denken der Menschen über das Verhältnis von Ganzheitlichkeit und Partikularismus, von Universalismus und Relativismus überhaupt berühren.

Universalismus und Demokratie

Am Anfang als ich begann, die Geschichte politischen Denkens zu lehren, schien es mir ziemlich einleuchtend, daß eine wirklich radikale und demokratische politische Theorie irgendwie relativistisch sein müßte. Wenn wir z.B. zurück zum Beginn der ganzen Debatte gehen, treffen wir auf Plato, der sich gegen Demokratie mit der Anrufung universeller und absoluter Prinzipien wendet.

Der Sophist Protagoras verteidigte die athenische Demokratie dagegen mit dem Verweis auf eine Art anthropologischen Relativismus. Für Plato leitete sich die Legitimation von Herrschaft aus der Verfügung über eine besonders herausragende Art von Wissen, von Zugang zu universellen Wahrheiten, der für den Normalbürger verschlossen ist, ab. Die zivilisatorischen Tugenden des Bürgers waren demgegenüber bei Protagoras sehr viel gewöhnlicher und konventionell angelegt. Jedes Gemeinwesen hatte danach seine eigenen Gesetze und Bräuche, die auch von seinen gemeinen Mitgliedern im Zuge der Sozialisation erlernt wurden, genauso wie sie ihre Muttersprache erlernten. Wie wir von Plato selbst wissen, hat deshalb Protagoras entschieden darauf bestanden, daß die Athener auch Schuhmachern und Grobschmieden das Recht auf Teilhabe am politischen Entscheidungsprozeß gewährten.

Heute stehe ich zwar nach wie vor auf der Seite von Protagoras, und doch fühle ich mich herausgefordert, den Universalismus gegen den postmodernen Relativismus zu verteidigen. Meine Position ist jetzt die, daß für eine wirklich radikale und demokratische Sozialtheorie universelle Prinzipien unabdingbar sind, ja selbst jene partikularistischen Emanzipationsprojekte, die von den Postmodernisten so gern gehätschelt werden, müssen in sich inkonsistent bleiben, wenn sie sich nicht wenigstens insgeheim universalistischer Ansätze vergewissern. Teil der Lösung des Problems ist sicherlich auch, daß sich der Relativismus von Protagoras – seine Achtung gegenüber den Unterschieden zwischen den Menschen, der Alltagsweisheit und der kulturellen Verschiedenheit – und die Art von Universalismus, die dem marxistischen Projekt eigen ist, und des Wissens, dessen es für seine Durchführung bedürfte, nicht unvereinbar sind. Auf jeden Fall stellen der Relativismus des Protagoras und der Marxsche Universalismus so etwas wie eine notwendige gegenseitige Ergänzung dar. Eine Berechtigung des Marxismus bestand für mich immer darin, daß es trotz anerkannter individueller und kultureller Unterschiede einige allgemeine Bedingungen für ein gutes und selbstbestimmtes Leben aller Menschen gibt, die nur im Sozialismus verwirklicht werden können. Ich bin überzeugt, daß diese Art von Universalismus die Wesenszüge der menschlichen Natur in Rechnung stellen muß, eine Auffassung, die für viele Marxisten befremdlich ist – aber das ist eine andere Geschichte.

Auf jeden Fall sind wir hier bei einer historischen Frage angelangt: welche Umstände haben Plato dazu gebracht, daß die Berufung auf universelle Prinzipien ihm als naheliegende Strategie zur Verurteilung der Demokratie erschien? Es liegt auf der Hand, daß im besonderen politischen Klima der athenischen Demokratie mit ihrer Atmosphäre von öffentlicher Meinungsvielfalt und Diskussionskultur ethische und politische Prinzipien ständig neu philosophisch hinterfragt wurden. Unter solchen Umständen ist es ziemlich schwierig, philosophische, mitunter sogar erkenntnistheoretische, Probleme von politischen Fragen zu unterscheiden – genau das war der Kern des Konflikts zwischen Plato und Protagoras. Immerhin reichte es für den konservativen Anti-Demokraten wie Plato aber nicht mehr aus, sich schlicht auf die Tradition zu berufen. Er war gezwungen, wesentlich größere Anstrengungen zu

unternehmen. Er mußte seine Position philosophisch absichern. In dem Maße, wie die konservative Tradition philosophisch und wissenschaftlich herausgefordert wurde, begegnete er dieser Herausforderung auf seine Weise mit der Ersetzung der Tradition durch absolute und universelle Wahrheiten, die allein auf der Ebene einer höheren Form philosophischen Wissens einsichtig werden.

Genauer, in einer Demokratie, in der Bauern und Handwerker zum ersten Mal gleichberechtigte Bürger waren, sahen sich Konservative wie Plato gezwungen, die Demokratie überhaupt in Frage zu stellen, indem sie das politische Verständnis der Werk-tätigen, das Alltagswissen von Schuhmachern und Grobschmiedern und ihre Fähigkeit zur Teilnahme am öffentlichen politischen Diskurs generell bezweifelten. Und er stellt seine fundamentalen politischen Auffassungen tatsächlich explizit in diesen politischen Zusammenhang. Hier wurde also Universalismus gegen die Demokratie, gegen die herrschende demokratische Realität gewendet.

Die Aufklärung

»Das Lebendige entfaltet sich nach verschiedenen Seiten, es ist selbst die konkrete Utopie, wenn man bedenkt, was für eine ungeheure Veranstaltung das Weltall unternommen hat, um das Leben, den Menschen hervorzubringen. Es ist eigentlich nichts weiter gefordert als das Bewußtsein der Einzigartigkeit dieses Konkret-Utopischen, real Existierenden; insofern trifft Schweitzers scheinbar schlichte Formel von der »Ehrfurcht vor dem Leben« ins Zentrum der Dinge. Aber vielleicht liegt gerade hier die Überforderung: in dem Bewußtsein der kosmischen Last, die auf die schmalen Schultern des Homo sapiens gelegt ist. Man hat sie neuerdings durch die Chaos-Theorie zu mindern gesucht, also durch die Vorstellung eines spielenden Weltgeists; der drückt auf den Urknallknopf, und dann geht alles seinen Gang oder einen anderen. Aber auch dann setzt sich die Schöpfung irgendwann die bekannte Krone auf; auch dann haben wir es als ein Ergeniss anzusehen, dem gewisse Verpflichtungen

Im Zeitalter der Aufklärung stellte sich der Universalismusanspruch völlig anders dar – genau gegen diese neuartige Form wenden sich die heutigen postmodernen Anti-Universalisten. Der Philosoph als die Verkörperung des bürgerlichen Intellektuellen schlechthin avanciert zur zentralen Figur der Französischen Aufklärung. Er vereinigt in sich nicht in erster Linie die charakteristischen Züge des Unternehmers oder Händlers, sondern die des Staatsbeamten und der »freien Berufe« (wie Rechtsanwälte, Lehrer, Schriftsteller usw.) – eben der Intellektuellen. So stellte er in der Tat gerade die Inkarnation alles Intellektuellen, das die bürgerliche Gesellschaft hervorgebracht hat, dar. In diesem historischen Moment bildeten die Intellektuellen beinahe so etwas wie eine die gesamte Gesellschaft vertretende Klasse, deren ureigensten Interessen scheinbar die emanzipatorischen Ziele der Menschheit überhaupt repräsentierten – wie beschränkt ihr Begriff von Humanität auch heute auf uns wirken mag. Bourgeoise Interessen, die Vorstellung von der Gleichheit aller Bürger, beruflicher Aufstieg je nach Begabung (unabhängig von Vermögen und Abstammung) sowie die Ablehnung aller aristokratischen Privilegien wurden in universalistische Prinzipien von Vernunft, Freiheit und Gleichheit übersetzt. Schließlich wurde die Fortschrittsidee, deren Verwirklichung als die »historische Mission« der Bourgeoisie aufgefaßt wurde, zum ideologischen Dreh- und Angelpunkt dieser intellektuellen »Klasse«.

Damit wurde ein neuartiger Universalismus geschaffen. Für Plato waren Bewegung und Veränderung partikuläre Vorgänge, das genaue Gegenteil von Universalismus. Umgekehrt wurden nun Veränderung, Bewegung, der historische Prozeß selbst in den Rang universalistischer Prinzipien gehoben. Jetzt war es Sache der Konservativen, die Rolle von Vernunft und Sinnhaftigkeit, die Existenz einer Entwicklungsrichtung im Geschichtsprozeß zu verleugnen. Anders gesagt, im Vergleich zur Kontroverse zwischen Plato und Protagoras hatte sich das Verhältnis von reaktionärem Universalismus und eher demokratischem Relativismus völlig in sich verkehrt.

Diese Umkehrung muß natürlich aus den grundlegend veränder-

ten historischen Bedingungen und den daraus erwachsenden veränderten intellektuellen Verhaltensweisen erklärt werden. Dabei geht es keineswegs einfach darum, daß der Universalismus im Zeitalter der Aufklärung die tatsächlich mehr vereinheitlichte historische Realität reflektiert. Im Gegenteil, diese Art von Universalismus richtete sich – genauso wie der Platos – gegen die existierenden Realitäten. Während aber Plato auf die Herausforderung durch den demokratischen Relativismus und das Alltagsbewußtsein des ›Mobs‹ reagierte, wandte sich der Universalismus der Französischen Aufklärung gegen die verfestigten ständischen Privilegien. Die Geschichte des Dritten Standes ist geprägt durch den Kampf gegen aristokratische Privilegien, in dem die Partikularität ständischer Sonderrechte gerade immer wieder durch die Anrufung allgemeingültiger Prinzipien, wie »Staat« oder »Nation«, angeprangert wurde. Unter diesen historischen Umständen hatte – im Unterschied zur Zeit Platos – eine universalistische Opposition gegen die herrschenden Realitäten mehr demokratische Implikationen.

Sicherlich besteht zwischen intellektuellen Selbstinteressen und emanzipatorischen Bestrebungen im allgemeinen keine zwangsläufige Übereinstimmung. Das teilweise Zusammenfallen der intellektuellen Interessen während der Aufklärung mit emanzipatorischen Grundzielstellungen hatte ganz spezifische Voraussetzungen und war eher sehr kurzlebig. Es war kennzeichnend für einen besonderen historischen Moment in der Entwicklung einer eng begrenzten Gruppe innerhalb der Bourgeoisie. Diese spezifische Konstellation würde ich von der allgemeinen Geschichte des Kapitalismus unterscheiden. Tatsächlich hat sich mit der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise die Situation dramatisch verändert und die Frage nach dem Wesen des Universalismus muß auf völlig neue Weise gestellt werden.

Die kapitalistische Gesellschaftsform hat erstmals eine reale materielle und historische Universalität hervorgebracht – nicht nur eine tatsächliche Welt-Geschichte, sondern auch eine Reihe harter Imperative, die mit beispielloser Unbarmherzigkeit alle Lebensbereiche durchdringen und der Herrschaft von Selbstexpansion, Warenförmigkeit, Konkurrenz und Profitmaximierung unterwerfen.

Zu dieser Art von Universalität haben die Intellektuellen jedoch keinerlei Sonderverhältnis. In dieser Hinsicht besteht ein grundsätzlicher Unterschied zu den vollkommenen Universalismen Platos oder den universalistischen Visionen der bourgeoisen Intellektuellen im 18. Jahrhundert. Es mag noch so unzeitgemäß klingen, aber wir Intellektuellen sind viel weiter entfernt vom Zentrum, von den entscheidenden Funktionsmechanismen dieser materiellen Allgegenwart des kapitalistischen Systems als – und das soll hier ruhig nochmals gesagt werden – die Arbeiterklasse. Daher ist es auch kaum überraschend, daß im 19. und 20. Jahrhundert verschiedene intellektuelle Strömungen entstanden sind, die – rechts wie links – nach neuen Wegen suchten, die historische Vormachtstellung der Intellektuellen wieder zu errichten (gegen den wahren Lauf der Geschichte und allen hartnäckigen Realitäten zum Trotz).

aufgelegt sind. Die recht begriffene Utopie ist von Realismus nicht zu trennen; es geht nicht um Konstruktionen des Heils. Wichtig ist, ein geistiges Gerüst aufrechtzuerhalten, das Schutz vor der Lethargie des falschen Konsenses bietet.«

Friedrich Dieckmann, ebenda, S. 98-99.

»Warum muß es immer weitergehen: citius, altius, fortius? Wegen des Fehlens von Inhalten? Wegen des metaphysischen Defizits? Es geht weiter, weil die Technik, als ein selbstbezügliches System, die Möglichkeiten dazu bereitstellt und die Wirtschaft, auch ein selbstbezügliches System, diesen Möglichkeiten die Bedürfnisse hinzu-erfindet. Sich dieser Spirale zu entziehen ist nichts weniger als asketisch, im Gegenteil: es behauptet den Vorrang des Sinnlichen. Doch in einem Gesamtsystem, das keine Autarkie duldet (das ist das immanente Totalitäre daran), führt es zu einem Zurückbleiben, das sich als gesamtgesellschaftlicher Druckabfall äußert. Das jedenfalls war die Erfahrung eines Sozialismus, der wirtschaftlich just das Gegenteil von Internationalismus war, nämlich etwas Grenzvernarrtes, Staatsfixiertes, da national-ökonomisch je auf das eigene Gebiet beschränkt. In der offenen Gesellschaft, die sich dem exponentiellen Anstieg der technischen Kräfte ungeschützt aussetzt, findet dieser Druckabfall innerhalb der Gesellschaft statt; unsere alte Sozietät war insofern sozialistisch, als sie im Ganzen zurückblieb. Wir erleben ja gerade, daß das ungeheure Wachstum der Potentiale nicht zu einem Ausgleich zwischen Arm und Reich führt, sondern daß, im Gegenteil, die Kluft immer größer wird.« Friedrich Dieckmann, ebenda, S. 87-88.

Postmoderner Anti-Universalismus

Mit der Proletarisierung großer Teile der Bevölkerung und der Durchsetzung allgemein-demokratischer Beteiligungsprozeduren veränderte sich die Situation drastisch. Die Probleme, die sich daraus für anti-demokratisch eingestellte Intellektuelle ergeben, liegen auf der Hand. Weniger offensichtlich sind dagegen die Probleme derjenigen Intellektuellen, die eine mehr demokratischere Einstellung haben, aber sich noch immer als Avantgarde des historischen Prozesses sehen. Um allen Mißverständnissen von vornherein aus dem Weg zu gehen, möchte ich betonen, daß manches im heutigen Anti-Universalismus von echten emanzipatorischen Ideen – vor allem im Feminismus und im Anti-Rassismus – inspiriert wird. Aber vieles scheint mir auch im Bereich akademischer Debatten mit dem Ziel angesiedelt zu sein, die historische Überlegenheit der eigenen intellektuellen Praxen beweisen zu wollen. Dies zeigt sich zum Beispiel schon darin, daß die tatsächliche Aktion, die wirkliche Gestaltung der Geschichte selbst, eher gering geschätzt wird und durch Diskurse ersetzt werden soll. An dieser Stelle möchte ich nur einige wenige Überlegungen dazu vorstellen, warum diese Art von Substitution nunmehr eine anti-universalistische Form annimmt.

»Altmodische«, universalistische Formen des Kampfes um Klassenhegemonie und Staatsmacht werden nämlich nicht auf dem Feld ausgetragen, auf dem sich die Intellektuellen zu Hause fühlen. Demgegenüber lassen sich die heute beliebten Formen von Identitäts-Politik scheinbar leichter aneignen, leichter von politischen in erkenntnistheoretische Konzepte umsetzen. Im Kontext des konsumistischen Kapitalismus, der sich auf die Vielfalt der Warenwelt und der Lebensstile fixiert, scheint der Spielraum für »Diskurs«-Strategien, bei denen sich Akademiker naturgemäß eher wohlfühlen, größer zu sein. Und im Vorantreiben der rein akademischen Diskussionen können sich die Intellektuellen dann tatsächlich als die eigentlichen Vertreter und Akteure radikal demokratischer Politikentwürfe fühlen. Es reicht schon, wenn sie für sich in Anspruch nehmen, daß sie als Repräsentanten eines öffentlichen Interesses auftreten.

Was auch immer die Ursachen für die Konjunktur des modernen Anti-Universalismus sind, die epochale Logik des Kapitalismus bewegt sich eindeutig in die entgegengesetzte Richtung. Anti-Universalismus erweist sich gerade jetzt, in einer Zeit, in der sich der relativ kurze Moment des Kapitalismus individualistischer Lebensstile dem Ende zu neigt und durch einen Kapitalismus der »sozialen Revanche«, unsicherer Arbeitsverhältnisse und des Wachstums ohne Abnahme der Arbeitslosigkeit ersetzt wird, als völlig unangemessen. Kapitalismus ist die universalistischste Gesellschaftsformation, die die Welt bisher gekannt hat, sowohl in bezug auf seine globale Ausdehnung als auch hinsichtlich der Tiefe, in der die gesellschaftlichen Verhältnisse durchdrungen werden. Diese Gesellschaftsform kann nur durch ein tatsächlich noch stärker universalistisches Projekt abgelöst werden. Mit anderen Worten, ein universalistisches Projekt der menschlichen Emanzipation wie der Marxismus ist unverzichtbar. Vielleicht ist es auch das einzig mögliche.

GOTTFRIED STIEHLER

Offenheit gesellschaftlicher Entwicklung

Die gegenwärtige Epoche läßt die innere Vielfalt der gesellschaftlichen Entwicklung erkennen. Jähe grundlegende Veränderungen, die vordem kaum in Erwägung gezogen wurden, traten ein; Gesellschaften veränderten kataklysmenartig ihre objektiven und subjektiven Verhältnisse, soziale Ordnungen entstanden neu und erwiesen sich häufig ebenfalls als brüchig, auf Veränderung drängend. So ist die Gegenwart Zeichen der Veränderlichkeit menschlicher Verhältnisse, der Existenz von Alternativen, Varianten, unterschiedlichen Möglichkeiten. Das kontrastiert mit der in der Vergangenheit dominierenden Lesart marxistischer Gesellschafts- und Geschichtsphilosophie, derzufolge die Geschichte der Gesellschaft der reine Vollzug allgemeiner Gesetze, die unmittelbare Präsentation des Abstrakt-Allgemeinen und durch Linearität der Folge von Formationen, Epochen, Produktionsweisen gekennzeichnet sein sollte. Die geschichtsphilosophische Charakterisierung der Gesellschaft wurde zumeist buchstabengetreu als direkte Kennzeichnung realer geschichtlicher Prozesse verstanden und so propagandistisch aufbereitet. Freilich kann bei den Begründern des Marxismus ebenfalls eine Nähe zu linear-deterministischem, abstrakt-dogmatischem Geschichtsverständnis nachgewiesen werden. Besonders virulent wurde die Neigung zu abstrakt-allgemeiner Geschichtsinterpretation bei der Kennzeichnung des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, hinsichtlich dessen die Klassiker des Marxismus die Möglichkeitsbreite geschichtlicher Verläufe und insbesondere den maßgeblichen Anteil historischer Subjekte an ihnen vernachlässigten.

Ich habe seit Anfang der siebziger Jahre mich bemüht, die gesellschaftliche Entwicklung als Sphäre unterschiedlicher Möglichkeiten, von Alternativen und Varianten zu fassen und die eigenständige Rolle gesellschaftlicher Subjekte in historischen Prozessen kenntlich zu machen.¹ Mein Anliegen war es, den Zusammenhang von Gesetz und Handeln, die unterschiedlichen Möglichkeiten und die Wahrscheinlichkeit (Nicht-Wahrscheinlichkeit) von historischen Ereignissen, den Tendenzcharakter gesellschaftlicher Gesetze zu verdeutlichen, eine nicht-lineare Kausalitätsauffassung und die exponierte Rolle der Subjektivität darzulegen. Wichtig war die Herausarbeitung der Autonomie des Subjekts, namentlich des Individuums, gegenüber den objektiven Bedingungen. Bei Philosophen stießen solche Überlegungen nicht selten auf Ablehnung, weil sie die Vorstellung strenger Gesetzmäßigkeit und Folgerich-

Gottfried Stiehler – Jg. 1924, Philosophiehistoriker. Prof. Dr. Dr. h.c., Veröffentlichungen zu: vormarxistischer Materialismus; klassische deutsche Philosophie und Wissenschaft; marxistische Gesellschafts- und Geschichtsphilosophie.

1 G. Stiehler: Geschichte und Verantwortung. Zur Frage der Alternativen in der gesellschaftlichen Entwicklung, Berlin 1972. Ders.: Die Rolle des Zufalls in der Geschichte, in: DZfPh 9/1973. Ders.: Soziales Gesetz und historische Alternativen, in: Die Gesetzmäßigkeit der sozialen Ent-

wicklung, Berlin 1975. Ders.: Die Alternativstruktur des individuellen Handelns, in: Materialien des IV.Philosophie-Kongresses, Berlin 1975.

tigkeit der historischen Entwicklung aufzuweichen schienen. Hin- gegen haben Historiker, bedingt durch das von ihnen bearbeitete Forschungsfeld, den Variantenreichtum geschichtlicher Entwicklung (»Multilinearität«) schon früh zum Objekt intensiver Untersuchungen gemacht.

Ein Desiderat in der philosophischen und gesellschaftswissenschaftlichen Theorie war häufig Klarheit über den Zusammenhang des Abstrakten und des Konkreten im wissenschaftlichen Forschungsprozeß. Abstrakt-allgemeine Aussagen, wie sie sich bei den Begründern des Marxismus zahlreich finden, wurden vielfach als buchstäbliche Kennzeichnungen geschichtlicher und allgemein realer Zusammenhänge und Prozesse aufgefaßt.

Deshalb zog sich die allgemeine Theorie häufig in die luftigen Höhen der Abstraktion zurück und preßte die Wirklichkeit in das Schema allgemeiner Gesetze. Das Konzept theoretischer Verknüpfung des Abstrakten und des Konkreten im Wege genetischer Rekonstruktion der Abstraktion, als Ansatz zu differenzierter Analyse des Konkreten, wurde häufig als »Abweichung« von der Reinheit der Theorie und als Spekulation denunziert; es wurde nicht gesehen, daß damit eine Kritik des Absolutheitsanspruchs abstrakt-allgemeiner Thesen erfolgte. Die marxistische Philosophie und Gesellschaftstheorie ist in ihren grundlegenden Teilen ein System hochabstrakter Aussagen, die in dieser Weise keine Bestätigung durch die Realität finden, eben weil sie keine direkten Aussagen über die Wirklichkeit beinhalten. Eine andere Frage ist, daß schon bei Marx und namentlich bei Engels – trotz mancher gegenteiliger Bekundungen – nicht selten ein Konfundieren des Abstrakten mit dem Konkreten stattfindet, demzufolge z.B. die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus als unverbrüchlich wirkender Naturprozeß gedeutet wurde. Umso mehr war das in der nachfolgenden Literatur der Fall, wo die Herabstufung dieses Vorgangs auf das Niveau geringerer oder größerer Wahrscheinlichkeit als Revisionismus angeprangert wurde: die Geschichte sei nicht offen, sondern verlaufe nach strengen Gesetzen. Die abstrakt generalisierenden Pauschalurteile sparen die konkret-empirische Realität in einem solchen Maße aus, daß sie nur von begrenzter Bedeutung für die Erkenntnis objektivrealer Zusammenhänge sind. Die Abstraktionen – gerade auch die der marxistischen Theorie – weisen genetisch auf Empirie zurück, doch unterliegen sie einem subjektiv-konstruierenden Generalisierungsprozeß, in dessen Ergebnis sie allenfalls als Forschungsstrategien von heuristischem Wert mit der Tendenz stets möglicher Korrektur durch neue und neu interpretierte Erkenntnisse fungieren.² Ihre »buchstäbliche« Lesart führt zur Verzerrung und Verfälschung von Aussagen über die Wirklichkeit, über das konkrete gesellschaftliche Leben. Das zeigt sich besonders deutlich bei der in der Vergangenheit vielfach im Schwang befindlichen Hypertrophierung der Gesetzeserkenntnis in den Gesellschaftswissenschaften, bei der das geschichtlich Konkrete oft verbunden neben dem Abstrakt-Allgemeinen stand und – jedenfalls in der Philosophie – die Fülle des Konkret-Besonderen und damit die Existenz von Alternativen und unterschiedlichen geschichtlichen Möglichkeiten zu geringe Beachtung erfuhr.

2 Siehe G. Stiehler: Dialektik und Gesellschaftswissenschaften, Berlin 1987, S.82f.

In den Naturwissenschaften wird seit längerer Zeit gegen einen eng deterministischen Ansatz der Analyse objektiver Prozesse polemisiert und die Kategorie »Wahrscheinlichkeit« in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt. Nach den Worten H.-P. Dürrs ist die deterministische Naturauffassung überholt: »Die Quantenphysik lehrt uns, daß die Natur strenggenommen nicht deterministisch strukturiert ist.«³ Für P. Davies ist »der Determinismus ein Mythos.«⁴ Das Universum ist, wie seine konstitutiven Bestandteile, kein lineares Newtonsches mechanisches System, sondern ein chaotisches Ganzes, seine Entwicklung ist offen. Daher ist für einen »strikten Determinismus« in der Wissenschaft kein Platz mehr.⁵ Kleine Abweichungen in den Anfangskonfigurationen dynamischer, dissipativer Systeme können zu grundlegend veränderten Endkonfigurationen führen. Ähnliche Ursachen bedingen nicht ähnliche Wirkungen: die Kausalität hat statistischen Charakter. Daraus rührt die Existenz verschiedener Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten. Nach M. Gell-Mann kann »ein bestimmtes System verschiedene mögliche Geschichten durchlaufen..., die jeweils ihre spezifischen Wahrscheinlichkeiten besitzen.«⁶ Die fundamentalen Gesetze der Physik erlauben nur die Berechnung von Wahrscheinlichkeiten für verschiedene alternative Geschichten des Universums, die bei gegebenem Anfangszustand unterschiedlich mögliche Ereignisabläufe beinhalten.⁷ Auf die verschiedenen Geschichten wirkt eine unvorstellbar große Menge von Zufallsergebnissen ein – der Zufall ist ein konstitutiver Faktor realer Entwicklung in der Welt. Stabilisiert sich die relative Häufigkeit von Zufallsergebnissen mit zunehmender Ereignismenge um einen bestimmten Wert, so verkörpert dieser die statistische Wahrscheinlichkeit des Ereignisses, das Ereignis ist statistisch oder stochastisch.⁸ Auch in der Soziologie spricht man heute eher von Wahrscheinlichkeiten als von Gewißheiten; die meisten soziologischen Aussagen haben den Charakter von Näherungen.⁹ Wie I. Prigogine darlegte, wird die Struktur der Materie nicht durch deterministische Gesetze, sondern durch Wahrscheinlichkeitsmodelle beschrieben. Die physikalische Welt ist ein in seinen Einzelheiten unvorhersehbares Chaos, in dem der »Schmetterlings-Effekt« eine Rolle spielt, der auch in der Wirtschaftswelt nachweisbar ist. Solche Systeme sind im Nicht-Gleichgewicht, das sowohl zu Ordnung wie zu Unordnung führen kann. Die Entwicklung des Chaos ist ihrer Natur nach unvorhersehbar; um sie vorherzusehen, müßte man über eine unendliche Menge von Informationen verfügen. Ähnliche Konstellationen treten in der Gesellschaft auf, wo die Masse unübersehbar vieler individueller Aktivitäten – die allerdings an Bedingungen und Verhaltensweisen von Großgruppen gebunden sind – chaotische Aspekte besitzt und gleichwohl soziale Ordnung begründet oder begründen kann. Komplexe adaptive Systeme treten in allen Bereichen der Wirklichkeit auf und beeinflussen auch die Entwicklung menschlicher Gesellschaften.¹⁰ Daraus resultiert, daß das zukünftige Geschehen nicht streng determiniert ist – obwohl ein Einfluß der Anfangsbedingungen vorliegt –, sondern in bestimmter Hinsicht offen ist.¹¹ Offenheit bedeutet die mögliche Veränderung von Systemeigenschaften durch Wechselwirkung des

3 H.-P. Dürr: Das Netz des Physikers. Naturwissenschaftliche Erkenntnis in der Verantwortung, München, Wien 1988, S. 71.

4 P. Davies: Prinzip Chaos. Die neue Ordnung des Kosmos, Goldmann Verlag 1993, S. 82.

5 ebd. S.203.

6 M. Gell-Mann: Das Quark und der Jaguar. Vom Einfachen zum Komplexen. Die Suche nach einer neuen Erklärung der Welt, München, Zürich 1996, S.209.

7 ebd. S.200.

8 B.-O. Küppers: Der Ursprung biologischer Information, München, Zürich 1990, S. 232.

9 H.-P. Hennecke: Grundkurs Soziologie, Opladen 1990, S. 26. Siehe auch G. Stiehler: Dialektik und Gesellschaft, Berlin 1981, S. 22f.

10 M. Gell-Mann: a.a.O., S.53,58.

11 H.-P. Dürr: a.a.O., S.36.

12 F. Capra: Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild, München 1991, S. 89f.

13 M. Gell-Mann: a.a.O., S. 65.

Systems mit der Umwelt, wobei allerdings die Fakten der Vergangenheit das Möglichkeitsfeld als statistischer Zusammenhang von Ursache und Wirkung einengen.¹² Das gilt gerade auch für die soziale Welt; denn Chaos ist ein Mechanismus, der die der Quantenmechanik innewohnende Unbestimmtheit so verstärken kann, daß sie auf die makroskopische Ebene durchschlägt.¹³

Zwischen Quantenmechanik und sozialer Welt gibt es keinen direkten Zusammenhang, doch existieren strukturelle Gemeinsamkeiten, die dem Umstand geschuldet sind, daß die atomare und die soziale Welt gleichermaßen Existenzweisen des Universums, Daseinsformen der Materie sind. Die Übereinstimmungen beziehen sich auf die strukturelle Ordnung aus einfachen Elementen. Die Natur besitzt in ihren einzelnen Existenzweisen eine systemartige Beschaffenheit, Systeme oder diesen verwandte Ordnungsformen treten auch in der Gesellschaft auf. Was in der atomaren Welt Elementarteilchen, sind in der sozialen Welt – cum grano salis – die Individuen. Soziale Ordnungen restrukturieren sich aus den vielfältig miteinander verknüpften individuellen Aktivitäten. Doch besteht der entscheidende Unterschied zur Welt der Elementarteilchen darin, daß *erstens* die Handelnden mit Bewußtsein begabte, ihre eigenen Zwecke und Interessen absichtsvoll und relativ autonom verfolgende Wesen sind, und daß *zweitens* sie in vermittelnde systemische Aktoren (Familien, Ethnien, Nationen, Klassen, Staaten usw.) eingebunden sind, deren Handlungen das gesellschaftliche Ganze organisieren und die Aktivitäten der Individuen bedingen und richten. Es besteht kein linearer Zusammenhang zwischen sozialen Partikeln und den Gemeinschaften, sondern der Konnex wird durch die eigene Welt der Handlungen kleiner und großer sozialer Gebilde vermittelt, die ihr Verhalten in gesellschaftlichen Beziehungsfeldern relativ eigenständig organisieren. Daraus ergibt sich eine große Breite notwendiger und zufälliger, bewußter und unbewußter Einstellungen und Handlungen der die Gemeinschaften bildenden Individuen, deren Masse ständige Schwankungen (Verzweigungen, Bifurkationen), Konfigurationen von Möglichkeiten und Alternativen hervorruft. Doch sind die individuellen Aktivitäten nur relativ autark; sie unterliegen in hohem Maße den allgemeinen und besonderen Bedingungen, zu denen in exklusiver Weise die organisierenden und disziplinierenden Wirkungen der bestehenden Herrschaftsverhältnisse gehören. Mit diesen sind Faktoren gegeben, die allein der Welt des Sozialen angehören und mit abstrakt-allgemeinen Systemkategorien nicht angemessen erfaßt und beschrieben werden können. Die Alternativität und Offenheit gesellschaftlicher Entwicklung gründet in spezifischen gesellschaftlichen, in sozialen Bedingungen, die nur formell in Affinität zu über-allgemeinen Systemzusammenhängen stehen. Nichtlineare Entwicklungen sind charakteristische Merkmale der Evolution in komplexen Strukturen, aber hinter diesen äußeren Übereinstimmungen existieren Besonderheiten, die in der Gesellschaft charakteristische Formbestimmtheiten der Entwicklung bedingen und aus sozial-spezifischen Voraussetzungen herrühren.

Die Besonderheiten bestehen in der Rolle des Bewußtseins, der

Interessen, Zwecke und Absichten der Individuen als der »Partikel« (in »Elementarformen« wie Familie eingebunden) der Gesellschaft, deren widerspruchsvolles Zusammenwirken soziale Gemeinschaften in konsensuell oder dissensuell gesteuerten Beziehungen mit anderen begründet. Ein Feld sozialer Interaktionen ist der Austragungsort praktischer sozialer Kommunikation, die einerseits die Existenz- und Bewegungsweise der jeweiligen sozialen Gemeinschaft beeinflussen, andererseits deren Beziehungen mit anderen regeln. Diese Aktivitäten sind, als bewußt vollzogene, Echos objektiver Bedingungen, deren Reflexe durch individuelle und gemeinschaftliche Rezeptionsformen und -bedingungen geprägt sind. Die Nichtlinearität gesellschaftlicher Entwicklung ist Ausdruck und Resultat einer Vielzahl von Ursache-Wirkungs-Verflechtungen, die statistischen Charakters sind. Die Komplexität und Kompliziertheit von Dasein und Entwicklung der Gesellschaft sind um ein Vielfaches größer als die der Natur, der Zufall spielt eine eigenständige Rolle und das Möglichkeitsfeld besitzt vielschichtig verzweigte Dimensionen. Die geschichtliche Entwicklung ist zu jedem Zeitpunkt – in Grenzen! – offen und enthält stets Alternativen, was jedoch nicht die Existenz gesetzmäßiger Strukturen und Prozesse aufhebt. Die Gesellschaft ist ein geordnetes Ganzes, ein »deterministisches Chaos«¹⁴, das auf der Grundlage notwendiger Daseins- und Bewegungsformen existiert.

14 ebd. S. 90. P. Davies: a.a.O., S. 65.

Der Ausdruck »die Gesellschaft« zielt auf den Unterschied der sozialen Welt, der Welt des Menschen, von der Natur, er ist ein Abstraktum, das die wesentlichen Unterschiede und Besonderheiten der einzelnen Daseinsweisen der Gesellschaft, der Einzelgesellschaften, Epochen usw., ausklammert. Er ist Resultat einer sinnvollen, jedoch nicht hinreichenden Abstraktion. Daher sind alle Aussagen über »die« Entwicklung »der« Gesellschaft relativ inhaltsarm, sie müssen durch konkrete Befunde über gesellschaftliche Entwicklung im Einzelnen und Besonderen belegt oder auch korrigiert werden. Solche in der dünnen Luft der Abstraktion angesiedelten Thesen wie die von der progressiven Entwicklung der Gesellschaft, ihrer Fundierung durch materielle Naturaneignung, der zunehmenden Komplexität sozialer Systeme und ihrer Subjektgebundenheit vermögen zwar »geschichtsphilosophische«¹⁵ Leitlinien der Untersuchung abzugeben, doch sind sie wenig hilfreich für eine Analyse geschichtlicher Entwicklung im Einzelnen, da sie erst über verschiedene Mittelglieder in konkrete Forschungsstrategien übersetzt werden müssen. Das gilt auch für hochabstrakte Termini, wie Gesellschaftsformation, Folge der Formationen, Basis und Überbau, Klassenkampf, die über die wesensbildenden Besonderheiten des realen gesellschaftlich-geschichtlichen Lebens extrapolieren. Doch sind solche abstrakten Wegmarkierungen nicht nutzlos, sie sind, wie Marx und Engels betonten, geeignet, eine vorgreifende Ordnung in das empirische Material zu bringen und konkreten Analysen die Richtung im Grundsätzlichen vorzugeben.¹⁶

15 Vgl. Geschichte und materialistische Geschichtstheorie bei Marx. Beiträge zur Marx/Engels-Forschung, 1996.

Begriffe wie »Gesellschaft«, »Kapitalismus«, »Sozialismus« sind Klammern, hinter denen sich ein vielschichtig gegliedertes, von konkreten geschichtlichen, nationalen und anderen Bedingun-

16 Siehe K. Marx/F. Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd 3, S. 27.

gen bestimmtes Geflecht individueller und gemeinschaftlicher Aktivitäten verbirgt. Das wirkliche Leben ist dieses bunte Gewimmel elementarer Aktivitäten, bei denen zufällige Konstellationen eine maßgebliche Rolle spielen. Die Verknüpfung der unübersehbar vielen Handlungen je einzelner und gemeinschaftlicher Subjekte begründet den *statistischen, stochastischen* Charakter der Bewegung einer komplexen sozialen Gemeinschaft, wie Einzelgesellschaft, einzelner Staat, nationale Klasse usw. Weder der strukturelle innere Zusammenhang dieser Systeme noch ihre Bewegung und Entwicklung sind linear-deterministisch; gerade weil die Konfiguration der zahlreichen, mannigfach miteinander verschlungenen Handlungssequenzen nicht-deterministisch ist, ist die Entwicklung einer einzelnen Gesellschaft, Klasse usw. offen, enthält mögliche Verzweigungen von Geschehensabläufen, Zufälligkeiten und Alternativen.

Indes ist der Zufall – die Ergänzung und Erscheinung der Notwendigkeit – nicht grenzenlos, nicht unbestimmt, und es besteht keine Beliebigkeit sozialer Entwicklung wie es keine absolute Wahlfreiheit und Autarkie individueller und kollektiver Subjekte gibt. Die Einschränkung der Kontingenz erfolgt durch den quasi-deterministischen Zusammenhang von objektiven Bedingungen und subjektiven Verhaltensweisen – der eine große Breite subjektiver Reaktionen auf objektive Umstände enthält –, wie auch durch die richtende und regelnde Wirksamkeit der herrschenden gesellschaftlichen Kräfte. Dieser wohnt das Moment gesellschaftlicher Notwendigkeit mit Zwangscharakter inne, das den Zufall, die Beliebigkeit, die abstrakte Freiheit gesellschaftlichen Handelns substantiell eingrenzt. In dieser Hinsicht betrachtet, ist die gesellschaftliche Entwicklung nicht offen, sondern durch Notwendigkeit bestimmt, in der soziale Gesetze zur Wirkung kommen. Weder handeln soziale Gruppen völlig nach freiem Willen, arbiträr, noch sind die Beziehungen zwischen ihnen zufällig. Innerhalb der Klassen und anderen sozialen Gemeinschaften findet eine Durchmischung individueller und kollektiver Aktivitäten statt, die ihrerseits der Verknüpfung von Notwendigkeit und Zufälligkeit, dem nichtlinearen Zusammenhang objektiver Bedingungen und subjektiven Handelns unterliegen. Ebenso wie es keine Beliebigkeit der Entscheidung zum Handeln, keine abstrakte Wahlfreiheit gibt, da stets objektive Bedingungen und subjektive Verarbeitungsmodi – einschließlich bestehender Interessen – Richtung und Inhalt des Handelns dem allgemeinen Charakter nach festlegen, ist auch die gesellschaftliche Bewegung nicht schlechthin offen, sondern durch die Ausgangsbedingungen und die Dynamik objektiv-subjektiver Wirkungsverflechtungen bestimmt und insofern nur relativ offen.

»Offenheit« pointiert die Nicht-Eindeutigkeit, die Nicht-Zwangsläufigkeit von Entwicklung und die Unmöglichkeit ihrer Vorausschau im Besonderen und Einzelnen. Was vorausgesagt werden kann, sind *mögliche* Entwicklungstrends, die *Wahrscheinlichkeit/Unwahrscheinlichkeit* von Bewegungsverläufen bei gegebenen Bedingungen. Aber wie die Bedingungen in ihrem prozessierenden Verlauf sich gestalten, hängt von vielen Faktoren – systemeigenen und außersystemischen, inneren und äußeren, objekti-

ven und subjektiven, individuellen und gemeinschaftlichen – ab, ist zu keinem Zeitpunkt absolut determiniert und daher auch nicht voraussehbar. Gewisse Entwicklungen sind wahrscheinlich, andere weniger wahrscheinlich, die einen möglich, die anderen unmöglich, es existiert ein Feld von Alternativen. Die hauptsächliche Ursache dessen liegt in der Rolle menschlicher Subjektivität, in der relativ eigenständigen emotionalen und rationalen Verarbeitung objektiver Verhältnisse durch die Handelnden und daraus fließender Handlungsbereitschaft und -fähigkeit. Doch sind die objektiven Umstände, die ihrerseits subjektive Beziehungskomplexe einschließen, von nachhaltigem Einfluß auf das Verhalten der gesellschaftlichen Subjekte und damit auf den Verlauf gesellschaftlicher Bewegung und Entwicklung im Einzelnen. Die objektiven Voraussetzungen sind nicht nur solche außerhalb der Akteure, sondern auch innerhalb ihrer: das gesamte Spektrum individueller/kollektiver, gesellschaftlich vermittelter Dispositionen, wie weltanschauliche Deutungsmuster, politische Standorte, moralische Wertordnungen, Sozialrollen, interpersonale Institutionen. Das Subjekt unterliegt nicht nur einem von außen ansetzenden Determinationsgefüge mit Möglichkeitsaspekten, sondern auch einem ebensolchen inneren, subjekteigenen, worin die Eingrenzung der Kontingenz beruht und woraus folgt, daß die Wahrscheinlichkeit künftiger Entwicklung ein Konstrukt objektiv/subjektiver Konstellationen ist. Die Möglichkeit je veränderter Entwicklung ist ein Integral der objektiven Bedingungen und in dieser Form von richtendem Einfluß auf das Handeln gesellschaftlicher Subjekte. Die objektiven Umstände sind ein dynamischer, variabler Zusammenhang, dessen Konstituenten von unterschiedlichem ontologischen Wert sind. Eine herangereifte Möglichkeit übt Verhaltensdruck auf die gesellschaftlichen Subjekte aus, deren Interessen die Entfaltung dieser Möglichkeit berühren. Die Akteure treten nicht von außen an ein Feld gegebener Umstände heran, sondern sind in diese verflochten, so daß ihre Aktionen ein Moment der objektiven Möglichkeiten, der Alternativen geschichtlicher Bewegung sind. Auch hierin kommt die Verkoppelung von Objektivem und Subjektivem zur Wirkung: objektive Möglichkeiten sind auch solche der gesellschaftlichen Stellung und des Handelns sozialer Subjekte, und beide, die objektiven und die subjektiven Möglichkeiten, ergänzen sich, setzen sich voraus, bringen sich voran.

Nach Ansicht vieler Sachkundiger steht die Menschheit heute vor einer Entscheidungssituation, die für ihre Zukunft einschneidende Folgen hat. Der Systemforscher E. Laszlo formuliert das so: «Wenn wir die Tendenzen des modernen Zeitalters linear fortsetzen, würden wir die Umwelt überlasten, das landwirtschaftlich genutzte Land überfordern, wirtschaftlich und vergleichsweise sicher nutzbare Energiequellen aufbrauchen, die Städte überbevölkern und Bedingungen schaffen, die sowohl für die Armen als auch für die Reichen und Mächtigen unerträglich würden. Wir stehen also vor einer Weggabelung...Nicht die Frage, ob sie (die Entscheidungssituation, G. St.) kommen wird, ist ungewiß, sondern ausschließlich ihr Zeitpunkt.»¹⁷

17 E. Laszlo: Global denken. Die Neugestaltung der vernetzten Welt, Horizonte Verlag 1989, S. 37.

Herangereift ist die geschichtliche Notwendigkeit, daß die vergesellschaftete Menschheit ihren nationalen und globalen gesellschaftlichen Lebensprozeß unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle nimmt, um für sich selbst, für künftige Generationen und für die Natur notwendige Daseinsvoraussetzungen zu sichern. Doch stehen der Bildung eines globalen Akteurs ernsthafte Schwierigkeiten entgegen. Sie hängen mit der Diversifikation von Klassen- und Soziallagen, von nationalen, ethnischen und einzelstaatlichen Bedingungen und mit diesen objektiven Faktoren verbundenen segmentierten Interessen zusammen. Eine wesentliche Grundlage der Interessenunterschiede und -gegensätze sind materiell-ökonomische Gegebenheiten, die einer von Kapitalherrschaft geprägten Sozialwelt wesenseigentümlich sind. Die sozial-ökonomischen Verhältnisse des Kapitalismus, die der bestimmende Faktor der globalen Weltordnung sind, orientieren die Handelnden – Individuen und Gruppen – auf das vorrangige Verfolgen der eigenen Interessen in der Auseinandersetzung mit den Interessen anderer Sozialsubjekte. Kontraevolution statt Koevolution, Konkurrenz statt Solidarität, Überordnung des Gegenwärtigen über das Zukünftige sind Wertorientierungen, die geradezu zwangsläufig aus den materiellen, politischen und kulturellen Lebensverhältnissen des Kapitalismus hervorgehen. Angesichts dessen ist das Möglichkeitsspektrum einer zukunfts- und menschenorientierten Entwicklung der Gesellschaft mit enormen Schwierigkeiten für das Handeln hinreichend großer sozialer Gruppen belastet. Die Chance besteht in einer solchen Einstellung starker Gesellschaftskräfte auf gesellschaftlich-geschichtliche Notwendigkeiten, daß unter den verschiedenen realen Möglichkeiten, die der Gegenwart innewohnen, eine für Natur und Gesellschaft günstige ausgewählt und durchgesetzt wird. Das erfordert Selbstgestaltungsprozeduren der Handelnden: die massenhaft verbreitete Einsicht in die Gefährlichkeit der Situation und daraus fließende, auf Meisterung der Probleme zielende Handlungsbereitschaft. Dem steht das vom Kapitalismus kultivierte Eigeninteresse entgegen, die geringe Neigung, um anderer willen auf eigene Vorteile zu verzichten. Der Zwang, der den kapitalistischen Konkurrenzverhältnissen innewohnt, erschwert ein übereinstimmendes Vorgehen ökonomischer und gesellschaftlicher Kräfte zu weltweiter ökologischer Absicherung der Produktion, Verzicht auf ungezügelter Wirtschaftswachstum, Ausgleich der reichen mit den armen Ländern, Vorsorge für die Lebensmöglichkeiten künftiger Generationen. Der Ausweg besteht in verbreiteter Einsicht in lebenssichernde Schritte und in entsprechendem Handeln, geleitet und getragen von formellen und informellen Gruppen, die ändern die Einsicht in das historisch Notwendige nahebringen. Voraussetzung ist der Ausbau der Demokratie »unten« und »oben« als der politischen und sozialen Form, in der Menschen ihr gesellschaftliches Leben eigenverantwortlich und vorausschauend zu gestalten vermögen. Das ist ein Prozeß sozialer Kämpfe, der in bestehende Privilegien eingreift und den Zwang, der von den ökonomischen Verhältnissen auf subjektives Verhalten ausgeht, zumindest einschränken muß. Die Schritte, das zu erreichen, sind vielfältig, in einzelnen Regionen und Gemeinwesen unterschiedlich, und im ganzen handelt es sich um ein offenes, mit Unsicherheiten belastetes geschichtliches Projekt, das keine gesicherten Vorhersagen erlaubt. Unbestimmtheit und Unwägbarkeit dürften den künftigen Weg der Menschheit kennzeichnen.

ARNDT HOPFMANN, INGO SCHMIDT

Wirtschaftliche Entwicklungstrends, neoliberale Politik und Kapitalstrategien

Wer heute in wirtschaftlichen und politischen Kontroversen Gehör finden will, muß über Globalisierung reden. Ob Investitionsentscheidungen und die Auswahl von Produktionskonzepten zur Wahl stehen oder über finanz-, steuer- oder sozialpolitische Maßnahmen befunden wird – keine dieser Entscheidungen kann offenbar ohne Bezugnahme auf die Globalisierung der Märkte durchgesetzt und legitimiert werden. Genauer: Das Abwägen alternativer Strategien scheint weder möglich noch nötig – die ›unsichtbare Hand‹ des Weltmarktes hat schon entschieden, bevor in privaten Unternehmen, staatlichen Investitionen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen überhaupt gehandelt werden konnte. Was scheinbar einzig zu tun übrig bleibt, ist die Ausführung dieser ›marktgeformten‹ Entscheidungen. Politik wandelt sich von der Kunst, gesellschaftliche Verhältnisse zu gestalten, zum administrativen Vollzug von Anpassungsleistungen an übermächtige wirtschaftliche Zwänge. Dabei ist der Umstand, daß politische Gestaltungsspielräume ökonomischen »Sachzwängen« unterliegen, keineswegs neu. Der Siegeszug des Globalisierungsdiskurses hat daran prinzipiell nichts geändert. Damit ist die Frage danach aufgeworfen, was tatsächlich neu ist an den weltwirtschaftlichen Entwicklungen am Ende des 20. Jahrhunderts und was in diesem Zusammenhang der Allerweltsbegriff »Globalisierung« erkenntnispraktisch zu leisten vermag.

Nach dem Ende der Systemkonkurrenz – die kapitalistische Alleinherrschaft

Globalisierung stellt sich bei genauerem Hinsehen als ein bunt schillerndes Phänomen dar, das mit einer Vielzahl von aktuellen Prozessen in Verbindung gebracht wird oder durch diese beschrieben werden soll. »Heute ist Globalisierung gleichbedeutend mit Deregulierung und daher mit einer Schwächung der politischen Gestaltungsmacht der Nationalstaaten gegenüber den Marktkräften. (...) Der Globus ist raum- und zeitkompakt geworden, und darin besteht das eigentlich Neue der Globalisierung am Ende des 20. Jahrhunderts. (...) Globalisierung (ist) das manchmal widerwillige Einschwenken auf eine durch die Attraktivität des modernen kapitalistischen Weltsystems vorgezeichnete Bahn. Globalisierung heißt daher auch: Alternativlosigkeit... (...) Globalisierung (heißt) zunächst Globalisierung der Welt der Waren, deren Marktreichweite den gesamten Globus zum Marktplatz erkoren hat.«¹ Scheinbar lassen sich alle moderneren wirtschaftlichen Entwicklungstrends

Arndt Hopfmann – Jg. 1956, Dr. oec., zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsgebietsschwerpunkt »Transformationsprozesse in einer interdependenten Welt« an der FU Berlin, Mitglied der Redaktion von »UTOPIE kreativ«.

1 Altwater Elmar, Mahnkopf, Birgit: Die globale Ökonomie am Ende des 20. Jahrhunderts, in: Widerspruch, Nr. 31 (1996), S. 19, 23, 29, 30.

irgendwie mit dem Schlagwort »Globalisierung« verbinden. Ganz offensichtlich werden reale Strukturveränderungen, tatsächlich mögliche Tendenzen und handfeste Mythen – Fakten, Wünsche und Befürchtungen – derart miteinander verwoben, daß das dabei entstehende Bild beträchtliche Unschärfen aufweist und die allerorts erwarteten neuen Einsichten oft zu hilflosen Draufsichten verkommen.

Als ein wesentliches Merkmal der Globalisierung wird häufig auf die voranschreitende Integration lokal oder national begrenzter Märkte zu einem einheitlichen Weltmarkt verwiesen. Während der gesamten Nachkriegszeit ist das Außenhandelsvolumen weltweit schneller gewachsen als Produktion und Einkommen. Einen qualitativen Sprung hat diese Entwicklung jedoch erst erfahren, als die ehemals staatssozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas in den Weltmarkt reintegriert wurden. Neben die zunehmende Integration der Märkte trat nun die letzte noch mögliche große »kapitalistische Landnahme«, die neue Märkte eröffnete. Wichtiger als die Vertiefung und vor allem Ausweitung der Außenhandelsbeziehungen, die sich hieraus ergeben haben, war aber sicherlich die Auflösung der bipolaren Welt des Ost-West-Gegensatzes.

Die Implosion des Realsozialismus wurde erstens als Beleg für die modernisierungstheoretische Grundannahme gelesen, daß politische Interventionen ökonomische Entwicklungsgesetze – allgemeinhistorische Universalien – nicht auf Dauer an ihrer Durchsetzung hindern können. Zweitens galt die territoriale Ausbreitung der kapitalistischen Strukturprinzipien von Privateigentum und liberaler Handelsordnung – des freien Waren- und Kapitalverkehrs – zugleich als Verallgemeinerung und Verewigung der kapitalistischen Produktionsweise, als endgültige Form gesellschaftlicher Existenz, und wurde daher eifertig als »Ende der Geschichte« gedeutet. Globalisierung bezeichnet so gesehen nicht mehr als die Rückkehr zur alternativen Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise.

Realinvestitionen und Finanzakkumulation

Der Übergang von der bipolaren Welt der Systemkonkurrenz zur kapitalistischen Alleinherrschaft hat ökonomische und politische Entwicklungen beschleunigt, die durch die Krisen der siebziger Jahre angestoßen wurden und von denen nun behauptet wird, daß sie zu bestimmenden Merkmalen einer neuen geschichtlichen Entwicklungsphase geworden seien. Damit sind insbesondere Strategien des finanziellen und industriellen Kapitals gemeint. Die Frage nach Inhalt und Sinn des Globalisierungsbegriffes zielt daher weniger auf quantitative Entwicklungen des Welthandels als auf Veränderungen weltweiter Kapitalstrukturen, die zugleich die Entstehung neuer Handelsmuster auslöst und verstärkt. Zu überprüfen wäre also die These, daß eine deutlich gestiegene Kapitalmobilität den Ausgangspunkt für ökonomische und politische Anpassungszwänge bildet. Und dies in zweierlei Hinsicht: Erstens sollen durch angekündigte und gegebenenfalls vollzogene Verlagerungen von Produktionsaktivitäten an andere Standorte Kostenunterschiede nach unten hin ausgeglichen werden. So entsteht an den einzelnen Standorten ein permanenter Druck auf bestehende Niveaus von

Ingo Schmidt – Jg. 1964,
Dr. oec., Hochschulassistent
am volkswirtschaftlichen
Seminar der Universität
Göttingen.

Lohn- und Sozialleistungen. Zweitens bilden sich auf internationalen Finanzmärkten Zinssätze heraus, an denen sich die Mindestverwertung industriellen Kapitals messen muß. Sofern nationalen Regierungen durch die Internationalisierung der Finanzströme die Zinssouveränität abhanden kommt, müssen die nationalen Produktionsbedingungen eine an den international vorgegebenen Zinssätzen orientierte Rentabilität der Kapitalverwertung sichern. Leisten sie dies nicht, suchen die Besitzer finanzieller Vermögen sich profitablere Anlagemöglichkeiten im Ausland, während industrielle Unternehmungen Produktionsverlagerungen vornehmen. Die Bewegungen von finanziellem und industriellem Kapital verflechten und ergänzen sich also derart, daß über den Zinssatz einerseits die Verwertungsansprüche von Realinvestitionen bestimmt werden, während die Unternehmen andererseits über das Ausnutzen der Konkurrenz zwischen den Standorten überhaupt erst jene Rationalisierungen und Kostensenkungen durchsetzen, die die reelle Bedienung der zunächst nur ideellen monetären Ansprüche ermöglicht. Die Sicherung der komplex strukturierten nationalen Standortvorteile und dabei vor allem die Sicherung einer wertstabilen konvertiblen Währung werden dabei zu einer Staatsaufgabe von allererster Bedeutung – die als die »Herstellung systemischer Wettbewerbsfähigkeit« inzwischen in der neoliberalen Wirtschaftstheorie eine ähnliche Vergötzung erfährt wie der Globalisierungsbegriff.

Einkommensansprüche aus Finanzanlagen gründen auf zwei unterschiedlichen Quellen: Erstens entstehen sie durch den Zins auf bestehende Geldvermögen – den »Preis des Geldes« (Marx), den der Geldkapitalbesitzer für die Überlassung seines Kapitals an einen Unternehmer erhebt. Da im Verhältnis zwischen Geldkapitalist und Unternehmernkapitalist die (erwartete) Profitabilität der Realinvestition den Ausschlag darüber gibt, ob der Unternehmer überhaupt gewillt ist, Geldkapital zu einem gegebenen Zinssatz auszuliehen, entscheidet die Höhe des Zinssatzes über den Umfang realwirtschaftlicher Aktivitäten. Da aber der Geldkapitalist bei einer zu hohen Zinsforderung sein Kapital überhaupt nicht verwerten könnte, kann der Zinssatz gesamtwirtschaftlich gesehen eigentlich nie über der (erwarteten) Profitrate der Realinvestitionen liegen. Das grundlegend Neue der gegenwärtigen Situation liegt nun darin, daß nicht mehr die durchschnittliche Rentabilität der nationalen Unternehmen, sondern die im internationalen Raum erreichbare Verwertung des Kapitals den Zinssatz bestimmt. Restriktive Geldpolitik im nationalen Rahmen und das Wachstum der internationalen Finanzmärkte haben in den vergangenen Jahren das Zinsniveau weltweit erhöht und damit zugleich die Zahl rentabler Investitionsprojekte eingeschränkt. Für diese Tendenz, das globale Zinsniveau zu erhöhen, erlangt aber vor allem die zweite Quelle von Einkommen aus Finanzanlagen zunehmendes Gewicht. Einkommensansprüche entstehen nämlich – zweitens – auch aus Transaktionsgewinnen, die sich bei Zins- und Kursunterschieden einer Finanzanlage zu verschiedenen Zeitpunkten bzw. an unterschiedlichen Orten realisieren lassen. Der Einkommensanspruch resultiert in diesem Fall nicht aus einem bestehenden Geldvermögen, sondern aus den laufenden – im erheblichen Maße spekulativen – Umsätzen, die mit

2 Berechnet nach Zahlen der Deutschen Bundesbank; zum Bestand an Geldvermögen vgl. Monatsbericht 5/96.

3 »Das deutet darauf hin, daß es auch im vergangenen Jahr (1994 – d.V.) noch rentabler war, einen großen Teil des gewachsenen Cash-Flows zum Aufbau von Geldvermögen zu verwenden, als in neue Sachanlagen zu investieren.« (Bundesbank-Monatsbericht 11/95, S. 43.)

4 Vgl. Huffschmid, Jörg (1995): Steuern gegen die Spekulation? in: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memo-Forum Nr. 23, Bremen, S. 53-65, hier S. 56.

5 »Als Derivate werden der Wortbedeutung entsprechend im allgemeinen solche Finanzinstrumente bezeichnet, deren eigener Wert aus dem Marktpreis beziehungsweise einem entsprechenden Index eines (oder mehrerer) originärer Basisinstrumente abgeleitet ist.« (Bundesbank-Monatsbericht 11/94, S.42.)

6 Berechnet nach Zahlen der Bank für internationalen Zahlungsausgleich; Jahresbericht 1995.

7 Vgl. Gagnon, Joseph, Unferth, Mark (1995): Is there a world real interest rate? in: Journal of International Money and Finance; Vol. 14, No. 6, pp. 845-855.

8 »Allerdings können zumindest vorübergehend, etwa in Phasen hoher Unsicherheit, Fehleinschätzungen von Marktteilnehmern dazu führen, daß Finanzmarktpreise die fundamentalen Faktoren nur un-

verschiedenen Anlageformen getätigt werden. Vermögensbestand und Umsatzvolumen sind somit die beiden Bezugsgrößen zur Begründung von Einkommensansprüchen aus Finanzanlagen – beide sind in den vergangenen Jahren stark angewachsen. So sind die Geldvermögen in der Bundesrepublik von 1990 bis 1995 um 43 Prozent gewachsen, während das Bruttoinlandsprodukt im selben Zeitraum nur um 20 Prozent zugenommen hat.² An diesem Vermögenswachstum war der Unternehmenssektor mit einer Rate von 53 Prozent überdurchschnittlich beteiligt.³

Noch höhere Wachstumsraten gab es auf den internationalen Devisenmärkten, die der Finanzierung sämtlicher außenwirtschaftlicher Transaktionen dienen. Hier ist der Umsatz von 1989 bis 1994 um 54 Prozent angestiegen, wobei nur 2,4 Prozent dieser Umsätze zur Finanzierung realwirtschaftlicher Aktivitäten in den Bereichen Außenhandel und Direktinvestitionen genutzt wurden und der ›Rest‹ von 97,6 Prozent internationalen Spekulationsgeschäften diente.⁴ Dieser riesige Anteil spekulativer Devisenumsätze erklärt sich zu einem guten Teil aus Entstehung und Ausbreitung des Handels mit sogenannten Finanzderivaten⁵, Titeln, die zwar zur Stabilisierung von Kursschwankungen auf internationalen Finanzmärkten geschaffen werden, aber als solche sogleich Gegenstand der Spekulation sind. Der Bestand börsengehandelter Derivate hat von 1989 bis 1994 um 400 Prozent zugenommen.⁶

Die Frage ist nun, welche Rückwirkung die Aufblähung der internationalen Finanzmärkte auf die reale Ökonomie, also auf Produktion und Handel von bzw. mit Gütern und Dienstleistungen hat. Zunächst gilt – wie oben entwickelt –, daß die Rendite auf industrielle Investitionen mindestens der Verzinsung einer alternativen Finanzanlage entsprechen muß. Hier ist festzustellen, daß sich das Niveau der Realzinsen in den achtziger Jahren deutlich gegenüber den vorangegangenen Jahren erhöht hat⁷, wofür zunächst steigende Nominalzinsen infolge restriktiver Geldpolitik und – mit Zunahme von Finanzspekulation und finanzieller Instabilität – höhere Risikoprämien die Ursache waren. Mit der Durchsetzung einer restriktiven Geldpolitik konnten schließlich auch sinkende Nominalzinsen keine niedrigen Realzinsen bewirken, weil ja zugleich die Inflationsrate dauerhaft gesunken ist.

Zieht man zusätzlich in Betracht, daß die Aufblähung des Umsatzvolumens und die verkürzten Umschlagszeiten erstens zu dauerhafter finanzieller Instabilität⁸ führen und zweitens auch bei geringeren Kursunterschieden oder Differenzen in den Zinssätzen hohe Gewinnsummen ermöglichen, wird verständlich, daß sich infolge der hohen Profitabilität von Finanzanlagen die gesamtwirtschaftliche Investitionsbewegung zeitgleich mit der Ausweitung internationaler Spekulationsgeschäfte abgeschwächt hat.⁹

Unternehmerische Anpassungsstrategien

Unternehmensintern wurde die Stagnation genutzt, um Kostenenkungs- und Rationalisierungsprogramme durchzusetzen, die insgesamt auf eine Neuordnung der Produktionskapazitäten hinauslaufen. Angesichts der im Zuge der neoliberalen Austeritätspolitik langfristig sinkenden Kaufkraft in den kapitalistischen Indu-

strieländern sind strukturelle Überkapazitäten entstanden, die aufgrund der anhaltenden Konjunkturschwäche nicht durch Marktausweitung rentabel gemacht werden können. Durch die »Konzentration auf das Kerngeschäft« und den Verkauf von ganzen Geschäftssparten an Konkurrenten wollen vor allem die transnationalen Konzerne mit Hauptsitz in Westeuropa neben einer Bereinigung der Produktionspalette eine Verbesserung der Kostenstrukturen erreichen, die sie mit den Konzernen aus den USA und Ostasien konkurrenzfähig werden läßt. Zudem geht es um eine nachhaltige Steigerung der betrieblichen Renditen und Unternehmenswerte (share-holder value) auf das US-amerikanische Niveau.¹⁰ Mit der Anpassung der Unternehmensorganisation an gesamtwirtschaftliche Stagnationstendenzen über die Rationalisierung des Produktionsprozesses geht also eine fortschreitende Unternehmenskonzentration einher: Gewinne werden weniger für Erweiterungsinvestitionen als für den Erwerb anderer Unternehmungen verwendet.¹¹

Die Resultate dieser Umstrukturierungen sind widersprüchlich. Obwohl es in einzelnen Sektoren und Fertigungsstufen deutliche Steigerungen gegeben haben mag, hat sich die Produktivitätsentwicklung in den vorangegangenen Jahren insgesamt verlangsamt. War die Produktivität, bezogen auf die Gesamtwirtschaft, zwischen 1970 und 1980 noch um 30 Prozent gestiegen, so waren es von 1980 bis 1990 nur noch 24 Prozent. Diese aggregierten Zahlen verschleiern jedoch die gleichzeitig stattfindende Umstrukturierung, die unter dem Druck weltwirtschaftlicher Stagnationstendenzen und finanzieller Instabilitäten erfolgt. Beispielsweise war das verarbeitende Gewerbe am Produktivitätswachstum 1980 bis 1990 nur mit 12 Prozent beteiligt, der Straßenfahrzeugbau aber mit überdurchschnittlichen 30 Prozent und die chemische Industrie mit 35 Prozent¹². Daß es trotzdem zu einem Rückgang der Lohnstückkosten gekommen ist, lag daran, daß die Löhne ein geringeres Wachstum aufwiesen als die Arbeitsproduktivität.¹³ Beim Überwiegen der Rationalisierungs- gegenüber den Erweiterungsinvestitionen hat sich jedoch die Kapitalintensität erhöht. Aus diesem Grund hat das Wachstum der totalen Faktorproduktivität nachgelassen und ist die Kapitalproduktivität sogar in absoluten Größen gesunken.¹⁴

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß die Aufblähung der internationalen Finanzmärkte mit gesamtwirtschaftlichen Stagnationstendenzen korrespondiert; von konjunkturellen Schwankungen abgesehen gilt dies für alle kapitalistischen Metropolen und für die Mehrzahl der Peripheriestaaten. Dabei ist die Entkopplung der Finanzmärkte von der realen Akkumulationsbewegung – die von Vertretern der monetärkeynesianischen Schule entschieden bestritten wird¹⁵ – mehr eine Begleiterscheinung der Stagnation als deren Ursache. Letztere ist es, die den Anstoß für Umstrukturierungen des Produktionsprozesses und der Unternehmensorganisation gab. Diese Umstrukturierungen sind es auch, die weltweit zu Veränderungen der Handels- und Investitionsströme führen.

zulänglich widerspiegeln oder sich temporär sogar weit von ihnen entfernen.« (Bundesbank-Monatsbericht 11/94, S. 46.)

9 »Die Investitionsquote sank (1994) auf 14,6 v.H. und war damit noch einen Prozentpunkt niedriger als in der Rezession von 1982. Im verarbeitenden Gewerbe sind die Investitionen 1994 um 8 v.H. gesunken. Das Investitionsniveau lag hier nur noch bei 76 v.H. des Wertes von 1989 und nicht mehr viel über den Tiefstwerten in den achtziger Jahren.« (DIW-Wochenbericht 51-52/95, S. 871.)

10 »Während die Börsen im angelsächsischen Raum zwischen 1985 und 1995 im Durchschnitt mehr als 14 Prozent Rendite auf reale Kapitalanlagen und immerhin gut acht Prozent auf Rentenpapiere (Anleihen, Staatspapiere) boten, mußten sich Vermögensbesitzer auf bundesdeutschen Geld- und Kapitalmärkten mit einer Verzinsung von Realkapitalanlagen von ca. sieben Prozent und von gut vier Prozent bei Finanzpapieren zufrieden geben.« Joachim Bischoff: Kapitalgeber an die Macht! in: Neues Deutschland vom 14. Mai 1997.

11 Die Bundesbank spricht »von schon seit längerem (sich – d.V.) abzeichnenden Trends zugunsten des Beteiligungserwerbs und zu Lasten der Sachkapitalbildung.« (Bundesbank-Monatsbericht 11/96, S. 44.)

12 Alle Produktivitätszahlen beziehen sich auf die Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen bzw.

des Bruttoinlandsprodukts und sind berechnet nach Zahlen des Statistischen Jahrbuchs 1996.

13 Von einem Index von 100 im Jahre 1980 sind die realen Lohnstückkosten in der BRD bis 1995 auf 87,8 gefallen und die reale Arbeitsproduktivität auf 128,8 gestiegen. (IFO-Schnelldienst 20/96, S. 8.)

14 »Sie (die Kapitalproduktivität – d.V.) ist in der Vergangenheit mit abnehmender Rate gesunken, da ein großer Teil der Investitionen nicht zur Ausweitung des Produktionspotentials, sondern zum Ersatz von Arbeitsplätzen durch vermehrten Kapitaleinsatz benötigt wurde. Die Rentabilität blieb nur deshalb auf einem mittelfristig gleichbleibenden Niveau, weil gleichzeitig der Anteil der Lohneinkommen an der Bruttowertschöpfung zurückgegangen ist.« (DIW-Wochenbericht 51-52/95, S. 873.)

15 Vgl. Heine, Michael; Herr, Hansjörg: Money Makes the World Go Round, in: PROKLA, Nr. 103 (Juni 1996), S. 197-225.

16 Bundesministerium für Wirtschaft 1994: Dokumentation Nr. 363 Neuere Entwicklungen und Perspektiven für Direktinvestitionen.

17 1993 kamen 88 Prozent der für Direktinvestitionen verwendeten Kapalexporte aus den kapitalistischen Metropolenstaaten und nur 12 Prozent aus der Peripherie. Zugleich flossen 57 Prozent als Kapitalimporte in die Metropolen und 43 Prozent in die Peripherie. Per Saldo gibt es daher einen Nettokapalexport aus den Metropolen. (Zahlen des BMWi)

Metropole und Peripherie

Gerade die Fixierung auf die Standortkonkurrenz rückt die internationale Verteilung der Direktinvestitionen in das Zentrum wirtschaftspolitischer Aufmerksamkeit. Die »Qualität des Standorts« mißt sich genau daran, ob der jeweilige Wirtschaftsraum für einheimische und ausländische Kapitalanleger attraktiv ist. Ausländische Direktinvestitionen – soweit von spekulativen Finanztransaktionen abgesehen wird, die in neoliberaler Einfalt, aber mit gewisser theorieimmanenter Konsequenz immer häufiger ebenfalls als »Zustrom von Direktinvestitionen« aufgefaßt und ausgewiesen werden – können zum einen die oben angesprochene Form der Beteiligung an bestehenden Unternehmen annehmen; sie können zum anderen aber ebensogut zum Ausbau von bereits bestehenden Auslandsniederlassungen dienen.

Seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre kann weltweit eine deutliche Zunahme der weltweiten Direktinvestitionen betrachtet werden. Betrogen die hierfür getätigten Kapalexporte zwischen 1981 und 1985 jahresdurchschnittlich 43 Mrd. US-Dollar, so waren es von 1986 bis 1989 bereits 149 Mrd. US-Dollar. Nach diesem sprunghaften Anstieg hat sich das Direktinvestitionswachstum wieder abgeschwächt, so daß nun von einer höheren Integrationsstufe – gemessen als Anteil der Direktinvestitionen am weltweiten Sozialprodukt – gesprochen werden kann.¹⁶ Diese Entwicklung wird häufig als Hinweis auf die abnehmende Wettbewerbsfähigkeit der kapitalistischen Metropolen gegenüber den erfolgreichen Industrialisierungsprozessen in bislang peripheren Räumen gedeutet. Tatsächlich fließt ein größerer Teil der Direktinvestitionen aus den Metropolen in die Peripherie als in die umgekehrte Richtung.¹⁷

Daraus nun abzuleiten, daß die Metropolen ausschließlich aufgrund überhöhter Löhne an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verlieren, erweist sich bei genauerem Hinsehen als ziemlich kurzschlüssig. Die Fixierung auf die Wettbewerbsfähigkeit von metropolitanen Standorten mit solchen an der Peripherie des Weltwirtschaftssystems hat tatsächlich zwei Ursachen. Zum einen ist sie die Folge der realwirtschaftlichen Stagnation, die nach der Krise des Fordismus entstanden ist und die durch die Internationalisierung der Finanzmärkte befestigt wird. Zum anderen reflektiert sich darin die Tatsache, daß die Expansion der Direktinvestitionen auch mit der globalen Verbreitung von – vor allem spätfordistischen – Technologien einhergeht, für deren effizienten Einsatz inzwischen nahezu überall ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte rekrutiert werden können. Im Zustand gesamtwirtschaftlicher Stagnation konkurrieren also jetzt in einer Vielzahl klassisch-fordistischer Industriebranchen Unternehmen miteinander vor allem über Kostenfaktoren, wobei der wichtigste Kostenfaktor, der in der Reichweite nationaler Standortpolitik liegt, die Arbeits- und Sozialkosten sind. Der Versuch, allein über die Rentabilitätssteigerung bei inzwischen weltweit verbreiteten Produktionstechnologien die Profitrate zu erhöhen und Marktanteile zu verteidigen oder gar noch zu gewinnen, führt also zwingend zu Strategien, die auf Lohn- und Sozialkostensenkungen hinauslaufen. Paradoxerweise hat aber gerade die Senkung der Lohnkosten eine weitere Verschärfung der Konkurrenz

mit Ländern zur Folge, in denen es ein niedriges Lohnniveau gibt. Für ein Hochlohnindustrieland ist der aus einem Mangel an technologischer Innovation und Strukturkonservatismus resultierende verschärfte Wettbewerb mit technologisch ebenbürtigen Produktionsstandorten, in denen aber ein durch mannigfaltige historische – nicht zuletzt (neo)koloniale – Faktoren bedingtes niedrigeres Niveau der Sozialkosten besteht, nicht zu gewinnen.¹⁸

Den Nettokapitalexport aus den Metropolen des Kapitalismus in dessen Peripherie als Folge überhöhter Löhne auszugeben und als Kapitalflucht zu denunzieren, ist aber auch noch aus weiteren Gründen falsch.

Zunächst muß festgehalten werden, daß Kapitalexport die Akkumulation von anlagefähigen Überschüssen voraussetzt; dies ist aber nur Unternehmen möglich, die sich in der kapitalistischen Konkurrenz behaupten konnten und können. Kapitalexport deutet also nicht auf mangelnde Wettbewerbsfähigkeit hin, er ist gerade umgekehrt ein Zeichen für erfolgreiche Kapitalakkumulation. Aber er ist auch ein Signal dafür, daß das akkumulierte Kapital offensichtlich in anderen Wirtschaftsräumen rentabler verwertet werden kann. Die moderne Zuspitzung des Problems »Kapitalexport«, das offensichtlich bereits so alt ist wie die kapitalistische Produktionsweise selbst – mit ihrer »Tendenz, den Weltmarkt herzustellen« (Marx) –, besteht nun darin, daß im Wettbewerb um die Investitionen von transnationalen Konzernen jede Investition außerhalb des bisherigen nationalen Standorts als Verlust an Hochlohnarbeitsplätzen, folglich an Steuereinnahmen und umgekehrt als zusätzliche Belastung des Sozialsystems erscheint. Solange in die »eigenen Kolonien« Kapital exportiert wird, ist dieser Gesichtspunkt nahezu ohne Belang. Mit der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts hat dies a priori allerdings wenig zu tun. Denn »Standort« sein, heißt immer, sich von anderen »Konkurrenzstandorten« zu unterscheiden, heißt Betonung gerade der Differenz zu anderen. Es ist eine hehre Illusion, daß ein »Standort« so beliebig mit allgemeinen Produktionsbedingungen ausgestattet sein könnte, daß alle Produktionen nur dort einmalig profitabel ausgeführt werden könnten. Gerade aber weil »Standorte« sich voneinander unterscheiden müssen und die sogenannten »global players« an verschiedenen dieser »Standorte« aktiv sind, ist der Transfer von Kapital zwischen diesen Verwertungsräumen eine Grundvoraussetzung rentabler Unternehmensstrategien. Den Kapitalexport aus einem dieser Räume in andere als Indiz für konkurrenzmäßige Unterlegenheit zu deuten, heißt das Wesen und die grundlegenden Voraussetzungen kapitalistischer Unternehmensrentabilität verkennen.

Beim Kapitalexport in die Peripherien muß außerdem beachtet werden, daß dieser hochgradig regional und sektoral konzentriert ist: Von den 74,2 Mrd. US-Dollar, die 1993 als Direktinvestitionen in Peripheriestaaten getätigt wurden, flossen immerhin 47,5 Mrd. in die Industrialisierungsregionen Asiens und haben dort zum Aufbau arbeitsintensiver Fertigungsstätten geführt.¹⁹ Der Abbau entsprechender Produktionsanlagen in den Metropolen hat in der Tat zu einer sinkenden Zahl an Arbeitsplätzen in traditionellen Industriebranchen geführt. In diesem Zusammenhang von globalisie-

18 »Es gibt für ein Hochlohnland keine geeignete Strategie zu versuchen, den Platz an der Spitze der ›Lohnhierarchie‹ zu räumen und durch Lohnsenkung den Wettbewerbsdruck der aufholenden Länder zu vermindern. (...) Sinkende Löhne und sinkende Produktivität vermindern den Wettbewerbsdruck aber nicht, da auch die anderen Plätze in der Hierarchie besetzt sind; man konkurriert dann um andere Produkte, aber der Wettbewerb ist nicht weniger scharf.« (Herbstgutachten der sechs führenden wirtschaftswissenschaftlichen Institute. Abgedruckt in: DIW-Wochenbericht 43-44/96, S. 679-715, hier S. 707.)

19 BMWi-Dokumentation Nr. 363, S. 13.

rungsbedingtem Arbeitsplatzexport zu sprechen, ist jedoch in zweifacher Hinsicht falsch. Erstens sind in den genannten Industrialisierungsprozeß nur ganz bestimmte Regionen Südasiens einbezogen, so daß an diesem Punkt nicht von einem – jedenfalls nicht von einem neuartigen – Globalisierungsphänomen gesprochen werden kann. Es handelt sich hier nämlich zweitens eher um ein klassisches Beispiel des Strukturwandels, bei dem Arbeitsplätze in bestimmten Sektoren verlorengehen und in anderen entstehen. So stehen den Verlusten im Bereich arbeitsintensiver Industrieproduktion Beschäftigungsschwäche bei der Ausfuhr kapital- und technologieintensiver Investitionsgüter gegenüber, die den Aufbau industrieller Anlagen in Südostasien maßgeblich tragen.²⁰ Daß die Arbeitsplatzgewinne im einen Sektor die Verluste im anderen Sektor nicht ausgleichen können, ist keine Folge der Internationalisierung, die mit dem sektoralen Strukturwandel verbunden ist, sondern ergibt sich aus dem Produktivitätswachstum, das ebenfalls eine Begleiterscheinung des Strukturwandels darstellt. Dies gilt unabhängig davon, daß sich das gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum in den vergangenen zwei Jahrzehnten verlangsamt hat.

20 Vgl. DIW-Wochenbericht 12/96: Deutschlands Handel mit Südostasien und die Rolle der EU-Handelspolitik.

Triadisierung der Metropolen

Die hitzige öffentliche Debatte über ausländische Direktinvestitionen erfordert auch einige empirische Relativierungen. Zwar gibt es einen Nettokapitalexport aus den kapitalistischen Metropolen, gleichwohl verbleibt der Schwerpunkt der Kapitalakkumulation innerhalb der Metropolen und hier vornehmlich innerhalb der Herkunftsländer der jeweiligen Kapitalanlage. Beispielsweise waren 1993 nur acht Prozent aller Anlagen deutscher Unternehmen ausländische Direktinvestitionen. Von diesen acht Prozent flossen wiederum 80 Prozent in andere Metropolenländer – hauptsächlich in der Europäischen Union – und nicht in periphere Räume.²¹ Der geringe Anteil der Peripherien an der Gesamtakkumulation erklärt, weshalb sich die Ungleichheit gegenüber den Metropolen in der Mehrzahl der Länder weiter vergrößert. Die Nettokapitalzuflüsse in diese Wirtschaftsräume können die größere Akkumulationsmasse der Metropolen nicht annähernd ausgleichen.

21 Vgl. Kühle, Hartmut (1996): Deutschlands Position auf dem Weltmarkt, in: WSI-Mitteilungen 5/1996, S. 295-303.

22 »Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene sind die realen Lohnstückkosten (in Deutschland – d.V.) weder übermäßig hoch, noch sind sie in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark gestiegen. Relativ zu den in DM umgerechneten nominalen Lohnstückkosten anderer Länder haben die nominalen Lohnstückkosten in Deutschland dagegen deutlich zugenommen. Aber das ist kein Arbeitskostenproblem, sondern die unvermeidbare Konsequenz der Aufwertung der D-Mark.« (IFO-Schnelldienst 20/96, S. 9.)

Dagegen deutet der hohe Anteil der in- und ausländischen Investitionen innerhalb metropolitaner Länder mit ähnlichen Produktivitäts- und Kostenstrukturen darauf hin, daß allein Lohn-, Steuer- und andere Kostendifferentiale Investitionsentscheidungen kaum zu erklären vermögen. Wichtiger dürfte sein, daß ausländische Direktinvestitionen den Marktzugang zu anderen Ländern erleichtern und es zudem erlauben, Wechselkursrisiken auszuweichen.²² Bezüglich des Außenhandels haben Direktinvestitionen also zwei Effekte: Insofern sie Marktzugänge erleichtern, fördern sie den Export und insofern sie eine Reaktion auf Wechselkursschwankungen oder aufwertungsbedingte Kostennachteile darstellen, wirken sie einschränkend auf die Ausfuhr.

Die Vertiefung der Handels- und Investitionsbeziehungen innerhalb der Metropolen wird insgesamt weniger von angebotsseitigen Kostenfaktoren als von nachfragestrategischen Erwägungen der Markterschließung vorangetrieben. Neben dem Gewicht, daß der

Akkumulation im jeweils nationalen Rahmen immer noch zukommt, ist hier insbesondere die Herausbildung von Großwirtschaftsräumen zu nennen: Große Anteile am Handels- und Direktinvestitionsvolumen verbleiben im Rahmen des nordamerikanischen, westeuropäischen oder südostasiatischen Raumes. Wenn in diesem Zusammenhang von Globalisierung gesprochen werden soll, so darf hierunter also keinesfalls die allgemeine Verbreitung des »One-Best-Way« kapitalistischer Entwicklung verstanden werden. Vielmehr bildet sich eine Triadisierung heraus, die zu einer globalen Konkurrenz dieser Wirtschaftsblöcke führen kann.

Die Entstehung regionaler Wirtschaftsblöcke erscheint geradezu als Kehrseite der wachsenden globalen Mobilität des Kapitals. Der moderne »Standort« kann immer weniger als homogener nationaler Wirtschaftsraum verstanden werden. Im Ringen um die Vorherrschaft auf dem kapitalistischen Weltmarkt wird die Formierung von differenzierten regionalen Strukturen notwendig, die auf der Basis zunehmend vereinheitlichter Währungssysteme ein breites Spektrum unterschiedlichster Produktionsbedingungen zu gewährleisten vermögen. Folglich ist auch nicht die innere Homogenisierung der regionalen Blöcke zu erwarten, sondern die Reproduktion von Heterogenität, die den Rahmen für eine weltmarktkonkurrenzfähige Ansiedlung unterschiedlichster Produktionsaktivitäten abgibt. So führt gerade die angestrebte Vertiefung der europäischen Integration über die Einführung von »Qualifikationskriterien« – die nicht nur positiv als Teilnahmebedingungen, sondern auch negativ als Ausschlußbedingungen verstanden werden müssen – zu neuen Differenzierungen selbst zwischen den Mitgliedsländern der EU. Die Formierung eines europäischen Wirtschaftsblocks schließt daher, auch wenn dies durch die offizielle Politik bestritten wird, die Abkehr vom Gründungsideal einer fortschreitenden Angleichung des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus der Länder der Europäischen Gemeinschaft ein. Vielmehr bildet sich innerhalb dieses Wirtschaftsraumes wie auch in Nordamerika oder Ostasien eine komplexe Struktur von Zentrum, Semiperipherien und Peripherien heraus. Die Vorteile des Integrationsprozesses werden also durchaus ungleich verteilt, wobei selbst für die eher randständigen Regionen der Mangel an Integrationsgewinn dadurch weit überkompensiert wird, daß sie auf diese Art wenigstens noch in den weltwirtschaftlichen Zusammenhang eingeschlossen bleiben. Die bedrohliche Alternative wäre Exklusion – Ausschluß aus dem Reigen der Verwertungsstandorte.

Der Lohn- und Sozialabbau in den Metropolen ist keineswegs ein unbeeinflussbaren Sachzwängen geschuldetes Verhängnis. Er schafft vielmehr durch eine Erhöhung der verfügbaren Gewinne den Rohstoff für die Austragung der innerkapitalistischen Konkurrenz zwischen den Wirtschaftsblöcken. Mit der Zunahme internationaler Kapitalströme in den vergangenen Jahren wird dieser Rohstoff in Bewegung gesetzt, werden Märkte erschlossen, Profite produziert und realisiert.

Was war dieses Jahrhundert eigentlich?

STEFAN AMZOLL IM GESPRÄCH MIT
HANS-ECKARDT WENZEL

STEFAN AMZOLL: Hans-Eckardt Wenzel, niemand kommt ohne Vorbilder aus. Kennst Du das Phänomen der Verdrängung von Leuchttürmen, ihre vorsätzliche Ablehnung?

HANS-ECKARDT WENZEL: Sicher, wenn man sich in seinem Leben an Punkten orientiert, daß man sich von andern Orten, die einmal Orientierung waren, verabschiedet, also abstößt. Leben bedeutet doch kontinuierlich-diskontinuierlichen Wechsel. Man muß aber benennen können, aus welchen Gründen bestimmte *Leuchttürme* oder Figuren, die einen geprägt haben, abgelegt werden. Ob das aus Bequemlichkeit geschieht, wenn ich Kriterien nicht mehr akzeptiere – eine Art Renegatentum gegen mich selbst? – oder: es gibt die Art, sich wirklich frei machen zu müssen von Fesseln oder Phrasen, die mit solchen Personen in Verbindung stehen bzw. die durch Gebrauch vernutzt wurden, zum eignen Klischee.

Hans-Eckardt Wenzel –
Jg. 1955, Studium der
Kulturwissenschaft/Ästhetik
an der Humboldt-Universität
Berlin.

Arbeitet seit 1981 als freiberuflicher Musiker/Autor/Schauspieler/Regisseur in Berlin, seit 1978 gemeinsam mit Steffen Mensching; u.a. 1990 Heinrich-Heine-Preis, 1995 Deutscher Kabarettpreis.

STEFAN AMZOLL: Solche Phrasen sind von Massen verinnerlicht worden, auch von uns, nicht wahr?

HANS-ECKARDT WENZEL: Es ist der Punkt, da man ein Stück von sich selbst, sein eigenes Bild, in andere Personen oder Werke projiziert und damit versucht, in Kontakt mit diesen sich selbst zu umreißen, weil: Man kann sich nur definieren über andere, es gibt keine Bestimmung aus meinem System heraus. Das ist die Illusion des bürgerlichen Zeitalters gewesen, daß es so etwas gäbe, daß sich das Individuum selbst definieren könnte. Es wird aber immer von »außen« definiert. Wir erkennen uns nur in den Augen anderer, nur im kommunikativen Prozeß existieren wir als das, was wir sind, als das, was wir *scheinen*. Dieser kommunikative Prozeß hat historische Punkte. Die Leuchttürme, wie Du sagtest, oder die Bezugspunkte, die ich aus der Geschichte nehme, sind also ein Wiedererkennen, vielleicht auch Wiedererkennen unbewußt erlebter Geschichte aus vielen Jahren vor meiner empirischen Existenz.

STEFAN AMZOLL: Wovon hast Du Dich konkret verabschiedet seit 1989?

HANS-ECKARDT WENZEL: Ich habe 1989 keinen *großen* Abschied erlebt; der hat für mich vorher stattgefunden. Ich habe mich vorher schon von Illusionen verabschiedet – ich sage bewußt Illusionen

und nicht Utopien, das sind für mich Unterschiede: Das war ein Abschied von *instrumentalisierter Vernunft*, wie es Hans Mayer einmal beschrieben hat. Die menschliche Gesellschaft ist in einen Zustand geraten, wo sie keine Mechanismen mehr besitzt, ihren Gemeinsinn für Zukunft offenzuhalten.

Alle bisherigen Gesellschaftsmodelle mußten die Verhältnisse irgendwann zementieren, um zu existieren. Das war Abschied. Aber kein Abschied vom Philosophen Marx z. B., auch kein Abschied von der Hoffnung, daß es einen Zustand auf der Welt geben könnte, in dem *mein* Glück nicht Verhinderung anderen Glücks bedingt. Von dieser Hoffnung habe ich mich nicht verabschiedet.

Vielleicht ist das die Distanz, die ich mir erarbeiten mußte und an der ich immer noch zu tun habe, die Distanz zwischen Utopie und Illusion.

STEFAN AMZOLL: Elias Canetti sagte 1976 in seiner Rede »Der Beruf des Dichters«: »Wer den Zustand der Welt, in der wir leben, nicht sieht, hat schwerlich etwas über sie zu sagen.« Das war selbstredend auf die ihn umgebende schreibende Zunft gemünzt. Ein Großteil dieser Zunft glaubt, im postmodernen Zeitalter ohne diese Reflexion des Zustands der Welt auszukommen. Sie will keine Wahrheits- und Wirklichkeitskompetenz mehr ausüben. Siehst Du das ähnlich?

HANS-ECKARDT WENZEL: Die Menschheit verliert ihren Ursprung immer dort, wo sie den Widerspruch zwischen ideologischer und tatsächlicher Existenz verwischt, verkleistert. Das, was wir als augenscheinliche Wahrheit akzeptieren (unseren Augen scheinbar glaubend – dem Fernsehen z. B.) und jenes, das wir als soziale Erfahrung wissen, steht immer in einem Widerspruch, den zu lösen ein menschliches Leben als zu kurz erscheint, als *nicht hinreichend*.

STEFAN AMZOLL: Offenbar benötigst Du das schwierige Verhältnis von Theorie, Geschichte und Dichtung als Hintergrund.

HANS-ECKARDT WENZEL: Für mich sind alle Unternehmungen der menschlichen Intelligenz – ob Kunst, Wissenschaft oder Metaphysik – Versuche, dem Geheimnis der Existenz näher zu kommen: den unerklärbaren Phänomenen Liebe, Tod, Hoffnung ... Wenn die Totalität selbst als Hintergrund akzeptiert wird, gibt es keine Trennungen in Genres, Formen oder Schulen. Diese Unterteilungen dienen nur den Denkschwachen. Sie basteln daraus Theoreme, um nicht elementar denken zu müssen.

STEFAN AMZOLL: Ich möchte nach für Dich wichtigen Personen fragen. Zum Beispiel nach Wolfgang Heise, einen Deiner Lehrer an der Humboldt-Universität. Was bedeutet er Dir?

HANS-ECKARDT WENZEL: Wolfgang Heise war im klassischen Sinne ein Lehrer, der mir nicht Ergebnisse und Antworten beibringen wollte, sondern die ungeheure Gabe hatte, produktiv zu verun-

sichern, zu verwirren, Abstraktionen zu hinterfragen. Er lehrte mich, daß man stets hinterfragen muß, was als Phrase auf uns kommt. (Die Philosophie des 20. Jahrhunderts besteht ja zum größten Teil in ihrem *Alltag* aus Phraseologien.) Den Abstraktionen ist nicht zu glauben. Der Grund der Phänomene ist interessant, kein kritikloser Glaube.

Das versteht sich im nachhinein leicht. Aber es war ein schwieriger Prozeß; Heise raubte meiner Generation die falsche Sicherheit im Denken. Ein Vorteil: Du bist vital gegen Krisen, also gegen die Wirklichkeit. Das Wirkliche ist ja immer die Krise, die Chance. Ich war eben nicht sehr erschrocken über 1989. Mein Schrecken saß vorher; das Dilemma, daß mit Jacobinischen administrativen Mitteln keine anderen Zustände erzwungen werden können. Obwohl wir den Atem angehalten haben über die Kühnheit Gorbatschows, haben wir trotzdem gewußt: Dahinter gibt es etwas, was nicht formuliert, nicht aufgearbeitet ist. Es war wieder nur die Phrase. Die Phrase von Glasnost sollte die Phrase vom »realen Sozialismus« ablösen.

Und jetzt ist der Sozialismus besiegt von der Phrase der Freiheit. Aber es geht auch jetzt nicht um die Freiheit; es geht immer nur um die Phrase; es ging früher auch nur um die Phrase Sozialismus. Das ist genau das Problem. Und das hatte was mit der Lehrarbeit von Wolfgang Heise zu tun, daß wir den Phrasen zu mißtrauen lernten.

STEFAN AMZOLL: Sein Tod fiel in das Perestrojkajahr 1987, er erlebte den Umbruch nicht mehr.

HANS-ECKARDT WENZEL: Er hat ihn, glaube ich, schon vorher erlebt. Das hat sicher auch mit seinem Tod zu tun.

STEFAN AMZOLL: Vermißt Du ihn?

HANS-ECKARDT WENZEL: Es gab manchmal Situationen, wo ich gewünscht hätte, daß er da wäre, nur um zu wissen, wie er reagiert hätte. Heise existiert als gedankliches Phänomen für mich weiter. Man kann Erfahrungen nicht abwerfen. Er hat mir etwas beigebracht, und ich konnte durch seine Augen oder mittels seiner Technik, wenn ich sie mir zitiere, bestimmte Dinge so betrachten, wie er sie vielleicht betrachtet hätte. Goethe fehlt auch, und trotzdem fehlt er nicht, weil seine Gedanken verfügbar sind, weil er ein Weiterleben hat. Wolfgang Heise ist eine Person, die bei Heiner Müller, Volker Braun, Christa Wolf weiter aufscheint, er ist anwesend. Er war ein geheimer Anreger; seine Bescheidenheit war utopisch.

STEFAN AMZOLL: Du hast an der Uni eine Arbeit über Theodor Kramer geschrieben. Auch gibt es viele Kramer-Lieder von Dir. Kramers Dichtung galt zeitweilig als ziemlich konventionell. Das ist jetzt offenbar anders?

HANS-ECKARDT WENZEL: Theodor Kramer ist im Nachkriegs-

deutschland vergessen worden; er paßte nicht in die Muster der Nachkriegslyrik, in den Formenkanon von Modernität, den z. B. der Suhrkamp Verlag lancierte. Modernes durfte nichts mit Reim zu tun haben, und wenn, dann mußte es eine Widerspruchskonstellation lancieren, in der die Lüge der falschen Harmonie aufscheint. Die Übereinstimmungsbereitschaft war verbraucht durch Krieg und Ideologie. Günter Eichs Reim von »Hölderlin« auf »Urin«, in dem sich eine Ebene der Verrücktheit dieser Welt widerspiegelt, enthielt die Groteske, die spätere Postmoderne. Kramer glaubte an die utopische Dimension der Kommunikation. Sprachkritik bedeutete ihm (ähnlich wie Brecht) wenig. Poetische Präzision wurde an soziale Phänomene gebunden. Es sind die letzten Hoffnungen auf einen Gemeinsinn, den dieses Jahrhundert vehement ad absurdum geführt hat, ohne den aber hemmungsloser Egoismus die Welt beherrschen würde.

STEFAN AMZOLL: Man spürt den exzellenten Handwerker.

HANS-ECKARDT WENZEL: Er verglich seine Arbeit mit der eines Pianisten. Um in der Übung zu bleiben, müsse er jeden Tag mindestens einen Text schreiben. So wird er zu einer Art »sozialem Enzyklopädisten«. Er liefert uns – ein Agent der Vernunft – genaue Beschreibungen von gesellschaftlichen Umbrüchen. Deswegen hat er mich fasziniert. Er beschreibt die Kälte in einem Armenheim über das Salz, das zu Klumpen gefriert. Er hat die Phänomene beobachtet, und er hat von den Phänomenen Rückschlüsse auf die Zustände der Welt gezogen, und das in ungewöhnlicher lyrischer Form. Hochmoderne Dichtung! Die Modernität bedeutet Genauigkeit. In der Physik, in den Naturwissenschaften werden die genauesten Rechengenäte angestrebt, weil es um Genauigkeit geht. Und es muß auch im gesellschaftlichen oder im künstlerischen Bereich immer um diese Genauigkeit gehen, darum, genau beschreiben zu können, was mit dem Menschen geschieht.

STEFAN AMZOLL: Den Namen Heiner Müller nanntest Du. Nach seinem Tod haben sich ihm viele neu genähert. Andere inszenieren ihn jetzt und merken nicht, daß er unter ihrer Hand erstarrt. Seine Jünger trainieren den Kult der Anbetung. Wie denkst Du darüber? Tod, Nähe, Ferne, Mythos.

HANS-ECKARDT WENZEL: Heiner Müller hat mich fasziniert, als ich angefangen habe zu studieren. Die Reduktion auf das *letzte Aussagbare* ist interessant. Ich habe die theatralische Kühnheit in seinen frühen Stücken bewundert, im »Philoktet« oder »Herakles«, dem »Horatier«, also den antiken Stoffen. Ich begriff, was Theater eigentlich könnte; Theater nicht als literarische Form, sondern als Kampf des Vorgangs gegen Sprache. Es ist schwierig, jetzt Bewertungen darüber abzugeben. Hegel sagte: Den Sinn einer Sache erkennt man erst an ihrem Ende. Heiner Müllers Tod wird hinausgeschoben von vielen seiner Verehrer und Adepten. Es werden Legionen von Trauerveranstaltungen abgehalten, damit man dieses Ende nicht definieren muß. Weil, dann wäre man in der Pflicht,

über das Werk von Müller nachzudenken. Und da gibt es viele Punkte, die ich hochinteressant finde, und viele, die mir problematisch scheinen.

STEFAN AMZOLL: Er hinterließ z. B. ein nicht mehr funktionstüchtiges Theater.

HANS-ECKARDT WENZEL: Er hinterließ in seinem Theater eine Versammlung von selbstgefälligen Adepten, die aus den Abneigungen des Meisters ein geheimes Dogma entwickelten – das scheint mir dem eigentlichen Gedanken des THEATERS zu widersprechen. Man sehe sich das Berliner Ensemble nach Müllers Tod an. Das gibt mir zu denken und bestärkt meine Vorbehalte. Müller hat das Theater auf eine anstrengende Art literarisiert. In seinem Bemühen, es stärker dem Unterbewußten zu öffnen, dem Traumatischen, Exorzistischen, ergo dem Dionysischen – eine Reaktion auf falschen Realismus –, zertrümmerte er den Büchnerschen Ansatz. Dann blieb ihm der bekiffte Strindberg. Das ist ihm nicht vorzuwerfen. Es entstand aus der Not einer unerträglichen Stagnation. Aber die Folgen sind verheerend.

Wüßten wir diese Problematik zu beschreiben, wüßten wir mehr über all unsere eigenen Bornierungen, in Europa und in der hochzivilisierten Welt. Und das wäre wichtig.

STEFAN AMZOLL: »Was zählt ist das Beispiel der Tod bedeutet nichts.« – Heiner Müller in seiner Rede auf den Tod von Paul Dessau. Ist beides, Werk wie Person Müllers, so etwas wie ein Beispiel für Dich?

HANS-ECKARDT WENZEL: Nein, ist es nicht. Ich habe Müller bewundert. Als er berühmt war, möglicherweise unter dem Ruhm gelitten hat, verlor er für mich etwas von der Schärfe, die er früher hatte. Mir schien seine Bescheidenheit gelegentlich als gehobene Form von Eitelkeit.

STEFAN AMZOLL: Zumindest im Osten ist mit Heiner Müller manches verloren gegangen.

HANS-ECKARDT WENZEL: Ich glaube, der eigentliche Verlust – der ist auch gekoppelt an den Tod von Ruth Berghaus – besteht darin, daß eine Theaterkultur, Theaterkunst verloren geht. Die hatte ja, in Anlehnung an die russischen Theaterexperimente, an die Vorschläge Brechts, Eislers, Eisensteins oder Meyerholds, den Versuch unternommen, aus dem Schlamm dieser *individualisierten Gefühlsschauspieler* herauszukommen und gesellschaftliche Genauigkeit für das Theater zu ermöglichen, diese Welt also zu beschreiben und darzustellen, wie sie wirklich existiert und wie sie als Möglichkeit Öffnungen und Erweiterungen zuläßt.

STEFAN AMZOLL: Die Tagesordnungen der Theater sehen anders aus. Der Kredit ist verspielt, fast überall.

HANS-ECKARDT WENZEL: Wir erleben jetzt ein Theater, in dem man wieder das *besondere* bizarre Empfinden einer ausgezeichneten Subjektivität erleben kann mit Figuren, die gesellschaftlich über das Zertifikat verfügen, *besondere* sein zu dürfen. Eine Gefühlsduselei dürfen wir jetzt genießen als Ausnahme, mit der wir unsere Normalität wieder besiegeln, anstatt gegen sie aufzubegehren. Das meine ich mit »Verlust«. – Wenn die Defekte der Welt auf moralische Schwächen reduziert werden, wird der Zuschauer des *Welttheaters* zum folgenlosen Betrachter reduziert. Dann wird uns irgendwann das Schicksal Antigones als sture Laune einer eigensinnigen Frau erscheinen. Das aber wäre das Ende aller Kommunikation.

STEFAN AMZOLL: Ich springe in die Geschichte. Die achtundsechziger Kunstbewegung hat laut gefragt: Wozu Dichtung heute? Auch im DDR-Literaturbetrieb tauchte diese Frage irgendwann auf. Und 1997 scheint sie, glaube ich, immer noch nicht aus der Welt zu sein. Ist sie für Dich relevant?

HANS-ECKARDT WENZEL: Das Problem betrifft verschiedene Ebenen. Ein Verlag weiß natürlich, daß man mit Lyrik kein Geld verdient, und die Frage, wozu Dichtung heute, steht für diesen Verlag ganz anders.

STEFAN AMZOLL: Meine Frage zielt auf etwas anderes.

HANS-ECKARDT WENZEL: Ich glaube, je mehr wir uns verkabeln und vercyberspacen, desto weniger werden die Phänomene, die das menschliche Leben als ein großes Wunder beschreiben, erklärbar sein: die Liebe, der Tod; was Menschen antreibt zum Morden, Huren, Lieben, Verzweifeln, Hoffen. Was, wenn ein Mensch stirbt? Phänomene unserer Grenzen. Und diese Grenzen kann man nicht technisch überschreiten. Wir können uns zwar eineisen und in fünfzig oder in hundert Jahren auftauen lassen, trotzdem haben wir den Tod nicht besiegt. Das Theoretische widerspricht immer der Realität. Ein Autor schreibt z. B. eine Abhandlung über das Verhältnis zwischen Mann und Frau, seine eigene Frau aber verläßt ihn, und er ist zu Tode betrübt, obwohl er die Zusammenhänge theoretisch durchschaut. Was ist das für eine unerklärbare Spanne zwischen unseren Anschauungen und unserer Realität?

STEFAN AMZOLL: Wenn ich es richtig verstehe, rekurriert Dichtung also nachhaltig auf die Ursprünge, die existentiellen Fragen.

HANS-ECKARDT WENZEL: Sie weist auf Ursprünge von Politik, Theater, Kunst, Religion. Um Nachrichten darüber zu erfahren, braucht der Mensch die poetische Form, eine Aneignungsform, in der er nicht über begriffliche Instrumentarien, sondern über ein bisher unerforschtes Kommunikationssystem angebunden ist an diese Welt mit ihren Rätseln und Phänomenen. Und dazu braucht es Dichtung. Kulturen ohne diese *Techniken*, ohne Schamanen und Sänger, erkranken, verlieren ihr Zentrum, sie sind plötzlich danach

nicht mehr in der Lage, mit den primitivsten Problemen klarzukommen.

STEFAN AMZOLL: Dichtung ist faktisch kaum noch wirksam unterm Lesenotstand heute. Vielen taugt sie nicht einmal mehr zur Erfrischung des Geistes, nicht zu reden von der Möglichkeit der Selbstverständigung. Die Zahl derer, die Gedichte lesen, schwindet weiter, sie ist ohnehin winzig.

HANS-ECKARDT WENZEL: Die Poesie hat Bereiche, wo sie überleben kann. Sie überlebt in einem Bonmot, in einer Pointe, also dort, wo Sprache Verkürzung erfährt, daß man etwas über Welt erfährt. Das kann manchmal in einer absurden Überschrift der *Zeitung* liegen. Wie sind wir erleichtert, wenn etwas scharf formuliert ist, weil wir dauernd mit unnützer Sprache und Geschwafel umgeben sind. Talkshow-Kultur. Ob Dichtung in Lyrikbänden überleben wird oder anderen Formen, das weiß keiner. Sie wird existieren, solange Menschen miteinander leben.

STEFAN AMZOLL: Die Provinz DDR habe Dich nie interessiert, sagtest Du einmal. Die Provinz ist jetzt größer, und ein Reisen in die Welt möglich. Schon vorher wollte Wenzel aus Europa ausbrechen. Wohin?

HANS-ECKARDT WENZEL: Das Empfinden der Provinz beschreibt, daß man sich an *dem* Ort, wo man sich augenblicklich befindet, immer als abgeschieden von der Welt begreift. Das ist, glaube ich, provinZIALES Empfinden. Es gibt die Möglichkeit, daß man Reisen in die Geschichte antritt – das habe ich lange in der DDR gemacht, um diesem *Unmittelbarkeitsfetischismus* (wie Heise es beschreibt) zu entkommen. Zum anderen gab es in der DDR die Möglichkeit, in die Bundesrepublik auszureisen. Diese Vorstellung war für mich nicht relevant; das hat mich gelangweilt, ich wußte, daß ich dadurch nur in eine andere Provinz käme. Nun gut. Nun bin ich dort und nicht überrascht.

Die Provinz hat mich deswegen nicht interessiert, weil sie die dumme Feier des Augenblicks abfordert. Die DDR wollte dauernd gelobt werden, daß sie gut ist. Die Bundesrepublik will auch permanent gelobt werden als Staatswesen, als »Erlöser«, Messias, Demokratischer Höhepunkt, Aufhebung aller Diktatur. Theoretisch gesprochen, verlangten die Provinzen die Verletzung des Dogmas, daß Zukunft der vehemente Kritiker der Gegenwart wäre. Wird dieses Dogma verletzt, ist man in dieser provinziellen Miefigkeit angekommen, an der man erkrankt und zugrunde geht. Mir ging das so in den letzten Jahren der DDR.

STEFAN AMZOLL: Du hattest die Möglichkeit, in einem Krankenhaus in Nicaragua zu arbeiten.

HANS-ECKARDT WENZEL: Ja, durch diesen Schritt konnte ich in Welt sehen. Das ist, wie wenn man außerhalb eines Systems auf sein System guckt; das Goedelsche Prinzip: Man kann als

Bestandteil seines Systems dieses System nicht kritisieren. Enzensberger beschreibt das in einem Gedicht vermittels der Illusion des Münchhausen, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Ich bin Bestandteil dieses Systems und will dieses System kritisieren, aber das geht nicht. Ich muß das System verlassen, um es zu kritisieren. Es ist nicht nur im politischen Sinne »System« gemeint.

STEFAN AMZOLL: Mir fallen in dem Moment diese Ähnlichkeiten in den deutsch-deutschen Physiognomien ein. Man sieht jetzt ziemlich deutlich, wie sich die Bilder gleichen.

HANS-ECKARDT WENZEL: Wir haben in *einem* Gesellschaftssystem gelebt, das nur aufgeteilt war durch Grenzen. Jetzt leben wir sozusagen auf der anderen Seite der gleichen Mauer. Es ist das gleiche Gesellschaftssystem. Um in ein anderes zu kommen, müssen wir wirklich in eine Dritte Welt gelangen, in einen Kulturraum, der anders ist. Ich habe, seit ich reisen konnte, mich immer für Randgebiete interessiert, für Orte, von wo aus Europa gestartet ist zum Aufbruch in die Dritte Welt, zur Eroberung. Ich bin viel in Andalusien gewesen, und an der letzten Ecke Europas, dort, wo die andere Welt beginnt. Mich hat interessiert, wie Kulturen durch andere überlagert wurden. Das ist Zerstörung von Provinz. Die Bastardisierung.

STEFAN AMZOLL: Was ist aus Solentiname geworden in Nicaragua? Die Welt spricht nicht mehr darüber.

HANS-ECKARDT WENZEL: Es gibt eine Erzählung von Julio Cortazar: Er trifft Ernesto Cardenal in Solentiname und fotografiert die wunderbaren Bilder der Bauern. Dann fährt er zurück nach Paris, holt die fertigen Fotos ab. Als er sie betrachtet, verwandeln sich die wunderschönen, naiven Bauerngemälde in Fotos von Leichen und gefolterten Menschen, und er ist erschrocken. Als seine Frau nach Hause kommt und ihn nach den Fotos fragt, schweigt er und legt sie ihr hin – »hier, sieh selbst.« Sie sah aber auf den Fotos nur schöne Malerei und er hat nur das Blut gesehen. Und das ist der Punkt, in dem Solentiname steht. Die Hoffnung, die es ausdrückt, die brauchen wir wie Vitamine, aber gleichzeitig birgt es auch ein Stück Lüge über den Zustand der Welt.

STEFAN AMZOLL: Ihr – Mentsching, Du und die anderen, die mitgearbeitet haben – habt Euch damals als »Enkel« von Marx verstanden. Die Gruppe »Karls Enkel« gibt es zwar nicht mehr, wohl aber ihre Spuren. Einige freundliche »Neubürger« erinnern sich nur ungerne. Woran kann das liegen?

HANS-ECKARDT WENZEL: Unsere Betonung lag auf dem Wort »Enkel«. (Mein Großvater hieß auch Karl.) (Und Karl Valentin war für uns genauso eine Bezugsperson wie Karl Marx.) Wir lebten in einer Tradition. Mich hat die Frechheit des Marxismus interessiert, ohne Sentimentalität auf die Welt zu blicken und

philosophische Erwiderungen zu entwerfen. Mich hat bei Valentin und bei Chaplin begeistert die Kühnheit, wie jemand mit einem Objekt, z. B. Schreibtisch, umgeht, der nicht paßt. Die naive Utopie: Die Dinge hätten sich nach den Lebenden zu richten. Das ist die verkehrte Welt, daß sich die Dinge nach uns richten sollen. Denn sie tun es nicht. Wir gehorchen den Dingen, obwohl unsere Lebenszeit begrenzt ist und obwohl das Geld (das Ur-Ding des Marktes) unendlich viel Zeit hat; und dennoch bestimmt es uns. In dieser Tradition naiver Utopien sich zu empfinden, heißt auf Totalität zielen, auf *eine* Welt. Ich glaube, das mögen viele Leute nicht mehr. Vor einiger Zeit spielten Mensching und ich in der Berliner Ufa-Fabrik; da trafen wir einen Freund, der irgendwann ausgereist war, und der sagte: Ich überlege immer, ob ich noch zu euren Aufführungen gehe, ich werde doch nur verunsichert und traurig und weiß: diese Art der Melancholie brauche ich gar nicht mehr in der jetzigen Gesellschaft. Er sagte, er müsse sein Leben effektiv einrichten, und es nütze nichts, über *alles* nachzudenken; er müsse zusehen, wie er seine Miete zusammenkriege. – Dieser Umbruchpunkt scheidet die Leute. Ich glaube, für einige sind wir ein Ereignis, das mit ihrer Denktechnik und Gefühlstradition zu tun hat. Für andere Leute sind wir ein Stück schlechtes Gewissen. Und für die meisten eine Art Neandertaler, eigentlich schon ausgestorben.

STEFAN AMZOLL: Ihr habt Euch damals in die Geschichte geflüchtet?

HANS-ECKARDT WENZEL: Überhaupt nicht. Wir haben über Erich Mühsam gearbeitet, wir haben über Goethe gearbeitet, wir haben über Becher gearbeitet, über Theodor Kramer, über die Zeit des Sozialistengesetzes. Das heißt, wir haben Zeiten durchlebt, in denen wir uns mit anderen Haltungen und Epochen vertraut gemacht haben. Das war wichtig – so als hätten wir andere Leute kennengelernt.

STEFAN AMZOLL: Das Duo »Mensching & Wenzel« ist die Fortführung dessen, was Ihr früher gemacht habt. Gibt es da auch einen Bruch mit eigener Kontinuität?

HANS-ECKARDT WENZEL: Ja, sicher; z. B. war bei »Karls Enkel« eine Entscheidung zwischen musikalischer und theatralischer Form nicht möglich. Sie war nicht möglich, weil wir alle Laien waren, alle vom theoretischem Ansatz kamen, musikalisch und darstellerisch ohne Ausbildung waren. Wir haben beim Produzieren gelernt. Brauchte man ein Blasorchester, wurde gesagt: In einem halben Jahr ist Premiere, alle lernen Blasinstrumente! Das hatte irgendwann seinen Endpunkt. Es hatte auch ökonomisch seinen Endpunkt. Und es hatte 1985 auch in bezug auf das, was man als Projektion in die Zeit lieferte, seinen Endpunkt. Eine Gruppe kann nur existieren, wenn sie ein Gegenbild zur bestehenden Gesellschaft besitzt. Wenn dieses Gegenbild nicht mehr funktioniert, wie in jeder Ehe, wenn die Liebe nicht mehr *funktioniert* oder die *dritte* Sache, dann werden alle Kleinigkeiten zum Martyrium, und

dann gibt es keine Produktivität mehr. Es muß immer die unausgesprochene Sache in einer Gruppe existieren, etwas, das sich vitaler weiß als das Bestehende. Und das hörte auf, weil wir keinen Entwurf mehr machen konnten für unser Leben, für die DDR. Es blieben uns nur die verzerrten clownesken Masken.

STEFAN AMZOLL: Ich frage einmal ganz unmittelbar: Fühlst Du Dich jetzt frei als Dichter? Kann er, der Dichter, jetzt wagen, was er früher wagen wollte, aber nicht durfte?

HANS-ECKARDT WENZEL: Was sollte gewagt werden? Die Frage heißt doch immer: frei wovon? In gewissem Sinne fühle ich mich befreit von Rücksichten in meinem Denken. Aber ich halte es gleichzeitig nicht aus, an Menschen vorbeizugehen, die auf der Straße im Dreck liegen. Ich kann damit nicht umgehen. Das ist für mich eine Produktion von persönlichem Unglück, dem ich irgendwo begegnen muß. Da bin ich »unfreier« geworden.

STEFAN AMZOLL: Der sozialistisch-kommunistische Versuch – er ist ja nicht zu Ende – hat viele Millionen Menschen in den Bann gezogen. Wie war das bei Dir?

HANS-ECKARDT WENZEL: Ein Ausbrechen aus dem Teufelskreis der Marktmechanismen – es bleibt die letzte Möglichkeit für die Gattung. Die Instrumentalisierung, in der wir groß geworden sind, daß wir immer gesagt haben: Ja, es ist letzten Endes die einzige wirkliche Alternative auf bestehende Zustände, und wir müssen abstrahieren von bestimmten Fehlern und Entartungen oder was auch immer – das war ein Gefangensein im historischen Ghetto »Prozeß«, in dem ich real unfrei bin – nicht, indem ich bestimmte Sachen nicht sagen durfte: wir hatten eine kleine *Narrenfreiheit* irgendwann, und wir hatten auch durch unsere Existenz als Clowns ein geschminktes *Partisanendasein* erarbeitet, wo wir *Wahrheiten* sagen konnten unter der Maske. Wenn ein Funktionär kam und schimpfte, dann haben wir gesagt, das sind doch zwei Idioten auf der Bühne, die das sagen, das sind doch nicht wir, wir haben uns doch angemalt. Wir sind ausgewichen; das gehörte zur DDR; auch die Ausreisenden und Bürgerrechtler sind ausgewichen. Es war die eigentliche Art, mit ihr umzugehen.

STEFAN AMZOLL: Ehrlich, Ihr habt mit dem Funktionär böses Versteck gespielt, öffentlich. Wie die Narren an den Höfen und in den Kleinstaaten, mit Schellen an den Füßen, der letzten Fessel.

HANS-ECKARDT WENZEL: Es gab feudalistische Zustände. Und gleichzeitig war man dazu gezwungen, solche Zustände in poetische Bilder zu fassen – was der Poesie immer gut getan hat. Wenn man sich Nestroys Dramatik anguckt unter Metternichs Zensur, weiß man, daß Stücke von ihm, worin der Mangel an Kartoffeln behandelt wird, deswegen heute noch gespielt werden können, weil darin nicht gesagt wird, es handele sich um den Mangel an Kartoffeln, sondern es handele sich um einen allgemeinen oder um irgend

einen Mangel. Daß die Leute in dem Augenblick wußten, daß es Kartoffeln sind, ist der Glücksumstand des Theaters. Aber der theatralische Text oder der Vorgang hat dadurch eine größere Haltbarkeit, kann länger existieren und schärft poetisches Denken.

STEFAN AMZOLL: Greifst Du so etwas auf?

HANS-ECKARDT WENZEL: Ich bin auf der Bühne nicht gewillt, die Stimmelage von Helmut Kohl zu imitieren, weil man sagt, du darfst das jetzt machen. Das ist eine Dummheit, die nichts mit Freiheit zu tun hat. Freiheit oder frei zu sein von diesen Zwängen bedeutet für mich, ernsthaft über die Verbrechen nachzudenken und nachzuforschen, was alles in diesem Jahrhundert unter dem Namen des Sozialismus geschehen ist.

STEFAN AMZOLL: Das Stalinismus-Thema übt seit Jahrzehnten einen großen Druck aus, nun endlich auch auf die Menschen hier im Osten. Die Verbrechen sind ungeheuerliche und geschichtliche. Ich weiß, Du beschäftigst Dich im Moment besonders mit diesem Thema.

HANS-ECKARDT WENZEL: Ich arbeite an einem Text über Dmitri Schostakowitsch, einen großen Komponisten mit Weltruhm; er hat fünf Stalin-Preise bekommen (dotiert mit 500 000 Rubel). Seine Werke faszinieren mich zunehmend; ich entdecke in ihnen dieses Jahrhundert, sie liefern eine Beschreibung der Angst, der kreatürlichen Angst, des Gejagdseins. Diese Person war eingewoben in das Machtspiel unter Stalin und bekam die Todesdrohung zu spüren. Schostakowitsch hat die *Instrumente gezeigt bekommen*. Er war in den dreißiger Jahren dem Tod sehr nahe wie viele seiner Freunde.

STEFAN AMZOLL: Er stand für die kommunistische Idee ein.

HANS-ECKARDT WENZEL: Darum geht es: dieses Verwobensein in die Idee einer anderen gesellschaftlichen Möglichkeit und gleichzeitig dieses Ausgeschlossenensein – das interessiert mich. Und es interessiert mich, warum bestimmte ästhetische Produkte, die dieses Jahrhundert definieren, nur aus dem Zentrum der Widersprüche entstehen konnten, wieso diese Verhältnisse das ermöglichen? Künstler, die unter Beliebigkeit oder *Freiheit* existierten, warum sind die nicht in der Lage, das zu formulieren? Ohne daß ich diesen Zustand jetzt beschönige. Ich will diese Schrecken sehen. Mich interessiert das Verhältnis von Intellektualität oder Schöpferium und Subjektivität innerhalb dieses abgesteckten Rahmens. Gibt es etwas, was wir vielleicht nicht mehr wahrgenommen haben, auch hier in dieser Gesellschaft, finden wir da vielleicht so einen makrokosmischen Ausbruch in eine Gesellschaftlichkeit, wie Schostakowitsch in den Streichquartetten Zustände der Verlorenheit beschrieben hat?

STEFAN AMZOLL: Im 8. Streichquartett zum Beispiel, das er geschrieben hat, nachdem er in die KPdSU gezwungen wurde.

HANS-ECKARDT WENZEL: Als er an dem Werk gearbeitet hat, war er verzweifelt darüber, daß er diesem Zwang nicht ausgewichen ist. Er wollte da nicht rein. Und darum hat er dieses Streichquartett komponiert und überschreibt es: »Dem Andenken der Opfer des deutschen Faschismus«. Thematisch beginnt das Stück mit seinen Initialen d e s c h. Es geht um ihn. Die Phrase ist drübergesetzt, um Ruhe zu finden. Das ist etwas Eigenartiges, es interessiert mich auch als erkenntnistheoretisches Phänomen.

STEFAN AMZOLL: Man kann die Überschrift auch als Nicht-Phrase lesen.

HANS-ECKARDT WENZEL: In bestimmter Hinsicht ist es Nicht-phrase. Natürlich ist auch er Opfer des Faschismus, wie alle, die überlebt haben. Es ist komisch: Er widmet dieses Streichquartett den vielen und fängt mit seinen Initialen an. Das ist ein Widerspruch. In seinen Arbeiten liegen so viele geheime, versteckte Botschaften, daß es eigentlich eine Musikarchäologie geben müßte. Überhaupt könnten ästhetische Archäologen viel beitragen zur Entschlüsselung der Kunst des sogenannten sozialistischen Realismus. Man würde viel über dieses Jahrhundert entdecken, auch in der Literatur. Im Moment gibt es nur die zwei Töpfe: die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen, nur die dürfen gefressen werden. Aber damit kann man nichts erkennen. Zu sortieren, wer darf rein ins gute Zimmer und wer muß am Katzentisch sitzen, ist absurd. Es geht darum, zu begreifen, was dieses Jahrhundert eigentlich war, das vergangen ist. Was wurde in ihm verloren?

STEFAN AMZOLL: Sollen – ich provoziere ein wenig – wieder alle begreifen und sich hinaufarbeiten?

HANS-ECKARDT WENZEL: Es geht nicht um Ideologie, sondern um Erkenntnis! Mich interessieren diese Probleme erkenntnistheoretisch! Ich spreche für mich.

Wir haben dieses Jahrhundert, wie es Benjamin auf das 19. Jahrhundert bezogen hat, wieder nur im Traum erlebt, als Unwirklichkeit, und sind nicht dazu gekommen, durch die Phrasen hindurch auf die wirklichen Phänomene zu stoßen, die das menschliche Dasein ausmachen. Diese harten, grotesken, farcenhafte Konstellationen zwischen Stalin und den Künstlern überflügeln bei weitem die Kollisionen der großen Shakespeare-Dramen. Es gehört zur geistigen Hygiene, dies zu hinterfragen. Ich bin – wenn auch nur sehr, sehr vermittelt – irgendwo mit eingefangen in diesen Prozeß, und will ich so etwas wie »Wahrheit« akzeptieren, kann ich das nicht verdrängen.

STEFAN AMZOLL: Sind die Biographien von Schostakowitsch, Mandelstam, Pilnjak, Wertow, Eisenstein, Pasternak mit Worten wie Dissidenz, Kollaboration, Opposition, Opportunismus überhaupt zu fassen?

Ich fürchte, die meisten jungen Leute gehen heute mit solchen Themen nicht oder allenfalls über die Medien um. Es fehlt die

Erfahrung. Und die meisten Zeitungen reden – das geht seit fast achtzig Jahren – »unreinen Mist« (Karl Valentin). Woran mag das liegen?

HANS-ECKARDT WENZEL: Das hat, glaube ich, viele Gründe. Der eine ist, daß an die Stelle der Fetischisierung der Unmittelbarkeit jetzt eine Fetischisierung der Augenscheinlichkeit getreten ist. Das heißt, was ich sehe, wird geglaubt. Wenn sich einer hinstellt in der Talkshow und etwas sagt, dann habe ich das gesehen, dann glaube ich das. Dem gedruckten Wort glaubt man zumeist weniger, aber man glaubt eben oft diesen medial vermittelten Zusammenhängen. Und das heißt zugleich, all die Wahrnehmungsformen, die nicht diese Augenscheinlichkeit bieten, abzuwerten, auch weil sie mehr Mühe machen. Wer fährt noch nach Kreta oder in die Ruinenstädte und sucht aus den Splittern der alten Vasen herzufinden, wie die Menschen gelebt haben. Das machen ein paar Spezialisten. Wir lesen dafür die Reiseführer und wissen sofort die Essenz! So auch entstehen die neuen Phrasen. Dieser Avantgarde-Kitsch: wenn ich auf einer Performance-Beschreibung lese, »der Künstler will die Einheit von Licht und Schatten, Fülle und Leere darstellen...«, dann sträuben sich bei mir die Nackenhaare. Das ist der gleiche Schrott wie die halbwissenden Klugscheißer der Öffentlichkeit.

STEFAN AMZOLL: Es gibt Museen, man kann den Bernstein mit der Fliege darin anfassen.

HANS-ECKARDT WENZEL: Dennoch muß ich Sprache und Technik entwickeln, um die Fragen dechiffrieren zu können. Die DDR-Menschen hatten eine Technik, aber die ist nicht reflektiert worden, weil sie Umgangsform war. Jetzt, wo wir aus diesem System herausgestoßen sind, denken wir auch nicht mehr darüber nach, weil es viele als Schande empfinden, so gedacht zu haben. Man muß aber definieren und beschreiben können, worin dieses Denken bestand. Ich meine auch dieses Zwischen-den-Zeilen-Lesen. In der DDR bekamen wir eine Metaebene mitgeliefert. Die Mühe, sie zu dechiffrieren, macht sich keiner mehr, weil wir in einer Gesellschaft leben, in der es um Effizienz geht und nicht darum, Wahrheit zu erlangen. Wahrheit ist ein Kriterium, das nicht unbedingt mehr wichtig ist. Sie läßt sich nicht verkaufen. Phrasen aber, die gehen immer gut.

STEFAN AMZOLL: Noch einmal zum Problem Künstler und Macht. Was den extremen Stalinismus angeht, so mußten Künstler unter Umständen gegen ihr Denken und ihr Interesse handeln, um ihr Leben zu retten. Es macht mich düster und böse, wenn zum Beispiel die Stalin-Preise, die Schostakowitsch erhalten hat, in der gängigen Publizistik strategisch zum Einsatz kommen. Die Vorurteile sitzen tief.

HANS-ECKARDT WENZEL: Daß Außenstehende, die die unmittelbare Erfahrung nicht gemacht haben, manches nicht verstehen können, muß ich akzeptieren. Es ist nicht nur böser Wille. Abgese-

hen von einigen, die es verstehen könnten und nicht wollen. Natürlich ist es an uns, diese Ungeheuerlichkeit und gleichzeitige Normalität zu beschreiben, daß wir zum Beispiel sowohl Bedrohungen als immer auch Ironisierungen der Macht mitliefern. Die Subjekte dieser Macht waren ja viel unsicherer als die der bürgerlich-demokratischen Staaten. Die Gewählten können auf Zahlen verweisen. Prozente. Die ZK-Leute nur auf historische Phrasen.

STEFAN AMZOLL: Das Unverhältnis von proletarischer Diktatur und bürgerlicher Demokratie wurde auf beiden Seiten durchgängig beschworen (freilich nicht so sehr im politisch-diplomatischen Bereich). Wie »Feuer und Wasser« schlossen sich die Systeme ideologisch aus. Lag da nicht schon der »Fehler«?

HANS-ECKARDT WENZEL: Diese Begriffe leisten nichts, außer, daß sie Modelle liefern. Diktatur und Demokratie, was sagt das? Es sagt gar nichts, es beschreibt nichts, es macht bloß zwei Seiten einer Medaille auf. Und damit ist nichts abbildbar.

Alle Gegenwörter, wie z. B. das Begriffspaar Täter – Opfer, bezeugen nur die vorhegelsche *Dualektik*, bei der es nicht um Verbindungen geht, sondern Abgrenzung. Das ist im Moment das bequeme Denken.

Wir müssen die Mechanismen unter dem Stalinismus genau beschreiben. Selbst wenn wir in der DDR in der abgeschwächten Form gelebt haben, sind die Grundstrukturen die gleichen. Chruschtschow, der Überwinder des Stalinismus, ist eben ein Stalinist gewesen. Der Bruch, der, wie wir immer glaubten, nach Stalins Tod stattgefunden hätte, hat nicht stattgefunden. Es gab Verwässerungen. Die Angst der Mächtigen – in jeder sozialistischen Periode – bestand darin, daß sie nicht gewählt waren und darum aus Überreaktion alles, was mit Opposition oder geistigem Widerstand zu tun hatte, sehr zeitig attackierten.

STEFAN AMZOLL: Das konnte man ausnutzen, und man konnte bestimmte Dinge nicht berechnen...

HANS-ECKARDT WENZEL: Die Handlungen Stalins und seiner Sicherheitsleute Jagoda, Jeshow, Berija waren unberechenbar. Irreal! Sie selber völlig feudalistisch strukturiert. Scharlatane. Wir erlebten die *light*-Form, etwa in den SED-Bezirkssekretären à la Konrad Naumann. Absolute Subjekte, deren Launen gesellschaftliche Entwicklungen bestimmten. Das ist eine wirklich vorzivilisatorische Existenz, und gleichzeitig – ich nehme die Marxschen Begriffe – existieren unter dieser vorkapitalistischen Decke Rudimente einer nachkapitalistischen. Und diese Koppelung, die zwischen diesen beiden Dingen bestand, hat einen Künstler im romantischen Sinne zerrissen. Dieser Riß, bei Heine beschrieben als der Riß durch das Herz des Poeten in der romantischen Weltsicht, ist spürbar in einem Großteil der sogenannten sozialistisch-realistischen Kunst – ein alberner Begriff. Die Tragik der großen Stücke Brechts ist, daß ihr Schöpfer sich nicht traut, den

Hauch des Anarchismus noch mit aufzubewahren. Es herrschen, wie in »Leben des Galilei«, aufklärerische Dialoge vor, die das *Leben* verdrängen. Das ist der Riß, der stattgefunden hat. In beiden Wirklichkeitssphären zu existieren und trotzdem genügend Realität einzufangen, ist nur wenigen gelungen. Und diejenigen, denen das gelungen ist, haben eine mehrfache Selbstunterdrückung hinter sich. Aus ihrem Leid erwachsen Produkte, die unter dem Schirm freien Daseins nicht zu haben sind.

STEFAN AMZOLL: In der Künstlerschaft unter Stalin hat es mehr Gemordete als Selbstmörder gegeben. Ein verfluchter Fakt.

HANS-ECKARDT WENZEL: Bei Trakl heißt es: »Nachsinnen über die Wahrheit, wieviel Schmerz«. Es ist schmerzhaft, über die Wahrheit nachzudenken, Schmerz immer mit der Möglichkeit, aus dem Leben scheiden zu können. Nachdem Schostakowitsch bedroht und zum Verhör geladen wurde, war es nur dem glücklichen Umstand, daß sein Verhörer während der Nacht zum nächsten Verhör erschossen wurde, zu verdanken, daß er am Leben blieb. Weil die ganze Maschine so absurd war, blieb er lebendig. Wie lebt man da? Daß man wartet, bis man abgeholt wird, und trotzdem schreibt und nicht sagt: *Ich fliehe, wenn ich das nächste Mal in Amerika bin, bleibe ich dort?* Das hat Schostakowitsch auch in den sechziger, siebziger Jahren nicht gewollt. Warum nicht. Wie sollte er das einem amerikanischen Journalisten erklären? Wie sollen wir das jemand erklären?

Bei Schostakowitsch begreife ich, daß er so gehandelt hat. Nur habe ich die Pflicht, es anderen zu erklären. Ansonsten würden wir in eine Zeit geraten, wo Auschwitz und Gulag, Hitler und Stalin, Reichskanzlei und Kreml ein und dasselbe sind. Und das ist es nicht. Die Strukturen ähneln sich, aber es sind grundverschiedene Ansätze. Wenn wir zulassen, daß diese Unterschiede verschwinden, dann überlassen wir den konservativen Fanatikern das Feld, die sich für die Retter halten und eigentlich nur ihre Pfründe retten wollen. Unter Hitlers Regime gab es keinen Schostakowitsch.

STEFAN AMZOLL: Aber in beiden Systemen ist die Mordbilanz ähnlich hoch!

HANS-ECKARDT WENZEL: Es gibt Ähnlichkeiten auch in dem Sinne, daß sich die beiden Diktatoren sehr gemocht und hoch geachtet haben. Sie verkörpern den Typus von Staatsmännern, den Napoleon III. vorgezeichnet hat. Marx hat das im »Achtzehnten Brumaire« sehr genau skizziert – den Typus eines Scharlatans, der nur blendet, der nicht mehr die Fähigkeiten eines großen Staatslenkers hat, also nicht mehr im strengen Sinn Politik macht, sondern Ranküne betreibt – so wie Napoleon III. für seinen Staatsstreich den Lumpenproletariern Würste und Sekt spendiert hat, damit sie durch Paris laufen und den Bürgern einen Schreck einjagen. So wurde von da an Geschichte gemacht. Das ist ein völlig anderes Modell von geschichtlicher Aktion. Hitler und Stalin sind genauer Ausdruck dieser Politik des kleinen Abkömm-

lings von Napoleon Bonaparte. Die Scharlatanisierung der Politik.

STEFAN AMZOLL: Stalin war indes als Generalissimus nach 1945 in der Welt hoch angesehen. Picasso hat zwei Zeichnungen auf ihn gemacht, die heute niemand mehr kennt, eine Unzahl Dichter hat Lobverse auf ihn geschrieben. Es sind also die Scharlatanisierung auf der einen Seite, auf der anderen Fähigkeiten, die während des Krieges zur Durchsetzung kamen. Stalin, als wie immer autokratischer Kopf der Verteidigung der UdSSR, riß das Ruder 1943 herum, und seine Armeen entschieden den Sieg über Hitlerdeutschland. Ruhmestat eines Scharlatans, oder: der eine Scharlatan ringt den anderen zufällig nieder?

HANS-ECKARDT WENZEL: Es ist doch nur verständlich, daß die Person, auf die diese Hoffnungen der Nachkriegszeit projiziert wurden, besungen wird, von Künstlern, die ansonsten von Hitler umgebracht worden wären. Über die Zahlen und verdrängten Vorgänge wollten und wollen viele Intellektuelle nichts wissen. Die Welt läßt sich nur mit Hoffnung ertragen. Das ist das Dilemma. Sie standen selbst am Rand des Grabes. Vor ihnen Hitler, hinter ihnen die GPU. Wer will den ersten Stein werfen? Wir habens gut, darüber zu reden. Wir leben in beliebigen Zeiten.

Die Scharlatane dieses Jahrhunderts werden uns dennoch überleben. Hitler und Stalin: Es sind letztlich verdrehte Narren, die politische Verantwortung übernehmen. Sie haben eine Aura. Wenn sie sonst nichts haben, Ausstrahlung haben sie. Was Benjamin als Ästhetisierung der Politik beschrieben hat, müssen sie als große Inszenierung durchführen. Weil sie die Narren sind. Ihre Inszenierung ist, medial gesprochen, »Reality-TV«, Seifenoper, Hofkitsch. Indem sie sich inszenieren, erzeugen sie ein Bild, das andere als Realität nehmen müssen, weil es keine anderen Mechanismen gibt, ihre Darstellungen zu hinterfragen.

STEFAN AMZOLL: Geschieht das wirklich so absolut?

HANS-ECKARDT WENZEL: Höchstens, man hat andere Erfahrungen durchlebt und zum Beispiel den Zynismus des Führers oder des Generalissimus am Leib erfahren. Nehmen wir die Randglossen Stalins in Abschiedsbriefen der Hingerichteten, die ihn bis zuletzt noch gelobt haben. Das auratische Moment der Scharlatane, weil sie die Politik als Inszenierung begreifen. Es ist eigentlich ein theatralischer Vorgang. Eine Tragödie, die zur blutigen Farce verkümmert.

STEFAN AMZOLL: Geschichte sei nach Kant Schritt um Schritt die Realisierung von menschlicher Freiheit – eine Vorstellung, die seit ihrer Geburt ebenso vehement bejaht wie angefochten wurde. Brecht sagt: »Wer gebraucht wird, ist nicht frei.« Das hast Du neulich zitiert. Was wolltest Du sagen? Und was hältst Du von diesem Ansatz der Freiheit?

HANS-ECKARDT WENZEL: Ich bin nicht Verfechter dieses Kanti-

schen Ansatzes. Gäbe es tatsächlich – was ich bezweifle – so etwas wie eine Richtung in der Geschichte, dann nur die, wie Levi-Strauss beschreibt, der Entropie. Das heißt, eine Zunahme von Trägheit in der menschlichen Geschichte. Ich halte das Benjaminische Modell, wenn er sagt, Revolutionen seien nicht die Lokomotiven der Geschichte, sondern die Notbremsen, für stimmig. Es geht darum, diesen Prozeß der Entropie, in dem die Menschheit existiert und sich darin selbst auslöscht, zu verlangsamen. Das ist für mich eine *revolutionäre Tätigkeit* im klassischen Sinn. Das ist der zweite Satz der Thermodynamik: Alle Dinge, alle Gegenstände oder Massen sind darauf ausgerichtet, den Zustand ihrer größten Ruhe oder Trägheit zu erreichen. Und das heißt nicht die Zunahme von Freiheit. Den Begriff der Freiheit hat freundlicherweise die Französische Revolution zur Verfügung gestellt, um das bemänteln zu können. Es ist in diesem Sinne stets wieder die Phrase, die die wirkliche Freiheit bedrängt.

STEFAN AMZOLL: Was ist die wirkliche Freiheit?

HANS-ECKARDT WENZEL: Etwas anderes. Ich glaube, der Brecht-Satz »Wer gebraucht wird, ist nicht frei« lenkt dahin, sich als ein Teil im Geschichtsprozeß zu begreifen. Sowohl die postmoderne Philosophie als auch konservative Geschichtswissenschaftler versuchten, die konkrete Geschichtlichkeit der Individuen so weit wie möglich abzuschneiden. Wir sollten wieder eine geschichtslose Existenz eingehen. Die Mühen, die Existenz des Menschen noch ein paar Jahrzehnte zu sichern, werden größer werden. Die Geschichte, die hinter uns liegt, wird größer (allein die Nachlässe bedeutender Menschen werden irgendwann nicht mehr aufbewahrbar sein, ihre Bücher nicht lesbar, alle Filme nicht zu betrachten in einem Leben). Zeit ist, wie es bei Heiner Müller heißt, auch als Frist zu begreifen. Wir müssen die Gefahren sehen, das rasante Tempo zum Zwecke der Trägheit.

STEFAN AMZOLL: Das Tempo verlangsamen, die Notbremse ziehen, wie Benjamin vorschlägt. Das wäre die Devise.

HANS-ECKARDT WENZEL: Der Versuch der Postmoderne läuft darauf hinaus, gerade das abzuschneiden und in eine Beliebigkeit umzuwandeln und aus der Geschichte herauszuspringen.

STEFAN AMZOLL: Ein Rückfall?

HANS-ECKARDT WENZEL: Es ist das Zurückgehen auf eine *kritiklose* Existenz, die sich moderat, lässig und modern gibt. Das Problem ist damit nicht gelöst. Phrasen. Letzten Endes wird man immer Versicherung brauchen, und es wird immer Renaissance geben. Wenn ich in der Zukunft keine Projektion meines Glücks mehr auffinden will, dann finde ich sie in der Vergangenheit. Die Renaissance hat sie in der Antike gefunden, als das Mittelalter in einer Düsternis unterzugehen drohte. Wo keine Perspektive möglich ist, wird Utopie in der Geschichte gefunden; die Ge-

schichte hat diese Reservate. Benjamin schreibt: Es sei ja immer das Interesse des Augenblicks, das den geschichtlichen Gegenstand überhaupt erst wieder lebendig macht. Das ist auch ein Urgrund der menschlichen Existenz, glaube ich. Auch seine theologische Dimension.

STEFAN AMZOLL: Wie wird der Dichter Wenzel mit dem »Weltriß« fertig? Kommt er manchmal an einen Punkt, wo er sagt, jetzt müßte ich eigentlich mit dem Schreiben aufhören?

HANS-ECKARDT WENZEL: Ja, den Punkt gibt's immer, den muß es auch geben. Alles, was selbstverständlich ist, ist gefährlich. Am meisten erfahre ich Entmutigung und Unlust, wenn ich die Möglichkeiten (Bedingungen) der Kommunikation betrachte, unter denen ich jetzt arbeite. Ich habe immer Interesse an Gesprächen mit anderen.

Ich komme vom Theater. Ich denke am besten und genauesten, wenn ich mit Leuten zusammenarbeite. Aber die Bedingungen sind sehr traurig geworden. Es ist eine gewisse Blödsinnigkeit, die die Medien beherrscht, und man gilt dann als absurdes Neandertalerwesen, wenn man sich mit anderen Dingen beschäftigt.

STEFAN AMZOLL: Dein Band mit Erzählungen unter dem Titel »Malinche« ist einmal vollkommen verquer rezensiert worden.

HANS-ECKARDT WENZEL: In diesem Büchlein habe ich Erzählungen versammelt, die mit Erfahrungen der Dritten Welt und der Wende zu tun haben. Eine Geschichte handelt davon, wie sich drei auf einer Insel treffen, die am Ende von ihnen selbst in die Luft gesprengt wird. Die Drei sitzen vor einer Hütte, und der eine von ihnen hat Rotwein mitgebracht. Sie trafen sich, um zu überlegen, was sie mit ihrem Leben anfangen sollen.

Die FAZ brachte dazu eine Besprechung: Sie hätten absurderweise Rotwein getrunken, hieß es, man trinke auf einer Südseeinsel aber doch ordentliche Shakes und Drinks. Das ist die Weltsicht, die sich in dieser Kommunikation eröffnet, und die finde ich verheerend. Das ist etwas, was mir zunehmend auch die Lust raubt, zu arbeiten. Es fällt mir schwerer, obwohl man viele Erfahrungen doppelt oder dreifach macht, mich zu motivieren; zu arbeiten fällt mir nicht schwer, aber öffentlich zu arbeiten.

STEFAN AMZOLL: Menschling sagt etwas ähnliches: Wer werde sie noch lesen und wahrhaftig finden, die Romane, die das Zwielicht durchsichtig machen, »da das Urteil der Boulevardblätter, Talkshows und Feuilletons als ein eindeutiges feststeht.« Ich frage, wo ist ernsthaftes Arbeiten überhaupt noch möglich? Die einen beklagen ihr Leid unterm Druck der sozialen Krise hier. Andere sind Mit-Täter an dem Trugbild vom freien ästhetischen Kräftepiel und verdienen eine Stange Geld. Wie siehst Du Deine Existenz im Literaturbetrieb?

HANS-ECKARDT WENZEL: Möglicherweise ist die literarische Existenz,

wenn es so eine gäbe, nur noch außerhalb dieses absurden und verlogenen Literaturbetriebs möglich, der mir wie eine riesige Mafia von Industriellen vorkommt, die sogar ihren Papst gewählt haben, einen Literaturpapst, der genau genommen Literaturredakteur heißen müßte. Das ist eine absurde Gesellschaft, die mich eigentlich langweilt. Es ist eine Gesellschaft von alten Menschen, die mit ihren Eitelkeiten beschäftigt sind, die kaum noch reflektieren, was andere für Weltentwürfe haben. Sie leben in einem wirklich untergegangenen Leben. Und das interessiert mich nicht. Dieses tote Provinzielle hat mich in der DDR nicht interessiert und es interessiert mich auch in dieser Literaturgesellschaft nicht. Aber man muß ja dennoch arbeiten. Wenn ich mit Mensching auf Tournee bin, und die Leute kommen, und wir sprechen mit ihnen, dann ist das schon immer eine große Ermutigung. Wir sind von unserem Publikum *nicht verraten worden*. Es ist uns treu geblieben, und viele junge Leute sind nachgewachsen. Das ist so ein Punkt, wo ich eine Ermutigung erfahre, mich doch noch mal zu schminken und auf die Bühne zu gehen.

WOLFGANG GEHRCKE

Über Kenntlichkeit und Unkenntlichkeit – Marxismus und Stalinismus

Der Marxismus als Theorie der Befreiung

»Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist, Verhältnisse, die man nicht besser schildern kann als durch den Ausruf eines Franzosen bei einer projizierten Hundesteuer: Arme Hunde! Man will euch wie Menschen behandeln!« (Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung).

Mit diesem kategorischen Imperativ beschrieb Marx 1843 in dieser Frühschrift Gegenstand, Ziel und Richtung seiner Bestrebungen. Ihm ging es nicht um die Verkündung einer abstrakten Norm oder eines weltverbessernden Ideals, sondern um die – im doppelten Wortsinn – Aufhebung von Zuständen. Diese Aufhebung sollte sich am Menschen (»ad hominem«) demonstrieren und in diesem Sinne an die Wurzel gehend radikal sein. »Die Wurzel für den Menschen«, so Marx, »ist aber der Mensch selbst.« Die zentrale Kategorie des Werkes von Marx war der Mensch und seine Befreiung.

Ich stelle diese Marxschen Überlegungen an den Beginn meiner Ausführungen, nicht nur um den eigenen Standort zu beschreiben, sondern vielmehr um deutlich zu machen, daß Analyse von Geschichte und deren individuelle Bewertung nicht voraussetzungs-frei sind, sondern einen ideengeschichtlichen Hintergrund haben.

Die Analyse, die wir zu leisten haben, wenn wir den 60. Jahrestag der Moskauer Schauprozesse zum Anlaß und nicht zum alleinigen Gegenstand unserer Veranstaltung nehmen, muß über das Faktische hinaus diesen Hintergrund einbeziehen. Das setzt aber voraus, Fakten zu kennen und Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Beides ist nicht identisch und beides ist offensichtlich ein Problem. Die Forschung über den Stalinismus ist heute umfangreich und fundiert. Daran haben u.a. Referentinnen und Referenten der heutigen Veranstaltung ihren Anteil. Der Zugang zu Quellen hat sich entschieden verbessert. Dies ist wichtig. Trotzdem bleibt die Sicherung, Aufbereitung und Öffentlichkeit historischer Bestände eine gemeinsame Sorge aller an der Forschung Interessierten. Ich wünsche mir allerdings, daß Publizistinnen und Publizisten die gleiche Sorgfalt und geschichtliche Sensibilität an den Tag legen wie die Archivarinnen und Archivare, die ihnen die Quellen für ihre Veröffentlichung erschlossen haben.

An Grundlagenforschung über den Stalinismus mangelt es heute

Wolfgang Gehrcke –
Jg. 1943, von Beruf Journalist; Mitbegründer von SDAJ und DKP, einige Jahre Vorsitzender der SDAJ und Bezirksvorsitzender der DKP in Hamburg, im Januar 1990 (nach dem Scheitern des Versuchs einer Erneuerung der DKP) Austritt und Beteiligung an dem Versuch, ein Sozialistisches Forum aufzubauen, einer der Initiatoren für eine Linke Liste/PDS; z.Z. stellvertretender Vorsitzender der PDS.

nicht mehr, und auf die Einrede des Unbekannten kann man sich nicht mehr zurückziehen. Zumindest kann man heute im Grundsatz kennenlernen, was man wissen will. Etwas anderes sind die vielfachen mentalen Sperren, Vorliegendes auch zur Kenntnis zu nehmen. Diese Sperren sind weit schwieriger zu durchbrechen und verhindern immer wieder einen vorurteilsfreien Blick auf die Vergangenheit.

Eine Ursache mentaler Verweigerung – sicher nicht die alleinige und wohl auch nicht die wichtigste –, geschichtliche Fakten zur Kenntnis zu nehmen, ist das begründete Gefühl, daß Geschichte und ihre Ausdeutung genutzt werden, um gesellschaftliche Hegemonie herzustellen bzw. aufzubrechen. Der Zusammenhang von Geschichte, dem Interpretationsmonopol der Geschichte und von Macht und Machtsicherung und damit von Herrschaftssicherung ist nicht neu.

Stefan Heym beschreibt diesen Mechanismus in seinem 1972 erschienenen »König David Bericht« anschaulich. Dieser Zustand wird zu Recht von Historikerinnen und Historikern kritisiert, aber auch er ist gesellschaftliche Realität. Parteien streben ob ihrer Funktion nicht immer nach Wahrheit, sondern oftmals nach Mehrheit und einem günstigen Urteil der Geschichte. Die Geschichte jedoch selbst muß man erforschen. Man darf sie nicht eigenwillig umschreiben. Geschichte ist, wie sie war. Ein Geschichtsbild kann sich ändern.

Für die Ausprägung eines Geschichtsbildes ist die Kenntnis historischer Verläufe ebenso unverzichtbar, wie es unverzichtbar ist, Maßstäbe für das eigene Urteil zu gewinnen. Wer darauf verzichtet, wird zum Spielball des jeweiligen Zeitgeistes.

Geschichte läßt sich nicht – zumindest nicht auf Dauer – nach der Methode »Die guten ins Töpfchen – die schlechten ins Kröpfchen« teilen oder gar durch Entschuldigungen nach allen Seiten aufarbeiten. Es kann nicht überzeugen – um ein immer wieder aktuelles Problem aufzugreifen –, dazu zu schweigen, daß einzelne Machtzentren der DDR-Gesellschaft – zum Beispiel das Ministerium für Staatssicherheit oder das SED-Politbüro – zum Reich des Bösen erklärt werden, wenn man gleichzeitig weiß, daß auch verfassungsmäßig der Führungsanspruch bei der SED lag. Abgesehen davon, daß eine solcherart begründete Hoffnung auf kollektiven Freispruch einschließlich der Annahme in der heutigen Gesellschaft auf Sand gebaut ist, wäre sie moralisch – weil sie den individuellen Schuldspruch akzeptiert – höchst verwerflich und politisch kurzsichtig. Wer aber Interessantes, Aufnahme- und Ausbaufähiges in der DDR-Gesellschaft für sich reklamiert, kann die verbleibenden problematischen Seiten nicht anderen überlassen. Eine juristische Bearbeitung der Geschichte muß scheitern und richtet Schaden auch für den Rechtsstaat an. Keine Strafe ohne Gesetz und volle Wirksamkeit des Rückwirkungsverbots des Grundgesetzes in Ost und West – das sind elementare Regeln von Rechtsstaatlichkeit. Es ist auch eine Erfahrung des Realsozialismus, daß Demokratie in Gefahr ist, wo das Recht politischer Opportunität folgt. Eine andere Frage, deren Beantwortung aber gerade nicht Angeklagten in politisch motivierten Strafprozessen abzufordern

ist, ist der Vergleich von sozialistischen Ansprüchen an die Gesellschaft und ihre Widerspiegelung im geschriebenen Recht.

Die PDS ist ohne Bezug zu ihrer Geschichte, ohne den skizzierten ideengeschichtlichen Hintergrund, weder gegenwarts- noch zukunfts-fähig. Diese Geschichte beginnt nicht erst 1989. Das nehmen wir für unsere individuellen Biographien selbstbewußt in Anspruch und verdrängen es nur allzugern für unsere kollektive Biographie.

Die PDS ist einen bemerkenswerten Weg vom ideologiesteuerten Reagieren zur politischen Gestaltungsfähigkeit gegangen. Es bleibt aber der Zweifel, ob Ideologie nicht alltagssprachlich mit Theorie gleichgesetzt wird. Es ist nicht auszuschließen, daß der neoliberale Zeitgeist mit seiner Feindschaft gegenüber Theorie auch auf Linke abgefärbt hat. Der Hund des Zweifels, daß Sozialismus »Mega-Out« sei, schläft auch bei Sozialistinnen und Sozialisten leicht. Eine sozialistische Partei ohne theoretische Vorstellungen über die Gesellschaft, ihre Entwicklungs- und Zerstörungspotentiale, ohne Normen und Werte, ist gesellschaftlich ohne Bedeutung, auch dann, wenn diese Partei zeitweilig Stimmen und Stimmungen sammelt. Es geht also um den steinigten Weg vom Abstrakten zum Konkreten, der an geschichtlichen Erfahrungen und nicht an postulierten Grundwerten abzumessen ist. Um nicht mehr und nicht weniger.

Das Ziel ist eine geschichtlich begründete Vorstellung der heutigen Gesellschaft, einschließlich ihrer Veränderungspotentiale. Entgegen vielen landläufigen Meinungen schreibt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland keine wirtschaftliche Ordnung zwingend vor. Zwingend festgeschrieben – und dies ist zu verteidigen – sind jedoch Grund- und Menschenrechte. Eine geschichtlich begründete Vorstellung der Gesellschaft ist geschichtsoffen. Geschichte als den offenen Prozeß von Alternativen zu begreifen, ist unter anderem ein wichtiger Unterschied zu konservativen Denkvorstellungen. In der Begründung ihres noch gültigen Grundsatzzprogramms spricht die CDU davon, daß es ihr Ziel sei, sich ein »... geschichtsrichtiges Programm zu geben, das als Regel das politische Handeln bestimmen und steuern soll« (Prof. Hermann Krings, CDU-Grundsatzkommission, Bonn 1977).

Dieser Determinismus des »Geschichtsrichtigen«, d.h. der Übereinstimmung des eigenen Handelns mit dem Verlauf der Geschichte, ist uns vertraut. Aber er widerspricht grundsätzlich dem, was wir mit unseren Fragen an die Geschichte suchen: Kenntnis und Erkenntnis; Denken in Alternativen; Nichtwiederholbarkeit statt Vorbestimmung.

Wir müssen uns dem Problem stellen, daß im Sinne von Marx und Engels die Praxis – nicht die Absicht – ein zulässiges Kriterium der Beweisführung ist: »The proof of the Pudding is in the eating«, wie es Engels im Anti-Dühring beiläufig formulierte oder, wie es Christen ausdrücken: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Es ist nicht entscheidend, ob eine Auffassung sich selbst als »links« bezeichnet, sondern es ist nach ihren Inhalten und politischen Methoden zu fragen. Ein verlässlicher Maßstab für linke Politik, zumindest der von Marx und Engels, wäre es, ob eine solche Politik – theoretisch wie praktisch – auf die zunehmende Emanzi-

pation des Individuums gerichtet ist. Darin vergegenständlicht sich der Befreiungsanspruch der Marx'schen Lehre.

Ein neuer unverstellter Blick auf die Grundgedanken von Marx ist hilfreich, er hilft aber der sozialistischen Theorie noch nicht aus ihrer Krise. Wer die anhaltende Krise sozialistischer Theorien in eine Krise falscher Marxinterpretationen ummünzen will oder die Ursache des Scheiterns des Realsozialismus nur in einer schlechten Ausführung einer »an sich« richtigen Lehre sucht, verliert die Ansprüche aus dem Auge, die Marx und Engels an sich selbst gestellt haben.

In der Sprache der Frühschriften: Die Kritik aller Religionen läßt sich nicht wie irgendeine Religion verteidigen, indem man eine »reine Lehre« aus dem Hut zieht, die von den praktischen Sünden ihrer Anhänger nicht befleckt werden konnte. Einiges in der PDS erinnert mich daran. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wenn zwischen den Grundgedanken von Marx und der kommunistischen Praxis tiefe Widersprüche auftreten, ist die angemessene Antwort nicht nur eine theoretische Kritik dieser Praxis, sondern ebenso sehr eine praktische Kritik der Theorie. Dies ist aus meiner Sicht auch eine mögliche Antwort auf Ernst Blochs fragende Herausforderung, ob sich der Marxismus im Stalinismus zur Unkenntlichkeit oder zur Kenntlichkeit verändert hat: theoretische Kritik der Praxis und praktische Kritik der Theorie.

Wer solcherart dialektische Kritik gegen sich selbst nicht geltend macht, erhält sich Marx, Engels, Lenin und andere als unbefleckte Säulenheilige, zahlt dafür aber einen hohen Preis geistiger Unverbindlich- und politischer Einflußlosigkeit. Nur wer die Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit sucht, kann sich mit Aussicht auf Erfolg in die heutigen Auseinandersetzungen begeben.

Grundsätzliche Differenzen zwischen Marxismus und Stalinismus

Am Beginn des Weges, nicht an seinem Anfang, von dem wir Aspekte und nicht den ganzen Weg ausleuchten wollen, stand die Oktoberrevolution 1917 in Rußland. Unsere heutige Diskussion hat nicht das Ziel, dieses weltgeschichtliche Ereignis, dessen achtzigste Wiederkehr sich dieses Jahr vollzieht, umfassend zu würdigen oder gar die Geschichte der Oktoberrevolution und der Sowjetunion in eine Geschichte des Stalinismus umzuinterpretieren. Mit der Oktoberrevolution schien die sozialistische Zielvorstellung zum ersten Male Realität anzunehmen. Dieser erste Versuch, eine neue Gesellschaftsordnung zu errichten und das kapitalistische Profitsystem zu überwinden, ist unter fortschrittlichen Kräften bis auf den heutigen Tag idealisiert worden, ebenso wie er in anderen Teilen der Gesellschaft dämonisiert wurde und wird. In dem Maße, in dem die Wahrheit über die Verbrechen des Stalinismus bekannt und anerkannt wurde, brachen Idealisierungen und Illusionen über die sozialistischen Länder zusammen. Heute kommt es darauf an, aus der Idealisierung nicht in den umgekehrten Fehler zu verfallen und den Sozialismus als bloßen Irrtum der Geschichte abzuhaken und ad acta zu legen.

Die Früchte vom Baum theoretischer Erkenntnisse waren in der Praxis des Realsozialismus sehr unterschiedlicher Natur: unter-

schiedlich in den Zeiten; unterschiedlich in den Ländern; unterschiedlich in der Akzeptanz der Bevölkerung. Jede Entwicklung ging mit ihrem Gegenteil schwanger: Emanzipation und Antiemanzipation, Weltoffenheit und Kleinbürgertum, Aufklärung und Despotismus.

Selbstverständlich ist die Zeit des »Hochstalinismus« nicht identisch oder etwa gleichzusetzen mit späteren Abschnitten. Unterschiede in einzelnen Ländern sind unverkennbar. Keiner sollte den Unterschied zwischen der Lubjanka und Hohenschönhausen verwischen. Auch der Realsozialismus durchlief nach dem XX. Parteitag der KPdSU eine »zivilisierende« Entwicklung. Ein Abbau terroristischer Seiten, ein Mehr an sozialer Sicherheit, eine größere Rolle des Individuums, eine größere Offenheit, friedenspolitische Initiativen und gesellschaftliche Differenzierung sind als Tendenzen zu benennen. Gerade aus dieser Entwicklung entstanden neue Widersprüche, in deren Nichtbewältigung aktuelle Gründe des Scheiterns liegen. Daraus allerdings zu schlußfolgern, daß der XX. Parteitag die Abkehr von Stalin und damit der Anfang vom Ende war, ist tückisch für diejenigen, die dieses Argument benutzen. Es beinhaltet doch das Eingeständnis, daß Sozialismus nur in Verbindung mit Repression überlebensfähig war. Ein »Sozialismus der Repression« unterscheidet sich prinzipiell nicht oder nur wenig von einem »repressiven Kapitalismus«. Im Gegenteil: Ein Blick in die Geschichte zeigt, daß in vielen Ländern einem repressiven Kapitalismus zivile Zugeständnisse abgerungen und rechtlich verankert wurden. Für einen repressiven Sozialismus zu kämpfen macht für Menschen, die einen repressiven Kapitalismus ablehnen und bekämpfen, keinen Sinn. Die organische Einheit von Demokratie und Sozialismus als Ziel, Weg und Methode ist wohl der bedeutsamste Fortschritt in der Programmatik und der Politik der PDS.

Gerade wenn man sich um eine differenzierte Beurteilung sorgt, ist die Frage nach gleichen strukturellen Defiziten schärfer zu stellen. Anstatt die Oktoberrevolution und die ihr folgende Zeit als Anfangsetappe eines langen historischen Prozesses aufzufassen, wurde sie als ein universelles Modell, das mit gewissen Modifikationen für alle Länder geeignet ist, übernommen. Durch den immer stärker werdenden Zentralismus der Kommunistischen Internationale verbreiteten sich Utopismus und Voluntarismus. Die kritiklose Identifikation mit dem russischen Weg machte blind für die tatsächliche Entwicklung, für mögliche Alternativen und führte zur Übernahme stalinistischer Praktiken und zu utopischen Programmen.

Durch alle Widersprüche hindurch wird es heute immer deutlicher, daß der Stalinismus in der Entwicklung des Realsozialismus eine relativ selbständige Formation darstellte. Er konnte an dogmatisierte Vorstellungen sozialistischer Theorien anknüpfen und erhielt seine Ausprägung durch den Akt der gewaltsamen Machtergreifung, dem die gewaltsame Machtverteidigung auf dem Fuße folgte. Seine Ausprägung wurde befördert durch das Ausbleiben revolutionärer Entwicklungen im Westen. Die Theorie des Aufbaus des Sozialismus in einem Land schnitt die Entwicklung von den sozialistischen Diskursen im Westen ab. Die stalinistischen Normen wurden weltweit in der kommunistischen Bewegung zur herr-

schenden Idee, die keinen Widerspruch duldete. Daran haben undogmatische Kommunistinnen und Kommunisten, Sozialistinnen und Sozialisten und bürgerliche Demokraten immer wieder Kritik geübt. Ihre Kritik wurde als Antikommunismus verleumdet und entstellt. Auch ich habe mich in diesem Sinne mit meinem Verhalten auseinanderzusetzen. Selbstverständlich hat auch der Umstand der ständigen äußeren Bedrohungen – angefangen von den Interventionen am Beginn der Sowjetmacht über die Isolierungspolitik und den faschistischen Weltkrieg bis zum Kalten Krieg nach 1945 – der Entwicklung des Sozialismus seinen Stempel aufgedrückt.

Aus diesen Gründen steht Kritik jenen nicht zu, die mit einer Politik der Isolierung und Kriminalisierung, des »roll back« des Kommunismus, des Wettrüstens und eigener Kommunistenverfolgung eben jene Abschottung betrieben haben, die sie in Sonntagsgesprächen bedauerten und bedauern.

Das politische System des Stalinismus war der in Macht gegossene Avantgardeanspruch, den namens einer von ihrer Macht entfremdeten Klasse eine zentralistische Partei und letztlich nur noch deren Führung und/oder einzelne ihrer Führer realisierten. Partei- und Staatsmacht verschmolzen zu einem einheitlichen System ohne Gewaltenteilung. Terror und die Abwesenheit von Demokratie und Rechtssicherheit waren für diese Zeit konstituierend. Um nur einiges zu nennen: Auf Beschluß des Politbüros der KPdSU wurde die Folter offizielle Vernehmungsmethode. Für Verhaftungen wurden Planziele vorgegeben. Für »Volksfeinde« galt »Sippenhaft«. Ihre Kinder waren ab dem 12. Lebensjahr strafmündig. Unter Stalin wurde der Terror zum System, wurde der Staat zum kollektiven Terroristen.

Aber auch hier reichen die Wurzeln tiefer. Während die Oktoberrevolution und ihre Machtorgane – einschließlich der Regierung und des Rates der Volkskommissare – sich politisch noch auf mehrere linke Parteien stützen konnten, sich Diskussionen frei entwickelten, verengte sich die politische und soziale Basis systematisch nach der siegreichen Revolution. Kronstadt und das »Fraktionsverbot« des X. Parteitagess stehen für diese Entwicklung. Das Verbot anderer konkurrierender Parteien – einschließlich konkurrierender Linksparteien –, ihre Ausschaltung aus den Parlamenten, beförderten eine Tendenz, gesellschaftliche Probleme durch Gewalt zu lösen. Stalin hat in späteren Jahren in der ihm eigenen Vereinfachung auf die Leninsche Feststellung »Große Fragen werden im Leben der Völker mit Gewalt entschieden« (Lenin, Werke Bd. 31, S. 141) zurückgreifen können. Revolutionen – feudale und bürgerliche wie sozialistische – entfalten aus ihrem gewaltsamen Ursprung heraus vielfach eine zerstörerische und selbstzerstörerische Seite, wenn diese nicht durch nachfolgende demokratische Entwicklungen gebändigt wird.

Lenin war in dieser Frage widersprüchlich. Seine »Neue ökonomische Politik« zielte auf eine solche demokratische Bändigung. Aber es war auch Lenin, der mit dazu beigetragen hat, den Terror in der Sowjetunion gesetzlich zu verankern, d.h., dem Terror seine willkürliche Seite zu nehmen – um den Preis, die Willkür zur Möglichkeit der Regel zu machen. Lenin schrieb am 17.5.1922 an den

Volkskommissar für Justiz Kurski: »Das Gericht soll den Terror nicht beseitigen – das zu versprechen wäre Selbstbetrug oder Betrug –, sondern ihn prinzipiell, klar, ohne Falsch und ohne Schminke begründen und gesetzlich verankern. Die Formulierung muß so weitgefaßt wie möglich sein, denn nur das revolutionäre Rechtsbewußtsein und das revolutionäre Gewissen legen die Bedingungen fest für die mehr oder minder breite Anwendung in der Praxis« (Lenin, Werke Bd. 33, S. 344).

Wir wissen heute, daß revolutionäres Rechtsbewußtsein und revolutionäres Gewissen ebenso unsichere Kantonisten sind wie der angeblich gesunde Menschenverstand und, daß der Weg, die spontane Willkür der Revolution zu bändigen, indem sie zum Recht gemacht wurden, gründlich gescheitert ist. Auch und gerade das Recht der Revolution muß sich an den Normen der Revolution, an ihren Zielen messen.

Die stalinistische Herrschaft funktionierte auf der Grundlage einer umfassenden Verstaatlichung der Gesellschaft und nicht auf einer Vergesellschaftung des Staates. Auf das Verhältnis Staat und zivile Gesellschaft hat die Produktivkraftentwicklung einen prägenden Einfluß. In einer falschen Marx-Rezeption wurde die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als eine vorwiegend quantitative erfaßt. Dem Staat kam die entscheidende Funktion zu, in historisch kürzester Frist die Produktivkraftentwicklung voranzutreiben. Die gewaltsame Entwicklung der Produktivkräfte führte einerseits zur Dominanz des Staates in dieser Sphäre, andererseits zu einer Militarisierung (Arbeiterarmeen) der Produzenten und zu außerordentlich störanfälligen Beziehungen zwischen Produktion, Konsumtion und Verteilung. Die soziale Hauptstütze eines solchermaßen »staatsmonopolistischen Systems« war eine breite bürokratische Schicht, unter der zugleich Dynamik und Erneuerungsfähigkeit abstarben. Macht rangierte vor Hegemonie.

Nun hat Marx die Frage nach der quantitativen Seite der Produktivkräfte nicht besonders gewichtet. Seine zentrale Frage war die Frage der Beherrschbarkeit der Produktivkraft als Bedingung ihrer weiteren Entwicklung. Die Produktivkraftentwicklung der sozialistischen Länder war in vielfacher Hinsicht eine nachholende des Kapitalismus mit ähnlichen Deformationen und geringerer Effizienz. Der Stalinismus war auch in dieser Frage der Bruch und nicht die Kontinuität mit Marx.

Der Bruch mit stalinistisch geprägten Strukturen und mit stalinistisch verfaßter Gesellschaft war aus sozialistischer Sicht notwendig und legitim. Ebenso legitim wie der Versuch, nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges in Rußland mit der Oktoberrevolution eine neue gesellschaftliche Entwicklung einzuleiten. Und ebenso legitim war es, nach dem Faschismus und seinem Zweiten Weltkrieg mit der DDR einen anderen, einen antifaschistischen-demokratischen Weg in Deutschland zu gehen.

Die Welt ist anders – aber ist sie auch besser geworden? Innerhalb weniger Jahre hat der Kapitalismus – nun mehr uneingeschränkt auf seiner eigenen Basis – seine zerstörerischen Potenzen in einer derartigen Geschwindigkeit entwickelt, daß er global umfassend und kaum reparabel Gesellschaftlichkeit vernichtet. Seine

neoliberale Variante, sein Wachstum ohne Grenzen und ohne demokratische Steuerung, ohne soziale Bindung sowie sein Raubbau an der Natur sind zum Scheitern verurteilt.

Was aber werden die Alternativen sein?

Es ist heute hohe Zeit, wieder über den Sozialismus zu reden.

Geschichte als »Bringeschuld«

Am 1. Juni 1987 – also vor knapp 10 Jahren – wandten sich europäische Intellektuelle, Sozialistinnen und Sozialisten, darunter Jacob Moneta, Peter von Oertzen, Oskar Negt u.a., an den Botschafter der UdSSR in Bonn und forderten die vollständige Rehabilitierung der Opfer der Moskauer Schauprozesse. »Sie müssen umgehend rehabilitiert, ihre Ehre muß wiederhergestellt werden. Ihre Familien müssen entschädigt und ihre Gräber gekennzeichnet werden,« schrieben sie damals. Die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten forderten sie auf, sich nicht weiter gleichgültig gegenüber den Schicksalen von Opfern der Säuberungen zu verhalten. Tausende sind ihres Lebens und ihrer Freiheit im Namen jener Revolution, der sie ihr Leben widmeten, beraubt worden und sie wurden totgeschwiegen.

In seinem »König David Bericht« läßt Stefan Heym König Salomo den Autor des David Berichtes Ethan, Sohn des Hoshaja, der bei der Abfassung des Berichtes zu wenig an der Wahrheit vorbeigehen konnte, zum Totschweigen verurteilen: »Darum nun soll er zu Tode geschwiegen werden; keines seiner Worte soll das Ohr des Volkes erreichen, ... auf daß sein Name vergessen sei, so als wäre er nie geboren worden und hätte nie eine Zeile geschrieben.«

Zehn Jahre sind seit dem Appell europäischer Intellektueller vergangen. Es bleibt trotz vieler Arbeit eine Bringeschuld, die Archive zu befragen, weiter zu forschen und zu analysieren, die Dinge öffentlich beim Namen zu nennen. Leben und Freiheit zurückgeben, das kann niemand. Namen und Würde zurückgeben, gegen das Vergessen aufstehen, Wahrheit wiederherstellen, dazu sind wir in der Lage. Wenn ich von »Bringeschuld« in bezug auf die PDS spreche, dann nicht deshalb, weil andere uns etwas abfordern und wir es erbringen. Bringeschuld heißt, daß wir selbst um unser selbst willen dazu bereit sein müssen. Wahrheit in Scheiben geteilt wird zur Unwahrheit. Wahrheit aus Mangel an Auswegen zugestanden wird zur Heuchelei. Es ist ein Irrglaube, daß Zeit Wunden heilt. Aus diesem Grund – und aus keinem anderen – haben wir uns zu dieser Veranstaltung an diesem Termin entschlossen.

Ich darf zum Abschluß noch einmal Stefan Heym aus dem »König David Bericht« zitieren, der meine Gefühle ausdrückt, wenn ich über den Sozialismus – auch den gewordenen – nachdenke. Nach der Ausweisung des Autors des König David Berichtes aus Jerusalem läßt er diesen sagen: »Als wir aber den Bach Kidron überquert und die Höhe am anderen Ufer erklommen hatten, hielt ich an, um einen letzten Blick auf die Stadt Davids zu werfen. Und ich sah sie liegen auf ihren Hügeln, und ich wollte sie verfluchen; doch ich konnte es nicht, denn ein großer Glanz des HErrn lag über Jerusholayim im Lichte des Morgens.«

Nachsatz:

Der Presse entnehme ich, daß sich die Französische Kommunistische Partei am 23. Juni 1997 zu gleicher Problematik geäußert hat. Der Nationalsekretär (Vorsitzende) der FKP, Robert Hue, erklärte dort, daß die Kommunistische Partei »ihre gesamte Geschichte« auf sich nehmen müsse. Hue: »Es war ein ungeheurer Verlust für alle Kommunisten, unterschiedliche Auffassungen durch bedingungsloses Insistieren auf der Parteilinie regeln zu wollen ... «.

WLADISLAW HEDELER

Die Szenarien der Moskauer Schauprozesse 1936 bis 1938

Das Gesicht der bauenden und der strafenden Union

Die vor sechzig Jahren inszenierten öffentlichen Schauprozesse gegen das »Trotzkistisch-sinowjewistische terroristische Zentrum«¹, das »Sowjetfeindliche trotzkistische Zentrum«² und den »Anti-sowjetischen ›Block der Rechten und Trotzkisten«³ übten eine nachhaltige Wirkung auf das politische Leben der sozialistischen Staaten aus. Die in den fünfziger Jahren propagierten und nachgeahmten, in den sechziger Jahren vehement verdrängten und in den achtziger Jahren »wiederentdeckten« Moskauer Prozesse gehörten für die aus dem Exil zurückgekehrten deutschen Kommunisten und ihre sowjetischen Berater ebenso zum Alltag wie die regelmäßigen Parteisäuberungen und Überprüfungen der Parteidokumente in der SED.

Hier wurden sowjetische Erfahrungen aufgegriffen, den Verhältnissen angepaßt und – wie andere Herrschaftstechniken auch – weiterentwickelt. »Die zehn Anklagereden«, stellte H. Benjamin in ihrer Besprechung von Wyschinski »Gerichtsreden« in der theoretischen Zeitschrift der SED »Einheit« fest, »vermitteln nicht nur grundlegende Erkenntnisse der Theorie des Staates und des Rechtes, sondern auch der Staats- und Rechtspraxis; dabei wird eine Fülle von Problemen im Rahmen der Entwicklung des Sowjetstaates geklärt. [...] Neben den eigentlichen juristischen Themen wird eine Fülle bedeutungsvoller Fragen in den vorliegenden Gerichtsreden angeschnitten, Fragen der Kader, der Kritik, der Sorge um den Menschen, der sozialistischen Moral. [...] Die ›Gerichtsreden‹ sind eine wertvolle Bereicherung beim Studium der Geschichte der KPdSU(B). Sie sollten andererseits nicht ohne den ›Kurzen Lehrgang‹ gelesen werden. [...] das Gerichtsverfahren als Form der Kritik und Selbstkritik anzusehen, ist eine für uns neue Vorstellung.«⁴ An diese Ausführungen schlossen sich Hinweise für die Arbeit der Richter und Schöffen, die 1952 bei der Ausarbeitung der Strafprozeßordnung Berücksichtigung fanden, an. H. Kröger wies im Funktionsorgan »Neuer Weg« auf die Aktualität der »Gerichtsreden« für den sozialistischen Aufbau in der DDR hin: »Weiter gibt uns Wyschinski Hinweise für unseren jetzt so brennenden Kampf um die Durchsetzung einer neuen Einstellung zur Arbeit, um die Entwicklung eines hohen persönlichen Verantwortungsbewußtseins jedes Bürgers und vor allem jedes Staats- und Parteifunktionärs in unserer schweren Aufbauarbeit. Er lehrt uns, wie die Sowjetgerichte diesen Kampf zugleich strafend und erziehend führten, wie

Wladislaw Hedeler – Jg. 1953, Historiker, Dr. phil., Berlin.

1 Prozeßbericht über die Strafsache des trotzkistisch-sinowjewistischen terroristischen Zentrums. Verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 19.-24. August 1936, Moskau 1936.

2 Prozeßbericht über die Strafsache des sowjetfeindlichen trotzkistischen Zentrums. Verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 23.-30. Januar 1937, Moskau 1937.

3 Prozeßbericht über die Strafsache des antisowjetischen »Blocks der Rechten und Trotzkisten«. Verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 2.-13. März 1938, Moskau 1938.

die Bestrafung einzelner verantwortungslos Handelnder zugleich ein Mittel der Aufklärung, der Bewußtseinshebung aller sein muß.«⁵

Als diese Rezensionen in der DDR veröffentlicht wurden, ging in Moskau der Prozeß gegen Mitglieder des Antifaschistischen Jüdischen Komitees zu Ende,⁶ liefen in Prag die Vorbereitungen für den im November 1952 vor dem Staatsgericht verhandelten Slansky-Prozeß,⁷ und in Moskau bereitete man den Schauprozeß gegen die Kremlärzte⁸ vor. H. Benjamin aber sah sich auch in der Folge immer wieder veranlaßt, ihre Nähe zu Wyschinski hervorzuheben. »Als Stalin starb«, führte sie in ihrer Rede während der Gedenkfeier der Vereinigung Demokratischer Juristen zum Tode Wyschinskis am 27. November 1954 im Ministerium der Justiz aus, »war den Völkern ein Vater gestorben. Mit Andrej Januarjewitsch verloren sie einen ihrer klügsten, leidenschaftlichsten, erfahrensten Kämpfer für den Frieden. [...] Ich habe lange nachgedacht, wann ich die erste bewußte Begegnung mit Wyschinski hatte. Ich meine jene erste aufrüttelnde Begegnung mit seinem Werk, die zugleich ja immer eine Begegnung mit seiner Persönlichkeit war und die wie ein Blitz einschlug und jene Flamme der Begeisterung entzündete: das ist es, was wir suchen. Es war nicht seine 1949 bei uns erschienene Schrift über die Lehren Lenins-Stalins von der proletarischen Revolution und vom Staat⁹ [...] Es waren erst die im Jahre 1951 erschienenen »Gerichtsreden«. Vielleicht waren wir, suchend und tastend, damals gerade an den Punkt unserer Entwicklung gekommen, wo wir zu verstehen begannen, um was es ging: Wir hatten die erste Bekanntschaft mit der sowjetischen Rechtswissenschaft, insbesondere mit dem sowjetischen Strafrecht gemacht – nach Gesetzestexten, nach Lehrbüchern. [...] Und nun wurde dieses alles uns lebendig [...] an Beispielen, die denen unserer eigenen Periode ähnlich waren; hier erlebten wir Gesetz und Recht in Aktion. Und so wurde Wyschinski unser Lehrer in der Anwendung des Rechts beim Aufbau des Sozialismus.«¹⁰

Die Moskauer Schauprozesse, von denen im folgenden die Rede ist, spielten sich in den für den Aufbau der Volkswirtschaft der UdSSR entscheidenden Jahren 1934 bis 1939 ab. Ihre keineswegs irrationale, sondern mit der Herrschaftslogik korrespondierende Dimension und Funktion des von der Parteiführung verordneten Terrors ist bislang nur in Ansätzen untersucht, die darauf aufbauende Erziehungs-, Umerziehungs- und Vernichtungspolitik, die eine permanente war und sich gegen alle Schichten der Bevölkerung – und nicht nur gegen Parteimitglieder – richtete, vorerst nur skizziert.¹¹ Die Herrschaftstechniken fanden im Terror, der nicht zuletzt eine Komponente und Triebkraft der Wirtschaftspolitik war, ihre Entsprechung. Zuständig für seine Ausführung waren die im Juli 1934 zum Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten vereinigten Apparate der Staatssicherheit und des Innenministeriums

Mit Blick auf die heute zugänglichen Archivadokumente und Erinnerungsberichte tritt die »Logik« des Terrors deutlicher hervor. L. Troztkis im Exil und N. Bucharins im »Letzten Wort« getroffene Feststellung, alle Prozesse richteten sich letzten Endes gegen Stalins Hauptfeind,¹² hält die Erscheinung fest, erklärt jedoch nicht

4 Hilde Benjamin: A. J. Wyschinski: Gerichtsreden, in: Einheit, 1952, H. 7, S. 699-703.

5 Herbert Kröger: A. J. Wyschinski: Gerichtsreden, in: Neuer Weg, 1952, H. 9, S. 43.

6 Das Protokoll der geschlossenen Sitzung des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR vom 8. Mai bis 18. Juli 1952 ist veröffentlicht: Nepravednyj sud. Poslednij Stalinskij rasstrel, Moskau 1994.

7 Prozeß gegen die Leitung des staatsfeindlichen Verschwörerzentrums mit Rudolf Slansky an der Spitze. Prag 1953; Arthur London: Ich gestehe. Der Prozeß um Rudolf Slansky, Berlin 1991, S. 281-329.

8 Ja. L. Rapoport: Na rubeshe dvuch epoch. Delo vraej 1953 goda, Moskau 1988.

9 A. J. Wyschinski: Die Lehre Lenins-Stalins von der proletarischen Revolution und vom Staat, Berlin 1949.

10 Hilde Benjamin: Andrej Januarjewitsch Wyschinski. Aus dem Nachruf des Ministers der Justiz, Dr. Hilde Benjamin, anlässlich der von der Vereinigung Demokratischer Juristen am 27. November im Ministerium der Justiz durchgeführten Gedenkfeier, in: Staat und Recht, 1954, 6, S. 691-994. Die Verfasser (Gg. Kr.) des im »Neuen Deutschland« veröffentlichten Nachrufes »Zum Ableben des großen sowjetischen Staatsmannes« (ND, 24. November 1954, S. 3) würdigen Wyschinskis Auftreten als staatlicher Ankläger in den

großen Prozessen: »Durch seine leidenschaftlichen Anklagereden hat er in diesen Prozessen die Bande der trotzistischen Agenten, Spione, Mörder und Hochverräter entlarvt, sie ihrer Verbrechen vor der Weltöffentlichkeit überführt und so wesentlich dazu beigetragen, diese Agenturen der imperialistischen Mächte zu vernichten und damit eine wichtige Voraussetzung des Sieges der Sowjetunion über die faschistische Bestie im 2. Weltkrieg zu schaffen«.

11 Markus Wehner: Stalinstischer Terror. Genese und Praxis der kommunistischen Gewaltherrschaft in der Sowjetunion 1917-1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 37-38/96, 6. September 1996, S. 15-28.

12 Leo Trotzki: Stalins Verbrechen, Berlin 1990, S. 54. N. Bucharin sprach von Leo Trotzki als dem Hauptbewegungsmotor im konterrevolutionären Parallelogramm der Kräfte. (Prozeßbericht, Moskau 1938, S. 848.)

13 Der Sozialismus siegt. Berichte und Reden auf dem 17. Parteitag der KPdSU(B) Januar/Februar 1934, Moskau, Leningrad 1934.

14 Als die Verfassung im Dezember 1936 angenommen wurde, waren viele Mitglieder der Verfassungskommission verhaftet. Der Wortlaut und Stalins Reden über die Verfassung sind dokumentiert in: Die Stalinsche Verfassung, Berlin 1950.

15 Ein Stenogramm dieser Plenartagung, die vom 4. bis 7. Dezember 1936 statt-

das Wesen des Terrors, der zunehmend zu einem Bestandteil der Wirtschaftsplanung wurde und vor Ort eine wichtige macht- und systemstabilisierende Ventilfunktion erfüllte. Es ging um mehr als nur um die Begleichung persönlicher Rechnungen, um mehr als die Befriedigung von Rachegelesten des neuen Tschingis Khan.

Für die Komplikationen, die zwangsläufig aus der Politik der Parteiführung folgten, wie auch zur Gewöhnung des Apparats an die ständig wechselnden »richtungweisenden Losungen« mußten in regelmäßigen Abständen Sündenböcke gefunden werden. Der Repressionsbedarf resultierte aus dem Formierungsbedarf der Macht. Zwischen dem 17. und dem 18. Parteitag der KPdSU(B) hielten die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Schaffung sozialistischer Großbetriebe das Land in Atem. Das auf den 17. Parteitag¹³ folgende Juni-Plenum des ZK der KPdSU(B) 1936 stimmte dem Entwurf der Verfassung der UdSSR zu, in dem vom Sieg des Sozialismus die Rede war.¹⁴ Zwei Monate später, im August 1936, fand der erste Schauprozeß statt, zu dessen prominentesten Angeklagten G. Sinowjew und L. Kamenew gehörten. Ihnen wurde Sabotage, Verrat und Spionage vorgeworfen. Auf dem Dezemberplenum¹⁵ 1936 wurden die Weichen für den im Januar 1937 folgenden Schauprozeß gegen G. Pjatakow, G. Sokolnikow, L. Serebrjakow, K. Radek u.a. gestellt. In den Tagungspausen fanden Gegenüberstellungen der Verhafteten mit Politbüromitgliedern statt. Der Leiter der Kaderabteilung und Vorsitzende der Parteikontrollkommission N. Jeshow hielt auf diesem Plenum ein Referat »Über die antisowjetischen, trotzistischen und rechten Organisationen«.¹⁶ Dem Vortrag lag ein 1935 unmittelbar im Anschluß an die Ermordung des Leningrader Parteichefs S. Kirow entstandenes und von Stalin redigiertes Manuskript unter dem Titel »Von der Fraktionsmacherei zur offenen Konterrevolution« zugrunde. Diese Ausarbeitung enthielt das Szenario der bevorstehenden Schauprozesse.

Da die »Beweise« jedoch nicht ausreichten, um die von den Verhafteten beschuldigten »Rechtsabweichler« zu einem Geständnis zu zwingen, wurde die Klärung einem Antrag Stalins folgend auf das nächste Plenum vertagt. Als sich die ZK-Mitglieder zum Februar-März-Plenum 1937 versammelten, standen sie noch unter dem Eindruck des gerade beendeten zweiten Schauprozesses. Stalin und Jeshow setzten auf diesem Plenum nach zähem Ringen die Verhaftung der Hauptangeklagten im dritten Moskauer Schauprozeß, N. Bucharin und A. Rykow durch. Über diesen Teil der Plenartagung wurde in der Presse nicht berichtet. Die »hinter den Kulissen« geführte Auseinandersetzung dauerte auch auf dem Juni-Plenum 1937 an. Während ein internes Rundschreiben des ZK die wichtigsten »Geständnisse« auflistete, war in der offiziellen Berichterstattung nur von der Präzisierung der Agrarpolitik die Rede. Im Sommer folgte das Schnellverfahren gegen die »trotzkistische Verschwörung in der Armeeführung«.¹⁷

Als auf dem Januar-Plenum 1938 die Korrektur der Fehler der Parteiorganisationen bei Ausschlüssen angekündigt wurde, schöpften viele neue Hoffnung. Aber schon zwei Monate später begann der dritte Moskauer Schauprozeß. Das November-Plenum 1938

verabschiedete den »Kurzen Lehrgang« und schrieb damit die während der Schauprozesse erfolgte Geschichtsrevision fest. Ein Jahr nach dem dritten Schauprozess – ein vorbereiteter vierter fand nicht mehr statt – nahm der 18. Parteitag Kurs auf den 3. Fünfjahresplan.

Die hier nur angedeuteten damals anstehenden gesellschaftlichen Veränderungen lassen sich nicht ausschließlich auf den positiven oder negativen Willen einer einzigen Führerpersönlichkeit bzw. auf deren Unterstützung durch die Führungsschicht zurückführen. Jede Wende im Leben einer Gesellschaft widerspiegelt objektive Interessenlagen, die in der Sozialpsychologie auf vielfältige Weise gebrochen werden. Mit Blick auf die 30er Jahre in der UdSSR ist von revolutionärer Ungeduld, Aufbruchstimmung, rotgardistischen Attacken und den Großbauten des Kommunismus die Rede. In diesen Jahren traten die von Lion Feuchtwanger beschriebenen zwei Gesichter, das der bauenden und das der strafenden Union, immer wieder sich abwechselnd in den Vordergrund. Stalins Ausspruch, wonach das Leben besser und schöner geworden sei, war in aller Munde.¹⁸ Volksfeste¹⁹ und Totenfeiern²⁰ gehörten zum Alltag, rahmten die Verurteilung der »Volksfeinde« ein, waren ein fester Bestandteil der Vorbereitung und Auswertung der Prozesse.

Nach dem Scheitern des »realen Sozialismus« vermochte die Geschichtsschreibung, die – auch auf Einschüchterung und Demütigung zurückzuführenden – »weißen Flecken« im ersten Zugriff nur provisorisch auszufüllen. Die Palette der neuen Chiffren für politisch motivierte Gewalt reichte von »In den Fängen des NKWD«²¹ bis hin zu »Kommunisten verfolgen Kommunisten«.²² Gulag galt lange Zeit als Synonym für Ausschluß aus der Gesellschaft und Vernichtung; in den letzten zwei Jahren rückte jedoch auch seine Funktion als Wirtschaftsfaktor stärker ins Blickfeld.²³

Seit Gründung der in der sowjetischen Geschichte dritten, im September 1987²⁴ eingesetzten Kommission des Politbüros des ZK der KPdSU zur zusätzlichen Untersuchung der Materialien, die mit den Repressionen in der Periode von 1930-1940 und Anfang der fünfziger Jahre zusammenhängen (unter Jelzin umbenannt in Kommission beim Präsidenten der Russischen Föderation zur Rehabilitierung der Opfer politischer Repressionen), sind in der Sowjetunion bzw. in Rußland eine Reihe neuer Dokumente publiziert worden, die nicht nur über den Aussagewert der in den o.g. Publikationen verarbeiteten Quellen hinausgehen, sondern auch die tradierten Suchraster im Hinblick auf den »Großen Terror«, die in erster Linie auf die den Terror ausübende Geheimpolizei gerichtet waren, sprengen.

Es geht nicht mehr um »Säuberungen en miniature«²⁵ oder um das Protokoll einer Säuberung²⁶, sondern um staatlichen Terror, um die Wechselwirkung von Partei- und NKWD-Führung. Stalin nutzte seine Amtszeit, um ein System von Rechtlosigkeit und Willkür durchzusetzen. Die »Stalinsche Verfassung« sah keine rechtsstaatlichen Barrieren gegen den Staatsterror vor.

fand, ist nicht veröffentlicht.

16 Hinweise auf diese Rede in: *Izvestija CK KPSS*, 1989, Nr. 1, S. 129, 5, S. 75 und 8, S. 82f.

17 Der Fall der »Antisowjetischen trotzkistischen Militärorganisation« in der Roten Armee, in: Schauprozesse unter Stalin 1932-1952, Berlin 1990, S. 253-304.

18 Siehe hierzu: Geschichte der sowjetischen Presse. Lehrbrief 8, Thema XII Die sowjetische Presse im Kampf um die Vollendung des sozialistischen Aufbaus und um die Durchführung der neuen Verfassung (1935-1937). Karl-Marx-Universität Leipzig. Fernstudium der Journalistik. 1957.

19 Die Flugschau in Tuschino nach Ende des ersten Schauprozesses, Volksfeste anlässlich der Wahlen zum Obersten Sowjet im Juni 1938.

20 Gorkis Beisetzung im Juni 1936, Ordshonikidses Beisetzung im Februar 1937.

21 In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR, Berlin 1991.

22 Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993.

23 Stettner »Archipel Gulag«.

24 Vo imja zakonnosti, spravedlivosti i pravdy, in: Izvestija CK KPSS, 1, 1989, S. 107-110.

25 Arthur Koestler: Autobiographische Schriften. Erster Band. Frühe Empörung, Frankfurt am Main, Berlin 1993, S. 458.

26 Georg Lukács, Johannes R. Becher, Friedrich Wolf: Die Säuberung, Moskau 1936. Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung. Reinhard Müller (Hg.) Hamburg 1991.

27 Über Rakowskis Ausarbeitungen, die Trotzki 1936 in sein Buch »Die verratene Revolution« übernahm, siehe Wladislaw Hedeler: Stalin-Trotzki-Bucharin. Alternativen zum Stalinismus und Alternativen im historischen Prozeß, Mainz 1994, S. 69-71; über Rjutins Plattform siehe: Annette Vogt: Eine bestechende Analyse, eine fundierte Kritik, aber... – die Tragik des Martemjan Nikitisch Rjutin, in: Ketzer im Sozialismus. Alternativen zum Stalinismus. Herausgegeben von Theodor Bergmann und Mario Keßler, Mainz 1993, S. 140-161.

28 Nikolai Bucharin: 1929 – Das Jahr des großen Umschwungs, Berlin 1991.

29 V predustvii pereloma. Poslednie pis'ma i zapiski F. Dzierzhinskogo, in: Kommunist, 1989, 8, S. 79-88.

30 J. W. Stalin: Die trotzkistische Opposition früher und jetzt, in: J. Stalin: Werke, Berlin 1953, Bd. 10, S. 154.

»Grobheit ist kein Fehler« – Stalins Kurs auf staatlich gelenkten Terror

Ch. Rakowski und M. Rjutin gehören zu den ersten Mitgliedern der KPdSU(B), die Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre die Entartung der sowjetischen Führungsschicht gründlich analysiert und die Notwendigkeit der Änderung der Wirtschaftspolitik überzeugend begründet hatten.²⁷ Darin waren der als Trotzki verbannte Diplomat Rakowski, der aus der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ausgeschlossene Wirtschaftsfunktionär Rjutin, der Ökonom Bucharin²⁸ sowie der zeitweilig mit der Erfüllung von Wirtschaftsaufgaben betraute Mitbegründer der Tschecha F. Dzierzynski²⁹ einer Meinung. Sie alle hatten ihre Analysen vorgelegt, als sich abzuzeichnen begann, daß aus dem Terror als Antwort auf Ausnahmesituationen eine permanente Herrschaftsmethode wurde. Trotzki's Beschreibung, wie aus der von der Bürokratie ausgeübten Gewalt staatlich gelenkter Terror hervorgehen kann, geht auf Rakowski zurück.

Egal, ob es sich bei den hier erwähnten Ausarbeitungen um Beiträge im Rahmen der innerparteilichen Auseinandersetzungen für oder wider Stalin handelte, ob sie in Briefform, als Artikel, Plattform oder Diskussionsgrundlage für einen kleinen Kreis von Vertrauten konzipiert waren – allen gemeinsam ist, daß sie die Parteibasis nicht erreichten und in der KPdSU(B) nicht gewirkt haben. Wer an der Seite Stalins gegen die Opposition schrieb, konnte schnell als Kritiker der über Nacht geänderten Generallinie in Ungnade fallen. Die in der Verbannung entstandenen Ausarbeitungen waren den Politbüromitgliedern bekannt, hatten aber keine Breitenwirkung; später wurde sogar diese Korrespondenz völlig unterbunden. Die Autoren der Rjutin-Plattform hatten kaum Gelegenheit, ihre Ausarbeitungen zu diskutieren, denn alle Mitglieder der Gruppe waren zwei Monate nach ihrer ersten Zusammenkunft verhaftet.

Bucharin brachte seine Kritik an Stalins Kurs bis zum letzten Augenblick als Kritik am Trotzkiismus vor und riet seinen Schülern, es ihm gleichzutun. Angriffe gegen Stalin wurden in der Partei nicht toleriert. Nach der Zerschlagung der trotzkistischen Opposition und der »Rechtsabweichung« gab es keine Träger für alternatives Denken mehr. Anfang der dreißiger Jahre waren alle potentiellen Kritiker ausgeschaltet oder unter Kontrolle, die Gesellschaften (z.B. die Gesellschaft der Alten Bolschewiki) und Bildungseinrichtungen (z.B. das Institut der Roten Professur), die als Kristallisationspunkte der Oppositionellen dienen konnten, geschlossen und die Intellektuellen Stalin treu ergeben.

Der Generalsekretär setzte immer häufiger auf Abschreckung. »Es ist bezeichnend«, hob Stalin in der Auseinandersetzung mit der trotzkistischen Opposition 1927 hervor, »daß über Fehler Stalins in dem ›Testament‹ kein einziges Wort, keine einzige Andeutung enthalten ist. Dort ist nur von der Grobheit Stalins die Rede. Aber Grobheit ist kein Fehler in der politischen Linie beziehungsweise Position Stalins und kann es nicht sein.«³⁰

Auf die Ausschaltung der trotzkistischen Opposition aus dem politischen Leben der Sowjetunion Mitte der zwanziger Jahre folgte

Anfang der dreißiger der Kampf gegen die Gruppe um den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der RSFSR und potentiellen Nachfolger Rykows, S. Syrzow. Syrzow und sein Vertrauter B. Lominadse hatten zunächst Stalin in der Auseinandersetzung gegen Bucharin unterstützt. Als sie sich über die Auswirkungen der Stalinschen Agrarpolitik klar wurden und auf Argumente des aus dem politischen Leben verdrängten Bucharin zurückgriffen, ging Stalin massiv gegen diese Kritiker vor. Nach ihrem Sturz, dem die Absetzung Rykows und die Zerschlagung der sogenannten »Bucharin-Schule« vorhing, agierte das Politbüro nur noch in Gestalt unterschiedlicher Kommissionen, des Orgbüros und des Sekretariats, und das kollektive Führungsorgan bestand nur noch auf dem Papier.³¹ Stalin beriet sich immer häufiger nur noch mit einem kleinen Kreis von Gefolgsleuten. In diesem wurde beschlossen, was offiziell als Entscheidung staatlicher Organe (Zentralexekutivkomitee, Rat der Volkskommissare, Rat für Arbeit und Verteidigung) ausgegeben wurde.

Die Reglementierung – strikte Zentralisierung und Kommandomethoden – trug vor allem dazu bei, Stalins Rolle zu stärken. Einzig und allein im Parteiapparat, der die staatlichen Institutionen doppelte, fielen die Entscheidungen. Gleichzeitig gewannen die Eingriffe in die Rechtsprechung an Bedeutung. Über die Durchführung der Kampagnen zur Entlarvung von »Volksfeinden« und »Schädlingen« wachte eine Ständige Kommission des Politbüros für Strafsachen.³² Dies hat G. Malenkov in seinem Schlußwort auf dem Juli-Plenum 1953 des ZK der KPdSU eindrucksvoll beschrieben.

Mit der neuen Machtkonzentration ging eine Revision der bisherigen Rechtsprechung einher. Die von Rakowski und Rjutin vom Schachty-Prozeß 1928 bis hin zur Verhandlung der »Strafsache der Schädlingsarbeit in den Elektrizitätswerken der UdSSR« 1933 beschriebenen Repressalien zielten nicht auf die physische Vernichtung der Angeklagten. In den bis Mitte der dreißiger Jahre durchgeführten – immer auf lokale Ereignisse bezogenen – Prozessen ging es in erster Linie darum, bestimmte in einer Region oder in einem Tätigkeitsbereich wirkende Funktionäre der mittleren Entscheidungsebene wie Betriebs- und Kombinatdirektoren oder Mitarbeiter der Finanzministerien und der Staatlichen Plankommission – dieser Personenkreis saß in der Regel auf der Anklagebank – gefügig zu machen und zu disziplinieren. Jede von oben verkündete Losung – auch dann, wenn sie der vorhergehenden widersprach – war unten bedingungslos zu befolgen. Wyschinski hat dieses Erziehungsziel in der Verhandlung der Strafsache »Verladung unvollständiger Mährescher« im August 1933 sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, als er von diesem Prozeß als einem Mobilisierungsfaktor sprach.³³

Die Stalinzeit war dadurch geprägt, daß Wirtschaftsfragen mit Hilfe des Strafgesetzbuches entschieden wurden. Was zu Lebzeiten Lenins noch Diskussionsgegenstand war – z.B. die »ursprüngliche sozialistische Akkumulation« oder die »Neutralisierung der Mittelbauernschaft« – wurde während der Amtszeit Stalins mit Hilfe des Strafgesetzbuches unter Anwendung der Artikel 107 und 58 gelöst.³⁴

31 Die Führungsorgane setzten sich 1934 wie folgt zusammen: Politbüro 15, Orgbüro 12, Sekretariat 4 Mitglieder; 1939 waren es 11; 9; 4.

32 Jeshow war vom 23. Januar 1937 an Mitglied der Kommission. Die Protokolle, die die Kommission einmal monatlich dem Politbüro zur Bestätigung vorlegte, sind der Forschung nicht zugänglich.

33 A. J. Wyschinski: Gerichtsreden, Berlin 1951, S. 202.

34 Artikel 107 sah Haftstrafen von ein bis drei Jahren für böswillige Preissteigerungen durch Nichtauslieferung von Waren und Wucher vor. Artikel 58 ahndete Staatsverbrechen und konterrevolutionäre Tätigkeit.

Die von 1926 bis September 1928 vorgenommenen Änderungen des Strafgesetzbuches wirkten sich auch auf die hier zitierten Artikel aus. Ende der zwanziger Jahre rief die als »Tribut-Prinzip« bezeichnete Agrarpolitik sowie die in die »Beseitigung der Kulaken als Klasse« mündende Kampagne noch Widerspruch und Widerstand in Partei und Gesellschaft hervor. Ungeachtet dessen, daß zehn Jahre nach der Oktoberrevolution die meisten Parteisekretäre von oben eingesetzt und Stalin treu ergeben waren, konnte ihr Widerstand gegen den neuen Kurs der Parteiführung in den Getreideanbaugebieten nur durch die Entsendung von Politbüromitgliedern, die mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet waren, gebrochen werden. Dabei waren »Täter«³⁵ und »Opfer« austauschbar, denn sie wuchsen in der gleichen Tradition auf und hatten die gleichen Anschauungen.

35 Zur »Täterforschung« siehe den Beitrag von A. Watlin.

Hinweise auf die Ursachen für Probleme in Industrie und Landwirtschaft waren nun höchstens noch in der Korrespondenz der Politbüromitglieder zu finden; die offizielle, im Anschluß an die Plenartagungen verbreitete Version lautete, alle Schwierigkeiten seien auf Diversion und Sabotage zurückzuführen. Da die eigentlichen Ursachen ignoriert und Scheinkämpfe geführt wurden, blieb das Haushaltsdefizit bestehen, und die Rückstände bei den Lohnzahlungen nahmen von Fünfjahrplan zu Fünfjahrplan zu.³⁶ Unter diesen Bedingungen kann die Entscheidung, immer wieder die Preise für Lebensmittel zu senken, nur als Propagandakampagne im Rahmen der Wahlen zum Obersten Sowjet gewertet werden.

36 Otto Lacis: Zum Problem der Tempi beim sozialistischen Aufbau. Betrachtungen eines Ökonomen, in: Sowjetwissenschaftliche Beiträge, 4, 1988, S. 364-377.

Die Wirtschaftsfunktionäre, die sich über die Ursachen der Probleme im klaren waren, diese aber nicht beim Namen nennen durften, waren einer doppelten Belastung ausgesetzt. Denn sie wurden ja zur Rechenschaft gezogen, wenn die Zulieferindustrie nicht funktionierte, während der Plan immer angespannter wurde. 1933 waren die Gefängnisse dermaßen überfüllt, daß das Zentralkomitee der KPdSU(B) und der Rat der Volkskommissare entschied, 400.000 Häftlinge zu entlassen. Nicht mit der Zentrale abgestimmte und von ihr nicht genehmigte Verhaftungen und Verbannungen wurden untersagt. Dennoch wurden 1933 über 1 Million Sowjetbürger verurteilt.³⁷ 1934 hatte die Verhaftungswelle solche Ausmaße angenommen, daß die Einstellung oder Entlassung von ZK-Mitarbeitern in den Unionsrepubliken nur nach Bestätigung durch Stalin oder Kaganowitsch erfolgen durfte. Die ständigen Repressionen machten eine kontinuierliche Kaderpolitik unmöglich.

37 Stalinskoe Politbjuro v 30e gody, Moskau 1995, S. 132.

38 Stalin legte an diesem Tag einen Beschluß des ZK der UdSSR (das Gesetz vom 1. Dezember 1934) vor, der bestimmte, die Untersuchung von Fällen terroristischer Aktivität innerhalb von 10 Tagen abzuschließen, die Anklageschrift erst 24 Stunden vor dem Gerichtsverfahren auszuhändigen, keine Zeugen zu vernehmen und Gnadengesuche abzulehnen. Das Urteil sei sofort zu vollstrecken.

Unter den Bedingungen der Doppelung der staatlichen Einrichtungen durch den Parteiapparat, der fehlenden innerparteilichen Demokratie (um den Apparat in Gang zu halten, wurde in der Regel kooptiert; 80 Prozent aller Parteileitungen auf Kreisebene waren nicht gewählt), des auf die ständigen Verhaftungswellen zurückzuführenden Kadermangels sowie der Tatsache, daß in Großbetrieben die Zahl der ausgeschlossenen Parteimitglieder höher war als die der Mitglieder, orientierte die Parteiführung darauf, eine Atmosphäre des Mißtrauens zu schaffen.

Stalin und seine Opponenten hatten in einem Punkt keine Meinungsverschiedenheiten: Das Jahr 1937 begann ihrer festen Überzeugung nach am 1. Dezember 1934³⁸. Die Ermordung des Sekre-

tärs der Leningrader Parteiorganisation Kirow³⁹ war Teil des Vorgehens gegen die auf dem 17. Parteitag im Februar 1934 gewählten Mitglieder des ZK der KPdSU(B). Unter den 1.966 Delegierten, von denen 1.108 den Terror nicht überlebten,⁴⁰ waren viele Gegner der Agrar- und Wirtschaftspolitik Stalins. 98 der 139 Mitglieder und Kandidaten des ZK wurden verhaftet, verbannt oder zum Tode verurteilt. Von den 1.225 Delegierten mit beschließender Stimme, die an den Abstimmungen teilnahmen, hatten nach (damals nicht veröffentlichten) Angaben der Wahlkommission 3 gegen Stalin gestimmt. Spätere Überprüfungen der im Zentralen Parteiarchiv der KPdSU in Moskau aufbewahrten Dokumente ergaben, daß über 160 Stimmzettel – mögliche Stimmen gegen Stalin – fehlten.⁴¹

1928, als die Debatten über die Gestaltung des ersten 5-Jahrplanes⁴² abgewürgt wurden, erging Stalins Weisung, Gewalt gegen die vermögenden Bauern im Rahmen der Getreidebeschaffungskampagne anzuwenden.⁴³ Die ländlich geprägte sowjetische Gesellschaft wurde in atemberaubendem Tempo (»Den Fünfjahrplan in vier [Molotow] bzw. in drei Jahren erfüllen!« [Stalin]) umgestaltet.⁴⁴ 1932 wurde der erste Fünfjahrplan – was nicht den Tatsachen entsprach – für erfüllt erklärt. Da dieses Tempo auch während des 2. Fünfjahrplanes⁴⁵ beibehalten werden sollte, mußte Stalin alle potentiellen Kritiker ausschalten. Als die Kampagne begann, durften die Zeitungen nicht darüber berichten, daß von den Anfang 1933 ca. 55.000 Verhafteten 2.000 zum Tode verurteilt und 1.000 hingerichtet wurden. Nur wenn diese Statistiken geheim blieben, konnten die bald darauf einsetzenden Schauprozesse propagandistisch als Ausnahme, als vom Feind erzwungene Störung der Normalität, in der das Leben besser, in der das Leben schöner geworden ist, interpretiert werden. Der Geheimhaltung diente auch die Verschlüsselung der ausgewählten Informationen – zu entschlüsseln nur durch einen kleinen Kreis der Funktionäre. Diese Informationspolitik, die einer gesonderten Darstellung bedarf, war Teil der repressiven Logik. Die daraus resultierende Lähmung und Angst ist im Hinblick auf die KP und KI-Funktionäre, Wissenschaftler und Milizangehörigen in der Memoirenliteratur beschrieben.⁴⁶

Der Terror war nicht zufällig oder spontan, denn das Politbüro schrieb die Quoten der zu repressierenden Bevölkerungs- und Berufsgruppen immer vor. Die Vorbereitung und Erfüllung des Befehls des NKWD 00447 vom 30. Juli 1937 »Über die Operation zur Repressierung ehemaliger Kulaken, Krimineller und antisowjetischer Elemente« ist ein Beispiel für das abgestimmte Vorgehen von Politbüro und NKWD.⁴⁷ Folgebefehle regelten die Zeitdauer, die aus dem Etat abzuzweigenden Gelder sowie die Maßnahmen gegen die Ehemänner bzw. Ehefrauen und Kinder der Repressierten.

Die Parteiführung begründete die bis zum Äußersten zentralisierte Macht immer wieder mit der »Insellage im kapitalistischen Meer«. Auf Stalins Weisung wurde häufiger über Beispiele von Sabotage und die Hinrichtung der »Saboteure« in der Regionalpresse berichtet. Dabei verdeckte und kompensierte die Machtkonzentration in einer Partei und in den Händen einer Person auf

39 Die nach Abschluß der Untersuchung angekündigte Veröffentlichung der Ergebnisse im Mordfall Kirow (Izvestija CK KPSS, 1989, 9, S. 50) ist nicht erfolgt.

40 Nikita Chruschtschow nannte diese Zahl in seiner Rede »Über den Personenkult und seine Folgen« auf dem XX. Parteitag. Zitiert nach der Ausgabe Berlin 1990, S. 26.

41 Skol'ko delegatov XVII s"ezda partii golosovalo protiv Stalina? in: Izvestija CK KPSS, 7, 1989, S. 114-121 und O sud'be clenov i kandidatov v cleny CK VKP(b), izbrannogo XVII s"ezdom partii, in: ebenda, Nr. 12, 1989, S. 82-113.

42 Otto Lacis: Zum Problem der Tempi beim sozialistischen Aufbau. Betrachtungen eines Ökonomen, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 4, 1988, S. 364-377.

43 Die in Vorbereitung und im Gefolge der Reise Stalins nach Sibirien am 15. Januar 1928 im Zentralkomitee erarbeiteten Dokumente und Materialien sind dokumentiert in: Izvestija CK KPSS, 5, 1991, S. 193-204 und 6, 1991, S. 202-216. Drei Wochen lang übte das ZK erfolglos Druck auf die untergeordneten Parteileitungen aus. Nachdem die örtlichen Parteiorganisationen, staatlichen Einrichtungen und Genossenschaften darauf überhaupt nicht reagierten, schickte das ZK eine von Stalin unterschriebene Direktive an die örtlichen Parteiorganisationen. Darin wurden die Parteifunktionäre zur Plandisziplin, die Staatsbeamten zur Deckung der fehlenden Ressourcen

durch Konfiskation und die Sicherheitsorgane zur Einleitung von Strafverfahren gemäß §§ 105 (Störung des Handels – Geld- oder Haftstrafe) und 107 (Spekulation und Wucher – Haft und Konfiskation des Eigentums) des Strafgesetzbuches der RSFSR gegen die Saboteure aufgefördert. Zwischenhändler und Kulaken seien zu verhaften. Nur wenn die Partei Stärke demonstriert, wird sie den schwankenden Mittelbauern (Stalin sprach von 25 Millionen Einzelbauern) auf ihre Seite ziehen. Spekulanten und Kulaken müssen wie Feinde der Sowjetmacht behandelt werden. Die in Schnellverfahren gefällten Urteile sollten in der Presse propagiert und kommentiert werden. Schon nach zwei Wochen vermeldete Stalin die Erfolge der »Strafexpedition« und wies an, die Abgaben weiter zu erhöhen.

44 M. Iljin hat in der Erzählung vom großen Plan die »Fünf Jahre, die die Welt verändern«, festgehalten. Berlin 1932.

45 M. Iljin: Berge und Menschen. Erzählungen von der Umgestaltung der Natur, Wien 1946. Die russische Ausgabe erschien 1935.

46 Siehe hierzu den Dokumentenanhang im Band »In den Fängen des NKWD«, Eugen Vargas Erinnerungen, die Tagebuchaufzeichnungen von Wladimir Wernadski, Maria Anisimowna Swanidse und die Memoiren von Michail Srejder »NKWD von innen« (Moskau 1995, russ.).

47 W. Hedeler: Wahlkampfthema GULAG, in: Sklaven, Nr. 25, 1996, S. 34-35.

eigentümliche Weise die Schwächen des Gesellschaftssystems, die sich später als wesentlich für seinen Zusammenbruch erwiesen. Solange die Entwicklung in Form der extensiv erweiterten Reproduktion verlief, konnte sich die sowjetische Gesellschaft entfalten und ihre Vorzüge gegenüber dem Kapitalismus herausstellen. Das zentralisierte, von oben nach unten reibungslos funktionierende kommunistische Regime erwies sich bis in die Zeit des »Kalten Krieges« als effektiv. Unter den Bedingungen der intensiv erweiterten Reproduktion jedoch versagte dieses System, denn es setzte nicht mehr die erforderlichen Triebkräfte frei. Initiative und Schöpferium waren weitgehend verschüttet.

Stalin drängte auf schrittweise Säuberung der Führungsorgane, vom Politbüro und den Gebietskomitees in den Unionsrepubliken bis zu den Grundorganisationen. Als die Entwicklung, vor der die in den ländlichen Gebieten tätigen Funktionäre Stalin und die Parteiführung gewarnt hatten, einsetzte: als also der Ausbau der Kolchosen im Frühjahr 1930 stagnierte, die gegen die Kulaken gerichtete Kampagne immer häufiger die Mittelbauern traf und diese 1931 begannen, sich von der Sowjetmacht abzuwenden – mußte Stalin ein letztes Mal einlenken. Nicht der Generalsekretär und seine Gefolgsleute, sondern die Genossen an der Basis hätten »das Gefühl für das richtige Maß verloren«, »den Leninschen Weg im Galopp verlassen«, schrieb Stalin im April 1930.⁴⁸ Diese Stimmungen seien so stark, daß sie zum Scheitern der Bewegung als Ganzes führen können, gab er zu bedenken. Stalins Artikel »Vor Erfolgen von Schwindel befallen«⁴⁹ und »Antwort an die Genossen Kollektivbauern«⁵⁰ sowie das kurzzeitige Wiederbeleben der NÖP 1932 sind Anzeichen für eine Minderung des Tempos. Aber von einem generellen Kurswechsel, von einer grundlegenden Änderung der Politik konnte keine Rede sein.⁵¹ Die Unruhen im Süden des Landes und im Fernen Osten dauerten an. Es kam vor, daß reguläre Einheiten der Roten Armee gegen die aufständischen Bauern eingesetzt wurden. Die Unzufriedenen griffen Argumente der »Rechten« um Bucharin und Rykow auf.

Hinweise auf das entscheidende Jahr 1932 gibt es in allen Moskauer Schauprozessen. Die Vorgänge dieses Jahres lieferten die für die Manipulation der öffentlichen Meinung erforderlichen »Beweise«. Während Stalin der Neo-NÖP keine Chance einräumte und darauf drängte, den zweiten Fünfjahrplan in zweieinhalb Jahren zu erfüllen, hofften die »Rechtsabweichler« in der KPdSU(B) auf die Abkehr von dieser Politik und auf das Festhalten am »Neuen Kurs«. Deshalb gaben sie immer wieder Loyalitätserklärungen ab und warnten ihre Schüler vor offener Opposition. Als Stalin einige übereifrige Funktionäre den erbosten Bauern opferte, war das Szenario gegen die gemäßigten Parteimitglieder längst in Auftrag gegeben und in Arbeit. »Leute, die von der Notwendigkeit einer Verlangsamung des Entwicklungstempos unserer Industrie schwatzen«, erklärte Stalin unter dem Beifall der Delegierten auf dem 16. Parteitag 1930, »sind Feinde des Sozialismus, Agenten unserer Klassenfeinde.«⁵²

Die Wunder der Folterkammer und das Geheimnis der Inneren Partei

Der Erste Stellvertreter des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten, Ja. Agranow, berichtete in Auswertung des Februar-März-Plenums des ZK und der ZKK der KPdSU(B) 1937 vor dem Aktiv der Hauptverwaltung Staatssicherheit des NKWD, daß Jeshow ihn schon Mitte 1935 auf die Existenz eines trotzkistischen Zentrums in Moskau hingewiesen hatte. Jeshow war seit Februar 1935 Sekretär des ZK der KPdSU(B) und Vorsitzender der ZKK.⁵³ In Stalins Auftrag kontrollierte er die Tätigkeit des damals noch von Jagoda geleiteten NKWD. Stalin setzte sich über die Einwände aus dem NKWD hinweg und verlangte, Sinowjew in den Mordfall Kirow zu verwickeln. Die Beweise sollte der Prozeß gegen das »Leningrader Zentrum« bringen⁵⁴. Jeshow oblag damals nicht nur die Kontrolle des NKWD, er griff seit Dezember 1934 aktiv in die Vorbereitung der nichtöffentlichen Verhandlung gegen das »Moskauer Zentrum«⁵⁵ ein.

Während dieses Prozesses wurden Sinowjew und Kamenew auf ihre Rolle in den späteren Verfahren festgelegt.⁵⁶ Kamenews Schicksal teilten nicht nur die Ehefrau und die Söhne, sondern auch seine Angehörigen und deren Familien.⁵⁷ Gegen alle liefen gesonderte Verfahren. Kamenews Ehefrau wurde verhaftet; seine geschiedene Frau, eine Schwester Trotzki, zunächst verbannt und später erschossen. Im Verfahren gegen die »Terroristische Gruppe in der Regierungsbibliothek« wurde gegen die ehemalige Ehefrau des Bruders von L. B. Kamenew, N. A. Rosenfeld, ermittelt; ihre Kinder wurden als Mitglieder der »Terroristischen Gruppe der trotzkistischen Jugend« verhaftet. Ihnen wurde Zusammenarbeit mit der »Terroristischen trotzkistischen Gruppe in der Kremlikommandantur« und der »Terroristischen Gruppe der Militärs« vorgeworfen. Angeblich hätten sie über Trotzki Kontakt zur »Konterrevolutionären terroristischen Gruppe ehemaliger Teilnehmer der weißgardistischen Bewegung« gehalten.

Jeshow war bei den Verhören anwesend und erteilte den verantwortlichen Mitarbeitern des NKWD Weisungen, wie sie die Untersuchung zu führen hätten.⁵⁸ Jagodas Untersuchungsführer konnten eine Beteiligung der Angeklagten im Mordfall Kirow nicht beweisen. Das Geständnis der Mitwisserschaft reichte für die Verurteilung.

In den Folgemonaten wurden – begleitet von entsprechenden Propagandakampagnen – landesweit Trotzlisten, Sinowjewanhänger und Mitglieder der Arbeiteropposition erneut vor Gericht gestellt und verurteilt. Darauf folgte der von Januar bis April 1935 vorbereitete Prozeß »Kreml-Bibliothek und Kreml-Kommandantur«. Zu diesem Zeitpunkt übernahm Akulow die Funktion des gestürzten Jenukidse im ZEK und Wyschinski wurde Generalstaatsanwalt der UdSSR.

Aber erst ein Jahr später, im Februar 1936, nach der Explosion im Kemerower⁵⁹ Elektrizitätswerk, erhielt das NKWD den Befehl, den »trotzkistisch-sinowjewistischen Untergrund« restlos zu liquidieren. Die Säuberung sei nicht zu Ende, in der Partei gäbe es noch genügend juristisch zur Verantwortung zu ziehende Mitglieder. Jeshow forderte die Sekretäre der Kreisleitungen in einem vom ZK

48 Über die tatsächliche Agrarpolitik des Stalinschen ZK und des Gesamtrossischen Zentralexekutivkomitees von 1927 bis 1932 existiert inzwischen eine umfangreiche Literatur. Siehe z.B.: Dokumenty svidetel'stvujut. Iz istorii derevni nakanune i v chode kollektivizacii. 1927-1932 gg. Pod red. V. P. Danilova i N. A. Ivnickogo, Moskau 1989.; Sud'by rossijskogo krest'janstva. Pod obscej red. Ju. N. Afanas'eva, Moskau 1996. Zu Beginn des 2. Fünfjahrplanes war die Kollektivierung vollzogen, aber die Produktivität der Landwirtschaft unter das Niveau von 1928 gesunken.

49 J. Stalin: Vor Erfolgen von Schwindel befallen. Zu den Fragen der kollektivwirtschaftlichen Bewegung, in: J. Stalin, Werke, Berlin 1954, Bd. 13, [2. März 1930] S. 168-175.

50 Ebenda, S. 177-200. Die »Fehlerkorrektur«, d.h. die Einstellung der Übergriffe auf die Mittelbauern, ist jedoch keineswegs mit einem Zugeständnis an die rechte Abweichung zu verwechseln.

51 Günter Reimann gehört zu den Zeitzeugen, die diese Auffassung »vom Prager Frühling in Moskau« vertreten. Siehe seine Erinnerungen »Berlin-Moskau 1932. Das Jahr der Entscheidung«, Hamburg 1993. – Stalin gelang es immer wieder – das belegt die Auswahl von Stalins Briefen an Molotow –, Kritiken am Vorgehen Wyschinskis im Politbüro und diesbezügliche Entscheidungen, die in Abwesenheit Stalins getroffen wurden, aufzuheben. Ein Beispiel ist das Veto Ordshonikidses gegen Wyschinskis Fest-

stellung im Strafprozeß
»Verladung von unvollständigen Mähdreschern« (August 1933). Als Stalin von der Notiz im Protokoll der Sitzung erfuhr, setzte er die Streichung dieser Stelle durch.

52 J. Stalin: Politischer Rechenschaftsbericht an den XVI. Parteitag, in: J. Stalin, Werke, Bd. 12, S. 240.

53 Jeshow hatte Kaganowitsch abgelöst, der weiterhin als ZK-Sekretär und Volkskommissar für Verkehrswesen tätig war.

54 Der Prozeß folgte auf das Verfahren und die Hinrichtung von 14 Hauptschuldigen an der Ermordung Kirows am 28. und 29. Dezember 1934 in Leningrad. Am 9. Januar 1935 wurden 77 Mitglieder des sogenannten Leningrader Zentrums durch die Sonderberatung des NKWD verurteilt. Eine Woche später folgte der Prozeß gegen das Moskauer Zentrum.

55 Der Prozeß fand im Januar 1935 statt. Der Fall des Moskauer Zentrums, in: Schauprozesse unter Stalin. a.a.O., S. 45-86.

56 Es existiert ein erster Entwurf der Anklageschrift, aus dem hervorgeht, daß Kamenew und Sinowjew die ihnen zur Last gelegten Verbrechen nicht gestanden haben. Dieses Dokument wurde gesondert abgelegt und nicht den Untersuchungsakten angefügt. Tage später gaben sie sogar Straftaten zu, von denen in der neuen Anklageschrift nicht die Rede war. (Angaben aus Valentin Kovalev: Dva Stalinskich Narkoma, M. 1995, S. 120.)

versandten Rundschreiben auf, dem NKWD Namenslisten der Auszuweisenden zu übergeben. Jagoda sandte Stalin umgehend einen Bericht, in dem davon die Rede war, daß alle trotzkistischen Gruppen aufgespürt und liquidiert worden seien. Gleichzeitig schlug er vor, alle bereits verhafteten Trotzkisten in noch entferntere Lager zu verbannen. Im März 1936 stimmte Generalstaatsanwalt Wyschinski diesem Vorschlag zu. Aber Stalin genügte das Vorgehen gegen die Trotzkisten nicht mehr. Jagoda wurde Nachgiebigkeit gegenüber den Rechten vorgeworfen.

Jeshow hingegen hatte in dem bereits erwähnten Manuskript »Von der Fraktionsmacherei zur offenen Konterrevolution« hervorgehoben, daß auch die Rechten die Waffen nicht niedergelegt, sondern eine Untergrundorganisation geschaffen hätten. Das von Jeshow entworfene, von Stalin redigierte und von Wyschinski umgesetzte Manuskript ist ein Beispiel für die theoretische Legitimation des Repressionsapparates.

Im Mai 1936 veranlaßte Stalin im Politbüro des ZK der KPdSU(B) eine namentliche Abstimmung über das weitere Vorgehen gegen die sogenannten Parteifeinde und stimmte im Juni Jagodas und Wyschinskis Vorschlag, den Prozeß gegen Kamenew und Sinowjew erneut aufzurollen, zu. Alle im Moskauer Schauprozess 1936 verurteilten Angeklagten wurden im Zuge der daraufhin einsetzenden Säuberungswelle verhaftet bzw. aus den Lagern und Verbannungsorten in die Moskauer Gefängnisse überstellt. Das »Belastungsmaterial« gegen sie lieferten u.a. die bereits seit Mitte der zwanziger oder Anfang der dreißiger Jahre verbannten oder inhaftierten Trotzkisten, Sozialrevolutionäre, Menschewiki⁶⁰ oder Bolschewiki, darunter Kamenew und Sinowjew.

Anhand der heute zugänglichen Archivdokumente über die Moskauer Prozesse von 1936 bis 1938 läßt sich die schrittweise Arbeit am Szenario des jeweiligen »Parallel- oder Reservezentrums«⁶¹ rekonstruieren. Wyschinski und Jeshow sowie die mit der Führung der Verhöre beauftragten NKWD-Mitarbeiter waren während der Voruntersuchung und während des Prozesses regelmäßig bei Stalin im Kreml zum Rapport.⁶² Die Berichterstattung in der Tagespresse war genau mit dem Verhandlungsverlauf abgestimmt. Am 3. März 1938, als Bucharin über die geplante Ermordung Lenins vernommen wurde, erschien der Artikel von P. Pospelow »Der Kampf Bucharins und Rykows gegen Lenin und die Partei. Ein historischer Rückblick«. Stalin verbesserte nicht nur die Anklageschrift, sondern redigierte die Pressemitteilungen über die Prozesse, bestimmte, wer und wie zu verurteilen sei und legte den Zeitpunkt der Prozeßeröffnung fest.

Aufgabe der Untersuchungsführer war es, die Angeklagten zu einem vorbereiteten Geständnis zu bewegen. Stalin persönlich hatte im Juni 1937 die Genehmigung zur Folter erteilt. Bis zur Vorlage der Anklageschrift wenige Tage vor Prozeßbeginn im August 1936 wurde das Szenario häufig geändert, und die Angeklagten wurden nach Belieben ausgewechselt oder (wie die verhafteten Militärs und Bucharinschüler) in Reserve gehalten.⁶³ Wyschinski schickte Stalin regelmäßig die Protokolle der Gegenüberstellungen und fragte an, ob Stalin eine Weiterverwendung wünscht oder

nicht. Die Anklagevertretung unternahm alles, um die Angeklagten zu kriminalisieren. Als »Beweise« für die von ihnen begangene oder von ihnen befohlene Diversions- und Schädlingarbeit dienten Unfälle und Havarien, Seuchen und Mißernten. Alle diese »Beweise« waren in einem vor Prozeßbeginn vom ZK den Parteiorganisationen übermittelten internen Schreiben enthalten. Damit war die Vorverurteilung ausgesprochen. Von allen diesen Vorkommnissen im Transportwesen, in Industrie und Landwirtschaft war auf den Plenartagungen des ZK die Rede. Hier wurde auch vorab entschieden, welche Funktionäre zur Verantwortung gezogen werden mußten.

Stalin war mit der schleppenden Aufklärung der »Sabotage« und der geringen Auswirkung der Disziplinierung in der Kommunistischen Partei nicht zufrieden. Denn Wyschinskis Versuch, unter Hinweis auf Aussagen der im ersten Schauprozess Angeklagten ein Verfahren gegen Tomski, Bucharin, Rykow, Uglanow, Radek und Pjatakow einzuleiten, war gescheitert. Im Telegramm vom 25. September 1936, das Stalin und Sdanow aus Sotschi an Kaganowitsch und Molotow schickten, wurde die Absetzung des Chefs des NKWD Jagoda und die Ernennung Jeshows zum Chef der Sicherheitsorgane mit dem Hinweis auf die vierjährige Verspätung der OGPU bei der Zerschlagung des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks begründet. Diese Formel fand Eingang in die Entschließung des Februar-März-Plenums 1937.⁶⁴ Viele Parteimitglieder standen unter dem Eindruck des im Januar 1937 zu Ende gegangenen zweiten Schauprozesses. L. Feuchtwanger hat mit einigen von ihnen über den Prozeß gesprochen und ihre Antworten im Reisebericht für seine Freunde verarbeitet. Aber es bedurfte zweier Anläufe während des Plenums, um die Mehrheit der Teilnehmer von der Notwendigkeit der Verhaftung der Hauptangeklagten im dritten Moskauer Schauprozess zu überzeugen.

Auch die im kleinen Kreis durchgeführten Vorarbeiten waren enorm. Der Vorsitzende des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR Ulrich schickte Jeshow den Entwurf der Anklageschrift zur Abstimmung zu. Stalin akzeptierte erst die dritte der ihm von Wyschinski und Jeshow vorgelegten Varianten der Anklageschrift des Schauprozesses vom Januar 1937. Er ergänzte Verhörprotokolle um den Vorwurf der Spionage- und Diversionstätigkeit und verlangte immer wieder, die Biographien der Angeklagten umzuschreiben und ihren »Verrat« so weit wie möglich zurück zu datieren. In keiner der Voruntersuchungen zu den drei Schauprozessen lag eine für alle Angeklagten geltende Anklageerhebung vor; die einzelnen »Fälle« wurden erst unmittelbar vor Prozeßbeginn zusammengefügt.

Den entscheidenden Durchbruch brachte erst der dritte Schauprozess, als die Angeklagten »gestanden«, schon seit 1921 im Auftrag ausländischer Geheimdienste gearbeitet und die Ermordung Lenins geplant zu haben. Das konnte nicht ohne Auswirkung auf die Darstellung der Geschichte der KPdSU bleiben. Der Widerstand im Politbüro und an der Parteibasis erlosch erst in den Monaten zwischen dem zweiten und dritten Schauprozess. Der im Juni 1937 durchgeführte Geheimprozess gegen die »vom NKWD aufgedeckte konterrevolutionäre Verschwörung in der Armee« war

57 Weitere, in der Literatur dokumentierte Beispiele für »Sippenhaft« sind das Vorgehen gegen die Familie und die Angehörigen Nikolai Bucharins und Julius Martows.

58 Roy Medwedew: Das Urteil der Geschichte, Berlin 1992, Bd. 2, S. 42.

59 Die Gerichtsverhandlung über die Vorfälle in Kemerowo fand erst im November 1936 statt.

60 Eine 1941 erstellte Statistik der politischen Gefangenen aus 66 Lagern ordnet sie 15 politischen Parteien und Gruppierungen zu. Siehe: Soprotivlenie v Gulage, Moskau 1992, S. 201-203.

61 Die Namen aller in den darauffolgenden Prozessen Hauptangeklagten wurden im ersten Schauprozess genannt.

62 Siehe Stalins Besucherbuch im Kreml. In Fortsetzungen veröffentlicht in der Zeitschrift Istoriceskij archiv.

63 Alexander Weißberg-Cybulski hat »Im Verhör« [Wien 1993, Erstaussgabe 1951] beschrieben, wie man ihn im Inneren Gefängnis des NKWD auf seine Rolle im Schauprozess gegen Bucharin vorbereitete. Da er sich für diese Rolle als ungeeignet erwies, ließen ihn die Regisseure stillschweigend aus dem Ensemble verschwinden.

64 Abendsitzung vom 2. März 1937, Redner: Jeshow, in: Voprosy Istorii, 1994, 10, S. 13-27.

65 Siehe den Beitrag von Reinhard Müller.

für den Stimmungsumschwung im ZK und Politbüro entscheidend. In den Monaten Mai bis Juni wurde eine Reihe von Diplomaten zur Berichterstattung nach Moskau bestellt und verhaftet. Nach ihrer Weigerung, gegen Bucharin auszusagen, wurden Newski und Preobraschenski erschossen und Pjatnitski, Krestinski und Knorin verhaftet. Sie sollten nicht nur den Platz ihrer erschossenen Genossen einnehmen, sondern den Bezug zu den geplanten Folgeprozessen – u.a. zum Kominternprozeß⁶⁵ – herstellen. Im Juni begann die zwischen Politbüro und NKWD abgestimmte Aktion gegen die »antisowjetischen Elemente« und die deutschen Politemigranten, seit August 1937 gab es an der Parteibasis keinen nennenswerten Widerstand mehr. Manifestationen und Betriebsversammlungen, in denen die Höchststrafe gefordert wurde, ließen sich von nun an auf Zuruf organisieren.

Erst dieser Umschwung in der öffentlichen Meinung bedeutete den Sieg der Stalinisten. Denn die tatsächliche Reaktion der Parteimitglieder und der Öffentlichkeit auf die Schauprozesse betrachtete die Parteiführung immer als einen Unsicherheitsfaktor. Auf dem Februar-März-Plenum 1937 war nicht zufällig häufig von der Situation an der Parteibasis die Rede. Zeitzeugen weisen auf das gestörte Verhältnis zwischen Justiz- und Sicherheitsorganen hin. 1936 stießen die Aktivitäten des NKWD auf Ablehnung, wurden von der Parteimitgliedschaft – oft bis hinauf auf die Ebene der Kreis- und Bezirkssekretäre – nicht mitgetragen. Vor allem in der Provinz beklagten sich Mitarbeiter des NKWD über die fehlende Unterstützung. Moltschanow, Leiter der Geheimen politischen Abteilung der HV Staatssicherheit des NKWD, berichtete im Juni 1936 in einem Brief an Jeshow, daß Staatsanwälte aus dem Asow-Tschernomorsker Gebiet dem NKWD die Ausstellung von Haftbefehlen verweigern.

Der Schauprozeß von 1936 brachte auch hier den Durchbruch. Unmittelbar im Anschluß an die Veröffentlichung des Urteils trafen die ersten »selbstkritischen« Briefe von Parteimitgliedern im ZK ein, in denen viele auf ihre »Fehler«, die ihnen erst im Verlauf des Moskauer Prozesses klargeworden seien, hinwiesen.⁶⁶ Das Signal, daß im Tausch für ein Geständnis nicht mehr auf Milde zu hoffen war, wurde verstanden. Jeshow kritisierte in seiner zweiten Rede auf dem Februar-März-Plenum 1937, daß sich viele Institutionen oft darauf beschränkten, Vorfälle einfach an das NKWD weiterzumelden. Er sei jetzt viereinhalb Monate im Amt und könne kein Beispiel nennen, daß das NKWD von Anfang an einbezogen oder ihm vorab mitgeteilt worden sei, wer verdächtig sei. »Und wenn wir jemanden verhaften wollen«, beklagte sich Jeshow, »dann stellt man sich schützend vor ihn. Aber was wollen die Betriebsleiter mit Spezialisten, von denen man doch weiß, daß es sich um Schädlinge handelt?« Als Beweis für das Vorhandensein von »Schädlingen« diente Jeshow die Qualität der Produktion. Wenn der Ausschuß in einem Betrieb 45-50 Prozent der Produktion ausmache, müßten Schädlinge am Werk sein.

Vom März bis Juli 1937 spielte der Artikel 58 des Strafgesetzbuches so gut wie keine Rolle, wurde nicht in Anwendung gebracht. Das änderte sich, als Jeshow im März 1937 begann, gegen

66 RZChIDNI, F. 81, op. 3, d. 254, Bl. 85-89. K. Nikolaewa an Jeshow vom 3. 9. 1936. Im Bestand Kaganowitsch.

Jagodas Leute im Apparat des NKWD vorzugehen und sie durch Parteikader zu ersetzen.⁶⁷ Von Juni 1937 an berichtete die »Pravda« regelmäßig über die zahlreichen Hinweise aus der Bevölkerung auf »Schädlinge« und »Diversanten«. Um operativer vorgehen zu können, wurden einem Beschluß des Politbüros folgend im NKWD die sogenannten Troikas⁶⁸ gebildet. Die Troikas ließen sich von dem vom Politbüro vorgegebenen Zahlen leiten. Die Kommission des Politbüros für Gerichtsverfahren lenkte die Tätigkeit der Sonderberatung des NKWD und des Militärtribunals. Die Welle der Denunziationen war so stark, daß sogar Kaganowitsch, ein Vertrauter Stalins, von ihr erfaßt wurde. Im Juni 1937 wurde eine Direktive der KPdSU(B) verschickt, die den Umgang mit den Angehörigen von »Volksfeinden« regelte. Jeshow bedankte sich während einer Parteiversammlung im Exekutivkomitee der Komintern für die Mithilfe beim Auffinden und dem Ausrotten der Todfeinde, der Trotzlisten und Spione. Eugen Varga hat die Folgen des Terrors in der Komintern, die vor Angst wahnsinnigen Funktionäre beschrieben. Viele waren demoralisiert und unfähig zu arbeiten⁶⁹.

Es gab nie Unklarheiten über die Größenordnung der jeweiligen Säuberungskampagne. So nannte Stalin auf dem Februar-März-Plenum 1937 die Zahl der noch nicht enttarnten »Parteifeinde«: Er sprach von 30.000 Rechten und Trotzlisten, von denen erst 18.000 verhaftet seien. Von 102 Mitgliedern des Ukrainischen ZK blieben nach der vor Ort von einer ZK-Kommission veranlaßten Verhaftungswelle im August 1937 nur 3 am Leben.⁷⁰ Im Oktober 1937 hielt Mikojan auf der Festveranstaltung aus Anlaß des 20. Jahrestages des NKWD ein Referat unter dem Titel »Jeder Sowjetbürger – ein Mitarbeiter des NKWD«. Das Jahr, in dem Jeshow die Spitze seiner Karriere erreichte, ging zu Ende. Der Generalkommissar für Staatssicherheit war für die Aufdeckung der »trotzkistischen Verschwörung in der Armee« mit dem Lenin-Orden ausgezeichnet und als Kandidat des Politbüros bestätigt worden.

Partei, Justiz und NKWD arbeiteten auch bei der Vorbereitung des Prozesses gegen den »Block der Rechten und Trotzlisten«, der im März 1938 begann, Hand in Hand. Die die Angeklagten belastenden Dossiers lagen rechtzeitig vor, bei »Beweismangel« könne das NKWD selbstverständlich auf das Parteiarchiv zurückgreifen, war aus dem ZK zu vernehmen. Die Zentrale Parteikontrollkommission der KPdSU(B) und die Internationale Kontrollkommission der Komintern stellten im Vorfeld jeder Säuberung und jedes Prozesses rechtzeitig das die betreffenden Parteimitglieder belastende Material zusammen.

Die Analyse der Vorbereitung und des noch während der Gerichtsverhandlung – nach Krestinskis Widerruf – geänderten Szenarios des dritten Schauprozesses erschöpft sich nicht in der Aufdeckung der während der Untersuchungshaft angewandten Folterpraktiken. Nachdem im Dezember 1937 die Entscheidung gefallen war, die Beziehung der Rechten zu den Trotzlisten in der Armeeführung aus der Anklageformel zu streichen, wurden einige Ärzte verhaftet. Neben die Wunder der Folterkammer tritt – mit den Bildern von George Orwell und Arthur Koestler – das Geheimnis der Inneren

67 Von dieser Säuberung waren auch in die Komintern kommandierte NKWD-Mitarbeiter betroffen. So arbeitete z.B. der Leiter der Auslandsabteilung der OGPU M. A. Trillisser (1883-1940) unter dem Pseudonym Moskwin bis zu seiner Verhaftung 1937 als Sekretär der Komintern.

68 Troikas (bestehend aus dem Leiter der Gebietsverwaltung des NKWD als ihrem Vorsitzenden, dem Ersten Sekretär der Bezirksleitung der KPdSU(B) und dem Vorsitzenden des Gebietsexekutivkomitees) hat es bereits in der Amtszeit von Jagoda, seit Mai 1935 gegeben. Die Troikas durften Todesurteile und Haftstrafen verhängen. Im August 1937 befahl Jeshow zur Beschleunigung der Verfahren Dwoikas (bestehend aus dem Leiter des örtlichen NKWD und dem Leiter der örtlichen Staatsanwaltschaft) zu bilden.

69 Varga, Eugen. In: Problemy mira i socializma, 1989, 7, S. 90.

70 Vergleichbare Aktionen gab es in Weißrußland und Tatarstan. Siehe: Valentin Kovalev: Dva Stalinskich Narkoma, M. 1995, S. 187-189. In Iwanowo bei Moskau wurden alle ehemaligen Sozialrevolutionäre, Anarchisten, Menschewiki und Angestellte der Ostchinesischen Eisenbahn verhaftet und hingerichtet. Siehe Michail Srejder: NKVD iznutri, M. 1995, S. 71.

71 Michel Foucault: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt am Main 1994, S. 18f.

Partei. Hier trifft zu, was Michel Foucault über den Wandel in der Strafpraxis schreibt: »Das physische Leiden, der Schmerz des Körpers selbst bilden nicht mehr die wesentlichen Elemente der Strafe.«⁷¹ Letzten Endes geht es bei dem Ritual der Gerichtsverhandlung nicht um die Gerechtigkeit, sondern um die Manifestation der Macht, um die Wiederherstellung der Macht des Souveräns.

Als Anfang 1938 die Untersuchung gegen den »Block der Rechten und Trotzlisten« abgeschlossen und die Anklageschrift in Vorbereitung war, begann die Plenartagung des ZK. Malenkov räumte Fehler der Parteiorganisationen beim Ausschluß von Mitgliedern ein und sprach von bürokratischem Verhalten im Hinblick auf berechtigte Eingaben. Mit Blick auf Jagodas Verurteilung im dritten Moskauer Schauprozeß war eigentlich klar, was kommen würde. Am 9. April 1938 wurde mitgeteilt, daß Jeshow von Lawrenti Berija als Chef des NKWD abgelöst ist und das Volkskommissariat für Schifffahrt übernimmt.

Der Beschluß des Rates der Volkskommissare der UdSSR und des ZK der KPdSU(B) »Über die Verhaftungen, Voruntersuchungen und Verfahren« vom 17. November 1938 enthielt die Feststellung, daß der Kampf gegen Spione und Diversanten noch lange nicht beendet sei. Die Geheimpolizei blieb eines der wichtigsten Instrumente der Herrschaftssicherung. Sie führte den Kampf gegen Oppositionelle, beschaffte Informationen und kontrollierte die Wirtschaft.

Im erwähnten Beschluß war davon die Rede, die Arbeit mit den Informanten zu verbessern. Nicht die Quantität, die ihren Ausdruck in Massenverhaftungen und vorgegebenen Limiten fand, sondern die Qualität sei entscheidend. Die Praxis, daß Protokolle gar nicht oder im Nachhinein erstellt wurden, dürfe nicht mehr geduldet werden, die Troikas seien aufzulösen.⁷²

Der Terror hatte neue Dimensionen angenommen und bedurfte neuer Steuerungsmechanismen. Davon war auch das seit 1934 existierende GULagsystem betroffen. Unter Berija mußte regelmäßig eine erforderliche Zahl von Arbeitskräften zur Verwirklichung des dritten 5-Jahrplanes zur Verfügung stehen.

Diese Dimension von Zwangsarbeit kann nicht ohne Auswirkung auf die Definition des Opferbegriffes und die Frage nach den Opferzahlen bleiben. Es gab ein sowjetisches Äquivalent für Sippenhaft und Genozid. »Der Weg in die Arbeitslager konnte damit für diese Angeklagten an vier Stellen vorfristig mit dem Tod enden: bei der Verhaftung, während der Folter, durch die Verurteilung zur Höchststrafe und schließlich auf dem beschwerlichen Transport in die Lager. Diese Toten tauchen in der Lagerstatistik, die nur die im Lager⁷³ tatsächlich Eingetroffenen einbezog, nicht auf.«⁷⁴

Die Schauprozesse waren nur die Spitze des Eisberges. Zwischen dem 17. und 18. Parteitag, d.h. von Januar 1934 bis März 1939, ging die Zahl der ZK-Mitglieder auf 108 zurück. Von den 139 auf dem 17. Parteitag gewählten Mitgliedern waren 31 übriggeblieben. Während der Plenartagungen im Juni und Oktober 1937 sowie im Januar 1938 wurden weitere 75 ausgeschlossen.⁷⁵ Der »Parteitag der Sieger« – fast auf den Tag genau ein Jahr nach dem dritten Schauprozeß im März 1939 eröffnet – steht für das Ende der Hoff-

72 Beschluß des Rates der Volkskommissare vom 17. November 1938, in: Istoriceskij archiv, 1992, 1, S. 125-128.

73 A. Antonov-Ovseenko stellt im Buch »Vragi naroda« (Moskau 1996) die von Memorial für einige Lager ermittelten Opferzahlen der offiziellen, auch von Chruschtschow genutzten Statistik gegenüber.

74 Stephan Merl: Das System der Zwangsarbeit, a.a.O., S. 280.

75 Izvestija CK KPSS, 12, 1989, S. 87; Cernev, A. D.: 229 Kremlevskich vozdej. Politburo, Orgburo, Sekretariat CK Kommunisticeskoj partii v licah i cifrach, M. 1996, S. 14-15.

nung auf die Durchsetzung einer alternativen Gesellschaftskonzeption. Bis Oktober 1952 fand kein Parteitag mehr statt.

Terror als Wirtschaftsfaktor und »Triebkraft« gesellschaftlicher Entwicklung

Auf die Verurteilung der Angeklagten folgten lokale Kampagnen gegen Parteifunktionäre und ihre Angehörigen,⁷⁶ gegen ehemalige Gendarmen, Kulaken, Sozialrevolutionäre, Offiziere und Trotzkiisten sowie Vertreter nationaler Minderheiten, darunter Koreaner, Deutsche und Polen. Alle Betroffenen wurden im Anschluß an die Prozesse durch das Militärkollegium bzw. von Militärtribunalen gemäß Kategorie 1 (Tod durch Erschießen) oder 2 (25 Jahre Arbeitslager) verurteilt. Hier blieb nichts dem Zufall überlassen, die »Opfergruppen« wurden im voraus festgelegt. Einige, das Vorgehen gegen sie regelnde Befehle und Rundschreiben des NKWD und die Beschlüsse der Partei- und Staatsführung über die Organisation der Exekutionen bzw. die Einrichtung von Arbeitslagern sind heute in Auszügen veröffentlicht.⁷⁷

Unter Rückgriff auf heute zugängliche russische Archivaldokumente ist es möglich, verharmlosende und überzogene Interpretationen zu korrigieren.⁷⁸

Der Volkskommissar für Schwerindustrie Ordshonikidse, der am Vorabend des Februar-März-Plenums 1937 Selbstmord beging, gehörte zu den Wirtschaftsführern, die sich hartnäckig weigerten, Stalins Methoden in den ihrem Ministerium unterstehenden Wirtschaftszweigen aufzugreifen und durchzusetzen. Wenn die ihrem Zuständigkeitsbereich zugeordneten strafversetzten Funktionäre – im Falle von Ordshonikidse waren es Pjatakow und Bucharin – nicht kontinuierlich arbeiten konnten, weil sie immer wieder zur Zielscheibe in Disziplinierungskampagnen wurden, protestierte der Volkskommissar an höchster Stelle. Der Vorsitzende des Komsomol Kosarew wies während eines Gesprächs mit Stalin im Juli 1937 Jeshows Vorwürfe an die Adresse der Jugendorganisation zurück. Im November 1938 wurde er verhaftet. Nachdem er sich auch in der Haft weigerte, zu gestehen, kam der geplante Prozeß gegen die Jugendorganisation nicht zustande. Kosarew wurde im Februar 1939 erschossen. Kosarews und Ordshonikidses Platz nahmen Funktionäre wie Alexander Leontjewitsch Onissimow ein – ein Menschenschlag, den Alexander Bek im Roman »Die Ernennung«⁷⁹ beschrieben hat. Selbständigkeit und Entscheidungsfreiheit bedeutete für sie, sich den Entscheidungen des Generalsekretärs absolut unterzuordnen.

Der Führungszirkel wurde permanent an die Gewaltanwendung als Mittel zur Steuerung gesellschaftlicher Prozesse und zur Lösung von Widersprüchen gewöhnt. Schauprozesse setzten Triebkräfte frei, ermöglichten schnelle und drastische Eingriffe in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Auf dem Höhepunkt des Terrors schlug der Chef des NKWD vor, von vorzeitigen Entlassungen der zu Arbeits- und Umerziehungslager verurteilten Häftlinge abzusehen. Wenn ihr Strafmaß abgelaufen war, sollten sie nach Möglichkeit am Verbannungsort bleiben. Dies ließe sich über die Aufenthaltserlaubnis regeln. Auf diese Weise ließe sich Fluktua-

76 Am 15. 8 1937 ergeht der Befehl, mit den Repressalien der Angehörigen der Volksfeinde und Trotzkiisten zu beginnen, deren Männer vom Militärkollegium bzw. Militärtribunalen vom 1. 8. 1936 nach der 1. oder 2. Kategorie verurteilt wurden.

77 Vgl. die von der Rehabilitationskommission vorbereitete Dokumentation mit den Befehlen, Rundschreiben und Dienstanweisungen des NKWD. Über das Zusammenwirken von Politbüro und Führung des NKWD bei der Umsetzung des Befehls 00447 vom 30. 7. 1937 »Über die Operation zur Repressierung ehemaliger Kulaken, Krimineller und anderer antisowjetischer Elemente« siehe: W. Hedeler: Wahlkampfthema GULAG, in: Sklaven, 25, 1996, S. 34.

78 Auf die russische Literatur, in der die Debatte um die Zahl der Opfer des Großen Terrors geführt wird, ist an anderer Stelle eingegangen worden. Vgl. die Literaturberichte in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Hefte 2,5,8,11, 1994; 9, 1995; 4, 1996.

79 Alexander Bek: Die Ernennung. Aus dem Russischen von Helga Gutsche, Berlin 1988.

80 Valentin Kovalev: Dva Stalinskich Narkoma, M. 1995, S. 99.

tion von Arbeitskräften verhindern. Die Einbindung von GULag-Häftlingen in den Arbeitsprozeß ging längst über die Erarbeitung der für ihren Unterhalt jährlich erforderlichen 500 Rubel hinaus.⁸⁰

Die Schauprozesse von 1936 bis 1938 zogen Veränderungen in Funktion und Aufbau des NKWD als Terrorapparat nach sich. Die Verbindung zum Parteiapparat wurde immer enger. Der Terror hatte solche Ausmaße angenommen, daß zu seiner Umsetzung Politbürobeschlüsse erforderlich waren. Das betraf z.B. den für die Umsiedlung der Kulaken oder nationaler Minderheiten erforderlichen Wagenpark oder die finanziellen Aufwendungen für die Wachmannschaften und den Aufbau der Lager in den unerschlossenen Ansiedlungsgebieten. Ein spontanes Vorgehen des NKWD war von Anfang an ausgeschlossen. Um schneller und flexibler handeln zu können, übernahm die Zentrale immer mehr Funktionen der regionalen Gliederungen des NKWD oder der Staatsanwaltschaft.

Begleitet wurde der Terror auch durch einen gezielten und gesteuerten Umgang mit Informationen und Deutungen der Vorgänge. Die »Umerziehung fremder Elemente durch Arbeit« bot Stoff für Literatur, Malerei und Film. Der Film über den Pionier Pawlik Morosow, der den eigenen Vater denunzierte, das Gemälde »Jeshow bei der Inspektionsreise auf dem Weißmeerkanal« oder der den Bau des Kanals verherrlichende Prunkband sind nur einige Beispiele, wie mit der Thematik GULag in Kunst und Literatur umgegangen wurde.

Da der Vorhang immer nur ein wenig gelüftet wurde, blieb die Vorarbeit, die hinter den Gefängnis- und Kremldauern geleistet wurde, der Öffentlichkeit jedoch weitgehend verborgen. Das Zentralkomitee verschickte geheime, nur für den Dienstgebrauch gedachte Rundschreiben, um die Funktionäre rechtzeitig auf die von ihnen erwarteten Aktivitäten in der Kampagne zur Entlarvung und Verurteilung der »Schädlinge und Spione« einzustimmen.⁸¹ Die »öffentlichen« Schauprozesse, die kurzzeitig den Blick auf die Verurteilten freigaben, waren stets von Propagandakampagnen eingerahmt und erschienen wie eine aufgezwungene, unliebsame Störung der Normalität. »Die Vollendung der Rekonstruktion der Industrie und der Landwirtschaft hatte zur Folge, daß die Volkswirtschaft nunmehr technisch erstklassig und in reichem Maße ausgerüstet war.«⁸² Stalins Ausspruch »Das Leben ist schöner, das Leben ist fröhlicher geworden« war 1937 außerordentlich populär.

Der politischen Praxis – den zwei Gesichtern der Sowjetunion, wie Feuchtwanger sagte, dem der bauenden und dem der strafenden Union – entsprach eine vorgegebene Sprachregelung. Wer sich nicht an die Vorgaben hielt, nicht von Konterrevolutionären, Schädlingen oder Spionen sprach, wer sich weigerte, die in Ungnade gefallenen Funktionäre als Wirrköpfe, Schwätzer oder Feinde zu titulieren oder die Havarien auf die mangelnde Qualifikation der Werktätigen und die schlechte Ersatzteilversorgung zurückzuführen, wurde vom Zentralkomitee zur Rechenschaft gezogen.

Rechtspolitik und Ökonomie gingen ineinander über. Juristische Formen konstituierten ökonomisch funktionierende Handlungszusammenhänge. Die Politbürokratie kontrollierte mit Hilfe der

81 IZKKPSS, 1989, 8, 90.

82 Geschichte der KPd-SU(B). Kurzer Lehrgang, Berlin : SWA-Verlag (o. J.), S. 454.

Staatsmacht und des Strafrechts die gesamte Wirtschaft. Das Zwangsarbeitssystem, stellten Nikolajewski und Dallin fest, müsse als organisches Element, als normale Komponente der sozialen Struktur der Sowjetunion angesehen werden. Zwangsarbeit gehört zur Geschichte der UdSSR wie die Sklaven zur Geschichte Roms.⁸³ Die diese Entwicklung einleitenden Schauprozesse waren mehr als nur ein Unterwerfungsritual. Das Interesse des Staates an Straflagern nahm zu. Anfang 1940 gab es 53 Lager, 425 Arbeitsbesserungskolonien (davon 170 Industriebetriebe) und 50 Kolonien für Minderjährige, die unmittelbarer Bestandteil des Wirtschaftsmechanismus waren. Die Zahl der auf diese Weise in den Produktionsprozeß eingebundenen Häftlinge betrug 1.659.992. Der Gulag stellte Arbeitskräfte für 17 Wirtschaftszweige.⁸⁴ Das NKWD realisierte 1940 13 Prozent aller volkswirtschaftlichen Investitionsvorhaben der Sowjetunion.

83 David J. Dallin; Boris Nikolaevsky: Arbeiter oder Ausgebeutete? Das System der Arbeitslager in Sowjet-Rußland, München 1948.

84 S. G. Ebeans: Proisvodstvennyj fenomen GULAGA, in: Voprossy Istorii, Heft 6, 1994, S. 188-190.

CHRISTIANE REYMANN

Intellektuelle und die Moskauer Prozesse

Indem wir über unsere Vergangenheit als sozialistisch-kommunistische Bewegung zu sprechen beginnen – nicht erst seit heute, aber wir stehen noch relativ am Anfang –, haben wir den ersten Tabu-Bruch hinter uns: Wir gehen in die Öffentlichkeit. Endlich kann dieses gesplante Wissen, geteilt in das Wissen am Küchentisch und unter Freunden auf der einen und in das in der und für die Öffentlichkeit auf der anderen, zusammengebracht werden.

Einige Tabu-Brüche stehen uns noch bevor. Etwa der, Erscheinungen und Erkenntnisse nicht weiter von uns zu schieben, die uns völlig gegen den Strich gehen, sei es, weil sie unangenehm oder sei es, weil sie unerträglich sind. Ein Beispiel: Wir alle kennen Hymnen auf Stalin oder wenigstens devote, im besten Fall schlitzohrige Schreiben zu Stalin aus der Feder von Leuten, die wir ansonsten als Schriftsteller/in, als Künstler/in, als kluge Menschen schätzen. Diese Lobhudeleien sind peinlich, haben aber die vertrackte Eigenschaft, am Namen des Betreffenden klebenzubleiben. Und aufgrund dieser Eigenschaft neigen wir dazu, sie ganz aus dem Blickfeld zu nehmen und sie, so unauffällig wie unauffindbar, im Museum der Arbeiterbewegung in der hintersten Ecke des Magazins abzustellen. Wir trennen sie von dem »eigentlichen« Brecht, Becher etc. Damit müssen wir aufhören. Auch unsere Geschichte können wir ja nicht bepicken nach dem Motto: Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen. Ebenso wenig können wir das mit Intellektuellen und Künstlern und ihren Werken tun. Die Verquickung von Abgründen unserer Zeit hat Wolfgang Matheuer in seiner Plastik »Jahrhundertschritt« dargestellt: schärfer, sinnfälliger, provozierender als es Worte können.

Natürlich gab es auch unter linken Intellektuellen unterschiedliche, gegensätzliche, einander ausschließende Meinungen und Haltungen zu den Moskauer Prozessen. Diejenigen, die in irgendeiner Form – von der offenen Verteidigung bis zum Schweigen – die Moskauer Schauprozesse geduldet haben, haben sich damit der konkreten kommunistischen Bewegung gegenüber auch als Geführte und/oder als Verehrende, als Demütige erwiesen – statt als Denkende, Prüfende, Autonome. Sie haben ihre Intellektualität preisgegeben. Bevor und indem sie physisch vernichtet bzw. gesellschaftlich weitgehend als störend bis zerstörend stigmatisiert wurde, hat sich Intellektualität im Umfeld der kommunistischen Bewegung auch selbst negiert.

Für dieses erbärmliche Versagen gibt es keine verstehende

Rechtfertigung etwa in dem Sinn von: In der Konfrontation zwischen Hitler und Stalin sind Intellektuelle zwar nicht immer ihrer Rolle gerecht geworden, sie standen aber wenigstens auf der richtigen Seite ... Sie mußten sich ja entscheiden ... Diese Argumentation wiederholte doch nur den unlösbaren Zusammenhang zwischen Antifaschismus und Prosowjetismus, den die kommunistischen Parteien als Denkmuster verankern konnten mit der fatalen Folge, über deren Ursache wir ja gerade nachdenken wollen.

Wie konnte es also geschehen, daß sich die kommunistische Bewegung ihrer Intellektuellen als Intellektuelle entledigt hat – die Moskauer Prozesse waren der Einschnitt –, und daß Intellektuelle ihren Anspruch auf Intellektualität preisgegeben haben? Dazu einige – notwendig fragmentarische und zugespitzte – Überlegungen.

Terror der Vernunft

Der Erste Weltkrieg war für die Generation von Intellektuellen, über die wir hier sprechen, das einschneidende Ereignis. Dieses sinnlose Schlachten und Morden. Danach in Deutschland die gescheiterte Revolution und die gescheiterte Weimarer Republik. In entscheidenden Jahren der Weltpolitik hatten Intellektuelle die Nutzlosigkeit ihres Standes erfahren, und zwar gründlich. Sie konnten vielleicht noch nützlich sein, aber nicht mehr als Intellektuelle. Das erklärt übrigens auch die Bereitschaft so vieler, im spanischen Bürgerkrieg zu kämpfen, und es erklärt die bis in die jüngste Zeit zu beobachtende Attraktivität von bewaffneten Befreiungsbewegungen.

Ihre Nützlichkeit fanden Intellektuelle in der Bewegung, die etwas Vernünftiges wollte. Das Eintrittsbillet hatte nur den Preis, den nicht wenige zu zahlen bereit waren: die Aufgabe ihrer Intellektualität.

In seinen »Erinnerungen und Reflexionen« beschreibt Ernst Fischer seinen Weg von der Sozialdemokratie zur Kommunistischen Partei. Der ist ganz typisch.

»Das Jahrhundert der Gewalt ist angebrochen. Gewalt war mir widerwärtig von Kindheit an ... Wenn ich also Gewalt für unabweisbar hielt, von ihr die Entscheidung erwartete, war es eine Entscheidung gegen mich, gegen meine Natur, gegen die Konstitution eines sensiblen Intellektuellen ... Damals war es wie ein Blitz der Erkenntnis: Du mußt gegen dich entscheiden. So wie du bist, kann dich niemand brauchen, am wenigsten das Proletariat.« Daraus zieht er im Jahr 1934 die Konsequenz: »Im vollen Bewußtsein für die Sache und gegen mich selbst, gegen meine Fähigkeiten und Neigungen zu entscheiden, bin ich im April der Kommunistischen Partei beigetreten.«

Ernst Fischer und andere Intellektuelle aber wußten noch um ihre Fähigkeiten und Neigungen als Ästheteten, heikle Bürger, Bohemiens, als Kritiker anstatt als Gläubige, als Prüfende anstatt Verehrende. Sich selbst konnten sie also nicht unbedingt trauen, den Regeln der kommunistischen Bewegung zu genügen – und die traute ihnen nicht. Zur Katharsis haben sie sich den eisernen Besen in die Hand drücken lassen.

Indem sie sich so unerbittlich gegen die angeblichen Attribute von Intellektuellen gewehrt haben – Selbstsucht und Individualismus –, haben sie zur Stigmatisierung bis Ausmerzung von Individualität beigetragen. In einem Aufsatz von 1985 kennzeichnet der sowjetische Sozialpsychologe Igor S. Kon die sowjetische Gesellschaft mit den Worten »Entpersönlichung der gesellschaftlichen Verhältnisse« mit der Folge »kollektiver Verantwortungslosigkeit«. Das ist dabei herausgekommen.

Wieder 60 Jahre zurück: Weil sie ihre Erfahrung in diesem Jahrhundert der Gewalt so reflektiert haben, daß sie als Intellektuelle der Vernunft nicht zum Durchbruch verhelfen konnten, waren sie offen gegenüber einer Erziehungsdiktatur (eine Tendenz bis heute; das Jahrhundert dauert ja auch noch an) bis zu einer Offenheit gegenüber einem »Terror der Vernunft«. Man erinnere sich an die Faszination, mit der Lion Feuchtwanger 1937 den Bauplan für Moskau beschreibt. Der städtebauliche Plan wird ihm zum Plan der vernünftigen Gesellschaft.

Die – ich sage es in Anführungsstrichen – »Nutzlosigkeit« von Intellektuellen in diesem Jahrhundert der Gewalt zu ertragen, war nicht leicht. Viele haben es trotzdem getan, überall, in jedem Land, viele haben es versucht, und sehr viele sind daran zerbrochen. Auch sie sind nicht in den Elfenbeinturm zurückgekehrt und beantworten insofern auch die Frage: Gab es im Bedürfnis, als Intellektuelle nützlich zu sein, eine Alternative zur mehr oder minder engen Eingliederung in die kommunistische Bewegung?

Den eigenen Zweifeln nicht nachgehen

Der Sommer 1936 hatte es in sich: Nachdem sich die kommunistische Internationale offiziell von ihrem ultralinken Kurs verabschiedet hatte, waren Wahlbündnisse möglich geworden, und am 4. Juni konnte in Frankreich die Volksfrontregierung unter Leon Blum gebildet werden. Im Juli brach der spanische Bürgerkrieg aus, im August begann in Moskau der erste der hier behandelten Schauprozesse.

Im Ergebnis dieses ereignisreichen Sommers wandten sich zahlreiche Intellektuelle und Schriftsteller, die sich bis dahin nahezu vorbehaltlos vor die Sowjetunion gestellt hatten, von ihr ab. Die sozialistisch-kommunistischen Intellektuellen konnten keine kulturpolitische Orientierung für den antifaschistischen Kampf entwickeln. Das hat die Auseinandersetzung mit dem Hitlerismus enorm geschwächt.

Dabei hat ausgerechnet die Chance und die vitale Hoffnung zur Verteidigung der Republik in Spanien, zur Verteidigung der Demokratie in Frankreich und zur Verteidigung der Kultur (der entsprechende Kongreß hatte 1935 in Paris stattgefunden) bei einigen Intellektuellen ihr Schweigen zu den Moskauer Prozessen bzw. deren Rechtfertigung begünstigt. Diese Prozesse paßten einfach nicht. Sie kamen zur Unzeit. Indem die Intellektuellen aber die Augen vor dem Terror verschlossen haben, haben sie die fragilen Ansätze zu eben jener Verteidigung der Republik, der Demokratie, der Kultur mit kaputtgemacht.

Die Politik des Appeasements tat das Ihre, um eigenen Zweifeln

nicht nachzugehen. Ein relativ harmloses Beispiel dafür – es ist schlimm genug – bietet noch einmal Ernst Fischer, und es ist, als ob er auch von mir selber spricht.

Mit dem Radek/Pjatakow-Verfahren war ein Verfahren gegen angebliche Saboteure im Bergwerksgebiet von Kemerowo verbunden. Fischer rechtfertigt es in seiner Broschüre »Arbeitermord in Kemerowo«. In seinen Erinnerungen ist ihm besonders unangenehm, daß er sich »hatte überreden lassen, von Kemerowo zu berichten, ohne dort gewesen zu sein«. In seiner vorkommunistischen Zeit war Ernst Fischer so etwas wie ein Prozeßberichterstatler für sozialdemokratische Zeitungen Österreichs gewesen. Damals hatte er es sich nicht nehmen lassen, die Zustände, die vor Gericht verhandelt wurden, selbst vor Ort zu recherchieren.

Ein weiteres Beispiel aus Großbritannien – gleiches hat es in nahezu jedem der kapitalistischen Hauptländer gegeben. In Großbritannien jedenfalls hatte der bekannte sozialistische Publizist Brailsford geschrieben, in der UdSSR herrsche »eine durch Terror und Lügen geleitete Tyrannei«. Darauf antwortete der Parteitheoretiker der KPG, Palme Dutt, im Juli 1937: »Wenn dem so wäre, würden alle Linksdenkenden von der Sowjetunion entfremdet und der Weg zum faschistischen Angriff geöffnet werden.« Eine wichtige Frage also. Normalerweise würde ein Intellektueller der Wenn-Dann-Konstruktion nachgehen. Wenn der Weg zum faschistischen Angriff geöffnet werde, sofern in der UdSSR Tyrannei herrsche, muß man sich dort doch einmal umschaun. Viele kommunistisch-sozialistische Intellektuelle aber machen das Gegenteil: Sie schalten ihren Verstand ab und stellen sich auf den Flugsand blinden Vertrauens zur Partei. Und oft genug noch greifen sie diejenigen an, die doch nur genau hingucken wollen. erinnert sei an die Kampagne gegen André Gide.

Die Prozesse als Anklage und als Selbstverständigung

Die Schauprozesse laufen völlig anders ab als Prozesse in bürgerlichen Gesellschaften. Hier nur ein Aspekt: Die Anklage und der Prozeß, beides wird zur Selbstverständigung – in zweierlei Hinsicht:

Die Partei will diese Prozesse, um eine entsprechende Selbstversicherung der Partei als Linie herzustellen. Erich Mielke wird das später, im Jahr 1956, in dankenswerter Offenheit zu Kurt Müller sagen: »Sie sind doch ein politischer Mensch und müssen begreifen, daß wir in Deutschland einen großen Prozeß der Erziehung der Massen brauchen. In diesem Prozeß werden Sie der Hauptangeklagte sein.«

Daneben verständigen sich in den Gerichtsverfahren Angeklagte über ihr Verhältnis zur Partei. Das verwebt einmalig Kläger und Angeklagte, Opfer und Täter. Sie sind nicht mehr auseinanderzuhalten. In »Ein Zeitalter wird besichtigt« schreibt Heinrich Mann zu den Moskauer Prozessen:

»Da ist der große Dialog zwischen dem Staatsanwalt und dem Journalisten Radek: wörtlich könnte er bei Dostojewski stehen. Derselbe Kampf um die unterirdische Wahrheit – nicht um die Bestrafung oder Straflosigkeit, das scheint beiderseits vergessen:

nur um die Wahrheit. Der Angreifer, der Verteidiger haben zusammen den einen, zwingenden Ehrgeiz, zu wissen, was in dieser Seele war ...«.

Der Zustand einer Seele aber ist ebensowenig strafbar wie die »unterirdische Wahrheit«.

Heute wissen wir, was damals keiner fassen konnte und deshalb nicht annehmen wollte: Die Geständnisse, der Verlauf der Prozesse, sind das Ergebnis von Folter. Das wollen wir so bloß, so nackt bis heute nicht akzeptieren bzw. wir lehnen es ab, daß Folter ein wesentlicher Teil dieser monströsen Veranstaltung gewesen sein soll. Einsamkeit der Angeklagten käme hinzu, Isolierung oder was auch immer. Das sind aber schlicht Methoden der Folter.

Unter Folter haben die Menschen schon immer die unglaublichsten Dinge gestanden, sie seien mit dem Besen auf den Blocksberg geritten; unter Folter wuchert Denunziation. Folter allein reicht. Sie reicht wirklich. Und trotzdem ein Zusatz. Noch wirkungsvoller als die Folter von Gegnern an Kommunisten ist die von Kommunisten an ihresgleichen. Denn noch waren die Kommunisten auf der Anklagebank und die Richter-Kommunisten denselben Denkstrukturen und Mechanismen verhaftet. Die Anklagen prallten nicht an den Angeklagten ab, sie konnten sie vielmehr treffen; sei es, weil sie in der einen oder anderen Frage tatsächlich oppositionell gedacht oder gehandelt haben, sei es, weil die Anklagen den nagenden Zweifel zuließen, daß sie gegen die Linie der Partei verstoßen und ihr damit Schaden zugefügt haben könnten – das eine wie das andere ein Verstoß gegen die von Angeklagten wie Anklägern gleichermaßen akzeptierte »kommunistische Moral«.

An dieser Stelle noch einmal ein Ausflug in die jüngere Vergangenheit: Solange wir als Erneuerungsbewegung in der DKP Demokratisierung und Reformkonzepte wagten, nicht aber mit der Partei alten Typs gebrochen hatten, haben wir das Ritual der Selbstkritiken mitgemacht; es wurde uns ständig und erbittert abverlangt. Wir taten ihm Genüge besonders schlau, wie wir meinten, mit einem Augenzwinkern und so, daß vor das Parteigericht gezerzte Genossinnen und Genossen und unsere reformerische Praxis möglichst wenigen Schaden nahm. Wir kannten die Spielregeln; klar war uns, wir haben gegen das gültige Verständnis von der Linie der Partei verstoßen, das wird abgestraft. Indem wir aber nicht aus dem Sandkasten ausgestiegen sind und gesagt haben: Spielt doch alleine ..., indem wir also die Regeln auch noch für uns, die wir sie doch brechen wollten, akzeptiert haben, waren wir verletzlich, durch die »Zentrale« zu beeinflussen resp. zu deformieren. So haben wir die Hoffnungen auf demokratische Normalität, Selbstbewußtsein und Zivilcourage innerhalb der kommunistischen Bewegung Westdeutschlands enttäuscht. Aussteigen aus dem Ritual der Selbstkritiken konnten wir erst, als die Kritiken in uns keinen Widerhall mehr fanden, als sie an uns abprallten. Das war dann der Bruch. Er hat nur lange gedauert.

Für uns waren Leib und Leben nicht in Gefahr, wir trugen als Minderheit innerhalb einer 0,3Prozent-Partei keine Mitverantwortung für eine Alternative zum Kapitalismus. In dieser Beziehung sind wir den Angeklagten der Moskauer Prozesse in keiner Weise gleich.

Aus der einzigartigen Verquickung von Klägern und Angeklagten in den Schauprozessen aber als rechtfertigender Beobachter Literatur zu machen und Dostojewski in den Gerichtssaal zu bemühen, ist schamlos. Konfrontiert mit der Monstrosität der Prozesse flüchten Intellektuelle in die Literatur, in Bilder, in untergründige Wahrheiten und in die, wie Heinrich Mann schreibt, »Windungen der Seele« – anstatt ihr Handwerkszeug der Analyse und Kritik zu gebrauchen.

In den Hexenprozessen der angehenden Neuzeit entschied endlich, nach Verhör und Tortur, die Hexenprobe. Die Frau wurde in das Wasser geworfen. Schwamm sie oben, war sie eine Hexe und wurde verbrannt, ging sie unter, war sie keine und wurde postum in die Gemeinschaft der Gläubigen aufgenommen. Dieses Muster, über Jahrhunderte in die Seele der Völker im Wortsinn eingebrannt, haben auch Intellektuelle in der Rechtfertigung der Moskauer Prozesse übernommen und belebt. Sie sind in die Zeit vor der Aufklärung zurückgefallen.

Um auf diesem Weg zurück noch einmal Heinrich Mann zu folgen: Er fragt, warum nach einer großen Szene Dostojewskis der Eindruck bliebe, »als wäre der Schuldige schon durch sein tiefes, abgründig tiefes Verhör gereinigt und müßte nicht erst in das Gefängnis gehen? Die Gestalten aus den Moskauer Prozessen sind getötet oder eingekerkert. Entündigt – auf psychologischem Wege wie bei Dostojewski – waren schon in der Verhandlung vielleicht nicht sie, aber die Revolution war es.«

Die Selbstvernichtung von Intellektualität und Zivilität endet in Schuld, Sühne, Entündigung – nicht des einzelnen, sondern »der Sache«, der der einzelne geopfert wird.

Gab es zu diesem Versagen von Intellektuellen Alternativen angesichts der Hitler-Stalin-Konfrontation? Abgesehen davon, daß diese Konfrontation so rein nicht war, sondern einen Pakt zuließ, gab es Alternativen. Auf jeder Stufe der Auseinandersetzung um die Moskauer Prozesse und danach haben Männer und Frauen sie couragiert, links, sozialistisch gelebt und gedacht. Nur: Die kommunistisch-sozialistische Bewegung hat sie nur weggestoßen, sobald sie ihr zu nahe kamen.

Uns hängt die Trennung von sozialistischer Bewegung und Intellektuellen als Intellektuellen an. Und insofern sind wir nicht ganz unschuldig daran, daß es zwar zu jeder Zeit unterschiedliche Stimmen von Intellektuellen gab – und nur einmal ihr kollektives Schweigen. Das war zur Zeit der deutsch-deutschen Vereinigung. Im »Jahrhundertschritt« – um auf die Plastik von Wolfgang Mattheuer zurückzukommen –, ist der Kopf wirklich etwas klein geraten.

REINHARD MÜLLER

Der Antikomintern-Block – Prozeßstruktur und Opferperspektive

Reinhard Müller – Jg. 1944, Studium der Germanistik, Geschichte und Soziologie, hat zahlreiche Beiträge zur Geschichte der KPD und des Exils veröffentlicht, u.a. 1991 »Die Säuberung. Moskau 1936: Stenogramm einer Parteiversammlung« und 1993 »Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941«.

1 Zum bisherigen allenfalls auf ausgewählten Beständen des Moskauer Komintern-Archivs beruhenden Forschungsstand vgl. Kevin McDermott: *Stalinist Terror in the Comintern: New Perspectives*, in: *Journal of Contemporary History*, Vol. 30, 1995, S.111-130. Vgl. auch Leonid Babichenko: *Die Moskwins-Kommission. Neue Einzelheiten zur politisch-organisatorischen Struktur der Komintern in der Repressionsphase*, in: *The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism*, Vol.II, 1994/95, No 5/6, S.35-39.

2 Vgl. als jüngste Forschungsberichte Johannes Baur: »Großer Terror« und »Säuberungen« im Stalinismus. Ein Forschungsbericht, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, H.4., 1997, S.331-348; Jörg Baberowski: *Wandel und Terror: die Sowjetunion unter Stalin 1928-1941*. Ein Literaturbe-

erst durch die in jüngster Zeit mögliche Erschließung von »Kaderakten« im Moskauer Komintern-Archiv, von NKWD-»Strafakten«, von »Aufsichtsakten« der Opfer und von Verhörprotokollen der NKWD-Täter werden neue Facetten der Selektions- und Disziplinierungsmechanismen innerhalb der Komintern¹ und bisher verteilte Segmente des stalinistischen Terrors² sichtbar.

Die permanente Amtshilfe zwischen Komintern-Instanzen (Kaderabteilung, Internationale Kontrollkommission, Moskwins-Kommission), KPD-Führungsgremien und dem NKWD-Terrorapparat tritt bei der Durchsicht von »Kaderakten« und von NKWD-Strafakten der deutschen Politemigranten³ in vielfältigen Dokumenten deutlich hervor. Die von der Kaderabteilung an das NKWD vor und nach der Verhaftung gelieferten Materialien und Auskünfte (sprawki) waren in der jahrelangen Überwachungs-, Kontroll- und Selektionspraxis einer panoptisch organisierten Partei-Maschine, die jede Abweichung von der Generallinie verfolgte, als individuelle und parteiamtliche Feme entstanden. Mit den Dossiers der Kaderabteilung des EKKI, die als Inquisitionsarchiv der Komintern fungierte, wurden viele KPD-Mitglieder nicht nur zum »Geständnistier« (M.Foucault) erniedrigt, sondern im ausgeweglosen Moskauer Exil vor und auch nach ihrer Verhaftung zu Opfern präpariert. Ihre eigenen Sündenbekenntnisse in Form von immer neu zu verfassenden Autobiographien, die Denunziationen anderer Mitglieder, politische Abrechnungen und die Rituale der »Parteisäuberung«, Beurteilungen von Überführungskommissionen und Urteile der Internationalen Kontrollkommission erschienen wieder in den durch den Artikel 58 des sowjetischen Strafgesetzbuchs vorgeprägten NKWD-Konstrukten.

Inmitten der seit 1936 grassierenden Wachsamkeitsparanoia wurde das NKWD aber auch mit den Meldungen zahlreicher »geheimer Mitarbeiter« (seksot) aus den Reihen der deutschen Politemigranten, die unter Decknamen wie »Doina«, »Verräter«, »Doppelgänger« oder »Hans« in der Regel unentgeltlich »gesellschaftlich arbeiteten«, umfassend beliefert. Aus Angst vor Verhaftung, aber auch aus blinder Überzeugungstreue und durch die immer wieder angemahnte Mitteilungspflicht als Bolschewik wurden beim NKWD und bei den Komintern- und Parteiinstanzen nicht nur frühere Freunde und Kampfgefährten denunziert, sondern nach dem Vorbild Pawel Morosows auch die eigenen Familienmitglieder.

Mit der folgenden Skizze können weder die Chronologie noch die Verfolgungslogik einer Serie von Einzelprozessen und Sammelverfahren, die das NKWD seit 1937 gegen einen fiktiven »Antikomintern-Block« in der Kommunistischen Internationale, in der KPD und unter den Mitgliedern und Führungen anderer KPs führte, umfassend⁴ nachgezeichnet werden.

Das beständig expandierende NKWD-Konstrukt eines »Antikomintern-Blockes« in der Komintern wie auch die Auswahl der Opfer liefern weitere Indizien für die auch von Friedrich Firsov und Boris Starkow formulierte Hypothese, daß neben den drei großen Schauprozessen in zahllosen Folterverhören ein weiterer Schauprozeß gegen ehemalige führende Funktionäre der Komintern, den »Apparat« der Komintern und Funktionäre von einzelnen KPs vorbereitet wurde. In den Einzelverfahren gegen die 1935 abgelösten Sekretäre des EKKI Jossip Pjatzitzki, Wilhelm Knorin und Bela Kun wie in den zahlreichen Einzelanklageschriften gegen Funktionäre der KPD, der KP Polens⁵, der KP Ungarns und sogar der KP Dänemarks⁶ wird seit 1937 die Existenz einer »Antikomintern-Organisation in der Komintern« stereotyp wiederholt.

Die Vorwürfe der vom Staatsanwalt Wyschinski bestätigten Anklageschrift (27.7.1938) gegen Pjatzitzki⁷ machen dabei deutlich, daß mit den fiktiven Beschuldigungen gegen die »faschistische und Spionageorganisation in der Komintern« fehlende oder noch zu nutzende »Verbindungen« zu den Angeklagten der drei großen Schauprozesse hergestellt wurden. Pjatzitzki wird in der offensichtlich schnell nur für den internen Gebrauch fabrizierten Anklageschrift beschuldigt, sowohl im Auftrag der Angeklagten des »Zentrums des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks« (1. Schauprozeß) gehandelt wie auch zu Radek (2. Schauprozeß) und zu Bucharin (3. Schauprozeß) »verbrecherische Verbindung« unterhalten zu haben. Jeshow und seinen NKWD-Untersuchungsführern Lanfang und Poljatschek erschien der jahrelang für die politische Anleitung der westeuropäischen KPs und für deren Finanzierung zuständige Komintern-Funktionär Pjatzitzki als »missing link« für bisherige Prozesse wie als Hauptangeklagter für einen weiteren Prozeß geeignet. Der häufig auch als »graue Eminenz« der Komintern apostrophierte Pjatzitzki wie auch die beiden anderen Hauptangeklagten EKKI-Sekretäre Knorin und Kun sollten in diesem Verschwörungskonstrukt den bereits verurteilten Karl Radek angeleitet und die »Verbindung« zu Trotzki und dessen »Finanzierung« durch den Leiter der »Abteilung für internationale Verbindung« in der Komintern Abramow-Mirow durchgeführt haben.

Wie in den drei Moskauer Schauprozessen (1936, 1937, 1938) und in zahllosen anderen Geheimverfahren wurde die »Verbindung« zu Trotzki und der behauptete Erhalt von »Weisungen« Trotzkis zum fiktionalen »Kern« der »Anklageschrift« gegen Pjatzitzki.⁸ Durch den »Verräter« Trotzki wurde in den NKWD-Verschwörungsphantasien die »Verbindung« zu den Regierungen Japans, Deutschlands und Englands hergestellt, der »trotzkistische Gestapo-Agent« und der »deutsch-japanische terroristische Spion« konnten als Amalgam des inneren und äußeren Feindes⁹ präsentiert werden. Neben dem üblichen Spionage- und Terrorkonstrukt be-

richt, in: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas, Bd.43, 1995, H.1, S.97-129; Markus Wehner: Stalinistischer Terror. Genesis und Praxis der kommunistischen Gewaltherrschaft in der Sowjetunion 1917-1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1996, H.38, S.15-37; John L. H. Keep: Der Stalinismus in der neueren russischen Literatur, in: Neue politische Literatur, Jg.40, 1995, S.421-440.

3 In unterschiedlicher Dichte und Relevanz wurden in jüngeren Arbeiten NKWD-Materialien verwendet. Vgl. Meinhard Stark: Deutsche Frauen des GULag. Eine lebens- und zeitgeschichtliche Befragung, Diss. Berlin 1994; Holger Dehl: Deutsche Emigranten in der UdSSR in den 30-er Jahren, Diss. Moskau 1995 (russ.); Holger Dehl/ Natalija Mussijenko: Hitlerjugend in der UdSSR? in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1996, Nr.1, S.76-84; Ulla Plener: Helmut Schinkel. Zwischen Vogelers Barkenhof und Stalins Lager. Biographie eines Reformpädagogen (1902-1946) Berlin 1996; Dies.: Leben mit Hoffnung in Pein. Frauenschicksale unter Stalin, Frankfurt/Oder 1997; Carola Tischler: Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil. 1933-1945, Münster 1996; Reinhard Müller: Zenzl Mühsam und die stalinistische Inquisition, in: Schriften der Erich-Mühsam-Gesellschaft, H.11, 1996, S. 32-88; Ders.: Der Fall des »Antikomintern-Blockes« – ein vierter Moskauer Schauprozeß? in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 1996, S.187-214; Irina Scherbakowa: Die Denunziation im Gedächtnis und in

den Archivadokumenten, in: Günter Jerouschek, Inge MarBolek, Hedwig Röcklein: Denunziation. Historische, juristische und psychologische Aspekte. Tübingen 1997, S.168-182.

4 Weitergehende Verweise in Reinhard Müller: Der Fall des »Antikomintern-Blocks« – ein vierter Moskauer Schauprozeß? In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 1996, S.187-214. – Im Rahmen eines Forschungsprojekts des Hamburger Instituts für Sozialforschung ist eine erweiterte Buchpublikation in Vorbereitung.

5 Die Verhaftungen von polnischen Kommunisten in Moskau setzten schon 1933 (J. Czeszejko-Cohacki, W. Wrublewski, T. Zarski, L.Purmann) ein. Der Vorwurf der »Verbindung« zur »Polnischen Militärorganisation« (POW) wird auch in mehreren Artikeln der »Kommunistischen Internationale« wiederholt und richtet sich in zahlreichen NKWD-Verfahren gegen Vertreter der »Mehrheit« und der »Minderheit«. Die ZK-Mitglieder und Theoretiker (A.Warski, M.Horwitz, M.Koszutska, E. Prochniak) bis hin zum Generalsekretär J. Leszynski (Lenski) wurden wie nahezu alle der in die UdSSR emigrierten Mitglieder der KP Polens (über 5000 Personen) verhaftet und als »polnische Spione« und als fiktive Mitglieder der »POW« zum Tode verurteilt. Zu den Voraussetzungen dieser Verfolgung gehört auch der NKWD-Befehl Nr. 00485 vom 8.8.1937 »Über die Operation zur Repressierung polnischer Bürger«. Vgl. dazu auch die Berichte der Zeitzeugen: Herbert Wehner: Notizen. Hrsg. von

gegnet uns in der »Anklageschrift« aber auch der ideologisch-politische Vorwurf der »Desorganisation« von Komintern und kommunistischen Parteien und der Vereitelung der öffentlich inszenierten, aber auch durch den »Großen Terror« längst dementierten »Einheits- und Volksfront«. Wie auch in der vorausseilenden Parteifeme einzelner und in den Dossiers der Kaderabteilung¹⁰ werden »rechte« und »linke« Häretiker zu einer angeblich 1932 in der Komintern von »Trotzkisten und Rechten« gegründeten »faschistischen und Spionageorganisation« zusammengebracht:

»1937 wurde vom 3. Referat der 1. Hauptverwaltung des NKWD eine faschistische und Spionageorganisation der Trotzkisten und Rechten in der Komintern entdeckt und liquidiert. Im Verlauf der Untersuchung wurde festgestellt, daß einer der Leiter dieser antisowjetischen Organisation PJATNITZKI Jossif Aronowitsch war.«

Auch in zahlreichen NKWD-Anklageschriften gegen deutsche Politemigranten – wie z.B. in der gegen Hermann Remmele (15.2.1939) – findet sich die immer wiederkehrende Formel, die von der NKWD-Hauptverwaltung, der Moskauer Gebietsverwaltung des NKWD, vom Militärkollegium wie von NKWD-Troikas als feststehende »Matrix« in den Verhören, Anklageschriften und Urteilen benutzt wurde: »Durch die Hauptverwaltung für Staatssicherheit wurde eine im System der Komintern existierende, von PJATNITZKI, KNORIN und Bela KUN geleitete antisowjetische Spionage- und trotzkistische Organisation liquidiert, die sich den Kampf gegen die Führung der Komintern und des ZK der KPdSU(B) zur Aufgabe gestellt hatte. Durch die Untersuchung wurde festgestellt, daß einer der aktiven Mitglieder der Spionage- und trotzkistischen Organisation REMMELE Hermann Petrowitsch ist.«

Zur Inszenierung eines weiteren Schauprozesses, für die Fabrikation eines »international« agierenden »Netzes« von fiktiven »trotzkistischen Konterrevolutionären«, »faschistischen Spionen«, von »Terroristen«, »Diversanten« und »Schädlingen« mußten den NKWD-Untersuchungsführern die ehemaligen Komintern- und KPD-Funktionäre als nahezu ideale »Feindobjekte« erscheinen. Eine vom NKWD 1940 angefertigte Übersicht¹¹ zu den bereits verurteilten Personen, die allein in den zwölf Bänden der Strafsache Nr. 9871 erwähnt werden, verzeichnete nahezu 100 Personen; insgesamt wurden 1937/38 mehrere hundert Komintern-Mitarbeiter verhaftet. Der Komintern-Apparat – darunter ganze Abteilungen wie OMS (Abt. für Internationale Verbindungen) – wurde schon 1937/38, also noch vor der allenfalls formellen »Auflösung« der Komintern, die 1943 den Schein der Selbständigkeit aufgab und in Form verschiedener Apparate und Institute dem ZK der KPdSU zugeordnet wurde, nahezu völlig paralysiert.

Von der unter den Sammelbezeichnungen »Antikomintern-Block« oder »rechtstrotzkistische Antikomintern-Organisation« figurierenden und ständig expandierenden Serie von Verhaftungen und Urteilen der NKWD-Troikas und des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR waren betroffen:

– ehemalige Sekretäre des Exekutivkomitees der Komintern (Jossif Pjatinzki,¹² Wilhelm Knorin¹³ und Bela Kun¹⁴), die nach

dem VII. Weltkongreß der Komintern als »Sündenböcke« für die gescheiterte »sektiererische Linie« abgeschoben wurden;

- die Leiter der Abteilung für Internationale Verbindungen (OMS) des EKKI (Jakow Abramow-Mirow bis 1935 und sein Nachfolger Boris N. Müller);

- Leiter und Mitarbeiter der Kaderabteilung des EKKI (Anton Krajewski, Moissej Tschernomordik, Georg Brückmann, Grete Wilde);

- Mitarbeiter des Komintern-Apparates und Gehilfen von Sekretären des EKKI (Lajos Magyar, Boris Wassiljew, Grigori Smoljanski, Heinrich Meyer)

- ehemalige rechts- und linksoppositionelle, degradierte KPD-Funktionäre (z.B. die als »linke Sektierer« stigmatisierten Heinz Neumann, Hermann Remmele, Leo Flieg und die rechtsoppositionellen »Versöhner« Hugo Eberlein, Heinrich Süßkind, Hans Bloch, Heinrich Kurella, Hans Knodt und Erich Birkenhauer);

- Schauspieler der »Kolonne Links« (z.B. Erich Ahrendt, Helmuth Damerius, Karl Oefelein);

- Leiter und ehemalige Mitarbeiter des M-Apparates der KPD (z.B. Hans Kippenberger und Albert Zwicker);

- KPD-Funktionäre im Donbass und in Leningrad (z.B. Michael Sommer und Paul Dietrich);

- Redakteure der Deutschen Zentral-Zeitung (Julia Annekowa, Oskar Deutschländer und Alois Ketzlik);

- Mitarbeiter des Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter (Otto Rittdorf, Franz Stamm und Nikolai Stark);

- Kinder von deutschen Emigranten (z.B. Johann Beimler, Horst und Fridolin Seydewitz) und Jugendliche, von denen über 70 vom NKWD zu einer fiktiven Gruppe der »Hitler-Jugend« in Moskau vereint wurden;

- Mitarbeiter und Bewohner des Heims der Politemigranten (z. B. der Invalide Joseph Selbiger, August Müller und Helmut König);

- zahlreiche Arbeiter und Ingenieure in Moskauer Betrieben (z.B. Hans Altmann, Anton Erkelenz, Bernhard Hut, Karl Schröder und Fritz Palenschat), die zur »Hitler-Jugend« gerechnet wurden oder als spezielle »Sabotagegruppe« figurierten;

- Lehrer und Schüler der Lenin-Schule, der KUNMS und des Instituts der Roten Professur (z.B. Theodor Beutling, Heinz Altmann und Friedrich Stucke);

- Funktionäre im Moskauer Thälmann-Club (z.B. Nikolai Stark und Ernst Steinbring).

Die Verhaftungswellen im Apparat der Komintern wurden von Dimitroff und Manuilski am 10.10.1937 in einem Brief an den Sekretär des ZK der KPdSU A. Andrejew bilanziert:

»In der letzten Zeit haben die Organe des NKWD eine Reihe von Volksfeinden aufgespürt und eine weitverzweigte Spionageorganisation im Apparat der Komintern aufgedeckt. Als besonders »ungesäubert« erwies sich die wichtigste Abteilung der Komintern: der Nachrichtendienst, der jetzt völlig aufgelöst werden muß. Die Neubildung dieser Abteilung durch neue, sorgfältig ausgewählte und überprüfte Mitarbeiter muß in Angriff genommen werden.

Gerhard Jahn, Bergisch-Gladbach 1984, S.218-222.; Alfred Burmester (d.i. Wanda Bronska-Pampuch): Die Tragödie der polnischen Kommunisten, in: Aktion. 1951, H.10, S.27-32.

6 Ole Sohn: Fra Folketinget til celle 290. Arne Munch-Petersens skaebne, Kopenhagen 1992.

7 Am nächsten Tag (28. 7. 1938) wird Pjatzitzki vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR nach einer zwanzigminütigen Sitzung um 18 Uhr zum Tode verurteilt. Am gleichen Tag legte Jeshow Stalin eine Erschießungsliste vor, auf der u.a. Pjatzitzki und Knorin vermerkt sind.

8 Vgl. auch: Ioulia Piatnitskaja: Chronique d' une déraison. Moscou 1937-1938, Paris 1992.

9 Diese Verknüpfung des »inneren« und des »äußeren« Feindes zu einem Amalgam gehörte seit Robespierre zum ideologischen Instrumentarium des Terrors, der als »Emanation der Tugend« gerechtfertigt wird.

10 Sowohl in den »sprawkas« der Kaderabteilung wie auch in »Mitteilungen« einzelner erscheint dieses Konstrukt eines »partei-feindlichen« Rechts-Links-Blocks. Als Matrix für diese Konstrukte, die aus persönlichen Freundschaften von ehemaligen »Abweichlern« Verschwörungen machten, dienten auch die von den Kadern internalisierten Reden Stalins. Vgl. z.B. Politischer Rechenschaftsbericht an den XVI. Parteitag, in: J.W. Stalin: Werke, Berlin 1954, Bd.12, S.312-316.

11 Diese Zahl umfaßt aber noch nicht alle Personen, die außerhalb des Verfahrens 9871 in Einzel- oder Gruppenprozessen als »Mittäler« benannt oder die in Folterverhören aufgelistet wurden. Allein der zehnte Aktenband des Falles 9871 (Juli 1940) umfaßt 316 Seiten und stellt durch weitere Auszüge aus zahlreichen anderen Anklageschriften wie auch durch Dossiers weitere »Verbindungen« zu anderen Verhafteten und Verurteilten her. Die bürokratische Operationalisierung der »Kontaktschuld« zeitigt in den NKWD-Verfahren synergetische Effekte, die sich »aktenintern« gegen immer neue, selbstreferentiell produzierte »Feinde« und »Spione« richten.

12 Der legendäre Altbolshewik Pjatnitski, Mitglied des EKKI-Präsidiiums, in den zwanziger Jahren in der Komintern als »graue Eminenz« u.a. verantwortlich für die Finanzierung der Kommunistischen Parteien, war bis zu seiner Verhaftung ZK-Mitglied und Leiter der administrativen Abteilung des ZK der KPdSU.

13 Der in Lettland geborene Wilhelm Knorin war nach dem VII. Weltkongreß nurmehr stellvertretender Leiter der Propaganda- und Agitationsabteilung des ZK der KPdSU. Er wurde in der Anklageschrift zusätzlich als »Leiter der lettischen nationalistischen Organisation«, als »Agent des polnischen Nachrichtendienstes« und Teilnehmer der »belorussischen nationalen Opposition« beschuldigt.

14 Bela Kun, Kommissar in der ungarischen Räterepublik, seit 1921 und dann erneut seit 1931 Mitglied

Zwar weniger, aber auch ungesäubert erwiesen sich andere Teile des Komintern-Apparates: Kaderabteilung, politische Berater der Sekretäre des EKKI, Sachbearbeiter, Dolmetscher, usw.«¹⁵

In den Verschwörungskonstrukten der NKWD-Untersuchungsführer konnten die Komintern- und KPD-Funktionäre wie auch die »einfachen« Politemigranten schon allein durch ihre Einreise aus dem Ausland oder durch ihre »Verbindungen« mit dem Ausland, durch ihre Reisen als Komintern-Emissäre, durch ihre KZ-Haft und wegen ihrer Verhaftungen im westeuropäischen Ausland zu »Spionen« der deutschen Gestapo, des französischen, englischen, holländischen Geheimdienstes oder von nicht näher spezifizierten »ausländischen« Geheimdiensten deklariert werden. Präformiert wurde dieses Feindbild bereits in zahlreichen Kontroll- und Überprüfungsritualen¹⁶, denen sich die Emigranten in den Instanzen der MOPR, der Komintern, der KPD und der KPdSU zu unterziehen hatten. Über deren politische Biographien, Haftzeiten und Entlassungen aus KZ's und Zuchthäusern, über ihre »Verbindungen« in der Sowjetunion und mit dem Ausland wurden zudem mehrere NKWD-Abteilungen durch den ständigen Materialaustausch mit der Kaderabteilung des EKKI und dem ZK der MOPR informiert. Die Materialien dieser Abteilungen¹⁷ standen den NKWD-Untersuchungsführern auch in der Form von kurzen »Dossiers« zur Verfügung, die kurze Informationen zu den politischen »Abweichungen« enthielten.

Von zentraler Bedeutung für die Auslösung von großen Verhaftungswellen, aber auch für die Verhaftung einzelner prominenter »Gegner« sind jedoch persönliche Direktiven Stalins und jene politischen Feindbilder, die in »Maßnahmen« des ZK der KPdSU und in Beschlüssen der Plenen des ZK der KPdSU vorformuliert wurden. In seinem Schlußwort auf dem ZK-Plenum im März 1937 hatte Stalin zur »Zerschmetterung und Ausrottung der japanisch-deutschen Agenten des Trotzismus« aufgerufen. Während öffentlicher »tschistkas« und in klandestinen »Säuberungen« wurde Stalins Rede in die Verfolgungspraxis umgesetzt:

»Ich glaube, jetzt ist es für alle klar, daß die heutigen Schädlinge und Diversanten, unter welcher Flagge, ob unter trotzkistischer oder bucharinscher, sie sich auch maskieren mögen, schon lange aufgehört haben, eine politische Strömung in der Arbeiterbewegung zu sein, daß sie sich in eine prinzipien- und ideenlose Bande berufsmäßiger Schädlinge, Diversanten, Spione, Mörder verwandelt haben. Es ist klar, daß diese Herrschaften schonungslos zerschmettert und ausgerottet werden müssen, als Feinde der Arbeiterklasse, als Verräter an unserer Heimat.«¹⁸

Pjatnitski wurde am 7.7. 1937 verhaftet, nachdem er sich auf dem Juni-Plenum des ZK der KPdSU entschieden gegen Jeshows Massenterror und gegen neue Vollmachten für das NKWD gewandt hatte. Am 29. Juni 1937 hatte Stalin das ZK-Plenum mit den Worten beschlossen: »Was Pjatnitski betrifft, so ist eine Untersuchung im Gange. Sie soll in einigen Tagen abgeschlossen sein.«¹⁹ In einem Gespräch mit Dimitroff hatte Stalin am 11.2.1937 das vom großrussischen Nationalismus und paranoiden Verschwörungsden-

ken geprägte Feindbild skizziert: »Ihr alle in der Komintern arbeitet dem Feind in die Hände.« Noch dezidierter und drohender äußerte sich NKWD-Chef Jeshow gegenüber Dimitroff: »In der Kommunistischen Internationale bauten sich die größten Spione ein Nest.«²⁰

Am 7. November 1937 äußerte Stalin gegenüber Dimitroff, mit dem er zusammen auf der Tribüne des Lenin-Mausoleums stand: »Man muß mit der Aufdeckung der entdeckten Tatsachen über die konterrevolutionäre Tätigkeit (Verhaftungen etc.) in der KPdSU (B) und in der Komintern noch abwarten, bis all die notwendigen Dokumente ausgearbeitet sind. Es lohnt sich nicht, darüber bruchstückhaft zu informieren. Knorin ist polnischer und deutscher Spion (schon lange und bis in die letzte Zeit), Pjatnitzki ist Trotzki. Alle sagen über ihn aus (Knorin u.a.). Kun handelte zusammen mit den Trotzkiisten gegen die Partei. Höchstwahrscheinlich ist er auch in Spionage verwickelt.«²¹

Die hier von Stalin vorgeschlagene »Ausarbeitung«²² der »notwendigen Dokumente« meinte, daß das NKWD mit neuen erforderten »Geständnissen« das Konstrukt des »Antikomintern-Blocks« noch verbessern müsse. Die »Säuberungen« und Verhaftungen im Apparat der Komintern²³ wurden sowohl von der Kaderabteilung als auch durch das Parteikomitee im EKKI-Apparat durch enge Kooperation mit dem NKWD – z.B. durch das Aufstellen von Listen von »Personen, die früher anderen Parteien angehörten, trotzkistische und rechte Abweichungen und Parteiverweise hatten« befördert.

Neben Stalins häufig praktizierten Eingriffen in die Vorbereitung und Durchführung von Schauprozessen sind es Beschlüsse des ZK der KPdSU, die auf Initiative Stalins oder mit seiner Zustimmung gefaßt wurden, die neue Verhaftungswellen auslösten.

Der 1937 vom Februar/März-Plenum des ZK der KPdSU gefaßte Beschluß »Die Lehren der Schädlingstätigkeit, Diversion und Spionage der japanisch-deutsch-trotzkistischen Agenten«²⁴ wurde in Parteiversammlungen des NKWD und durch operative Befehle in die bürokratisch organisierte Irrationalität des auf einzelne Opfergruppen gezielten wie auch des breit definierten Massenterrors verwandelt. Von mehreren operativen NKWD-Befehlen²⁵ waren auch die deutschen Emigranten »betroffen«, die seit Sommer 1937 ebenso wie Polen und Letten als Angehörige von »nationalen Minderheiten« zu »antisowjetischen Elementen« und »Spionen« deklariert, nach vorgegebenem Plansoll verhaftet und in Schnellverfahren (Albumverfahren) zum Tode verurteilt wurden. Zu dieser vor allem in Betrieben und in Clubs der Politemigranten verhafteten Opfergruppe der »deutschen Spione, Saboteure und Diversanten« gehörten zahlreiche deutsche Arbeiter und Ingenieure, die in den Konstrukten des »Antikomintern-Blocks« als vom »Zentrum« angeleitete »Täter« in der Peripherie von Moskauer Betrieben »Spionage« und »Sabotage« betrieben. Unter diesen Verhafteten wurden vom NKWD auch die jugendlichen »Terroristen« ausgemacht, die nach dem Muster der großen Schauprozesse »Anschläge« gegen Stalin, Molotow etc. planten und zu einer fiktiven Organisation der »Hitler-Jugend«²⁶ zusammengefaßt wurden.

des Präsidiums des EKKI und Sekretär, seit Sommer 1936 Direktor eines Moskauer Verlages.

15 RCCHIDNI, F.17, op.120, d.259, S.33.

16 Vgl. dazu Reinhard Müller: Unentwegte Disziplin und permanenter Verdacht. Zu Genesis der Säuberungen in der KPD, in: Wolfgang Neugebauer (Hrsg.): Von der Utopie zum Terror. Stalinismusanalysen, Wien 1994, S.71-95; Ders.: Die Akte Wehner, Moskau 1937-1941, Berlin 1993.

17 Vgl. z.B. die Liste der von der Komintern an das NKWD zu Erich Birkenhauer übersandten Materialien im Gesamtumfang von 93 Seiten, abgedruckt in: Reinhard Müller: Die Akte Wehner, Moskau 1937-1941, Berlin 1993, S. 318f.

18 J.W.Stalin: Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler, Moskau 1937, S.34.

19 Zit. nach Boris Starkow, a.a.O., S. 1300. Die angekündigte Publikation der Protokolle der ZK-Plenen auf Mikrofilm wird nicht nur die Hintergründe der Verhaftung Pjatnitzkis näher erhellen.

20 Tagebuch Dimitroffs, zit. nach Friedrich Firsow: Die »Säuberungen« im Apparat der Komintern, in: Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren. Hrsg. von Hermann Weber und Dietrich Staritz in Verbindung mit Siegfried Bahne und Richard Lorenz, Berlin 1993, S.47.

21 Eintragung in Dimitroffs Tagbüchern. Zit. nach einem unveröff. Manuskript von Friedrich Firsov.

22 Bereits im Prozeß gegen die »Industriepartei« und gegen die »Menschewiki« griff Stalin in die Vorbereitung der Prozesse persönlich ein, in einem Brief (Oktober 1930) an den OGPU-Chef Menshinskij legte er die »Vorwürfe« fest und ordnete die Folter an. Vgl. dazu: Jakow Rokitjanskij/Reinhard Müller: Krasny dissident. Akademik Rjasanov: opponent Lenina – shertva Stalina, Moskau 1996.

23 Vgl. dazu Friedrich Firsov: Die »Säuberungen« im Apparat der Komintern, in: Kommunisten verfolgen Kommunisten, a.a.O., S. 37-51.

24 Veröffentlicht in: Voprosy istorii, 1995, H.2, S. 22-26.

25 Diese operativen Befehle des NKWD (z.B. der operative Befehl 00447 vom 30. Juli 1937) werden in der geplanten Publikation zum »Antikomintern-Block« veröffentlicht. Auszüge in: Ne predat' zabveniju. Knig pamjati repressirvannyh v 30-40e i nacale 50-ych godov, svjazannyh sud'bami s Jaroslavskoj oblast'ju. Jaroslavl' 1993, S.18-21. – Allein dieser operative »Befehl« des NKWD umfaßt 19 Seiten.

26 Vgl. dazu: Holger Dehl/Natalia Mussienko: »Hitlerjugend« in der UdSSR? Zur Geschichte einer Fälschung, in: Neues Leben, Moskau 1994, Nr.29, 30, 31.

In zahlreichen Verhören und in einzelnen Anklageschriften des »Antikomintern-Blockes« zielte das NKWD nicht zuletzt darauf, jene in den ersten beiden Schauprozessen hervorgetretenen Pannen in der »Beweisführung«, die in der ausländischen Berichterstattung zu kritischen Demontagen der Schauprozesse geführt hatten, durch die erforderten »Aussagen« neuverhafteter »Täter« zu beheben. So wurde in mehreren »Protokollen« von Verhören durch die NKWD-Untersuchungsführer den Opfern (z.B. Hugo Eberlein) immer wieder die »Verbindung« zu Trotzki in Norwegen und dessen Sohn Leo Sedow in Berlin und Kopenhagen zugeschrieben oder die Finanzierung von »trotzkistischen Gruppen«.

Auch die Vorbereitung eines möglichen Prozesses gegen Willi Münzenberg, der sich in Paris weitsichtig weigerte, nach Moskau zu fahren, gehörte zu den Intentionen der NKWD-Untersuchungsführer, die das international verzweigte Netz des »Antikomintern-Blockes« entwarfen. So wird im fabrizierten »Protokoll« eines von Leo Flieg erforderten »Geständnisses« der »Münzenberg-Konzern« zur Machination des »deutschen Nachrichtendienstes«:

»... Ich bin deutscher Spion. Viele Jahre hindurch führte ich einen Kampf gegen die KPD, gegen die Komintern und die Sowjetunion, ich arbeitete laut den Anweisungen des deutschen Nachrichtendienstes. In der letzten Zeit trieb ich meine auf die Zerstörung der KPD gerichtete verräterische Arbeit und meine Spionagetätigkeit gegen die Komintern und die UdSSR zugunsten des faschistischen Deutschlands, mit dessen Nachrichtendienst ich durch ein Mitglied des ZK der KPD, Wilhelm Münzenberg, verbunden war. In meinen Aussagen will ich der Untersuchung nicht nur über meine verräterische Spionagetätigkeit erzählen, sondern ich will auch alle mir bekannten Informationen über die Tätigkeit des ganzen Systems des deutschen Nachrichtendienstes mitteilen, das sich hinter dem Deckmantel vieler Unternehmen, die unter dem Namen »Münzenberg-Konzern« bekannt sind, verbirgt.«

Wie alle anderen Verhafteten, die den systematischen Folterungen ausgeliefert waren, wurde Leo Flieg auch noch gezwungen, seine Bekannten und seine »Mittäter« in Moskau und Paris aufzulisten. Solche Listen von »Verbindungen« gehörten zum Standardrepertoire der Verhöre des NKWD, führten jedoch nicht in allen Fällen zur automatischen Verhaftung²⁷ der genannten Personen.

Durch ihre Kooperation mit der Kaderabteilung des EKKI verfügte das NKWD auch über Sammel Listen von »schlechten Elementen unter den Deutschen« sowie über Dossiers und Spitzelberichte zu früheren »Abweichungen« von KPdSU- und KPD-Mitgliedern. Zahlreiche »seksots«, die als verpflichtete NKWD-Mitarbeiter unter Decknamen »Agentur-Material« beitrugen, wie auch beflissene Denunziationen an Kaderabteilung und NKWD präformierten bei ehemaligen »Abwechlern« die spätere Verhaftung. Neben der heimlichen Denunziation wurde in öffentlichen Strafritualen, in Partei-Betriebsversammlungen, in formalisierten »tschistkas« wie in geschlossenen Parteiversammlungen der »Parteifeind«, der »Doppelzüngler« ausfindig gemacht. Ein bereits im Januar 1935 verschickter geheimer Rundbrief des ZK der KPdSU zielte auf die

Entlarvung des »maskierten Doppelzünglers«, der als »Spion uns feindlicher Kräfte« nicht nur aus der Partei ausgeschlossen, sondern »verhaftet und isoliert«²⁸ werden muß.

In einem Artikel verweist Wilhelm Pieck im Februar 1935 prompt auf jenen Rundbrief der KPdSU: »Das ZK der KPdSU(B) hat in seinem außerordentlich bedeutsamen Brief an die Parteimitgliedschaft über die Sinowjew-Trotzki-Gruppe das Hauptgewicht auf die bolschewistische Wachsamkeit gegenüber jeder oppositionellen Betätigung und Gruppierung, gegenüber Doppelzüngigkeit und Heuchelei gelegt, die hier im Lande des sozialistischen Aufbaus und der proletarischen Diktatur ganz offen zum Angriff auf die Führung, auf die Regierung des Landes und zur Verbindung mit den Klassenfeinden in den kapitalistischen Ländern geführt haben.«²⁹ Wilhelm Pieck hatte in diesem für die KPD-Mitglieder programmatischen Artikel bereits das parteiamtliche Verschwörungskonstrukt der KPdSU auf die KPD übertragen und darauf verwiesen, daß die »bolschewistische Wachsamkeit auf das schärfste gegen alle Rechten und Versöhnler gerichtet sein« müsse, da – so Pieck – von den »Versöhnlern auch Verbindungen mit solchen konterrevolutionären Strömungen, insbesondere mit Mitgliedern der Sinowjew-Trotzki-Gruppe, die an dem scheußlichen Verbrechen des Mordes an Genossen Kirow schuldig sind«, bestanden hätten.

Ins Visier der Kaderabteilung und des NKWD gerieten besonders jene KPD-Mitglieder, die aus KZ-Haft und Gestapo-Gefängnissen entlassen worden waren. Sie wurden nach der erlittenen Gestapo-Folter in Moskau erneut »Untersuchungen«³⁰ durch die Kaderabteilung unterworfen, deren abstruse Schuldvorwürfe und Verdächtigungen an das NKWD weitergegeben wurden. So wurden z.B. Werner Hirsch, Willy Budich, Walter Dittbender und Heinrich Meyer von den Untersuchungsführern des NKWD mit dem Vorwurf des in der Haft angeworbenen »Gestapo-Agenten«³¹ überzogen. Während der NKWD-Verhöre wurde Georg Brückmann, der 1930 kurzzeitig in Berlin inhaftiert war, zu dem »Geständnis« gezwungen, daß ihn die Berliner Politische Polizei angeworben habe. Bis zu seiner Verhaftung 1937 hatte Brückmann als Referent in der Kaderabteilung selbst zahlreiche solche Beschuldigungen an das NKWD gerichtet. Georg Brückmann wie auch Walter Dittbender, der Leiter der Politemigrantenabteilung des ZK der MOPR, entsprachen durch ihre Tätigkeit in Moskau den expansiven Verfolgungsintentionen der NKWD-Untersuchungsführer, da sie mit allen »Politemigranten« bei der Einreise oder bei »Überprüfungen« in »Verbindung« getreten waren. Durch die Einbeziehung dieser Schleusen- und Kontrollfunktionäre als Angeklagte des »Antikomintern-Blocks« konnten alle Emigranten, die aus Deutschland nach Moskau kamen, zu »faschistischen Spionen« gemacht werden, die von den »Gestapoagenten« Brückmann³² und Dittbender angeworben und in die UdSSR eingeschleust wurden. Der frühere Thälmann-Sekretär Heinrich Meyer, in Moskau »Gehilfe« von Wilhelm Florin, dem Vorsitzenden der Internationalen Kontrollkommission der Komintern, wurde vom NKWD innerhalb des »Antikomintern-Blocks« zum »Gestapo-Residenten« erklärt.

27 Außer Leo Flieg wurde keines der in vielen Verhörprotokollen und »Meldungen« genannten ZK-Mitglieder, die 1935 auf der »Brüsseler Konferenz« gewählt worden waren, verhaftet. Anders als in der KP Polens verließ die Funktion innerhalb der nun »herrschenden« KPD-Führung zumindest den Schutz vor Verhaftung.

28 Zit. in : Schauprozesse unter Stalin 1932-1952, Berlin 1990, S.210-222. –Noch vor Beginn des ersten Moskauer Schauprozesses wurde in einem weiteren Rundschreiben des ZK der KPdSU die »terroristische Tätigkeit« des »trotzkistisch-sinowjewischen konterrevolutionären Blocks« beschrieben. Das streng geheime Schreiben schließt mit dem Aufruf zur Denunziation: »Eine unverzichtbare Eigenschaft jedes Bolschewiken muß die Fähigkeit sein, den Feind der Partei aufzuspüren, wie gut er sich auch tarnen mag.« Ebd., S.251.

29 Wilhelm Pieck: Die Wendung zur revolutionären Massenpolitik, in: Die Kommunistische Internationale (Tarnschrift-Ausgabe), XVI. Jg., 1935, S.316. – Gegen eine Schrift des »Versöhnlers« Heinrich Süßkind (Pseud. Kurt Heinrich) hatte sich Wilhelm Pieck bereits im Januar 1935 gewandt. Vgl. Wilhelm Pieck: Gegen die »versöhnlerischen« Schmuggler, in: Die kommunistische Internationale, XVI. Jg. 1935, S.154-161. Hier wird auch der später in NKWD-Dokumenten häufig auftauchende Topos von der »Verständigung« der Versöhnler mit den sog. »linkssektierischen Elementen« in der KPD benutzt.

Pieck schließt seinen Artikel, der den öffentlichen Auftakt zur erneuten Jagd auf die »Versöhnler« gab, mit dem drohenden Hinweis: »Wie es auch sei, die Partei wird mit aller Rücksichtslosigkeit die Versöhnler und ihre Machenschaften schlagen.« Heinrich Süßkind wurde bereits 1934 wegen »internationaler Verbindung mit Versöhnlern« aus der KPD ausgeschlossen. Im August 1936 wurde er vom NKWD verhaftet und am 3.10.1937 zum Tode verurteilt. In der NKWD-Anklageschrift werden die politischen Vorwürfe gegen den »Versöhnler« und ehemaligen Chefredakteur der »Roten Fahne« wiederholt. Er wurde angeklagt, daß er »a) auf dem Weddinger Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands aus dem ZK der KPD entfernt wurde und der Politik der Partei zustimmte, danach seine subversive Tätigkeit fortsetzte, indem er sich bis zum Machtantritt der Faschisten an den illegalen Zusammenkünften der Versöhnler in Deutschland beteiligte; b) nach der Ausreise /Emigration/ in Prag 1933 sich dort mit dem ehem. Versöhnler/Trotzkisten K. VOLK, dem Organisator der Konferenz der Rechten und Trotzkisten in Zürich, auf der das Ziel gestellt wurde, alle illegalen Gruppen zum Kampf gegen die UdSSR und die Partei zu vereinen, verbunden hat; c) sich zusammen mit den Trotzkisten K. VOLK und BLÜCHER/LARSEN an der Abfassung des antisowjetischen Appells der Rechten und Trotzkisten beteiligt hat; d) nach der Ankunft in Moskau eine antisowjetische Gruppe der ehem. Versöhnler gebildet hat;

Durch den Vorlauf von »Säuberungen« im Komintern-Apparat und in der KPD, durch die inquisitorischen Prozeduren von »Überführungen« und »Untersuchungen«³³ waren besonders alle jene Funktionäre gefährdet, die als »Abweichler« vor und nach dem VII. Weltkongreß degradiert worden waren. Walter Dittbender schilderte während eines NKWD-Verhörs die Zusammenarbeit mit dem NKWD: »Die Mehrheit der deutschen Kommunisten waren Funktionäre der Komintern, der MOPR und anderer Parteiorgane in der UdSSR. In diesem oder jenem Grade waren sie alle mit den NKWD-Organen verbunden, mit denen sie die wichtigsten Fragen abstimmten, insbesondere die mit der Auslandsarbeit unserer Kommunisten zu tun hatten. Seit März 1936 und während des ganzen Jahres 1937 beteiligte ich mich als Sekretär an der Überprüfung der Parteidokumente der Mitglieder der deutschen Sektion der Komintern. Durch die Kommission wurden etwa dreitausend Kommunisten untersucht. Es gab über viele von ihnen ziemlich ernsthafte negative Materialien entweder über die frühere oppositionelle Tätigkeit oder über die Zugehörigkeit zu Geheimdiensten.«³⁴

Ihre Häresien waren für die Untersuchungsführer des NKWD in kurzen Dossiers (sprawka) aufbereitet und gerieten in den erfolgten »Geständnissen« zu einer Chronik der kriminalisierten Abweichungen, in der sich wie in einer »camera obscura« die Realgeschichte der Fraktionskämpfe und die vorgegebenen Amalgame des NKWD vermischten. Sowohl NKWD-Untersuchungsführer wie auch KPD-Funktionäre benutzten in den erfolgten und vorfabrizierten »Verhörprotokollen« und in »Geständnissen« die Sprachregelungen und Zuschreibungen des Parteidiskurses (Sektierer, Versöhnler, Trotzkist). Diese geronnenen Feindbilder konnten als feststehendes »script« durch die Verknüpfung mit dem Artikel 58 des sowjetischen Strafrechts noch weiter von der konstruierten »Wirklichkeit« entkoppelt werden.

Die Irrealität der stalinistischen Justizphantasien, die Fiktionalität ihrer Feindbilder und Verschwörungssyndrome spiegeln sich auch in Hannah Arendts Feststellung: »Die russische Geheimpolizei hat es verstanden, alle Faktoren der Wirklichkeit aus der Anklage zu eliminieren, so daß dem Angeklagten in seiner kompletten Isolierung von der Realität schließlich nichts mehr wirklich erscheint als die innere Logik, die Stimmigkeit der Fabel selbst.«³⁵ Wie aber jetzt in zahlreichen NKWD-Dokumenten, in verzweifelten Briefen an den »Werten Genossen Stalin« aus demGULag, aus der Lubjanka und aus der Butyrka deutlich wird, wurde diese »Stimmigkeit der Fabel« durch brutalste Foltermethoden hergestellt.

In vielen Briefen an Stalin, Berija, Molotow oder Wyschinski berichten die im Land ihrer Träume inhaftierten deutschen Polit- emigranten über die erlittenen Folterqualen in der jahrelangen Untersuchungshaft und fordern – wie z.B. Joseph Selbiger – die Ausweisung nach Deutschland:

Brief von Joseph Selbiger³⁶ an den Staatsanwalt der UdSSR³⁷
[Wyschinski]
29.1.1941
An den Hauptstaatsanwalt der CCCP

von Selbiger, Joseph Benjaminowitsch
im Butyrskaja Gefängnis Zelle 106

Eingabe!

Bürger Staatsanwalt!

Ungeachtet dessen, daß Sie mir auf meine bisherigen Schreiben keine Antwort gaben, sehe ich mich gezwungen, wieder einmal zu schreiben. Wie Ihnen bekannt ist, sitze ich 35 (fünfunddreißig) Monate in »Untersuchungshaft«. Ich hielt es bisher für unnötig, Ihnen über meine persönliche Lage zu schreiben. Heute sehe ich mich gezwungen zu diesem Schritt. Die psychologische Verfassung eines Menschen in meiner Situation wird Ihnen aus der Literatur bekannt sein. Es genügt, wenn ich Ihnen sage, daß meine Nerven, die niemals besonders stark waren, vollkommen aus dem Leim gegangen und ich manchmal nicht weiß, wann der Wahnsinn anfängt. Meine physische Lage: Als ich verhaftet wurde, wog ich höchstens 55 Kilo. Heute höchstens 35. Ich sitze beinahe drei Jahre ohne Gelegenheit mir zusätzliche Verpflegung aus dem Larjok kaufen zu können. Schwarzes Brot kann ich nicht essen und bekomme deshalb am Tage 300 Gramm weißes. Von 5 verschiedenen Sorten Suppe bin ich gezwungen, 3 nicht zu essen und von 4 Sorten Kascha eine, ohne etwas anderes zu bekommen. Mein Körper ist deshalb im Zustande höchster Schwäche. Es ist mir unmöglich den Spaziergang auszunützen, die Beine sind schwer wie Blei. Ewiger Kopfschmerz, Herzschmerzen. Häufig wird es mir dunkel vor den Augen. Wie Sie sehen, befinde ich mich in einer äußerst schweren Lage.

Zu den physischen Qualen der Gefangenschaft gesellen sich die psychischen. Ich habe weder die Kraft noch Lust, noch lange eine derartige Quälerei, die ich selbst einem Vieh nicht wünsche, zu ertragen. Wenn nicht in kürzester Frist eine Änderung meiner Lage eintritt, mache ich selbst Schluß. Darauf gebe ich mein Ehrenwort! Sie wissen, welche Rolle das Ehrenwort bei einem Deutschen spielt und können sich selbst ausrechnen, daß ich Ihnen keine Phrasen schreibe. Zum Henker noch mal! Was fürchten Sie denn eigentlich? Das Tribunal tagt bei verschlossenen Türen und ein Todesurteil ist doch verdammt leicht zu fällen. Worauf warten Sie noch? Daß ich verrückt werde und Sie damit von jeder Verantwortung enthebe? Haben Sie keine Angst, sowieso kommt die Zeit, in welcher die deutschen Arbeiter an Sie die Frage richten werden: Was habt Ihr mit unseren Genossen gemacht? Und bis zum Wahnsinn lasse ich es nicht kommen. Glauben Sie nicht, daß es mir am Mute fehlt, Selbstmord zu verüben. Lieber³⁸ ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!

Ich wiederhole noch einmal: Entweder meine Lage ändert sich in kürzester Frist oder Fini! Ich fordere von den Behörden der UdSSR meine schnellste Ausweisung aus dem Gebiete der Union! Als deutscher Staatsbürger stelle ich in aller Schärfe die Forderung, mir die Gelegenheit zu geben, mit einem Vertreter der Deutschen Botschaft in Moskau zu sprechen! Es ist Ihnen bekannt, daß Sie nach internationalem Rechte diese Forderung erfüllen müssen. Weiter verlange ich, daß meine materielle Lage endlich der Lage

e) mit namhaften Mitgliedern der illegalen trotzkistischen Organisation MAGYAR E., LURJE, Alice ABRAMOWITSCH und ANNENKOWA persönlich verbunden war;

f) Verbindung zur illegalen trotzkistischen NEUMANN-REMMELE-Gruppe hergestellt hat, um einen Block für den gemeinsamen Kampf gegen die KPdSU(B) und die Komintern zu bilden.« Anklageschrift Süßkind (5.9.1937), AFSB, Nr.3937.

30 Vgl. z.B. die Untersuchung gegen Werner Hirsch, die ab Juli 1935 von einer Troika (Grete Wilde, Heinrich Meyer, Herbert Wehner) durchgeführt wurde. Nach diesen mehrmonatigen parteiamtlichen »Untersuchungen«, die zu einer »strengen Parteirüge« führen, wird Werner Hirsch am 4.11.1936 verhaftet. Vgl. dazu Reinhard Müller: Zenzl Mühsam und die stalinistische Inquisition, in: Schriften der Erich-Mühsam-Gesellschaft, 1996, Heft 11, S.32-88.

31 Von Manuilski wird dieser generelle Spionagevorwurf gegen »Trotzkisten« und »Emigranten« auf dem KPdSU-Parteitag 1939 zusammengefaßt: »Die Trotzkisten sind überall als faschistische Provokateure in der Arbeiterbewegung tätig, als Spione und Zersetzungsagenten, gegen die UdSSR. Die bürgerlichen Spionagedienste nutzten ausgiebig die Trotzkisten und allerlei sonstigen faschistischen Unrat aus, um sie als angebliche Emigranten zur Spionagearbeit in die UdSSR zu schicken.« D. Manuilski: Bericht der Delegation der KPdSU (B) im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale an den XVIII. Parteitag der

KPdSU (B), Moskau 1939, S. 37.

32 Georg Brückmann hatte als »Albert Müller« in mehreren Artikeln in der »Kommunistischen Internationale« unter dem Vorzeichen der »Wachsamkeit« diese Argumentation des »Gestapospitzels« entwickelt. Vgl. auch Josef Koch: Der Kampf gegen Spitzel und Provokation: Die Methoden der Politischen Polizei im faschistischen Staat, Moskau/Leningrad 1935.

33 Vgl. dazu Reinhard Müller: Permanenter Verdacht und »Zivilhinrichtung«. Die Genesis der »Säuberungen« in der KPD, in: Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 243-264.

34 Diese »Zugehörigkeit zu Geheimdiensten« wurde sowohl in der »Untersuchungskommission« wie im NKWD aus der früheren Verhaftung oder aus der KZ-Haft konstruiert. Auch in der Anklageschrift gegen Dittbender wird dieser »Vorwurf« erhoben: »Dittbender wurde während der Haftzeit im Konzentrationslager durch einen ausländischen Geheimdienst angeworben und in das Territorium der Sowjetunion geschickt, um die trotzkistische und Spionagearbeit zugunsten eines der UdSSR feindlichen Staates zu organisieren.«

35 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft. München 1986

36 Joseph Selbiger, geb. am 13. Mai 1910 in Duisburg, Jude, Schriftsetzer. Mitglied der SAJ seit 1924, der SPD seit 1928, seit März 1932 der KPD. Gewerkschafts- und KPD-Funk-

eines europäischen Gefangenen in einem zivilisierten Land gleichgestellt wird. Sie erheben Anspruch auf Zivilisation, bitte erfüllen Sie auch die Pflichten der Zivilisation. In der Erwartung eines schnellen Resultates meines Schreibens

Josef Selbiger
Moskau 29.1.1941

In einem Brief aus dem »Inneren Gefängnis« in der Lubjanka, den Georg Brückmann im November 1939 an Dimitroff richtete, werden nicht nur die Foltermethoden des NKWD deutlich, sondern der ehemalige Referent der Kaderabteilung rühmt sich nun als »Opfer« seiner vorbildlichen Kooperation mit dem NKWD. Zudem kann oder will sich der linientreue Georg Brückmann seine Verhaftung wiederum nur mit den offiziellen Feindbildern, nämlich durch die Tätigkeit von »antisowjetischen Elementen« im NKWD-Apparat erklären:

»Meine Arbeit in der Sowjetunion, in der Komintern zeigte, daß ich mich nicht nur stets für die Generallinie der Partei einsetzte, sondern ihr half, die sich in die Partei eingeschlichenen Elemente unschädlich zu machen. Die Mitarbeiter der Kaderabteilung, die mit meiner Arbeit vertraut sind, müssen bestätigen, daß das NKWD von keiner anderen Sektion so viele Materialien erhielt wie von der deutschen. Meine Verhaftung wurde durch antisowjetische Elemente im Apparat des NKWD organisiert. Durch die Ihnen wahrscheinlich bekannten Methoden, die eines proletarischen Staates unwürdig sind und dem Willen der Partei nicht entsprechen, wurden die Protokolle fabriziert, in denen geschrieben stand, daß ich Terrorist und Spion bin. Nach meiner Verhaftung wurde ich während der ganzen Nacht in Anwesenheit von vier Untersuchungsführern so verprügelt, daß ich sieben Male bewußtlos wurde. Letzten Endes habe ich das unterschrieben, woran ich in meinem Leben nie gedacht und was ich nie getan habe ...«

Wenn man nach dem »Sinn« oder der Rationalität der scheinbaren Willkür des stalinistischen Terrors fragt, dann intendiert die Verfolgungslogik des ubiquitären Verdachts mit ihrer Erzeugung von eskalierender Angst die absolute Zurichtung der atomisierten Individuen. Seine bedingungslose Treue zum Parteifetisch und Stalinmythos hatte dieser »Neue Mensch« sich und den »Instanzen« dadurch zu beweisen, daß er sich selbst und seine »Beziehungen« ständig überprüfte und in den öffentlichen Unterwerfungsroutinen der panoptischen »Selbstkritik« überprüft wurde. Den Opfern, die aus dem nationalsozialistischen Deutschland in das sichere Vaterland ihrer ideologie- und utopiegesättigten Träume geflohen waren, erschien dabei die über sie hereinbrechende Realität des Terrors (Haft, Folter) wie die Irrealität der fiktiven Beschuldigungen und »Geständnisse« unbegreiflich, und allenfalls die eigene Verhaftung war als »Irrtum der Organe« gegenüber einem Unschuldigen erklärbar.

Die öffentliche Aufführung eines weiteren Schauprozesses mit den Hauptangeklagten Pjatnitzki, Kun und Knorin, für den das NKWD

noch weitere Komintern-Funktionäre und jugendliche »Täter« wie Gustav Sobottka jr. präparieren wollte, scheiterte jedoch wahrscheinlich an der Standhaftigkeit von Pjatnitzki, der sich weigerte, die ihm vorgeschriebenen »Geständnisse« zu unterzeichnen. Ebenso wie Abramow-Mirow, der bereits im Mai 1937 verhaftet worden war, konnte Bela Kun durch Folter zu ausführlichen »Geständnissen« gezwungen werden.

In dem 29 Seiten umfassenden »Geständnis« Kuns vom 31.12.1937, das ihm der auf Komintern-Funktionäre spezialisierte NKWD-Leutnant Osmolowski vorgegeben hatte, wird die fiktive Gesamtgeschichte³⁹ des Antikomintern-Blocks geliefert. Nach neun Monaten Haft und Folter machte Pjatnitzki am 14. 4.1938 – also nach Beendigung des dritten Schauprozesses – ein für die NKWD-Zwecke kaum verwertbares erstes »Geständnis«. Vom 14. April 1938 bis zum 27. Juli 1938 wurde daraufhin Pjatnitzki 73 Mal verhört. Auch während dieser schwersten Foltern – über die der Mitgefangene A.Tjemkin berichtete – weigerte sich Pjatnitzki, der vom NKWD auf höchste Weisung als Hauptangeklagter für einen evtl. Schauprozess gegen den »Antikomintern-Block in der Komintern« vorgesehen war, die »Geständnisse« zu unterzeichnen. Da die Hauptangeklagten für einen evtl. Schauprozess – entweder weil sie sich weigerten, »Geständnisse« zu unterschreiben, oder infolge der Foltern – nicht mehr präsentabel waren, wurden im Schnellverfahren Pjatnitzki, Bela Kun und Knorin angeklagt (28.7.1938) und nach der von Jeshow bei Stalin eingeholten Zustimmung erschossen. Die in Reserve gehaltenen »Mittäter« wurden nun vom NKWD – wie in anderen Fällen auch – in Einzelverfahren (z.B. Eberlein) und in Sammelverfahren wie in dem im folgenden dargestellten Fall Nr. 9871 weiter verhört und abgeurteilt.

So wurden am 31.8.1938 die einzelnen Untersuchungsfälle gegen elf KPD-Funktionäre und Mitglieder von der 2. Abteilung der Verwaltung für Staatssicherheit der Moskauer Gebietsverwaltung des NKWD zu einem Fall Nr. 9871 vereinigt und an die 3. Abteilung, die parallel ermittelte, übergeben. Nach der Verhaftung Jeshows und der vorübergehenden »Lockerung« des Terrors widerriefen mehrere der in der Strafsache Nr. 9871 Beschuldigten ihre erforderten »Geständnisse«. Während eines NKWD-Verhörs (28.12.1938) beschrieb der 1915 geborene Gustav Sobottka jr. Details der Verhörmethoden und der Folterpraxis, die zu seinen »Geständnissen« geführt hatten:

»Alle meine Aussagen sind erlogen und stellen ein Ergebnis der physischen und moralischen Einwirkung der Untersuchungsführer KUSINS und anderer dar, mit denen zusammen er arbeitete. Ich habe mich nie konterrevolutionär betätigt, wurde am 4. Februar in der Straße verhaftet und direkt zum Verhör gebracht, das mehr als 15 Stunden dauerte und nur darin bestand, daß mich verschiedene Untersuchungsführer schreiend zwangen, über mich zu schreiben, sie nannten mich »Faschist«, »Resident« und beschimpften mich unflätig. Als ich während des zweiten Verhörs konterrevolutionäre Tätigkeit verneinte, die ich nie betrieb, hat man begonnen, mich zu

tionär in Dudweiler/Saar. Mitglied des Aufbruch-Kreises, akute Lungentuberkulose, verläßt 1935 das Saargebiet, inhaftiert in Frankreich bis September 1935, über Paris Emigration in die UdSSR, hier Sanatoriums-Aufenthalt, dann als Invalide im Haus der Politemigranten, lebt von monatl. 50 Rubel Unterstützung bis zu seiner Verhaftung am 12.3.1938. Am 7.4.1941 zu fünf Jahren Arbeitslager durch Sonderberatung verurteilt. Verstarb wahrscheinlich im Moskauer Gefängnis oder im GULag.

37 Adressat und »Eingabe« in Russisch, vierseitige Handschrift mitTinte.

38 Hier gestrichen: nicht.

39 Er berichtete darin z.B. über die Bildung eines »deutsch-polnischen Blocks« durch J. Lenski und H. Neumann.

prügeln und forderte immer von mir, zu schreiben. Derartige Verhöre dauerten einige Tage. Während einer der Verhöre hat der Untersuchungsführer KUSIN einen Revolver an meine Brust mit der Forderung gesetzt, zu schreiben. Ein anderer Untersuchungsführer, der im Arbeitszimmer KUSINS arbeitete und rothaarig war (seinen Namen kenne ich nicht), hat auf meine Worte nach der Verprügelung geantwortet, daß ich über die konterrevolutionäre Tätigkeit nichts zu schreiben habe: »Du wirst dir doch etwas ausdenken.«

Diese Verhöre endeten damit, daß ich im Arbeitszimmer des Untersuchungsführers KUSIN in einem äußerst furchtbaren Zustand, verprügelt, zerquält mir das Leben zu nehmen versuchte. Ich habe mir die Vene der linken Hand mit einem Glassplitter des zerbrochenen Lampenschirms zerschnitten, als der Untersuchungsführer in ein anderes Zimmer gegangen war. Ich habe deshalb versucht, Selbstmord zu begehen, weil ich fühlte, daß ich die Methoden der physischen Einwirkung nicht mehr aushalten könnte und dadurch gezwungen würde, etwas Verbrecherisches auszudenken, die Untersuchung auf einen falschen Weg zu lenken und dadurch dem Feind helfen würde. Danach wurde ich in die Krankenzelle des Taganskaja Gefängnisses eingeliefert.

Am 9. März wurde ich wieder zum Verhör vorgeladen. Ich war in der Krankenzelle zur Schlußfolgerung gekommen, daß es notwendig sei, alles zu schreiben, was der Untersuchungsführer von mir verlangt. Es waren die Mitgefangenen mit gebrochenen Rippen und gebrochenem Rückgrat, die sich in der Krankenzelle befanden und mir dabei halfen, zu dieser Schlußfolgerung zu kommen.

Am 9. März habe ich sofort begonnen, entsprechend dem Fragebogen des Untersuchungsführers KUSIN zu schreiben und schrieb alle jene Aussagen, auf die sich das Protokoll vom 21. April stützt. Die von mir in der Krankenzelle gemachte Schlußfolgerung zwang mich dazu, bis jetzt eine falsche Haltung einzunehmen.

Jetzt will ich nur die Wahrheit aussagen und bitte, mich zur Verantwortlichkeit heranzuziehen, weil ich mich und andere verleumdet habe. Ich schrieb, von BEUTLING einen Auftrag bekommen zu haben, im August 1937 einen Terroranschlag gegen Gen. MOLOTOW zu verüben, als er nach dem Empfang der aus Amerika zurückgekehrten TSCHKALOWS, BAIDUKOWS und BELJAKOWS zurückkehren wird.

Ich habe weder diesen Auftrag noch den Revolver erhalten und konnte mich auf dem Triumphalnaja Platz nicht befinden, weil ich mich um diese Zeit im Urlaub im Kaukasus befand. Es läßt sich dadurch bestätigen, daß ich im August 1937 in verschiedenen Touristenheimen der Gesellschaft für proletarische Touristik und Exkursionen angemeldet wurde und mich in den Städten Naltschik, Such, Messias befand, auch andere Tatsachen in meinen Aussagen entsprechen nicht der Wirklichkeit.«

Am 25.1.1939 beschloß der NKWD Untersuchungsführer Treibmann, die Einzelverfahren gegen siebzehn Angeklagte in der Untersuchungssache Nr. 9871 zusammenzufassen. In der ersten Sammelanklageschrift vom 2.3.1939 wurden aber nur mehr dreizehn Angeklagte benannt. Franz Stamm war am 2.3.1939 zum

Tode verurteilt worden. Einige der siebzehn Häftlinge waren nach einem Brief Wilhelm Piecks (8.4.1939) an Manuilski⁴⁰ aus der Haft entlassen worden. Der Brief Piecks⁴¹, in dem er sich für die Freilassung von 16 Inhaftierten bei Manuilski bemühte, gelangte auch auf dem Instanzenwege an Berija und dann in die Akten des Falles Nr. 9871. Er wurde in Auszügen auf einzelne Häftlinge verteilt und mit Auskünften des NKWD und der Komintern ergänzt. Willy Kerff wurde am 21.4.1939 aus der Haft entlassen, Paul Schwenk am 13.1.1941. Heinz Altmann wurde wie Walter Dittbender am 2.3.1939 zum Tode verurteilt. Valentin Hahne, der auf Piecks Liste fehlte, wurde 1940 aus der UdSSR ausgewiesen.

Nach der Haftentlassung von Bernhard Koenen, Georg Kassler und Paul Schwenk, nach der Ausweisung von Valentin Hahne und Hans Bloch nach Deutschland und nach dem Tod von Gustav Sobottka jr. im Butyrka-Gefängnis wurde im Dezember 1940 gegen sieben Angeklagte im Fall Nr. 9871 eine letzte Anklageschrift verfaßt. Hier werden vom NKWD-Hauptmann Bresgin Fritz Schulte, Georg Brückmann, Hans Knodt, Walter Rosenke, Theodor Beutling, Max Strötzel und Joseph Selbiger angeklagt. Die Eingangsformel in dieser Anklageschrift wiederholt erneut, daß »1937-38 vom NKWD der UdSSR im Apparat der Komintern sowie in den führenden Apparaten ihrer Sektionen eine konterrevolutionäre Spionage- und Terrororganisation der Rechten und Troztkisten aufgedeckt« wurde:

Die vom NKWD verhafteten »Leiter KNORIN, KUN, MAGYAR, ABRAMOW-MIROW, KRAJEWSKI u.a. haben ausgesagt, daß sich das von ihnen geleitete kominternfeindliche Zentrum der Rechten und Troztkisten in seiner feindlichen Arbeit auf ein verzweigtes Netz ausländischer und innerer sowjetfeindlicher Formationen stützte. Sie haben u.a. ausgesagt, daß eine solche Formation in der deutschen Kominternsektion und unter den deutschen Politemigranten existierte.«

In einer Sonderberatung einer NKWD-Troika wurden am 21.4.1941 sechs Angeklagte: Fritz Schulte, Georg Brückmann, Hans Knodt, Walter Rosenke, Theodor Beutling und Max Strötzel zu acht und Joseph Selbiger zu fünf Jahren Haft im GULag verurteilt. Als einziger überlebte Walter Rosenke den GULag. Er konnte erst 1956 in die DDR ausreisen.

40 Vgl. dazu Heinz Voßke: Briefe Wilhelm Piecks an Georgi Dimitroff und D.S. Manuilski aus den Jahren 1937 bis 1942, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 31. Jg., 1989, H. 4, S.492-493.

41 Pieck hatte sich für Gustav Sobottka jr. bei Manuilski für die Freilassung eingesetzt. Der Brief gelangte am 29. Mai 1940 zu den Akten im Fall Nr. 9871. Am 22.9.1940 verstarb Sobottka in der Haft.

ALEXANDER WATLIN

Die Technologie stalinistischen Terrors. Neue Aspekte

Alexander Watlin – Jg.
1953, Historiker, Moskau.

Der Jahrestag der »großen Säuberung« 1937 bis 1938 rief in der russischen Presse ein unerwartetes Echo hervor, denn viele Fachhistoriker waren der Meinung, daß dieses Thema für immer seine an die Perestrojka gebundene Konjunktur verloren hat. Die Regierung Rußlands faßte den Beschluß, der von A. N. Jakowlew geleiteten Stiftung »Demokratie« eine solide Summe für die Veröffentlichung von Archivdokumenten zur Verfügung zu stellen, die die Verbrechen des Bolschewismus dokumentieren. Man kann nur hoffen, daß die bevorstehende Sequestration die Verwirklichung dieses Vorhabens nicht gefährdet. Abgesehen vom offensichtlichen politischen Hintergrund kann diese Hinwendung zu unserer nicht-überwundenen Vergangenheit ein wichtiger Bestandteil der Herausbildung der Zivilgesellschaft in unserem Land werden.

1 A. Verda: Strana pogolovnoj smertnosti. In: Nezasvisimaja gazeta, 30. 5. 1997.

2 Siehe den Bericht von A. Mil'cakov in: Vecernjaja Moskva, 9. August 1993.

3 Zakon Rossijskoj Sovetskij Federativnoj Socialističeskoj Respubliki „O reabilitacii zertv političeskich repressij“. 18 oktjabrja 1991 g. in: Sbornik akonodatel'nych i normativnych aktov o repressijach i reabilitacii zertv političeskich repressij. Moskau, 1993, S. 194-204.

4 Siehe A. Antonov-Ovseenko: Vragi naroda, Moskau 1996, S. 16.

5 Aleksandr Kokurin, Nikolai. Petrov: Ot Jagody do Berii. NKVD: struktura, funkcii, kadry (1934-1938), in: Pravda-5, Nr. 17, 5.-16. Mai 1997, S. 10-11; Nr. 18, 16.-23. Mai 1997, S. 10.

Die Tatsache, daß der Zeitraum, der uns vom stalinistischen Terror trennt, größer ist als die durchschnittliche Lebenserwartung der Russen¹, gestattet uns, die Aufmerksamkeit auf einen nicht unwesentlichen Aspekt des Terrors zu lenken, der bisher nicht aufgearbeitet worden ist. Die Akteure der »großen Säuberung« aus den Organen des NKWD, die nach Jeshows Absetzung und Ersetzung durch Berija auf ihrem Kampfposten verblieben, gingen mit allen Ehren und Privilegien in Rente. Die Zeit forderte ihren Tribut, bis auf wenige Ausnahmen² sind alle verstorben.

Die Art und Weise des Abschieds vom kommunistischen System in Rußland trug nicht zu einer, wenn auch verspäteten, historischen und juristischen Bewertung ihrer Handlungen bei. Auf das Fehlen von Forschungsarbeiten über die Subjekte des Terrors (also die Täterforschung) in unserem Land haben Historiker aus dem Westen hingewiesen. 1991 änderte sich die Situation von Grund auf. Das von Jelzin zwei Monate nach dem gescheiterten Augustputsch 1991 unterschriebene Gesetz »Über die Rehabilitierung der Opfer der politischen Repressalien«³ sah vor, daß Angaben zu Personen, denen Falsifizierung von Strafsachen, Anwendung ungesetzlicher Mittel im Verlauf der Untersuchung und Verstöße gegen geltendes Recht nachgewiesen werden, in der Presse zu veröffentlichen sind. Die seitdem vergangenen Jahre zeigen, daß der Artikel ein frommer Wunsch geblieben ist.⁴

Die vor kurzem veröffentlichten Materialien⁵ über die Struktur, die Funktion und die Mitarbeiter des NKWD in den Jahren 1934 bis 1938 sind ihrer Bedeutung nach kaum zu unterschätzen, aber sie widerspiegeln keineswegs die Tätigkeit dieser Kader auf dem

Höhepunkt der Repressalien. In den publizierten Dokumenten ist von der Leitung des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten die Rede, anhand dieses Materials ist es nur bedingt möglich, die vertikale Struktur des staatlichen Terrors, vom zentralen Apparat mit Sitz in der Lubjanka bis hin zu einer beliebigen Kreisdienststelle des NKWD vor Ort zu rekonstruieren.

Die wissenschaftliche Analyse der Technologie der Stalinschen Repressalien stützte sich bisher in der Regel auf die umfangreiche Memoirenliteratur und die wesentlich selteneren Archivmaterialien, darunter die Strafakten, die von den Opfern und ihren Angehörigen eingesehen werden können. Heute sind die Verfahren und Methoden, mit denen »Geständnisse« erpreßt wurden, der formale Charakter der Tätigkeit der »Troikas« und anderer nicht gerichtlicher Organe, die willkürliche und ohne Vorlage von Beweisen erfolgte Verurteilung kein Geheimnis mehr. Aber solche Fragen wie die nach der Zusammenarbeit der Organe des NKWD sowie der Situation in diesen Organen während der Massenrepressalien, der Führung der operativen Arbeit und der Auswahl der mit der Verhaftung betrauten Mitarbeiter, der Ausfertigung der Verhörprotokolle und der Urteile verweisen auf die verbleibenden »weißen Flecken«. Da diese im Archiv des FSB aufbewahrten Dokumente des NKWD nicht zugänglich sind, können die Historiker kein vollständiges Bild des stalinistischen Terrors zeichnen und müssen sich oft auf sekundäre Angaben und Quellen stützen.

Eine von der Moskauer Regierung ins Leben gerufene Gruppe zur Wahrung des Andenkens der Opfer politischer Repressalien, der der Verfasser angehört, bereitet die Veröffentlichung einer Reihe von »Erschießungslisten« vor.⁶ Es geht um die Ermittlung von Angaben über die in Butowo beerdigten Bürger, die zum höchsten Strafmaß verurteilt wurden. Nach vorläufigen Angaben sind in Butowo 22.000 Sowjetbürger aller Nationalität und Emigranten⁷ beigesetzt.

Unter den Dokumenten, die in den Untersuchungsakten enthalten sind, finden sich später eingefügte Aussagen von Mitarbeitern des NKWD, die an der Durchführung der »großen Säuberung« beteiligt waren. Auf diese Dokumente griff die Militärstaatsanwaltschaft bei der Rehabilitierung der Opfer Stalinscher Repressalien in den fünfziger Jahren zurück.

Bei den genannten Dokumenten handelt es sich nicht nur um die Aussagen jener Untersuchungsführer, die im Prozeß der Säuberung des Apparates des NKWD selbst zu Untersuchungsgefangenen wurden, sondern auch um Berichte und Aktennotizen derjenigen, die in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre niedergeschrieben wurden. Die noch nicht erfolgte Bearbeitung und Erschließung der Untersuchungsakten, die aus dem Archiv der Moskauer Verwaltung des NKWD dem Staatlichen Archiv der Russischen Föderation (GARF) übergeben worden sind, erklärt die fehlenden Verweise auf die jeweilige Quelle im vorliegenden Beitrag. Die bisher erfolgte Analyse der Täterzeugnisse gestattet einige Schlußfolgerungen. Sie können dazu beitragen, das Problem zu benennen, für endgültige Antworten ist es noch zu früh.

Die Aussagen der Untersuchungsführer aus dem NKWD werfen

6 Rasstrel'nye spiski. Vypusk 1, Donskoe kladbisce 1934-1940, Moskau 1993. Die Namen der erschossenen deutschen Emigranten in: Auf dem Donskoe-Friedhof beerdigt, in: Neues Deutschland, 2. November 1993, S. 14. Rasstrel'nye spiski. Vypusk 2, Vagan'kovskoe kladbisce 1926-1936. Moskau 1995. Siehe auch das vergleichbare Projekt in Petersburg: Leningradskij martirolog. T. 1, August bis September 1937. St. Petersburg 1995 und Leningradskij martirolog. T. 2, Oktober 1937, St. Petersburg 1996.

7 Die Toten von Butowo, in: Neues Deutschland 17. Juni 1993, S. 7 und 10. Mai 1994.

ein Schlaglicht auf die Technologie der Auswahl der Opfer. In der Publizistik und in der Geschichtswissenschaft mangelt es nicht an Erklärungen, angefangen von der auf Massenpsychose zurückgeführten Spionomanie und Flut von Denunziationen freiwilliger Helfer, die sich von ideellen oder materiellen Erwägungen leiten ließen, bis hin zur Verabsolutierung des blinden Willens und der These, das NKWD sei nur an der Erfüllung der vorgegebenen Verhaftungszahlen interessiert gewesen.

Zweifellos hat es auch 1937 und 1938 Risikogruppen in der sowjetischen Gesellschaft gegeben, gegen die sich der Hauptstoß der Stalinschen Repressalien richtete. Ihre Zusammensetzung entsprach der Struktur des NKWD, sowohl des zentralen Apparates als auch der Gebietsleitungen. Die personell größte Abteilung war die Dritte Verwaltung, die mit der operativen Arbeit auf dem Gebiet der Spionageabwehr beschäftigt war, ihr oblag die Beobachtung aller Ausländer in der UdSSR. Die Vierte, die politische Verwaltung, ging jedem Hinweis auf antisowjetische Tätigkeit nach, beobachtete solche Risikogruppen wie die »Ehemaligen«, die »Überläufer« und die Angehörigen anderer Nationalitäten. Für die Rüstungsindustrie, die Armee und das Transportwesen waren besondere Unterabteilungen des Volkskommissariats des Innern zuständig, was diesen Bereichen eine Art Nischenfunktion sicherte.

Wer in das Kreuzfeuer mehrerer Angreifer geriet, hatte kaum eine Überlebenschance. Es genügt, in diesem Zusammenhang an die erfundene Organisation und den gleichnamigen Prozeß gegen die »Hitlerjugend«⁸ zu erinnern, den die Siebente Abteilung der Vierten Verwaltung der Hauptverwaltung Staatssicherheit des NKWD des Moskauer Gebiets in Szene setzte. Dieser Teil des gewaltigen Apparates beschäftigte sich mit der Überwachung der Hochschuleinrichtungen in der Hauptstadt, und die ausländischen Studenten aus Ländern, in denen feindliche Regimes herrschten, gehörten zu den besonders gefährdeten Risikogruppen.

Viele Autoren neigen zu den in der Publizistik häufigen Übertreibungen wie z.B. der, daß die Menschen auf dem Höhepunkt des Terrors spurlos verschwanden, ohne Haftbefehl, ohne Untersuchung und ohne Urteilsverkündung. Die Analyse der Akten der in Butowo Erschossenen, die überwiegend »einfache Menschen« waren⁹, zeigt, daß die Untersuchungsführer den Papierkrieg – und sei es auf ein Minimum reduziert – zu jeder Zeit erledigten. Eine andere Sache ist, daß das Ergebnis ihrer Arbeit der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist.

Das betrifft in erster Linie den Schriftverkehr innerhalb der Behörde, der für die Aufdeckung der Methoden der operativen Arbeit aufschlußreich ist. Es ist bekannt, daß für jeden Ausländer, der in die UdSSR kam, eine Akte angelegt wurde. Wenn in der Akte kompromittierende Angaben auftauchten, wurde der Vorgang, zunächst im Rahmen einer Untersuchung, die sich auf mehrere Personen erstreckte, bearbeitet. So wurde z.B. im Fall »Verbündete« die angeblich in der Handelsvertretung der UdSSR in Berlin bestehende Agentur der Gestapo aufgedeckt. Während der Untersuchung wurden fast alle bis 1933 in der Handelsvertretung angestellten Deutschen, die sich als Emigranten in der UdSSR aufhielten, verhaftet.

8 Vorwurf: Mitglied einer Hitlerjugend, in: Neues Deutschland, 28. August 1995, S. 12.

9 Siehe Palaci Stalinskoj epochi, in: Mir novostej. 14. April 1997, S. 10-11.

Nachdem das Politbüro des ZK der KPdSU(B) Ende Juli 1937 Jeshows Vorschlag, Massenverhaftungen nach »Kontingenten«¹⁰ vorzunehmen, zustimmte, hörten die Agenturmeldungen auf, jene für die Auswahl der Opfer entscheidende Quelle zu sein. Es gibt nur einige wenige Beispiele, daß solche Fälle rückwirkend konstruiert wurden, um die Verhaftungen in dieser oder jener Organisation zu rechtfertigen. Nach Aussagen des im Jahre 1938 verhafteten Leiters der Siebenten Abteilung W. A. Smirnow, wurde der seit 1934 untersuchte Fall »Museum«, es ging um die polnischen Studenten der Arbeiterfakultät »W. I. Lenin«, völlig umgeschrieben. Nach dieser Überarbeitung waren alle Mitglieder der Untergrundorganisation »Bund der polnischen Patrioten«. Auch den Namen des Bundes hatte sich ein Untersuchungsführer ausgedacht.

Die dem Massenterror adäquate Form der Auswahl der Opfer bestand in der Arbeit mit Dokumenten, wobei nicht nur Materialien aus dem operativen Archiv des NKWD, sondern auch aus Kaderabteilungen in Betrieben und Einrichtungen, Adressverwaltungen und sogar Auskunftsbüros herangezogen wurden. Die Namenslisten der zu Verhaftenden wurden nach biographischen Angaben zusammengestellt. Von entscheidender Bedeutung waren Nationalität, Geburtsort, soziale Herkunft, Vorstrafen, Disziplinarverfahren oder im Ausland lebende Verwandte.

Der Leiter der für Spionageabwehr zuständigen Abteilung der Moskauer Verwaltung des NKWD G. P. Sorokin berichtete nach seiner Verhaftung, wohin diese Praxis führte. Viele Verhaftete, gab Sorokin zu Protokoll, wurden wegen ihrer Arbeit oder ihrem Wohnsitz in Charbin verhaftet. Unter den Verhafteten waren ganze Familien, unter denen, die geständig waren, von den Japanern angeworben worden zu sein, waren mehrere Frauen, die weder schreiben noch lesen konnten. Die Verhaftungen erfolgten unter Berücksichtigung der fremdländischen Herkunft. Die Angaben hierüber entnahm man den Kaderunterlagen aus Betrieben, sowjetischen und Parteiorganisationen.

Darüber, wie vor Ort die Vorgabe von Normen für die Verhaftung vor sich ging, berichtete der verhaftete Leiter der Kreisdienststelle Kunzewo der Moskauer NKWD-Verwaltung, A. W. Kusnezow: Während des Vorgehens gegen die »Kulaken und die nationalen Minderheiten angehörenden Konterrevolutionäre« bearbeitete die Kreisdienststelle annähernd eintausend Fälle, darunter solcher Personen, die aufgrund von erpreßten oder erfolgten Geständnissen verhaftet worden waren. Die im Kreis lebenden Nichtrussen hatte Kusnezow nach Listen verhaften lassen, die in den Betrieben und Einrichtungen des Kreises erstellt worden waren.

Die Verhafteten, die in einem Betrieb oder in ein und derselben Einrichtung arbeiteten, wurden von Kusnezow in »konterrevolutionären Gruppen« zusammengefaßt, ihnen wurden Verbrechen zur Last gelegt, die in Abhängigkeit vom Profil der jeweiligen Einrichtung bestimmt wurden. Wenn eine Gruppe von Verhafteten in einem Rüstungsbetrieb tätig gewesen war, so wurde sie als Spionage- oder Diversantengruppe angeklagt.¹¹

Die operativen Mitarbeiter erhielten genaue Planvorgaben. Deren Übererfüllung wurde honoriert, wer den Plan nicht erfüllte,

10 Siehe: O. V. Chlevnjuk: Politbüro. Mechanizmy politiceskoj vlasti v 30-e gody, Moskau 1996, S. 189-190.

11 Siehe Holger Dehl: Deutsche Politemigranten in der UdSSR: Von Illusionen zur Tragödie, in: UTOPIE kreativ, Januar 1997, Nr. 75, S. 48-63.

wurde der Sabotage angeklagt oder es wurde ihm mangelnde revolutionäre Wachsamkeit vorgeworfen. In diesem Vorort wurde eine Gruppe gebildet, der Personen angehörten, die überhaupt nichts mit der operativen Arbeit zu tun hatten. Ihre Aufgabe war, jeweils innerhalb von 5 Tagen 45 bis 50 Fälle aufzurollen, um den Planvorgaben gerecht zu werden. Dieser Gruppe gehörten der Leiter des Standesamtes von Kunzewo, der Chef der Städtischen Feuerwehr Shiwow und der Abschnittsbevollmächtigte an. Zur Abschrift der Verhörprotokolle und Anklageschriften wurden fast alle Schreibkräfte aus den regionalen Betrieben eingesetzt.

Unter diesen Bedingungen konnte von inhaltlicher Arbeit keine Rede sein. In der Zeit der »großen Säuberung« konnten sich ausländische Spione in der UdSSR sicher fühlen. Die Organe des NKWD hatten keine Zeit für analytische Arbeit und die Biographien der echten Spione waren ganz sicher lupenrein.

Bis auf den heutigen Tag konzentrieren sich die Forscher auf die Strukturen des Volkskommissariats des Innern in Moskau, aber die Masse der Repressionen erfolgte vor Ort in den Regionen. Ohne einen verzweigten Apparat, ein Netz von freiwilligen »Helfern«, Spitzeln und einer entsprechenden propagandistischen Vorbereitung hätte der Terror nicht zu einer solch einzigartigen Erscheinung in der Weltgeschichte werden können. Der totalitäre Charakter des Staates gestattete es, völlig unterschiedliche Organisationen vor einen Karren zu spannen, und sie dem obersten Willen des Führers unterzuordnen.

In der Memoirenliteratur taucht von Fall zu Fall die Behauptung auf, daß sich die Organe der Arbeiter- und Bauernmiliz nicht aktiv an den Repressalien beteiligt hatten.¹² In den Butowo-Akten gibt es etliche Haftbefehle, die von den Leitern der örtlichen Arbeiter- und Bauernmilizen unterschrieben waren, die Untersuchung, sofern es sich um Artikel 58 des Strafgesetzbuches handelte, führten die zuständigen Kriminalisten.

Aber auch andere Organe leisteten ihren Beitrag. Der Haftbefehl für den in Litauen geborenen Deutschen A. Schickedanz wurde von der Sonderabteilung der Moskauer proletarischen Schützendivision vorbereitet. Gegen Schickedanz sagte einer seiner Mitkämpfer aus, der Anfang der zwanziger Jahre aus Polen in die UdSSR gekommen war und 1927 einen Schnellkurs in dieser Division absolviert hatte. Schickedanz' Mitstreiter galt im NKWD-Jargon als »Überläufer« und »Nationalist«, diese Verhaftung zog eine Kette von erpreßten Geständnissen und neuen Opfern nach sich.

Unter den Bedingungen des völligen Fehlens von Tatsachen, die die Diversion, den Terror, Vergiftungen usw. bestätigten, wurde das Verhör zum Herzstück im Untersuchungsmechanismus. Die Geständnisse waren nicht nur Ergebnis von Folter, oft dachten sich die Untersuchungsführer die Beispiele selber aus, die NKWD-Mitarbeiter gaben oft zu Protokoll, daß sie die Verhörprotokolle vor den Verhören ausgearbeitet hatten. In einer Reihe von Kreisdienststellen wurden »fliegende Arbeitsberatungen« durchgeführt, um die während der täglichen Vernehmungen erhaltenen Geständnisse der Mitglieder einer »konterrevolutionären Organisation« aufeinander abzustimmen.

12 M. I. Srejder: NKVD iznutri. Zapiski cekista, Moskau 1994.

Ungeachtet des nicht abreienden Stroms der Verhafteten ging man im NKWD auch in den Jahren 1937 und 1938 nicht von der Praxis ab, die Untersuchungsgefangenen zu »freimütigen Geständnissen« zu bewegen. Sogar unter den drückenden und ungewohnten Bedingungen der Gefängnishaft weigerten sich viele Häftlinge, die Anschuldigungen zu unterschreiben. Darauf mußten sie vorbereitet werden. Oft wurde die Führung des ersten Verhörs, in dessen Verlauf nur Fragebogen ausgefllt wurden, Neulingen übertragen. Dabei wurden genau und detailliert unter Berücksichtigung der Herkunft, Nationalität und des ausgeübten Berufes die Angehörigen und die Bekannten des Häftlings erfaßt. Unter Rückgriff auf dieses Material war es den Untersuchungsführern möglich, Zusammenhänge herzustellen und diese als »konterrevolutionär« zu interpretieren.

Darauf folgte die Etappe des zunehmenden Druckes auf den Gefangenen, die von einigen Tagen bis zu einem Monat dauern konnte, das berüchtigte Fließband, Beleidigungen, Folter, Gegenüberstellungen mit bereits gebrochenen Bekannten, alles das sollte den Widerstandswillen des Gefangenen brechen. Eine aufschlußreiche Episode ereignete sich während einer Gegenüberstellung der deutschen Politemigranten W. Dittbender und W. Hahne am 16. November 1938. Hahne, der alle Anschuldigungen zurückwies, fragte Dittbender, warum er die Unwahrheit sage. Im Protokoll der Gegenüberstellung ist die Antwort Dittbenders festgehalten: Als ich keine Aussagen machte, fühlte ich mich sehr schlecht, jetzt, da ich begonnen habe, der Wahrheit entsprechende Aussagen zu machen, geht es mir besser, und ich fordere auch Hahne dazu auf.

Die NKWD-Mitarbeiter, die mit den Beschuldigten zu arbeiten hatten, waren für ihre Taten im Gefängnis verantwortlich. Aus vielen Dokumenten geht hervor, daß sich die neuen Untersuchungsführer oft weigerten, den Befehlen ihrer Chefs, massenhaft Anklagen zu fabrizieren, Glauben zu schenken. Sie wollten den entsprechenden, vom Chef des NKWD unterschriebenen Befehl sehen. Wenn ein Auenmitarbeiter erklärte, daß in dem ihm unterstehenden Bereich kein Spion mehr am Werke sei, forderte man vom ihm eine entsprechende schriftliche Erklärung. Jeder neu entlarvte Spion brachte den Mitarbeiter automatisch vor das Tribunal. Der Gerechtigkeit halber muß man sagen, daß 1937 kein NKWD-Offizier wegen Nachgiebigkeit und Unfähigkeit zur operativen Arbeit verurteilt worden ist. Man beschränkte sich darauf, Disziplinarstrafen zu verhängen oder die betreffenden aus den Organen zu entlassen.

Für die Erziehung im Apparat des NKWD war das persönliche Beispiel der Führung von außerordentlicher Bedeutung. Smirnow, von dem bereits die Rede war, erwähnt in seinen Aussagen die folgende Episode: Während eines Verhörs kam Jakobowitsch (1937 Stellvertretender Leiter der HV Staatssicherheit der Moskauer Verwaltung des NKWD – A. W.) herein. Jakobowitsch fragte den Beschuldigten: »Bist du ein Deutscher?« »Ja, ein Deutscher« lautete die Antwort. »Ein reinrassiger Deutscher?« lautete die nächste Frage. »Ja, ein reinrassiger.« Daraufhin schlug ihm Jakobowitsch ins Gesicht und fragte »und eine Organisation habt ihr auch ge-

habt?« Der Beschuldigte bejahte. Daraufhin sagte Jakubowitsch zu Smirnow: »Es muß sich um die Organisation ›Eisernes Kreuz‹ handeln, mit mindestens 50 Mitgliedern.

13 Siehe die Erinnerungen von P. I. Schabalkin in: Roy Medwedew: Das Urteil der Geschichte.

Die dritte Etappe der Untersuchung, von der diejenigen berichten, die die »große Säuberung« durchgemacht haben¹³, bestand in der Fundierung der Geständnisse. Das Zuckerbrot ersetzte von nun an die Peitsche, es gab zu essen und Schreiberlaubnis wurde erteilt. Sofern eine Gerichtsverhandlung vorgesehen war, wurde dem Häftling mitgeteilt, was ein Widerruf bedeutete: Repressalien gegen Familienmitglieder, Weitergabe des Falles an die Troika, was den sicheren Tod nach sich zog. Es ist nicht erwiesen, ob im NKWD eine Statistik über solche Weigerungen und Widerrufe geführt wurde, aber jeder einzelne dieser Fälle wurde wie ein unerledigter Fall behandelt.

14 A. Weissberg-Cybulski: Im Verhör. Ein Überlebender der stalinschen Säuberungen berichtet, Wien; Zürich 1993.

Inhaltlich gesehen, ließ die Formulierung der Strafsache der Phantasie genügend Raum. Eine Reihe von Fragen mußte vom Beschuldigten positiv beantwortet werden. Zu diesen entscheidenden Fragen gehörte »Wer hat Sie angeworben?«¹⁴ Die positive Antwort auf diese Frage führte die Beschuldigten gewissermaßen in die virtuelle Welt des NKWD ein. Die Anerkennung der daran gebundenen Ungereimtheiten signalisierte ihre Bereitschaft zur Kooperation.

Das nächste »Signal« war das gestandene Verbrechen. Da es in dieser Frage, ebenso wie im Zusammenhang mit der Beantwortung der Frage nach der Anwerbung, keinerlei Erfordernis gab, der Wirklichkeit zu entsprechen, waren der Phantasie der Untersuchungsführer keine Grenzen gesetzt. Eine typische Äußerung soll an dieser Stelle zitiert werden. Sie richtet sich eigentlich nicht gegen das Opfer, sondern gegen das System, das den ungesetzlichen staatlichen Terror hervorbrachte. Helmut Remmele, der Sohn eines führenden KPD-Funktionärs, der damals in Magnitogorsk als Schlosser arbeitete, wurde zum Tode verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, im Betrieb einen bakteriologischen Angriff auf die Belegschaft und die Bevölkerung der Region vorbereitet zu haben. Remmele hätte vorgehabt, den Fluß, die Trinkwasserleitungen und die Betriebsküche bakteriell zu verseuchen, um Typhus und andere Infektionskrankheiten zu verbreiten.

Zum Schluß sei ein letztes Problem aufgeworfen. War die Welle der Verhaftungen führender NKWD-Mitarbeiter von Mitte bis Ende 1938 Bestandteil der »großen Säuberung« oder eher ein Schlußakkord? Wohl eher das zweite. Jeshows Apparat erwies sich als unfähig, die von Stalin geplante Aktion in langfristige – darunter auch industriell-planmäßige – Bahnen zu lenken, die mit nazistischen Aktionen vergleichbar wären. Damals, Ende der dreißiger Jahre, wurde alles auf halbem Wege abgebrochen, niemand warf die Frage nach den wirklichen Ursachen der Repressalien oder der Rehabilitierung der Opfer auf. Die Säuberung des NKWD erwies sich als Teil des Kaderkarussells nach der Ernennung von Berija. Berija und sein Vorgänger dienten ein und demselben Herren. Anzeichen für ein Tauwetter sind in den Akten zu finden. Die bis auf den heutigen Tag zugänglichen Personalakten der »Stoßarbeiter« aus dem NKWD ermöglichen eine Annäherung an die in ihrer Schrecklichkeit einmalige Technologie des Stalinschen Terrors.

SORJA SEREBRJKAWA

Die Heldentat von Martemjan Nikititsch Rjutin

Martemjan Nikititsch Rjutin wurde am 13. Februar 1890 in einer Bauernfamilie in Sibirien geboren. 1903 kam der Junge nach Irkutsk und fand Arbeit in einer Fabrik. Hier mußte er zehn bis elf Stunden täglich arbeiten, fand aber Zeit, um sich weiterzubilden und die Aufnahmeprüfung an das Irkutsker Lehrerseminar abzugeben. Während der Revolution 1905 nahm Rjutin an Meetings und revolutionären Aktionen teil.

Nach Abschluß des Seminars arbeitete er als Lehrer, interessierte sich für marxistische Literatur, stand mit verbannten Bolschewiki in Verbindung und organisierte gemeinsam mit ihnen revolutionäre Zirkel.

Als Rjutin 1915 zum Wehrdienst einberufen wurde, setzte er die revolutionäre Agitation unter den Soldaten fort. Die Überzeugung von der Richtigkeit seiner Auffassungen, sein unbeugsamer Charakter kamen besonders in der Revolution 1917 zum Ausdruck. In Charbin wurde er in den Sowjet der Arbeiter- und Soldaten-deputierten gewählt, stand dem Charbiner Komitee der SDAPR(B) vor und war Chefredakteur der Wochenzeitschrift der Partei »Borba« (»Der Kampf«).¹

Rjutin begrüßte die Oktoberrevolution von ganzem Herzen. Nach Rußland zurückgekehrt, befehligte er den Irkutsker Militärbezirk. Als sich im Sommer 1918 die Situation im Land zuspitzte, Irkutsk dem Ansturm der Interventen und Weißgardisten nicht mehr standhalten konnte, gingen die bolschewistischen Organisationen in die Illegalität. Rjutin übernahm die Leitung einer Partisanenabteilung im Hinterland des Feindes.

Nach Wiedererrichtung der Sowjetmacht wurde er als Vorsitzender des Irkutsker Gouvernementskomitees der Partei der Bolschewiki gewählt. 1921 nahm er als Delegierter am X. Parteitag der KPR(B) teil und stürmte zusammen mit anderen Delegierten das meuternde Kronstadt.²

Bis zu seiner Delegierung nach Dagestan, wo Rjutin 1923 als Sekretär der Gebietsleitung der KPR(B) und Chefredakteur der Zeitung »Sovetskij jug« (»Der Sowjetische Süden«) tätig war, arbeitete er in Sibirien. In Dagestan lernte er Sergej Mironowitsch Kirow, den Sekretär des Aserbajdshanischen Zentralkomitees kennen. Rjutins Tochter erinnert sich, daß Kirow und Rjutin miteinander befreundet waren.³

Ende 1923 wurde Rjutin nach Moskau gerufen, wo er die Leitung der Abteilung Agitation und Propaganda des Moskauer Partei-

Sorja L. Serebrjakowa – Jg. 1923, Dr. habil., Historikerin, Spezialgebiet sowjetische Geschichte.

Tochter von L.P. Serebrjakow, enger Mitkämpfer von Lenin und 1937 hingerichtet.

Sorja Serebrjakowa wurde nach der Verhaftung des Vaters mehrmals selbst verhaftet und anschließend nach Semipalatinsk in Kasachstan verbannt.

Von 1947-49 durfte sie in Moskau studieren.

1955 Rückkehr aus der Verbannung nach Moskau, 1956 wurde Sorja Serebrjakowa rehabilitiert.

Sie arbeitete bis 1992 am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften, von 1992-94 in der Gorbatschow-Stiftung.

1 Boris Starkov: Tjashkij put' prozrenija. (Der mühsame Weg der Erkenntnis) In: Martemjan Rjutin: Na koleni ne vstanu. Zsgst. von B. Starkov, Moskau 1992, S. 6.

2 L. Sapovalova: Rjutin, Martemjan Nikitic, in: Politiceskie partii v Rossii. Konec XIX-pervaja tret' XX veka. Enciklopedija, Moskau 1966, S. 538.

3 Information der Tochter Ljubow Rjutina (geb. 1911) an die Autorin, 16. März 1997. Ljubow Rjutina hat als einzige der Familie Stalins Terror überlebt.

komitees übernahm. Damals vertrat Rjutin die Position der Gruppe um Stalin, sah die Hauptgefahr für die Partei in der Spaltung ihrer Reihen. 1927 trat er energisch gegen die Opposition auf. Die tragische Ironie der Geschichte wollte es, daß gerade dieses Jahr, der zehnte Jahrestag der Oktoberrevolution, der Anfang der Repressalien, der Verhaftung und der Verbannung vieler Kampfgefährten Wladimir Iljitsch Lenins wurde. Leo Trotzki beschrieb im Buch »Porträts der Revolutionäre« Rjutin als einen der führenden Funktionäre der Partei im Kampf gegen die linke Opposition in der Hauptstadt.⁴

Dieses Auftreten zog den Aufstieg in der Moskauer Parteiorganisation nach sich. Rjutin gehörte von nun an zum Führungszirkel. Doch Rjutin ging es nicht um seine Karriere. Als er verstand, was eigentlich vor sich ging, revidierte er seine Auffassungen.

Er fuhr fort, Trotzki's Plattform, vor allem dessen Auffassungen über die Wirtschaftsentwicklung, zu kritisieren, gab aber zu, daß Trotzki und die Trotzkisten die Situation in der Partei richtig einschätzten und Stalin zu Recht kritisierten. Trotzki hatte früher als andere jene Entwicklungsprozesse in der Partei erkannt, die bereits 1923 begonnen hatten, schrieb er.⁵

1928 ließ Stalin die Maske fallen. Er änderte jäh den Kurs der Wirtschafts- und Innenpolitik, schaffte die Neue Ökonomische Politik ab und führte die außerordentlichen Maßnahmen ein, trat gegen seine ehemaligen Verbündeten um N. I. Bucharin auf, die von nun an als Rechte bezeichnet wurden. Dabei versucht er erneut, sich auf die Moskauer Parteiorganisation zu stützen. Nach der Begegnung mit Stalin, erinnert sich Rjutins Tochter Ljubow Martenjanowna, kam er nach Hause und sagte: »Wo kommt er nur her? Wahrlich, dieser Koch wird scharfe Speisen zubereiten.«⁶

Am 8. Oktober 1928 wurde im Orgbüro des Zentralkomitees »die versöhnlerische Haltung gegenüber den Abweichenden« in der Kreisleitung Krasnaja Presnja, die damals von Rjutin geleitet wurde, diskutiert. Zwischen Stalin und Rjutin kam es zu einem Wortwechsel, den der Generalsekretär mit der Feststellung beendete: »Es fällt mir sehr schwer, zu glauben, daß Ihr politischer Fehler nur ein Zufall war.«⁷

Einige Tage später wurde Rjutin abgesetzt. Die Begründung lautete, er lege gegenüber den Rechten eine versöhnlerische Haltung an den Tag.

1929 wurde Rjutin zum Stellvertretenden Chefredakteur der »Krasnaja Swesda« (»Roter Stern«) ernannt und als Beauftragter des Zentralkomitees für Kollektivierung nach Sibirien kommandiert.⁸

Nach Moskau zurückgekehrt, schrieb Rjutin einen ausführlichen Brief an das Politbüro. Darin schilderte er seine Eindrücke, beschrieb die Zerstörung der Landwirtschaft, schilderte die Situation in den an den Rand des Bürgerkrieges gedrückten Dörfern. Die unverhüllte und drastische Schilderung der Tatsachen rief einen Wutausbruch des Generalsekretärs hervor.

Nachdem die Drohungen gegenüber Rjutin nichts bewirkt hatten, wollte Stalin nun die Methode des »Zuckerbrotes« in Anwendung bringen und lud Rjutin nach Sotschi ein. Als sie während der Spaziergänge am Strand diskutierten, sah Rjutin keinen Grund, zu

4 Trockij, L.: Stalincy prini-majut mery (Die Stalinisten ergreifen Maßnahmen) [Prinkipo, 19. Oktober 1932], in: Trockij, L. D.: Portrety revoljucionerov. Herausgegeben von Ju. Fel'stinskij, m. e. Vorw. von M. Kun, Moskau 1991, S. 209.

5 V. Vinogradov, I. Kurilov, Ju. Sigacev: M. N. Rjutin. K politiceskomu portretu. In: Izvestija CK KPSS, 1990, 3, S. 154.

6 Boris Starkov, a.a.O., S. 15.

7 Anlaß für die Beratung war ein von Rjutin vor dem Parteiaktiv gehaltenes Referat. Stalin nahm an der Sitzung des Orgbüros teil. Im Artikel wird das Fragment aus dem Stenogramm, das den Wortwechsel zwischen Stalin und Rjutin enthält, wiedergegeben. In: Izvestija CK KPSS, 1990, 3, S. 154.

8 Ivan Anfert'ev: Rjutin protiv Stalina. (Rjutin gegen Stalin) In: Vozvrascennye imena. Sbornik publicisticeskich statej v 2-ch knigach. Kniga II, Moskau 1989, S. 179.

heucheln. Stalin konnte ihm die Offenheit und den Mut nicht verzeihen. Rjutins Zukunft war damit vorherbestimmt.

Im September 1930 denunzierte A. S. Nemow Rjutin, der daraufhin »wegen Propagierung rechtsopportunistischer Auffassungen« aus der KPdSU(B) ausgeschlossen wurde.⁹ Stalin war mit dieser Entscheidung nicht zufrieden. Am 13. September 1930 schrieb Stalin an Molotow, daß man sich nicht mit einem Parteiausschluß zufrieden geben dürfe. Man sollte ihn weit weg von Moskau verbannen. Diesen konterrevolutionären Abschaum müsse man endgültig entwapfen, unterstrich Stalin.¹⁰

Stalins Weisung löste eine neue Welle von Verfolgungen aus. Im November 1930 wurde Rjutin verhaftet. Aber schon im Januar 1931 entschied das Kollegium der OGPU, Rjutin aus Mangel an Beweisen freizulassen.¹¹

Diese schweren Prüfungen haben Rjutin im Glauben an die Richtigkeit seiner Auffassungen bestärkt. Die Zwangskollektivierung, das maßlose Tempo der Industrialisierung, die politische Linie und die Methoden der totalitären Führung riefen Unzufriedenheit unter Parteilosen und unter Kommunisten hervor. Ungeachtet der drohenden Repressalien haben viele von ihnen nicht geschwiegen.

Am 21. August 1932 fand im in der Nähe von Moskau gelegenen Dorf Golowino eine Versammlung statt, auf der die von Rjutin verfaßte Plattform »Stalin und die Krise der proletarischen Diktatur«¹² diskutiert und angenommen wurde. Die Teilnehmer der Beratung beschlossen, ihre Organisation »Bund der Marxisten-Leninisten« zu nennen. Außerdem wurde ein Manifest »An alle Mitglieder der KPdSU(B)« angenommen.¹³ Darin wurde die schwierige Situation im Staat skizziert: »Dem Staat ist der Maulkorb angelegt worden, überall herrscht Unrecht, Willkür und Gewalt, jeder Arbeiter und Bauer ist bedroht. Die revolutionäre Gerechtigkeit wird mit Füßen getreten!«¹⁴ Ferner war von der Notwendigkeit der Demokratisierung in Partei und Staat, von der Wiederherstellung der Leninschen Normen und Prinzipien in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in der Sowjetunion die Rede.

Die Formulierungen in der »Plattform der Marxisten-Leninisten« sprechen für sich. Hier zwei Beispiele: »Die Krise der Sowjetmacht im engeren Sinne des Wortes kommt in erster Linie in der Krise der sowjetischen Demokratie zum Ausdruck. Die Sowjetdemokratie ist durch die persönliche Diktatur Stalins verdrängt und ersetzt worden.« »Der ärgste Feind der Partei und der proletarischen Diktatur, der ärgste Konterrevolutionär und Provokateur könnte die Zerstörung der Partei und des sozialistischen Aufbaus nicht besser erfüllen, als es Stalin schon tut.« Es gibt auch paradoxe Formulierungen, die jedoch das Wesen der Sache zum Ausdruck bringen: »Die innere Konterrevolution und die internationale Bourgeoisie finden in Stalin, seiner objektiven Rolle nach, ihren besten Verbündeten.«

Die Dokumente des Bundes wurden unter den Hochschullehrern am Institut der Roten Professur verbreitet. A. N. Slepchow, D. P. Marezki, Ja. E. Sten, P. G. Petrowski und die einstigen Führer der Opposition G. E. Sinowjew und L. B. Kamenew sowie Mitarbeiter der Komintern haben die »Plattform« und das »Manifest« gelesen.

9 V. Vinogradov, I. Kurilov, Ju. Sigacev: M. N. Rjutin, a.a.O., S. 157.

10 Briefe J. W. Stalins an W. M. Molotow.

11 O dele tak nazywaemogo »Sojuza Marksistov-Lenincev«. (Über die Strafsache des sogenannten »Bundes der Marxisten-Leninisten«) In: Izvestija CK KPSS, 1989, 6, S. 111.

12 Plattform »Sojuza marksistov-lenincev« (»Gruppen Rjutina«). Siehe Ende des Beitrages.

13 Im Wortlaut in: Martemjan Rjutin: Na koljeni ne vstanu, a.a.O., S. 252-259. Deutsche Übersetzung in: Ketzer im Sozialismus. Herausgegeben von Theodor Bergmann und Mario Kessler, Mainz 1993, S. 155-161.

14 Ebenda, S. 254.

Sie kamen der Aufforderung nach, mit der »Manifest« endete: »Lesen und weitergeben«.

Die OGPU erfuhr sehr schnell von der Existenz dieser Dokumente. Es begannen Verhaftungen, von denen nicht nur die Organisatoren des Bundes betroffen waren, sondern auch jene, die die Ausarbeitungen gelesen und deren Existenz nicht den »entsprechenden Organen« gemeldet hatten.¹⁵

Am 22. September 1932 wurde Rjutin verhaftet. Bereits während der ersten Verhöre gab er zu, seit Mai 1928 gegen die Diktatur Stalins zu kämpfen. Auch die Zentrale Kontrollkommission der KPdSU(B) beschäftigte sich mit dem »Bund der Marxisten-Leninisten«, vierzehn Parteimitglieder wurden sofort ausgeschlossen, die Gruppe als »konterrevolutionär« bezeichnet und ihre Mitglieder als »weißgardistische Verbrecher« verleumdet. Die These von der »konterrevolutionären Verschwörung« wurde mit Nachdruck verbreitet.

Stalin drängte auf die Erschießung Rjutins. Aber seine Macht war noch nicht so allumfassend, daß es ihm möglich war, gegen ein von Lenin verkündetes Prinzip zu verstoßen, nämlich Kommunisten hinzurichten. Die Revolution war noch nicht soweit, ihre eigenen Kinder zu fressen. Nach Meinung von B. Nikolajewski weigerte sich 1932 sogar der Vorsitzende der OGPU, Jagoda, Kommunisten zu erschießen. Hätte er eingewilligt, wäre Rjutin hingerichtet und die Mitglieder des ZK vor vollendete Tatsachen gestellt worden. So aber war Stalin gezwungen, das Urteil gegen Rjutin im Politbüro zu diskutieren. Die Mitglieder des Politbüros, insbesondere S. M. Kirow, G. K. Ordshonikidse und W. W. Kujbyschew widersprachen Stalins Forderung.¹⁶

1932 wurde Rjutin zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Er saß in den Sondergefängnissen für politische Gefangene in Werchnje-Uralsk und in Susdal. Noch im Gefängnis setzte er seinen Kampf für die Ideale des Leninismus fort. Er bildete sich weiter und stand im Briefwechsel mit seiner Frau Jewdokija und den Kindern.¹⁷ Nach dem Attentat auf Kirow ging Stalin dazu über, die »Alten Bolschewiki«, die Leninsche Garde, physisch zu vernichten. Von nun an wandte er den Terror gegen seine Mitbürger an.

Im Oktober 1936 wurde Jagoda durch Jeshow abgelöst, Rjutin nach Moskau überführt. Sein Schicksal war vorherbestimmt. Am 4. Oktober schrieb Rjutin im Inneren Gefängnis des NKWD einen Brief an das Präsidium des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR, in dem er darauf hinwies, in der Zeit der fünfjährigen Haft keine Verbrechen begangen zu haben. Die neuen Beschuldigungen wies er als erfunden und von dem Wunsch nach blutiger Abrechnung geleitet zurück.¹⁸ Jeshow leitete den Brief sofort an Stalin weiter. Eine Antwort erfolgte nicht.

Am 10. Januar 1937 wurde Rjutin verurteilt. Das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR berief sich auf das am 1. Dezember 1934 angenommene Gesetz, Rjutin wurde zur Todesstrafe verurteilt und am selben Tag erschossen. Das genügte Stalin nicht. Bald darauf wurden auch Rjutins Söhne Wassili und Wissarion erschossen.¹⁹

Es schien, daß Rjutins Name aus der Geschichte der Sowjetunion

15 O dele tak nazyvaemogo »Sojuza Marksistov-Leninцев«, a.a.O., S. 107. Am 14. September 1932 informierten die Parteimitglieder N. K. Kuzmin und N. A. Storozenko (beide wurden 1937 erschossen) das ZK, von N. K. Kuzmin das Manifest erhalten zu haben. Am 15. September erfolgten die ersten Verhaftungen, am 27. September 1932 beschloß das Präsidium der Zentralen Kontrollkommission, 14 Mitglieder des Bundes aus der KPdSU(B) auszuschließen. Am 11. Oktober erschien in der Prawda eine Mitteilung über das Vorgehen der OGPU gegen die entlarvte konterrevolutionäre Gruppe.

16 Oni ne molcali. (Sie haben nicht geschwiegen.), Moskau 1991, S. 170.

17 Eine Auswahl der Gefängnisbriefe ist in den Band »Na koleni ne vstanu« aufgenommen.

18 Der Brief ist unter der Überschrift »Ich werde nicht um Gnade bitten« in den Band »Na koleni ne vstanu« aufgenommen worden.

19 Wassili (1910-1939), Wissarion (1913-1937).

getilgt worden war. Selbst während des Tauwetters wurde das Verfahren nicht überprüft. Erst 1988, in der Amtszeit von M. S. Gorbatschow wurde Rjutin rehabilitiert und wieder in die Partei aufgenommen. Seitdem sind viele Bücher und Artikel über ihn erschienen.²⁰ Sie sind eine Ehrenbezeugung gegenüber diesem hervorragenden Menschen, der furchtlos gegen die Stalinschtschina kämpfte und für die Ideale der Oktoberrevolution, des Leninismus und des wahren Sozialismus eintrat.

ÜBERSETZUNG UND BEARBEITUNG WLADISLAW HEDELER

WLADISLAW HEDELER

Das Beispiel Rjutin und die Polemik der Revisionisten gegen das Totalitarismusmodell. Anmerkungen zu einer Debatte

»Die konstitutive Rolle der Gewalt im Stalinismus hat jüngst wieder dazu geführt, diesen als »terroristische Diktatur« zu bezeichnen«, konstatiert Johannes Baur im Artikel über den »Großen Terror« und die »Säuberungen« im Stalinismus.²¹ Ohne persönliche Motive von Stalins Kampf um die Macht, referiert Baur die Argumentation Georg von Rauchs, ist das Gesamtphänomen des Terrors nicht zu erklären. Gegen eine vereinfachende Interpretation der Ursachen, Motivation und Auslösung des Terrors im Rahmen der Totalitarismustheorie regte sich schon früh Widerstand. Baur skizziert die in den letzten zehn Jahren vorgebrachten theoretischen, inhaltlichen und quellenteknisch-formalen Einwände jener Autoren, die in der wissenschaftlichen Literatur als Revisionisten bezeichnet werden. »Gegen die Betrachtung der »Revolution von oben« wird die Sicht sozialer Mobilität »von unten« gesetzt«, lautet ein Argument.²²

Der »Revisionist« Gabor T. Rittersporn gehört zu den vehementesten Kritikern am totalitaristischen Konzept von Robert Conquest. »Er sieht die Ursache des Terrors in Konflikten innerhalb der Parteibürokratie und der Parteiführung um die Frage, wie in der von scharfen sozialen Spannungen geprägten Sowjetgesellschaft der dreißiger Jahre die Dominanz des Parteistaates, d.h. des politischen Systems der Sowjetunion, garantiert bzw. ausgebaut werden konnte. ... Für Rittersporn befand sich die Sowjetunion nach Industrialisierung und Kollektivierung in einer tiefen Krise, de facto war das Riesengebilde durch die Konzentration politischer und wirtschaftlicher Befugnisse in der Hand der Krake Parteistaat unregierbar und wirtschaftlich erfolglos. In dieser Situation, so Rittersporn, entstanden in der Parteibürokratie zwei Richtungen, die sich schließlich erbittert bekämpften. Die eine Tendenz forderte eine Stärkung des Parteiapparates durch die Schaffung einer regulär funktionierenden Administration im gesamten Land. Widerstände gegen dieses zentralistische Modell sollten durch populistische Maßnahmen und massive Eingriffe von außen gebrochen werden. Die zweite Strömung erstrebte das gleiche Ziel – die Stärkung des Parteistaates – nicht durch politische Einmischung

20 Zu den Veröffentlichungen in deutscher Sprache gehört der Beitrag von Annette Vogt »Eine bestechende Analyse, eine fundierte Kritik, aber die Tragik des Martemjan Rjutin«, in: *Ketzer im Sozialismus*. Herausgegeben von Theodor Bergmann und Mario Kessler, Mainz 1993, S. 140-154.

21 Johannes Baur: »Großer Terror« und »Säuberungen« im Stalinismus. Eine Forschungsübersicht, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 1997, 4, S. 331-348.

22 Ebenda, S. 333.

23 Ebenda, S. 335.

24 Günter Reimann: Berlin-Moskau 1932, Hamburg 1993, S. 7. Siehe auch G. Reimanns Antwort auf die Frage von Claus Baumgart »Du erregst mit Deiner These von einem ›Prager Frühling‹ im Moskau des Jahres 1932 bei Historikern Widerspruch und Ablehnung. Gab es damals wirklich die Möglichkeit, Stalin und seine Gefolgsleute aus den Führungspositionen zu verdrängen? ... Die objektiven Umstände zwingen zur Einsicht, daß dies eine Führungskrise war. ... Ich habe diese Krise und deren stalinistische Überwindung ja selbst während zweier Aufenthalte in Moskau und während einer Rundreise 1932 erlebt.« In: Klaus Kinner; Manfred Neuhaus (Hrsg.) Günter Reimann: Zwischenbilanz. Ein Zeuge des Jahrhunderts gibt zu Protokoll, Frankfurt (Oder) 1994, S. 23.

25 Ein Teil dieser im Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation (Moskau) aufbewahrten Dokumente sind dem Russischen Zentrum zur Aufbewahrung und zum Studium der Dokumente der neuesten Geschichte übergeben worden.

26 Wladislaw Hedeler: Nikolai Bucharin: »Eine neue Opposition werden sie nicht erhalten!«, in: Ketzer im Sozialismus. Herausgegeben von Theodor Bergmann und Mario Kessler, Mainz 1993, S. 121-139.

und Terror von außen, sondern durch politische Erziehung und Führung. ... Im Februar/März 1937 setzten sich die Gegner des bisherigen Wirtschafts- und Politikmanagements durch und eröffneten einen ›Blitzkrieg‹ gegen Nepotismus und Mißstände in der Verwaltung über die Mobilisierung der Parteibasis, die zu Denunziation und Bekämpfung der Volksfeinde aufgerufen wurde.«²³

Für Rittersporn ist der Terror nachgeordnet, er legt den Schwerpunkt auf die Opposition weiter Gesellschaftsschichten, auf die Situation des virtuellen Bürgerkrieges. Stalin habe nur hysterisch auf die immer stärker werdende Bedrohung reagiert, bemerken einige den Revisionisten zuzuordnende Autoren, der Generalsekretär stand 1932 gewissermaßen mit dem Rücken an der Wand, spitzte Günter Reimann diese These in seinen Erinnerungen zu, in denen er vom »Prager Frühling« im Moskau des Jahres 1932 schrieb. »Das Jahr 1932, nicht das Jahr 1928, war das Entscheidungsjahr der verlorenen Alternative zum Stalinismus... Bucharin hatte die sich im ›Prager Frühling‹ von 1932 bietende Alternative nicht angenommen, weil er nicht wußte, daß erst dadurch die Bahn frei wurde für Stalins Machtkonsolidierung. Damit war das Schicksal der russischen Revolution besiegelt.«²⁴

Das Beispiel Rjutin, die Strafsache »Bund der Marxisten-Leninisten« eignet sich sehr gut, die hier skizzierten Argumente der streitenden Parteien auf ihre Stichhaltigkeit hin zu prüfen. Rjutin hatte Stalins auf Ausschaltung der Trotzlisten aus dem politischen Leben des Landes zielende Politik jahrelang mitgetragen. Die Parteiführung war über die Korrespondenz zwischen den verbannten Oppositionellen bestens informiert. Die Politbüromitglieder erhielten regelmäßig von der GPU die für ihren Tätigkeits- und Funktionsbereich relevanten Ausarbeitungen der verbannten Trotzlisten. Nicht nur Stalin, auch Bucharin und Ordshonikidse, Kaganowitsch und Molotow, alle waren bestens über die von den verbannten Trotzlisten vorgelegten Projekte und ausgearbeiteten Alternativprogramme informiert.²⁵ Die Rechten wußten aber auch, daß in Anbetracht der Veränderungen in der Kommunistischen Partei die Mitglieder Angriffe auf den Generalsekretär nicht tolerieren würden. Trotzki's Einschätzung über die Zahl der stalintreuen Funktionäre zehn Jahre nach der Oktoberrevolution ist bekannt. Schon zum Zeitpunkt der Debatten über den ersten Fünfjahrplan traten die Rechten nicht als Opposition sondern »nur« als Abweichung hervor.²⁶

Bucharin hatte seine Schüler, die später wegen ihrer Kontakte zu Rjutin angeklagt und verurteilt wurden, immer vor dieser Parteinarbeit gewarnt. Als er von ihren Kontakten zu Rjutin erfuhr, distanzierte er sich sofort von ihnen. Eine Veränderung im Land war nur möglich, wenn man die Mehrheit im Politbüro hinter sich hatte. Andere Aktivitäten würden die Parteimitglieder nicht mittragen. Es gab außerhalb der Kommunistischen Partei keine lokale Gruppe oder Schicht und schon gar nicht einzelne Personen, die so einflußreich waren, daß sie eine Gefahr für die Führungsspitze bilden konnten. Die Entwicklung nach 1928 hatte das mit aller Deutlichkeit gezeigt.

In den Schauprozessen, die auf den Schachtyprozeß folgten,

wurden alle potentiellen Widersacher diszipliniert: Partei- und Staatsfunktionäre der mittleren Ebene, Direktoren, Ingenieure, Mitglieder der Planungsbehörden, also alle jene, die mit der Umsetzung der sich ständig ändernden Generallinie vor Ort zu tun hatten. »Schöpfertum« und »Phantasie« dieser Kader waren einzig und allein auf die Durchsetzung der jeweiligen von oben vorgegebenen Lösung ausgerichtet. Darüber hinaus gehende Initiativen sah das stalinistische System nicht vor. Gerade weil die sowjetische Gesellschaft in den dreißiger Jahren kein monolithischer Block war, stellt sich die Frage nach potentiellen Führungskadern, die die Interessen der jeweiligen Gruppen zum Ausdruck bringen und durchsetzen konnten. Wenn es sie gab, hatten sie in der Regel keinen Kontakt zu den Oppositionellen bzw. zu den Abweichlern innerhalb der Partei. Welcher Handlungsspielraum blieb ihnen und wo waren die Freiräume außerhalb der Partei, in denen selbständiges konzeptionelles Denken überhaupt reifen konnte?

Stalin stand nicht mit dem Rücken zur Wand, er reagierte nicht hysterisch, sondern plante jeden Schritt sorgsam und mit Bedacht. Stalins Stärke bestand auch darin, daß er warten konnte. Das hatte er den Oppositionellen voraus, denn die KPdSU(B) – der Briefwechsel zwischen Stalin und Molotow spricht Bände – funktionierte nur von oben nach unten. Die Grundorganisationen waren nicht in der Lage, oder besser hatten es nicht gelernt, selbständig zu entscheiden. Die Lenkung der Getreidebeschaffungskampagne 1928 durch Stalin ist nur ein Beispiel. Daher die Forderung der Rechten nach Demokratisierung in der Partei, eine Forderung, die nichts mit der Aufweichung oder gar Abschaffung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei zu tun hatte. Eine Gleichbehandlung der Parteimitglieder und der Parteiloseren gab es in der Sowjetunion nicht.

Rjutin hatte das selbstverständlich erkannt. Auch er sah nur die Möglichkeit einer Veränderung über den Apparat. Im Unterschied zu Bucharin, der an die Generation der künftigen führenden Parteifunktionäre appellierte, wandte sich Rjutin an alle Mitglieder. Er würde nicht »auf Knien bitten«, dieser Ausspruch Rjutins kann als indirekte Polemik gegen Bucharins »Meuterei auf den Knien« verstanden werden. Bucharin versuchte, über die Verfassung Freiräume zu schaffen und zu sichern, Rjutin setzte alles daran, die Partei von unten her neu aufzubauen. Zurück zu Lenin wollten beide, der eine mit, der andere gegen Stalin. Ihr Scheitern zeigt, daß sie zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr über organisatorisches und theoretisches Hinterland verfügten.

Platforma »Sojuza marksistov-lenincev« (»Gruppe Rjutina«)
 Stalin i krizis proletarskoj diktatury. In: Izvestija CK KPSS, 1990, 8, S. 200-207; 1990, 9, S. 165-183; 1990, 10, S. 191-206; 1990, 11, S. 161-186; 1990, 12, S. 180-199.

Die Plattform weist folgende Gliederung auf:

1. Der »Zufall« und die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte.
2. Stalin als prinzipienloser Politikaster.
3. Stalin als Sophist.
4. Stalin als Führer und Theoretiker.
5. Der Leninismus und der Kampf gegen den Opportunismus.
6. Der Leninismus und die sozialistische Gesellschaft.
- [7.] Die Klassen und die Zuspitzung des Klassenkampfes.
7. Die einfache Reproduktion und der Marxismus.
8. Die Einschätzung des innerparteilichen Kampfes im Lichte der Lehren der vergangenen Jahre.
10. Die Einschätzung der Auffassungen der Feinde der proletarischen Diktatur.
11. Die Krise der Komintern.
12. Die Krise der proletarischen Diktatur.
- II. Die Krise der Partei.
- III. Die Krise der Sowjets und der Transmissionsriemen der proletarischen Diktatur.
- IV. Die Auswege aus der Krise und die Aufgaben der ehrlichen konsequenten Leninisten.
1. In der Partei.
2. In den Sowjets.
3. Auf dem Gebiet der Industrialisierung.
4. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft.
5. Auf dem Gebiet des Handels.
6. Auf dem Gebiet der Finanzen und Steuern.
7. Auf dem Gebiet der materiellen und rechtlichen Lebensbedingungen der Arbeiter- und Bauernmassen.

MANFRED BEHREND

Stalins Konterrevolution in Spanien und der gescheiterte Schauprozeß von Barcelona

Die bedrückenden Tatsachen über Stalins Terror lassen es tröstlich erscheinen, daß damals wenigstens ein Schauprozeß, der in Barcelona, fehlgeschlug. Das republikanische Spanien stand in einem verzweifelt Abwehrkampf gegen den Faschismus. Gleichzeitig gab es Auseinandersetzungen darüber, ob dieser Kampf mit der sozialen Revolution verbunden werden sollte oder nicht. Die zur Revolution erforderlichen Maßnahmen reichten von der kostenlosen Aufteilung des Bodens an die Bauern über Arbeiterkontrolle und Leitung der Fabriken durch die Beschäftigten bis zur Dekolonialisierung Spanisch-Marokkos. Das Verlangen danach war zunächst allen Linken gemein. Auch die Kommunistische und die Sozialistische Partei hatten solche Forderungen erhoben, sie aber unter dem Druck bürgerlicher Bündnispartner beim Volksfrontabkommen vom 15.1.1936 fallengelassen. Große Teile der Arbeiter- und Bauernschaft, die im Juli selben Jahres die Republik vor rechten Putschisten retteten, behielten die Forderungen bei und suchten sie in ihrem Bereich zu verwirklichen. Erfolgreich waren sie vor allem in Katalonien und Aragon, einem Gebiet, in dem damals Anarchisten und die Arbeiterpartei der Vereinigten Marxisten (POUM) die Macht innehatten.

Bürgerlich-liberale und stalinistische Kräfte wandten sich zusammen mit rechten sozialistischen und anarchistischen Führern gegen die Revolutionstendenzen. Für sie und besonders für die Sowjetunion und KP charakteristisch war die Spekulation auf ein Bündnis mit England und Frankreich, weshalb diese beiden Länder nicht verschreckt werden durften. Zudem befürchtete Stalin von einer siegreichen Revolution in Spanien Rückwirkungen auf die konterrevolutionär gewordene UdSSR. Sein Mißtrauen erhöhte sich durch die Ablehnung, die linke Anarchisten und die POUM der Moskauer Prozeßfarce gegen die alten Bolschewiki entgegenbrachten.

Bald nach Niederschlagung des Franco-Putsches im größeren Teil Spaniens begann dort ein bürgerlich-stalinistisch-rechtssozialistischer Feldzug gegen Revolutionsanhänger. Hierzu gehörte, daß die Handlungsfreiheit kollektivierter Betriebe eingeschränkt, bürgerliche Geschäftemacher begünstigt, die Entwaffnung der Arbeiter versucht und eine Volksarmee bürgerlichen statt revolutionären Typs aufgebaut wurden. Im Spätherbst 1936 waren die POUM-Gruppe in Madrid illegalisiert und der wichtigste Führer der Partei, Andres Nin, aus der katalanischen Regionalregierung

Manfred Behrend – Jg. 1930, Historiker und Journalist, Dr. phil., Studium in Berlin, Forschungen und Publikationen wesentlich zur BRD-Parteiengeschichte und zu den ostdeutschen Parteien und Bürgerrechtsbewegungen, zum Konservatismus, zu Rechtsextremismus und Neofaschismus, zur deutschen und internationalen Arbeiterbewegung.

Der Diskussionsbeitrag basiert auf dem Artikel »In Spanien stand's um unsre Sache schlecht...« 60 Jahre nach dem Barrikadenkampf in Barcelona in: Hintergrund, Osnabrück, Nr. 1/1997, S. 36-60.

entfernt worden. »Was Katalonien betrifft«, versicherte die Moskauer »Prawda« am 17.12.1936, »so hat die Säuberung von Trotzisten und Anarcho-Syndikalisten begonnen; sie wird mit derselben Energie gehandhabt werden, mit der sie in der UdSSR betrieben wurde.«

Notwendig hierzu war die Unterwerfung Kataloniens. Sie wurde durch einen von Regierungs- und KP-Seite inszenierten Putsch eingeleitet, den Stalintreue bis heute den Revolutionsanhängern in die Schuhe schieben. Am 3.5.1937 versuchte der Kommissar für Öffentliche Ordnung in Barcelona, Eusebio Rodriguez, ein Mann der KP-nahen PSUC, mit einem Kommando Sturmgardisten die Telefonzentrale der Stadt zu besetzen. Diese befand sich seit der Niederschlagung des Franco-Putsches unter anarchistischer Arbeiterkontrolle. Die Anarchisten setzten sich gegen Rodriguez zur Wehr; das städtische Proletariat kam ihnen zu Hilfe. Es folgte ein mehrtägiger Barrikadenkampf. Er endete wegen Unentschlossenheit vieler Revolutionäre mit deren Niederlage. Zu den Auswirkungen zählten die Beseitigung der katalanischen Autonomie, die Auflösung der Arbeitermilizen und die Beendigung der Arbeitermacht, ein »roll back« der bäuerlichen Landnahme und der – meist freiwilligen – Kollektivierung, der Sturz des sozialistischen Ministerpräsidenten Largo Caballero, der sich gegen sowjetische Einwirkungen auf die spanische Politik zur Wehr gesetzt hatte, das Verbot der POUM und der anarchistischen »Freunde Durrutis«.

Schon im Januar 1937 hatten Stalins Agenten die Jagd auf unliebsame ausländische Antifaschisten in Katalonien begonnen. Zur Zeit der Barrikadenkämpfe ermordeten sie den legendären italienischen Anarchisten und Antistalinisten Camillo Berneri und den Sekretär der spanischen Libertären Jugend, Alfredo Martinez. Nach den Kämpfen verschwanden Hunderte linke Kommunisten, Anarchisten und Sozialisten in den Gefängnissen und Folterkellern des NKWD in Spanien. Gleichzeitig säuberte die neue Regierung Negrín Streitkräfte und Volkstribunale von Revolutionären, wurden Sondergerichte Stalinschen Musters installiert und jedwede Kritik an der UdSSR unter Strafe gestellt. Ein spezielles Terrorkommando aus NKWD- und KP-Vertretern entführte, folterte und ermordete Andres Nin, der als ehemals führender Kominternfunktionär, zeitweiliger Anhänger Trotzki und illusionsloser Kritiker der blutigen Moskauer Justizfarce den Herren im Kreml besonders verhaßt war.

Gleich Nin war die gesamte POUM-Exekutive verhaftet worden. Gegen sie wurde ein den Moskauer Prozessen ähnliches Gerichtsverfahren zu inszenieren versucht. »Beweise« lieferte die spanische Filiale des sowjetischen Geheimdienstes. Nach der Ermordung Nins hatte sie, um seine angebliche Flucht zu Franco oder Hitler zu belegen, eine Tasche mit deutschem Geld und mit Gestapo-Dokumenten präsentiert, die zuvor aus Archiven entwendet worden waren. Jetzt spürte sie wie von ungefähr einen Koffer mit Dokumenten über die angebliche Kollaboration der POUM mit den Faschisten auf; zur Bequemlichkeit der Fahnder waren diese Papiere teilweise mit dem Siegel der POUM-Militärkommission versehen. Außerdem legte der NKWD u. a. ein Schreiben vor, auf

dem mit unsichtbarer Tinte vermerkt war, »A. N.« sei ein verlässlicher Agent für die Fünfte Kolonne der Faschisten. Dieser »A. N.«, wurde behauptet, sei ganz bestimmt Andres Nin.

Die Gerichtsverhandlung gegen die POUM in Barcelona dauerte vom 11. bis 22.10.1938. Moskaus Ziele waren in der Anklageschrift enthalten, die eine Verurteilung wegen Urheberchaft für die Barrikadenkämpfe 1937, Spionage für die spanischen und deutschen Faschisten sowie wegen Zusammenarbeit mit diesen verlangte. Hierdurch sollte die von der POUM vertretene Richtung im Kommunismus, der auch die deutsche KPD-Opposition angehörte, dauerhaft diskreditiert, das terroristische Vorgehen der Stalinisten gegen sie gerechtfertigt werden. Als Staatsanwalt fungierte im Verfahren ein spanischer NKWD-Agent. Ihm standen Belastungszeugen mit wenig Skrupeln zur Verfügung, deren geistige Fähigkeiten z.T. allerdings gering waren. Das Tribunal wurde von Moskau und einheimischen Parteikommunisten bedrängt, die an der Front und in Betrieben eine Kampagne zur »konsequenten Abrechnung« mit den angeblichen »Trotzkisten der POUM« organisierten. Der rechtssozialistische Regierungschef Negrín forderte, sich hierauf berufend, die Köpfe der Angeklagten.

Trotz vielfältiger Rückschläge an der Front und im Hinterland war aber die spanische Republik – anders als die UdSSR – immer noch ein relativ freies Land. Ihre Bewohner konnten zwischen Wahrheit und Lüge unterscheiden und das auch artikulieren, wenngleich nicht mehr in der unterdes gleichgeschalteten Presse. Zudem übten französische Intellektuelle Solidarität.

Bereits im Vorfeld des Prozesses scheiterte der Versuch des Staatsanwalts, ein Amalgam zwischen diesem und einem gegen Franco-Anhänger gerichteten Verfahren herzustellen. Zugleich widersetzte sich Justizminister Pena dem Appell Negríns, die Angeklagten hinzurichten. Er wies den Präsidenten des Obersten Gerichtshofes an, »alle Petitionen dieser Art in den Papierkorb zu werfen«.

In der Verhandlung bezogen die Angeklagten Offensivpositionen, woran das Gericht sie nicht hinderte. Sie widerlegten die Lügen über Spionage für und Kollaboration mit den Faschisten, verteidigten die eigenen Handlungen einschließlich des Abwehrkampfes von 1937 und beschuldigten das NKWD und Stalin, Provokationen verübt und Nin ermordet zu haben. Die Belastungszeugen erlitten eine Abfuhr. Zur Entlastung der POUM-Vertreter trugen u. a. der frühere Ministerpräsident Caballero, die ehemaligen Minister Federica Montseny, Manuel de Irujo und Julián Zugazagoitia sowie der Ex-Botschafter in Paris, Araquistain, bei. Sie rechtfertigten die Angeklagten als tadelsfreie Revolutionäre. Caballero konstatierte, er sei mehrfach zur Festsetzung der POUM-Führer und zum Verbot ihrer Partei aufgefordert worden, habe aber nicht fünfzig Jahre gekämpft, damit es möglich sei, Menschen ohne Beweise zu verhaften.

Obwohl es hinsichtlich der ausgesprochenen Haftstrafen bis 15 Jahre ungerecht war, krönte das Urteil den Prozeß. Das Tribunal begründete darin die mit Rücksicht auf Moskau verhängten Strafen in Schwejscher Manier. Es warf den POUM-Führern vor, sie hät-

ten »ihre Partei überall durchsetzen« wollen und fälschlich behauptet, »die Regierung der Republik empfangen von Moskau Befehle«, als ob nicht Ersteres bei sämtlichen Parteien Usus und das Zweite die reine Wahrheit war. Die Anklagevertretung und deren Hintermänner wurden vom Gericht hart attackiert. Die vorgelegten Beweise, erklärte es, hätten keine Aussagekraft; die geltend gemachte Notverordnung, die Urteile mit rückwirkender Kraft erlaubte, gelte hier nicht, da sie allein Spionagefälle betreffe. Die POUM habe weder zu Franco noch zu polizeilichen und militärischen Stellen eines fremden Staates – Deutschlands – Kontakt gehabt. Sie genieße ein hohes und bewährtes antifaschistisches Ansehen, habe sich politisch und militärisch verdient gemacht und sei nicht Urheber des Zusammenstoßes vom 3.5.1937 in Barcelona gewesen.

Der führende Kominternvertreter in Spanien, Palmiro Togliatti alias Ercoli, wertete das Ergebnis als skandalös. Tatsächlich hätte kein Verfahren im unmittelbaren Machtbereich Stalins so ablaufen und enden können. Wer in der aktuellen Diskussion bestreitet, daß es in Spanien einen »Moskauer Prozeß« gab, hat völlig Recht. Es gab nur den Versuch dazu, und hierbei haben sich die Stalinisten redlich Mühe gegeben. Daß der Versuch scheiterte, lag an der damaligen politischen Lage in Spanien und an jenen, die das Ränkespiel des NKWD durchkreuzten. Das Prozeßprotokoll ist bisher nur in Spanisch veröffentlicht worden. Eine deutsche Ausgabe wäre auch im Hinblick auf weitere Auseinandersetzungen mit Geschichtsfälschern verdienstvoll.

Stalin und seine Anhänger erlitten im Prozeß von Barcelona einen unerwarteten Mißerfolg. Die Verurteilten konnten in den Wirren des Zusammenbruchs der spanischen Republik den stalinistischen und faschistischen Häschern entkommen. Das traurige Ende der Republik aber war ein schwerwiegender Schlag, der gleichermaßen das spanische Volk, die internationale Arbeiterbewegung und den Weltfrieden traf. Es wurde durch den Krieg der stalinistischen Konterrevolutionäre im Hinterland mitverursacht.

GERHARD ZWERENZ

Verräter und Agenten – Denunziation als politisches Kampfmittel

Der Säuberungswahn

Im November 1990 veranstaltete das österreichische Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ein Symposium zum Thema der stalinistischen Schauprozesse in Mittel- und Osteuropa von 1945 bis 1956. Die Referate der Tagung liegen in einem Sammelband vor, dessen makabrer Titel »Ich habe den Tod verdient« als Wort eines Angeklagten den Ton aller dieser Prozesse angibt. Die meisten Angeklagten traten zugleich als eigene Ankläger auf, was die Öffentlichkeit beeindruckte und verwirrte.

In ihrer Einleitung zitierten die Herausgeber den österreichischen Sozialdemokraten Otto Bayer, der 1931 konstatierte, der Sozialismus verkomme durch Aufgabe bürgerlicher Freiheiten zum »Despotismus einer terroristischen Diktatur«. Das klingt wie Rosa Luxemburgs frühe Warnungen an die Adresse Lenins oder auch die viel weniger bekannten Anklagen Ernst Blochs gegen Lenin, geschrieben noch während des Ersten Weltkriegs aus dem Schweizer Exil heraus, und daß Bloch sich später als radikaler Bolschewist gebärdete, mag mit seinen früheren Zweifeln und Attacken zusammenhängen.

Die abgedruckten Referate des Wiener Symposiums beginnen mit George Hermann Hodos und enden mit Fritz Keller, einem früheren österreichischen Kommunisten, der die Rolle der KPÖ skizziert, die sie bis zu den osteuropäischen Prozessen spielte.

George Hermann Hodos, der selbst 1949 im ungarischen Rajk-Prozeß zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, von dem es das wohl kenntnisreichste Werk über die östlichen Schauprozesse gibt, das nur in Deutschland nicht die Beachtung fand, die es verdient, Hodos also skizziert in seinem Eingangsreferat die Zeitgeschichte der Prozesse und arbeitet den Unterschied der Prozesse nach dem Krieg von den Moskauer Schauprozessen vor dem Krieg heraus: »Damals«, sagt er, »ging es Stalin um die terroristische Ausschaltung der tatsächlichen innerparteilichen Opposition, um die Errichtung seiner totalen Alleinherrschaft über Partei und Staat.«

Dieses Zitat attestiert den Schauprozessen von 1938 objektive Gründe, worin nicht alle Fachleute übereinstimmen, weil manche von ihnen schon für diese Zeit Stalin mehr Willkürherrschaft als Machtkalkül zusprechen. Hodos spricht auch von einem »verlogenen Drehbuch«, nach dem die Prozesse abliefen, doch rechnet er Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Bucharin, Radek zu einer wirklichen »politischen Opposition« gegen Stalin. Das Drehbuch hatte

Gerhard Zwerenz – Jg. 1925, Schriftsteller. 1952 Philosophiestudium in Leipzig bei Ernst Bloch; 1957 Übersiedlung in die BRD; Werke u.a.: Kopf und Bauch. Die Geschichte eines Arbeiters, der unter die Intellektuellen gefallen ist (1971); Der Widerspruch. Autobiographischer Bericht (1974, 1991 bei Aufbau Taschenbuch Verlag); Die Rückkehr des toten Juden nach Deutschland (1986).

die Funktion, aus der politischen Opposition eine kriminelle Spionage und Sabotage zu machen.

Diese genaue Unterscheidung wird meist übersehen und legt die Wurzel aller jener schwerverständlichen Reaktionen etwa bei den Angeklagten bloß, wenn sie sich schuldig erklärten, oder bei den internationalen Beobachtern bis hin zu Sympathisanten wie Feuchtwanger und Bloch, die die Moskauer Prozesse für rechtens erklärten.

Ganz abgesehen von der internationalen Zuspitzung der Situation durch Hitlers aggressive Politik, was Linksintellektuelle, gar noch jüdische, an die Seite der Sowjets rückte, abgesehen also von dieser nazistischen Lebensbedrohung, schienen die Urteile in den Moskauer Prozessen insofern gerechtfertigt zu sein, als den Angeklagten zum Teil tatsächlich gegen Stalin gerichtete Aktivitäten nachzuweisen waren. Die Trennung legitimer politischer Opposition von krimineller Sabotage gelang den meisten Prozeßbeobachtern nicht, zumal das Gericht jeweils den Unterschied verwischte. Soweit aber bei den Beobachtern Bedenken aufkamen, wurden sie von der verständlichen Angst vor Nazideutschland dominiert, dem man eine starke, geeinte Sowjetunion gegenübersehen wollte.

Hodos arbeitet nach den Moskauer Vorkriegsprozessen die Strukturen der osteuropäischen Nachkriegsverfahren heraus, in denen eben nicht tatsächliche Oppositionelle vernichtet wurden, sondern der Partei und der Sowjetunion ergebene Genossen. Sahen die frühen Moskauer Drehbücher vor, die Oppositionellen zu Kriminellen abzustempeln, wurden nun nichtoppositionelle, parteitreue Kommunisten zu Kriminellen gemacht. Wobei zwei Stadien zu unterscheiden sind: Bis 1948 gab es Nachkriegsgefechte, mit dem Abfall Titos von Moskau im Jahre 1948 aber wurden die Opfer prophylaktisch ausgesucht. Nicht die Tat wurde verfolgt, nicht der Oppositionelle zum Kriminellen gestempelt, sondern gewisse Gruppen galten als unsichere Kantonisten – wer also früher mal oppositionell oder in westlicher Emigration gewesen ist, wer Verwandte oder Freunde im Westen hatte, wer Jude war oder jüdische Freunde hatte, galt als möglicher Feind, ehemalige Spanienkämpfer nicht weniger, genauso Kommunisten, die in Untergrundbewegungen gearbeitet hatten und gar von den Nazis verhaftet worden waren. Wer überlebte, wurde des Verrats verdächtigt.

Startschuß und Höhepunkt der Nachkriegsverfahren waren die Aktionen gegen Noel Field, der während des Krieges in der Schweiz ein Hilfswerk für Antinazis geleitet hatte und Hunderte von Verfolgten vor dem Tode rettete. Field wurde zum amerikanischen Meisterspion umgedeutet.

Hodos schreibt dazu:

»Es begann ein schmutziges Zusammenspiel zwischen den osteuropäischen Parteispitzen und Sicherheitsdiensten, von Stalin, Berija ... dirigiert. Noel Field und seine Frau wurden aus der Schweiz nach Prag gelockt und von dort nach Budapest überstellt, drei Monate später lockten die polnischen Sicherheitsorgane Noels Bruder Hermann Field nach Warschau, im Juni 1950 geriet mit einem ähnlichen Trick die Pflgetochter Fields, Erica Wallach, von Paris kommend, in Ost-Berlin in die Falle. In all diesen Ländern stellten die »Fieldisten« – also all jene Kommunisten, die jemals

Kontakt zu den Fields gehabt hatten – gleichsam den ›Vortrupp‹ der Verhafteten ... Die Verhaftungen ... zogen immer weitere Kreise in den Parteiparaten: die Field-Linie hatte ihren Dienst erfüllt und wurde zur Rajk-, Slánsky-, Gomulka-, Lucács- und Merker-Linie.«

Drei Autoren der Anthologie widmen sich den deutschen Verfolgungen. Ulrich Heyden berichtet von den Säuberungen in der westdeutschen KPD, Wilfriede Otto untersucht die stalinistische Politik der SED Anfang der fünfziger Jahre, der Mannheimer Professor Hermann Weber endlich referiert die Säuberungen in der SED von 1948 bis 1956.

Was die Vorgänge in der westdeutschen KPD angeht, so rückt Ulrich Heyden eine Reihe beschämender Aktionen ins Bewußtsein, wie etwa führende Kommunisten aus dem Westen in die DDR gerufen und dort verhaftet worden sind. Diese Säuberungen gehörten in den Zusammenhang von Schauprozeß-Vorbereitungen und erlauben andererseits den Schluß, den Wilfriede Otto in ihrem Referat über die SED Anfang der fünfziger Jahre zieht, wonach es bei der SED im Jahre 1945 ein »demokratisches Gründungsverständnis« gegeben habe. In der Einleitung des Buches melden die Herausgeber gegen diese These Widerspruch an. Tatsache ist, daß die von Moskau ausgehende Stalinisierung von SED und KPD nicht so leicht durchsetzbar war. Die Parteiausschlüsse, Verschleppungen, Verhaftungen und Verurteilungen wurden von oben gegen die Parteibasen durchgesetzt. Am deutlichsten wird dies im Referat Hermann Webers: »Der Rückfall des Kommunismus in das ›Mittelalter‹ des Stalinismus hatte mannigfache Ursachen, beruhte teilweise auf objektiven Gegebenheiten (Rückständigkeit Rußlands, mangelnde demokratische Tradition, Isolierung). Dennoch war der Stalinismus keine geschichtliche Notwendigkeit. Obwohl das revolutionäre Sowjetsystem schon am Ende der Lenin-Ära zum Polizeistaat zu erstarren begann, war die Entwicklung zum Stalinismus keineswegs zwangsläufig oder gar unvermeidlich. Dann hätte es in den Jahren der großen Säuberung 1936 bis 1938 für Stalin ja kaum Anlaß gegeben, seine Gegner – die ganze alte Garde des Bolschewismus, fast alle Kampfgefährten Lenins – liquidieren zu lassen.«

Soweit Hermann Weber mit einer Schlußfolgerung, die keineswegs so schlüssig ist, wie sie scheint, wenn sie auch einiges für sich hat. Der Referent breitet nun seine Kenntnisse der Verfolgung aus. Wie die Säuberung in der DDR verspätet und zaghaft, jedenfalls anders als in den anderen Ländern anlief, wie die sowjetischen Behörden nachhelfen, weil es in der SED Unruhe, gar Widersetzlichkeit gab. Dann griffen die Maßnahmen. Den bürgerlichen Opfern, die noch unter dem Deckmantel der Verfolgung von Nazis inhaftiert wurden, folgten die Sozialdemokraten und endlich die Kommunisten, gegen die sich die von Stalin und Berija inszenierte Säuberung ja in der Hauptsache richtete.

Wie in den anderen sozialistischen Staaten ging es um die Ausschaltung potentiell unsicherer Genossen. Wer auch nur im geringsten Verdacht einer möglichen Abweichung stand, sollte aufgespürt und unschädlich gemacht werden im Sinne der Prophylaxe – nach Titos Abfall von Moskau durfte in keiner Partei mehr ein möglicher Titoist überleben.

Die Prozesse führten in allen sozialistischen Ländern zu Folterungen und Todesurteilen. In der DDR gedieh die Säuberung nicht soweit, was sich die SED später als Verdienst anrechnete. Tatsache ist, daß die besondere Lage der DDR als geteiltes Land und Schaufenster, auf das alle Welt blickte, gewisse Verzögerungen mit sich brachte. Es gab keine massenhaften Todesurteile wie in Budapest und Prag.

Es begann 1948 mit dem kalten Aussondern ehemaliger Oppositioneller wie Max Seydewitz und steigerte sich zu Todesurteilen wie im Falle des Kommunisten Alfred Schmidt. In der SED-Führungsspitze kam es 1950, 1952/53 und 1956/57 zu Höhepunkten der Säuberung. Waren 1936 bis 1938 in der Sowjetunion Tausende deutscher Emigranten, die vor Hitler geflüchtet waren und bei Stalin Zuflucht gefunden zu haben glaubten, verfolgt, bestraft, ausgeliefert, umgebracht worden, wobei Weber anmerkt, daß Stalin mehr Spitzenfunktionäre der KPD ermorden ließ als Hitler, gab es nun in den fünfziger Jahren erneut Verfolgungen an der Basis und in den obersten Führungszentren. Anfangs leisteten die Sowjets direkte Verfolgungshilfe. Nicht völlig aufgeklärt ist der Tod Kreikemeiers im Gefängnis. Der Tod von Lex Ende bleibt unklar, es gab bezweifelbare Selbstmorde, Leo Bauer wurde zum Tode verurteilt, dann begnadigt und nach Workuta verbannt, von wo er 1956 durch Adenauers Schachzug mitsamt den letzten deutschen Kriegsgefangenen zurückkehren durfte.

Indessen entledigte sich die Ulbrichtgruppe ihrer potentiellen Gegner auch nach Stalins Tod noch, Paul Merker, Franz Dahlem und andere wurden entmachtet. Merker gar erst 1955 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, obwohl Stalin zu dieser Zeit schon zwei Jahre tot und die von ihm angeordneten Prozesse längst als kriminelle Lügengespinste aufgedeckt worden waren. Wenn Stephan Hermlin noch 1989 behauptete, die DDR habe sich als einziges sozialistisches Land Berijas Säuberungen widersetzt, so ist das richtig, soweit die SED nicht Todesurteile im Dutzend verhängen ließ, wie es in Budapest und Prag geschah. Die befohlene Säuberung war in der DDR ein schleichender Vorgang, am Ende war die Partei von ihrer moskauhörigen Führungsgruppe in etwas verwandelt worden, das die Mehrzahl der Genossen nicht gewollt hatte.

Die Wiener Referenten rücken das Verhältnis von Tätern und Opfern innerhalb der kommunistischen Partei ins Licht und zeigen die ganze Bandbreite der Tragödie.

Dem falschen Diktum von der Diktatur des Proletariats folgend, verfolgten und vernichteten sie sich, immer einer gegen den anderen und die jeweils Oberen gegen die Unteren, und wer dann aufstieg, mußte wiederum mitmachen oder sich opfern. Die wahnwitzige Ausmorderei der Französischen Revolution wiederholte sich in 70 Jahren kommunistischer Diktatur, als habe keiner der Revolutionäre auch nur das Geringste aus der Geschichte dazugelernt. Der Satz von der ständigen Verschärfung der Klassengegensätze, den die stalinistische Paranoia diktierte, führte von der Angst vor den Feinden zum Zwang ständiger Selbst-Amputation.

Das Erstgeburtsrecht der Opposition

Die 1956/57 inhaftierten und verurteilten Wolfgang Harich, Walter Janka, Gustav Just, Heinz Zöger – ich nenne hier nur meine Bekannten und Freunde – durften nach ihrer Haftentlassung nicht in ihre alten Berufe und Stellungen zurück und führten ein Leben im Abseits mit geringem Einkommen, abgesehen von Heinz Zöger, der in den Westen ging, schwer unter den Nachwirkungen der doppelten Verfolgung und Haft im Dritten Reich und in der DDR leidend. Walter Janka, unter dem Nazi-Regime ebenfalls schon inhaftiert, durfte erst Jahrzehnte später wieder an die Öffentlichkeit, ich sorgte dafür, daß er Ende 1988 bei einer Schriftstellerveranstaltung in der Frankfurter Paulskirche zu Wort kam. Die Presse kannte Janka nicht. Das änderte sich erst 1990 mit dem Erscheinen seines Haftberichts.

In den protzig hochfahrenden deutsch-deutschen Vereinigungsfeiern wird geflissentlich die Tatsache fortgeredet, daß die größten Opfer im Widerstand gegen die Stalindiktatur von Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten gebracht wurden. Gejagt, geköpft, gehängt, erschossen wurden unter Hitler wie Stalin Tausende von Linken und Revolutionären, und noch in den fünfziger Jahren setzte es Todesurteile, Lebenslänglich, Verschwinden nach Workuta, etwa bei Kurt Müller und Leo Bauer. Noch 1957 gab es bis zu zehn Jahren Zuchthaus für die Oppositionellen der Harich-Janka-Prozesse.

So wurde mit drastischer Strenge der linke Widerstand gegen die Moskauer Diktatur und die Diktatur der Moskauer gebrochen. Dieses Erstgeburtsrecht linken Widerstands wird nur allzu bereitwillig vergessen gemacht, paßt es doch nicht in die schöne Glitzermär vom Heldenmut einer späten Dissidentenschaft, der ihr Idealismus nicht abgesprochen werden soll, die jedoch aufrichtig einzugestehen vermag, daß sie sich nicht rührte, als es den Kopf kosten konnte, sondern sich, durchaus vernünftigerweise, erst hervorwagte, als die Moskauer Perestrojka strafmildernde Liberalität verkündete.

Die Todeslisten der Nazi-KZ's und Gulags sprechen die Sprache der Fakten. In Brandenburg und Bautzen, in Dachau und Buchenwald saßen schon Genossen ein, als die deutschen Bürgerkameraden noch vom Endsieg träumten oder, nach 1945, im Zeichen der Gehlen und Globke dennoch siegen zu können vermeinten.

Die Enteignung der marxistischen Intelligenz

Die Frage, was ohne Stalin aus dem Sozialismus geworden wäre, hat die Qualität der Frage, was ohne Napoleon aus der Französischen Revolution und ohne Hitler aus dem Nationalsozialismus geworden wäre. Bei allen Differenzen gibt es drei Gemeinsamkeiten:

1. Viele Parteigänger wollten ursprünglich etwas anderes. Es waren die Revolutionäre.
2. Viele machten dennoch mit. Es waren die Opportunisten.
3. Die nicht mitmachten, verschwanden aus dem Leben, mindestens aus der Geschichte, mit Sicherheit aus den Machtzentren. Es waren die Opfer.

Der Stalinismus ist erneuertes Manichäertum, also prinzipielle Trennung in Freund und Feind. Lenin radikalisierte diese im Mar-

xismus enthaltene Tendenz aus psychologischen Gründen der Rache für seinen hingerichteten Bruder und hernach aus bürgerkriegsbedingten Gründen. Stalin extremisierte den Leninismus zum vollendeten Manichäertum. Wer Freund war, bestimmte Stalin. Alle anderen waren Feinde. Stalin erklärte 1939 auch Hitler zum Freund, bis der am 22. Juni 1941 die Freundschaft aufkündigte.

Indem der Marxismus sich aus einer revolutionären Theorie in eine Ein-Mann-Diktatur verwandelte, traten Gehorsam und Disziplin an die Stelle dialektischer Reflexion. Nicht nur wer anders dachte, sondern wer überhaupt dachte und es zeigte, wurde konterrevolutionär. Konterrevolutionär war alles, was die Beliebigkeit und Entscheidungsfreiheit des Mannes an der Spitze einschränkte. So hatte bald niemand mehr etwas zu sagen, es sei denn er sagte, was der Spitzenmann sagen lassen wollte. Valentin Falin nannte dies, als es nichts mehr kostete, »Anti-Sozialismus«.

Ein Vergleich von Hitler und Stalin zeigt, Hitler spielte einzelne Personen und Gruppen bonapartistisch gegeneinander aus, seine Machtbalance ließ etwa SS und Wehrmacht miteinander konkurrieren. Stalin suchte sich auch aus bonapartistischen Zwängen zu befreien. Statt ihre Interessen und Energien auszubalancieren oder gegeneinander zu richten, um das Zünglein an der Waage zu sein, liquidierte er Personen, Gruppen, Klassen, Völker. Stalin und Hitler waren die Rückkehr in vorzivilisatorische Zeiten. Mit den Mitteln der Moderne.

Damit enteignete Stalin die marxistische Intelligenz ihrer Köpfe. Nicht nur Kritik, auch Analyse und Definition konnten nur außerhalb des Machtbereichs geschehen. Stalin ist das logische Ergebnis einer Revolution, die sich russifizierte. Wer dagegen einwendet, es müßten auch andere Entwicklungsmöglichkeiten bestanden haben, hat insofern recht, als es Konjunktive gegeben hat, beginnend beim Kronstädter Aufstand. Sie wurden alle liquidiert. Diese Abtötungen sind das logische Ergebnis der Ausgangsbasis. Die Revolution siegte nicht in Deutschland, sondern per Mißverständnis und »bolschewikihafter Überheblichkeit« – Rosa Luxemburg in »Briefe an Leo Jogiches« – in Rußland, womit der Luxemburgismus selbst zum Feind erklärt wurde. Denn Luxemburgismus und permanente Diktatur statt Revolution vertragen sich nicht miteinander.

Ob eine Form von luxemburgischem Sozialismus irgendwo möglich gewesen wäre, wissen wir nicht. Das Nachdenken darüber ist rein spekulativ. Eine Erprobung wird es nicht geben. Die Völker verweigern weitere sozialistische Experimente. Wer dennoch weiter darüber reden will, produziert reine Literatur, Poesie pur mit schwarzem Humor.

Drei Einschränkungen

Erste Einschränkung:

Wer die Kritik an Stalin von Hitlers Positionen aus übt, besitzt keine Legitimation. Ohne Hitler-Deutschland und seinen Krieg wäre Stalin nicht der linke Gott geworden, den wir kennen.

Zweite Einschränkung:

Im Ersten Weltkrieg unterlag die zaristische Armee der kaiserlich-deutschen Armee.

Einer Dritten-Reich-Wehrmacht wäre eine zaristisch-russische Armee mit Sicherheit unterlegen gewesen. Stalins Sowjet-Armee zerschlug Hitler-Deutschland. Die Deutschen danken der Sowjetarmee die Befreiung vom Nazismus.

Indem der Sieger Stalin zur sozialistischen Idealfigur wurde, stellte die Moskauer Ein-Mann-Diktatur die Weichen für den Nachkrieg. Wer es wagte, Stalin auch nur im geringsten in Zweifel zu ziehen, war des Todes, womit der Stalinismus endgültig zur machthäuslichen Welt-Religion wurde, die nur ein Für und Wider kannte.

Das sozialistische Experiment scheiterte ebenso wie Versuche, das Christentum durch Gewalt zu verwirklichen. Was bleibt, sind sozialistische Träume, Wünsche, Entwürfe. Sie existieren weiter wie die Bergpredigt in der Bibel, als Glaube, Moral, Beunruhigungspotential.

Dritte Einschränkung:

Stalin schuf über die Formel Sozialismus in einem Land einen großrussischen National-Sozialismus. Er war im Kern nicht rational, aber national, imperial unterdrückend, nicht freiheitsrevolutionär. Die einzige Legitimation dieses russischen National-Sozialismus bestand im Sieg über den deutschen Nationalsozialismus. Mit der Entfernung von 1945 verlor sich diese Legitimität. Wer, im Sinne Heinrich Heines, danach ein »kleiner Soldat im großen Befreiungskampf der Menschheit« sein wollte, mußte die Stalin-Diktatur bekämpfen. Sie nicht bekämpft zu haben, ist die historische Schuld derjenigen Sozialisten, die weiterhin Stalin und dem Apparat gehorchten.

Damit wandelt sich die historische und kulturpolitische Wertung in eine Bewertung von Personen und ihrer Haltungen. Geschichte wird biographisch, womit unsere Schmerzgrenze erreicht ist. Die noch lebenden Generationen müssen ihr Gewissen befragen.

Die psychologisch-philosophische Disposition dazu findet sich in »Das verführte Denken« von Nobelpreisträger Czeslaw Milosz, dem vielleicht weltweit wichtigsten ungelesenen Buch mit dem Begriff des »Ketman«, was heißt: Doppelwissen. Frage sich jeder nach dem unterdrückten Teil seines Wissens und Ge-Wissens.

Die Selbstverstümmelungsprozesse der kommunistischen Ostparteien sind inzwischen allgemein bekannte Teile der Weltgeschichte geworden wie die Inquisition und die Religionskriege, denen sie ähneln. Im Verlauf der Aufdeckung spielten Exkommunisten die Rolle der Pioniere. Allerdings bestreite ich den westdeutschen Antikommunisten jedes Anrecht auf die Positionen der Ankläger und Richter. Es ist wie im Falle der Toten von Katyn, deren Blut auf Geheiß des Politbüros der KPdSU vom 5.3.1941 vergossen wurde: 25.700 gefangene polnische Offiziere und Beamte erschossen und verscharrt. Die Schuld den Deutschen zugeschoben. Die allerdings ermordeten nach dem Sieg über Polen etwa ebenso viele polnische Bürger, meist Juden, Intellektuelle und Kommunisten, und im Fortgang des Krieges brachten sie Millionen Menschen außerhalb kriegerischer Aktionen um, im Kriege selbst aber noch einmal viele Millionen.

Wer das heute noch leugnet, aufrechnet, bagatellisiert und wer gar noch im Bundestag lauthals von »Stalins Vernichtungskrieg

gegen die Deutschen« spricht, verliert jedes Anrecht auf Anklage und moralische Wertung.

Linke Kunststoffköpfe

Zwischen dem westlichen Wertesystem und der Realität, nehmen wir sie in allen westlich dominierten Ländern zusammen, klafft eine nicht geringere Differenz als zwischen Theorie und Praxis der gewesenen sozialistischen Staaten.

Wäre ich ein vom sozialistischen Untergang überraschter Genosse, den ein Westler anklagend fragte, wie er bis zuletzt noch habe gläubiger Sozialist sein können, so fragte ich zurück, wie der Westler guten Gewissens mit seinen Werten leben könne angesichts der massenhaften Nöte, Krisen und Kriege, die in aller Welt zunehmend herrschen, den westlichen Werten hohnsprechend, wo nicht sie dementierend und zu bloßen Ideologien reduzierend.

Diese Fatalität enthebt den Sozialisten nicht der Mühen um die Entsorgung der eigenen Welt.

Der Marxismus taugt vorzüglich zur Revolution, doch was danach kommt, verschwieg klugerweise (ratloserweise) schon Dr. Marx. Dessen Diktatur des Proletariats verlängert sich in die halbe Ewigkeit, denn das Fehlen einer sozialistischen Ökonomie führt zu wirtschaftlichen Niedergängen. Also muß das Volk diktatorisch abgehalten werden vom Aufstand gegen die neue Parteiklasse.

Der Feind wird als Klassenfeind deklariert, den es auch gibt, der aber nichts ist ohne den wahren Feind im eigenen Herzen. Der Kommunist, der unter feindlicher Herrschaft die Revolution vorbereitet, handelt guten Gewissens im Namen der Unterdrückten. Hat er die Macht errungen, unterdrückt er seinerseits die anderen, sich selbst und die Wahrheit, die in der fatalen Erkenntnis bestünde, daß er, der siegreiche Revolutionär, nichts anfangen könne mit der errungenen Macht. Nichts anderes als vermehrte, verlängerte Unterdrückung. Denn die nichtexistente sozialistische Ökonomie führt zu der Lüge, es gebe sie doch, und diese Lüge als Wahrheit auszugeben, braucht der Sozialismus alle Staatsgewalt.

Der Konflikt zwischen Kommunisten und ihren heftigsten Feinden, den Exkommunisten, beruhte im Kern einzig auf diesem Umstand. Die Abgefallenen durchschauen den Irrtum, die Parteikommunisten durchschauen ihn nicht oder verschweigen ihre Einsicht aus verständlicher Angst vor dem Schisma, aber auch aus Opportunismus und Karrierismus. Hier liegt der Grund für den Verfall der kommunistischen Moral. Der Opportunismus zersetzt sie.

Die westdeutsche Linke, diesen Begriff in seiner Unbestimmtheit genommen, denn die Molluske entbehrte knochiger Konturen, hatte den sozialistischen Grundkonflikt nie wahrgenommen. Sie war eine hegelianische Kopfgeburt, der Revolutionen, sei es die vom Oktober 1917 oder die mißglückte von 1989, nur zum Absondern jener Konstrukte dienen, die die Politiker und Politikwissenschaftler wiederum zu lebenslangen Existenznachweisen benötigen.

Die westdeutsche Linke handelte nicht, sie redete und schrieb, kritisierte und analysierte. So inflationierten Fachtagungen, Akademietreffen, moderierte tv-Geschwätze und deutsch-deutsche Schriftstellerversammlungen, um die schlimme nackte Wirklichkeit mit

der schillernden Soße unmaßgeblicher und unzutreffender Gedankenurrogate zu übergießen.

Der westdeutschen Linken diene der östliche Realsozialismus als Vehikel der Rache gegen die eigenen Mächtigen im Staate. Daran war nicht alles falsch. Die deutschen Rechten ließen sich manche Zugeständnisse an die linke Vernunft nur abhandeln aus Angst vor der Revolution, die an die bürgerliche Tür klopfte.

Es war nur ein aufgeblasener Feind, wie sich herausstellte, nachdem die USA die UdSSR in den Notstand hineingertüschet hatte.

Der marxistische Sozialismus kann eine Revolution siegreich bestehen. Danach ist er zum Untergang verurteilt. Die Gnadenfrist berechnet sich nach dem Maß an Gewalt, das er aufwendet. Stalin herrschte unbedenklich wie die Chinesen, Gorbatschow versuchte zu reformieren und setzte die Gewalt nur dann ein, wenn die Gefahr für den Staat existenzbedrohend wurde, und bald gar nicht mehr.

In der DDR wäre ein Massaker wie in Peking nicht machbar gewesen, ohne Gorbatschow in den Augen der ganzen Welt zu diskreditieren. So gab die alte SED-Garde nach, was den tatsächlichen Zustand der DDR offenbarte: Der Parteibankrott war zugleich Staatsbankrott.

Die westdeutsche Linke nahm auch dies nicht wahr. Ihre Psychologie ließ das nicht zu. Denn der typische Wessi-Linke weiß alles besser, ist akademisch gebildet und kann jederzeit frei und einschläfernd über Strukturen, Entfremdung, Ästhetik philosophieren.

Schließlich mußten Zeitungsseiten gefüllt, Fernsehstunden bebildert und deutsch-deutsche Geschwätze arrangiert werden.

Der typische Linke baut stets die Welt besser auf als sie ist. Komischerweise ist sie danach schlechter als vorher. Der Linke ist für den Fortschritt, obwohl der schlicht zurückführt. Der Linke hat es stets mit den anderen: den Feinden, Reaktionären, dem bössartigen Volk. Nur mit sich selbst hat es der Linke nicht. Er ist tabu. Jeder Zoll eine Wahrheit an sich.

Der Wessi-Linke verbessert unaufhörlich die ganze Welt, angenommen das eigene Ich. Die individuelle Revolte, die nötig wird, soll aus dem kollektiven Ich, diesem angelesenen Kunststoffkopf, ein Naturkopf mit erkennbar lebendigem, menschlichem Gesicht werden, diese individuelle Rebellion bleibt der Wessi-Linke schuldig. Denn sie gefährdete die Karriere und die wohltemperierte Kultur des eigenen Seelenheils.

THOMAS KLEIN

Widerstand und Verfolgung von Kommunisten während der Stalinisierung der SED 1946-1951

Vorbemerkungen

In den letzten Jahren sind eine Vielzahl neuer Veröffentlichungen zur Verfolgung von Sozialdemokraten in der SBZ/DDR vorgelegt worden, die dieses auch schon zuvor sehr aufmerksam verfolgte Kapitel der Repressionsgeschichte auf der Grundlage jetzt zugänglicher Quellen aus Archivbeständen der SED und aus russischen Quellen anreichern. Jene Quellen belegen jedoch auch die Härte und den Stellenwert der Verfolgung von oppositionellen Kommunisten innerhalb und außerhalb der SED. Der linke Widerstand gegen den Nachkriegskurs der KPD, gegen die Stalinisierung der SED, schließlich die Verfolgung von linken Kritikern und Oppositionellen innerhalb und außerhalb dieser Partei sowie der westdeutschen KPD und endlich die Säuberung beider Parteien von ihnen war aus mehreren Gründen immer eine besondere Dunkelzone der Parteigeschichte. Durchaus nachvollziehbar ist dabei natürlich auch das Desinteresse der Würdigung solcherart linker Dissidenz seitens des antikommunistischen Lagers. Doch unabhängig davon gibt es ebenso zeithistorische Interpretationsdefizite.

Zunächst fällt das enorme Mißverhältnis zwischen dem tatsächlichen formellen und informellen Aufwand zur Eliminierung solcherart Dissidenz und dem realen politischen Gewicht linken Widerstands innerhalb der SED auf. Während der operative und propagandistische Aufwand zur Niederhaltung sozialdemokratischer Tendenzen durchaus deren immerhin potentieller Gefährlichkeit allein schon wegen der numerischen Stärke des nominell sozialdemokratischen Mitgliederflügels entsprach, fehlt dieser Deutungszugang im Falle linker oder kommunistischer Dissidenz. Allerdings belegen die Quellen, daß die Themen und die Intensität der Widerstandspraxis jener Handvoll aktiver linker Oppositioneller tatsächlich die Transformation der SED in eine stalinistische »Partei neuen Typus« ernsthaft zu gefährden drohten, wenn es ihnen gelungen wäre, die Parteimitgliedschaft zu erreichen oder in ihr Fuß zu fassen. Der Kampf gegen den »Sozialdemokratismus« trug angesichts der eher verhaltenen Widerstandsarbeit einer – gemessen an ihrer Gesamtzahl – kleinen Schar von Sozialdemokraten innerhalb der SED vor allem der erkannten Notwendigkeit Rechnung, jenen großen innerparteilichen Unsicherheitsfaktor durch Einschüchterung zu neutralisieren und das Infiltrationspotential des externen Faktors Ostbüro zu berücksichtigen. Anders als im Falle der Sozialdemokraten spiegelt dagegen die Verfolgung jener klei-

Thomas Klein – Jg. 1948, Studium der Mathematik an der Humboldt-Universität zu Berlin, wissenschaftlicher Assistent am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1975 Promotion, 1979/80 Haftstrafe wegen Protestes gegen Berufsverbote für Linke in Ost und West, anschließend Berufsverbot und Tätigkeit im Berliner Möbelkombinat, politisch aktiv in der unabhängigen Friedensbewegung, Gründungsmitglied der »Vereinigten Linken« und bis Dezember 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. Arbeitet zur Zeit am Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien Potsdam.

nen Zahl linker Dissidenten vor allem das Bewußtsein des befürchteten Wirkungsgrads konzeptioneller Widerstandsarbeit vielfach erfahrener und überwiegend konspirativ arbeitender Aktivistinnen wider, deren kommunistische politische Sozialisation sie über ähnliche Erfahrungshintergründe wie ihre Gegner und deshalb auch über eine genaue Kenntnis der stalinistischen Politikmuster und -ziele verfügen ließ.

Das besondere Kapitel der Verfolgung von Kommunisten läßt sich in den allgemeinen Kontext der frühen SED-Säuberungspraxis mittels folgender drei Thesen einbinden:

Erstens: Der eigentliche Zweck des Kontroll- und Repressionsaufwands war keineswegs reaktiv, war also nicht die Antwort auf tatsächliche Widerstandsbereitschaft in der SED. Tatsächlich ging es darum, den Stalinisierungsprozeß in der Massenpartei SED aktiv und präventiv abzusichern: Es ging um die Verwandlung der Mitgliederpartei in ein gegen Dissidenz immunisiertes Instrument der Parteiführung. Solcherart stalinistische Parteiformierung erforderte gemäß dem ambivalenten Zustand der SED in den vierziger Jahren auch die Anwendung terroristischer Methoden. Hier entschlüsselt sich zudem das offensichtliche Mißverhältnis von nur punktueller innerparteilicher Widerstandsbereitschaft und dem beträchtlichen Ausmaß repressiver Energie in den Parteisäuberungen. Der martialische Ton der Anklagen und die große Anzahl verfolgter Parteimitglieder darf keineswegs als Maßstab für die tatsächliche Stärke parteioppositioneller Handlungsbereitschaft in der SED geltend gemacht werden. Der Inhalt von Anschuldigungen und das tatsächliche Selbstverständnis bzw. die wirklichen Handlungen der Verfolgten oder Disziplinierten hatten selten etwas miteinander zu tun. Deshalb war die Verfolgung von sozialdemokratischen oder kommunistischen, vermeintlichen oder tatsächlichen Dissidenten aber weder irrational noch übertrieben. Die Parteisäuberungen waren jenseits ihrer bizarren Selbstlegitimation vielmehr rationaler Ausdruck der Einsicht und Entschlossenheit, Gewalt als Mittel der Zurichtung von Partei und Gesellschaft und im Sinne präventiver Abwendung von Gefährdungen des eigenen Herrschaftsmonopols einsetzen zu müssen. Jedoch wurde das Bewußtsein, Gewalt niemals als einziges Mittel sondern immer zusammen mit ideologischer Konditionierung und kaderpolitischer Weitsicht anzuwenden, fortlaufend mit den Erfahrungen geschärft. Daß man in der Parteiführung und im Apparat sehr wohl lernte, flexibel bei der Auswahl und Anwendung verschiedener Herrschaftstechniken vorzugehen, zeigte die weitere Entwicklung.

Zweitens: Es ist notwendig, eine differenzierte Begrifflichkeit gerade in der Analyse innerparteilicher Dissidenz zu entwickeln. Das Spektrum solcher Dissidenz reichte von spontaner Kritik, bewußter Widerspruchsbereitschaft in systemkonformem oder die Loyalität zur Partei bereits aufkündigendem Sinne über innerparteiliche Opposition bis hin zum organisierten Widerstand. In der Mehrzahl erlagen auch diejenigen Kommunisten, welche dem jeweiligen Kurs der Parteiführung reserviert gegenüberstanden, letztlich dem Druck und der Versuchung aktiver Anpassung an die jeweils herrschende Parteidoktrin. Dagegen blieb die große Zahl anpassungs-

unwilliger Sozialdemokraten überwiegend der passiven Distanz zu der sich ihnen immer mehr entfremdenden SED verhaftet. Anders als bei den zahlreichen anpassungsunwilligen Sozialdemokraten führten die politische Sozialisation und die praktische Erfahrung der wenigen widerstandsbereiten Kommunisten und Linksozialisten jedoch eher zu entschiedeneren Formen der Gegenwehr.

Drittens: Die SED unmittelbar nach der zonalen Vereinigung von KPD und SPD war aus der Sicht der tonangebenden »Moskauer« KPD-Führungsgruppe »zusammengewürfelt« und deshalb im Lichte ihrer Option, die ganze Partei unter ihre Kontrolle zu bringen, durchsetzt mit »Fremdkörpern«. Hinzu trat der Umstand, daß zuvor in beiden Parteien die Mehrheit der Mitglieder Neuzugänge waren: In der neuen KPD waren sie noch nicht stalinistisch gedrillt, und die Mehrheit der SPDler war nicht einmal im sozialdemokratischen Parteiverständnis diszipliniert worden. Dieses Defizit an stalinistischer politischer Sozialisierung in der SED kombinierte sich mit dem Dilemma, daß die Bevölkerung der SBZ natürlich in erster Linie die SED (wie zuvor die KPD) mit der sowjetischen Besatzungsmacht und ihren Maßnahmen identifizierte und dies häufig beider Ansehen beeinträchtigte. Damit sind die Begründungszusammenhänge für den »Repressionsbedarf« nach den Maßstäben der stalinistischen Führungsfraktion formulierbar: Ohne hinreichend große politische und soziale Basis in der Bevölkerung sowie bei einem zunächst noch unberechenbaren Mitgliederstamm in der neuen Massenpartei SED war das durch die Besatzungsmacht gedeckte Mittel der Gewalt nicht nur ein naheliegendes, sondern damals auch das wichtigste (entscheidende) den Stalinisten zur Verfügung stehende Instrument der Partei- und Gesellschaftsformierung.

Linke Widerstandspraxis und die Verfolgung dissidenter Kommunisten

Die noch in den Anfängen steckende Erforschung linkssozialistischer und kommunistischer Dissidenz erbringt überraschende Einblicke in die beachtliche Widerstandsbereitschaft und Entschlossenheit einer kleinen Anzahl von Zirkeln und Gruppen gegen die Stalinisierung der SED. Daß und wie man sich sowohl auf sowjetischer Seite als auch in dem mit ihr verbündeten Parteiführungsflügel dieses Widerstandspotentials bewußt war, spiegelt etwa die schon im Mai 1946 ergangene Warnung Tjulpanows (Chef der Propagandaverwaltung) und Bokows (Mitglied des Militärrats) an die Mitglieder des Zentralsekretariats (ZS) Pieck, Ulbricht, Grotewohl vor illegalen Organisationen aus »trozkistischen Elementen« innerhalb der SED, verbunden mit der Forderung nach operativen Gegenmaßnahmen.¹

Im August 1946 informierte Generaloberst Serow (Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Fragen der Zivilverwaltung und Geheimdienstchef in der SBZ) Pieck über die Aktivitäten aus der früheren Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAP)² in Berlin gegen die Politik der SED. Warnend hieß es, die illegal arbeitenden oppositionellen Gruppen sähen es als ihre Hauptaufgabe an, Leitungen der SED mit ihren Leuten zu besetzen, und sie planten, Flugblätter und Broschüren zu verbreiten. Ihre Aktivitäten sei-

1 Wilhelm Pieck: Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, hrsg. von Rolf Badstübner und Wilfried Loth, Berlin 1994, S. 73f.

2 Die KAP organisierte seit 1920 solche Teile der links-kommunistischen Opposi-

tion der KPD, die über die Allgemeine Arbeiterunion Deutschlands (AAU) hinaus eine politische Partei für notwendig hielten. Sie zerfiel rasch, und ihre Mitglieder wurden vornehmlich von der AAU und der SPD absorbiert. Ehemalige KAPler in der SPD beteiligten sich 1931 an der Gründung der »Roten Kämpfer«, die als Widerstandsgruppe bis 1937 agierte. – Die AAU wurde 1920 von linkskommunistischen Gruppen als revolutionäre Einheitsorganisation der Lohnarbeiterschaft gegründet. Nach raschem Aufschwung stagnierte die Union und verlor noch vor 1923 an Bedeutung. Wieder vereinigt mit der 1921 abgespaltenen AAU-Einheitsorganisation existierte sie als Kommunistische Arbeiterunion Deutschlands (KAUD) bis zur Zerschlagung durch die Faschisten.

3 Wilhelm Pieck: Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik, a. a. O., S. 77ff.

4 Parteiarchiv RZCHIDNI Moskau, Bestand f17, op.128, d.151, l.120-136; Übersetzung von Elke Scherstjanoi.

5 Ullrich Mählert: »Im Interesse der Sache würde ich empfehlen ...«. Fritz Große über die Lage der SED in Sachsen, Sommer

en gegen die Moskauer Kader und ihre Versuche gerichtet, sowjetische Methoden auf die speziellen Verhältnisse anderer Länder zu übertragen, worin sie das Bestreben sähen, die imperialistischen Ziele der Sowjetunion zu unterstützen. Die in den Pieck-Notizen überlieferten fragwürdigen konkreten Informationen besagen unter anderem, daß gemäß den Aussagen eines verhafteten Mitglieds aus Berlin-Mitte die Berliner Gruppe 200 frühere KPD-Mitglieder zählte und im Juli 1946 die Schöneberger Gruppe auch mit Angehörigen der amerikanischen Armee in der Wohnung eines Mannes namens Weiland zusammenkam.³

Angesichts der naheliegenden Vermutung, diese Warnungen seien zweckvolle Übertreibungen gewesen, ist es sinnvoll, nach der Bewertung linker Opposition in der SED insbesondere in Berlin aus der Sicht der deutschen Parteiführung zu fragen. Solche Fragen hatte offenbar auch die SMAD, wie das Informationsgespräch einer Moskauer ZK-Delegation zur Prüfung der Arbeit der SMAD-Propagandaverwaltung mit Hermann Matern (damals Vorsitzender des SED-Landesverbands Groß-Berlin) über die Situation in der Berliner SED am 25.9.46 (nach den SBZ-Septemberwahlen und vor den Oktoberwahlen in Berlin) zeigte: Matern erwiderte auf die Frage Burzews (Leiter der Politischen Hauptverwaltung der sowjetischen Streitkräfte), ob die wirkliche Einheit der Partei ohne Säuberungen erreichbar ist, wörtlich: »Eine Säuberung ist notwendig ... die Schwierigkeiten mit dem sozialdemokratischen Teil der Partei [in Berlin sind] nicht so groß wie manche denken. Erheblich mehr Schwierigkeiten haben wir auf der Seite der Kommunisten. Fraktionsarbeit wird in Berlin meist von Kommunisten geführt. Außerhalb Berlins ist die Situation umgekehrt. Außerhalb Berlins sind in die SED fast alle Sozialdemokraten eingetreten ... Ein Teil der Sozialdemokraten dort muß entfernt werden, aber jetzt können wir sie nicht rausschmeißen. In Berlin dagegen müssen wir uns mehr mit den Kommunisten befassen. ... In Berlin befinden sich die Hauptopportunisten [gemeint sind sozialdemokratische SED-Kritiker – Th.K.] in der Sozialdemokratischen Partei.« Auf die direkte Frage Panjuschkins (1. Stellvertreter des Leiters der Abteilung Internationale Information des ZK), ob eher ehemalige rechte Sozialdemokraten oder ehemalige linke Kommunisten gefährlicher (insbesondere für die Parteieinheit) seien, antwortete Matern: »Die Ultralinken. ... Eine eigene Organisation [haben sie] nicht, aber sie machen fraktionelle Arbeit ... die größere Gefahr ist die »Linke«, sowohl im organisatorischen, als auch im ideologischen Sinne.«⁴

Dies sind allerdings Indizien dafür, daß unabhängig von der klaren Sicht die eigentlich gewichtige potentielle »sozialdemokratische Gefahr« in der SED das Bewußtsein der akuten Gefährdung durch oppositionelle Linke wach geblieben war. Dies verrät auch schon ein noch früher datierter Bericht Fritz Großes (1945 KPD-Stellvertreter von Hermann Matern für Sachsen) über die Lage in Sachsen vom August 1946,⁵ der Moskau die Bildung eines vom NKWD unabhängigen Parteiabwehrapparats in der SED zur Bekämpfung und zur Beobachtung der Blockparteien vorschlug. Ausgehend davon, daß dies seiner Meinung nach auch von den früheren Sozialdemokraten in der SED gebilligt würde, könne

dieser Apparat dann in eigener Regie auch zur Beobachtung von Trotzlisten, ehemaligen Oppositionsgruppen und Schumacherleuten eingesetzt werden.

Die Entstehung solcher innerparteilichen Abwehrorgane ist inzwischen beschrieben worden.⁶ Ihr Ertrag zur Bekämpfung der Sozialdemokraten ist weithin bekannt. Was nun die operative Arbeit solcher Organe in Richtung der linksoppositionellen Strömungen in der SED und an ihrem Rande erbracht und bewirkt hat, kann hier nur an wenigen Beispielen streiflichtartig skizziert werden.

Eine wichtige Rolle spielten jene Linken, die vor 1945 in eigenen Organisationen der KPD und SPD kritisch, ablehnend oder feindlich gegenüberstanden und den faschistischen Terror oder sowjetische Säuberungen überlebt hatten. Es ist nachweisbar, daß viele Mitglieder ehemals oppositioneller Parteien (KPD-Opposition, KAP, SAP, Leninbund, AAU)⁷ sowohl in die KPD gingen als auch zu beträchtlichen Teilen (und aus ganz anderen Gründen als die KPD-Führung) die Vereinigung mit der SPD befürworteten. Andererseits sind nicht alle kommunistischen Gegner der Parteienfusion der SED ferngeblieben, sondern entfalteten innerhalb der SED klassisch-sektiererische antisozialdemokratische Aktivitäten ohne jedes Verständnis für die kluge Taktik der moskauorientierten Parteiführungsgruppe zur Neutralisierung der Sozialdemokraten. Für wirklich gefährlich wurde aber offenbar die erste Gruppe von linken Abweichlern gehalten. In der Personalpolitischen Abteilung (PPA) im Zentralsekretariat häufte sich akribisch gesammeltes Material über die Aktivitäten trotzkistischer und anderer »organisierter feindlicher Oppositionsgruppen« an, wie es etwa in einem Bericht vom 9. Januar 1947 heißt. Dort wird für Berlin konstatiert, »daß die Querverbindungen der einzelnen Oppositionsgruppen immer dichter werden.«⁸

Unabhängig von der Betonung der Gefährlichkeit linksoppositioneller Kräfte in der SED schien die SED-Führung allerdings früher von der KPD zur KPO gewechselte Kommunisten (die traditionellen »Rechtsabweichler«) besonders ernst zu nehmen. Bekannt war, daß die KPO früher vor allem in Sachsen und Thüringen starken Zulauf hatte. Tatsächlich haben ehemalige KPOler in beträchtlichem Umfang nach 1945 in allen Besatzungszonen wieder den Kontakt miteinander hergestellt und die politische Lage sowie die organisatorische Zukunft der oppositionellen Kommunisten diskutiert. Schon im Januar 1947, als »eine systematische Beobachtung der feindlichen Gruppen in der Partei ... noch nicht [existierte]«⁹, wurden laut einem »Bericht über Aktivitäten oppositioneller Elemente in Berlin, der Ostzone und den Westzonen« vom 28.1.1948 in fast allen Berliner Stadtbezirken reorganisierte Gruppen der KPO, aber auch Gründungen von Spartakus, der KAP und Zusammenschlüsse trotzkistischer Tendenz – zum Teil mit Beteiligung und unter der Führung von SED-Mitgliedern – ausgemacht. Spätere genauere Erhebungen der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) rekonstruierten zum Beispiel die Versuche der vom Naziterror nicht so stark dezimierten KPOler Berlins, 1946 ihre Verbindungen wiederherzustellen, ohne allerdings die KPO als solche zu reorganisieren.¹⁰ Die ZPKK behauptete im oben erwähnten

1946, in: Jahrbuch für Kommunismusforschung 1996, S. 215 ff. Berlin 1996.

6 Michael Kubina: »In einer solchen Form, die nicht erkennen läßt, worum es sich handelt ...«. Zu den Anfängen der parteieigenen Geheim- und Sicherheitsapparate der KPD/SED nach dem zweiten Weltkrieg, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung September 1996, Heft 3, S. 340 ff.

7 Die KPD (Opposition), auch KPO, wurde im Dezember 1928 als Organisation der »Rechtsopposition« gegründet und von August Thalheimer sowie Heinrich Brandler geführt. Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) wurde als Abspaltung von der SPD nach deren Leipziger Parteitag im Oktober 1931 gegründet. Sie trat für die Aktions-einheit der Arbeiterklasse ein und war relativ gut auf die Illegalität während der Nazi-Zeit vorbereitet. Der Leninbund vereinigte ab 1928 Reste der in den Vorjahren aus der KPD gedrängten Linksopposition um die ehemalige Parteivorsitzende Ruth Fischer. Nach dem Ausscheiden von Fischer vertrat der Leninbund zunächst stark an Trotzki angelehnte Positionen. Teile des Leninbunds näherten sich 1929/30 an die KPD(O) an.

8 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiar-chiv der SED (im folgenden: SAPMO-BArch, ZPA) IV 2/4 - 380.

9 Ergänzung zum Bericht über organisierte feindliche

Oppositionsgruppen, SAPMO-BArch ZPA IV 2/4 - 385.

10 Vorläufiger Bericht über die KPO Berlin vom 11.8.1951, verfaßt von Paul Laufer, ZPKK, in: SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 385.

11 Ebenda.

12 SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 380.

13 Paul Elflein: Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein, Hamburg 1978, S. 110 ff.

Bericht, die Taktik der KPOler in der SED bestünde darin, kleine Gruppen zu bilden, die Unzufriedenen in der SED kennenzulernen und daraufhin mit ihnen direkte Verbindung aufzunehmen. So ist leicht nachvollziehbar, wie ängstlich die Parteiorgane von Anfang an nach Beispielen solcher in der Tat erfolgversprechenden und klugen Taktik Ausschau hielten. Im ZPKK-Bericht heißt es jedoch auch, daß aus Befragungen ehemaliger KPOler hervorging, sie lehnten in der Mehrzahl nach 1945 die Aufrechterhaltung ihrer Partei oder eine Fraktionsarbeit in der SED ab. Die Parteiakten dokumentieren trotzdem schon sehr früh Maßnahmen gegen solche Mitglieder, so gegen die 1947 aus der SED ausgeschlossene und aus der Volksbildung entfernte Käthe Draeger, KPO-Aktivistin in der illegalen Arbeit nach 1933, oder gegen den seinem Parteiausschluß durch Austritt zuvorkommenden Heinz Krause, aufgefallen als Verteiler von KPO-Material, durch seine kritische Haltung zur SED-Politik und gegenüber Stalin sowie als Verfechter der Aufrechterhaltung einer KPO-Fraktionstätigkeit in der SED.¹¹

Exemplarisch war die Abrechnung mit dem früheren KPD-Landtagsabgeordneten, dann KPO-Reichsleitungsmitglied und späterem SED-Mitglied Alfred Schmidt. Der Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstands, Hans Jendretzky, unterrichtete die PPA des ZS im Juli 1947 von seinem Vorhaben, mit Hilfe des SED-Landesvorstands Thüringen den dortigen Vorsitzenden der IG Nahrung/Genuß/Gaststätten auszubooten. Nach dessen Absetzung im August 47 wurde dieser linke Kritiker der sowjetischen Besatzungs- und Reparationspolitik im Juni 1948 wegen Reorganisation der KPO in Erfurt und Teilnahme am Aufbau der KPO in Thüringen aus der SED ausgeschlossen und einige Tage später mit anderen zusammen von der sowjetischen Besatzungsmacht in Erfurt verhaftet.¹² Tatsächlich hatte Schmidt seit 1945 die Kader in Erfurt gemäß dem aus dem antifaschistischen Widerstandskampf bewährten KPO-System in Fünfergruppen organisiert und sorgte so auch für die Verbreitung der von Theodor Bergmann eingeschleusten Diskussionsmaterialien. Neben Schmidts Gruppe hörte man auch von Saalfelder Parteimitgliedern, die des Trozismus verdächtig wären und die illegale Zeitschrift »Neues Beginnen« (von der noch die Rede sein wird) bezögen. Schmidt wurde von einem sowjetischen Militärtribunal wegen antisowjetischer Propaganda zum Tode verurteilt und dann zu 25 Jahren Arbeitslager begnadigt. Schmidts KPO-Genosse Paul Elflein aus Saalfeld wurde im September 1948 aus der SED ausgeschlossen und entkam seiner drohenden Verhaftung durch die Flucht nach Westdeutschland.¹³

In seiner Bautzener Strafhaft sollte Schmidt später auf Oskar Hippe treffen, den die SMAD im September 1948 in Halle festgenommen und wegen antisowjetischer Propaganda sowie illegaler Gruppenbildung zu zweimal 25 Jahren verurteilt hatte. Er wollte die linke Opposition durch Unterstützung von Gruppenbildungen in Weißenfels, Merseburg, Leuna und im Mansfeldischen organisieren. Auch er war zeitweilig mit der Gruppierung verbunden, die unter Leitung des bereits erwähnten Weiland das Blatt »Neues Beginnen« herausgab.

Zu Oskar Hippe hieß es schon in einem wahrscheinlich Anfang

1947 erstellten undatierten Bericht: » ... wahrscheinlich der gefährlichste. Hippe war bereits vor 1933 in trotzkistischen Gruppen organisiert. ... Große Erfahrung im Aufbau illegaler Gruppen.«¹⁴ Tatsächlich war Hippe nach seinem KPD-Ausschluß 1929 Mitglied des Leninbunds und ging 1930 in die trotzkistische »Vereinigte Linke Opposition«. Dort war er 1933 Mitglied der Reichsleitung in Berlin. Gemäß einer Vereinbarung der überlebenden Trotzkisten, vorerst in der KPD zu wirken, wurde er 1945 in zwei Westberliner KPD-Ortsgruppen nacheinander politischer Leiter und Instrukteur. Mit der Klarstellung seiner Unterbezirksleitung, ehemals aus der KPD ausgeschlossene Mitglieder könnten nicht aufgenommen werden, war dieses Kapitel für Hippe schnell erledigt. Auch die Mitarbeit Hippes in Weilands »Sozialistischer Arbeitsgemeinschaft« – einem Versuch der Zusammenführung und konzeptionellen Debatte von oppositionellen Linken verschiedener Tendenz – wurde 1946 bald wieder eingestellt. Die nach dem Krieg mühsam wiedererstehende trotzkistische Gruppe »Internationale Kommunisten Deutschlands« (IKD) gab ein eigenes hektographiertes Blatt »Der Marxist« als ihr Berliner Organ heraus. Die Arbeit der IKD in Mitteldeutschland und die Einschleusung von politischem Material organisierte Hippe mit Hilfe von Emil Bohn aus dem Weiland-Kreis und seinen alten Verbindungen. Oskar Hippe's Verhaftung erfolgte wenige Tage nach seinem öffentlichen Auftritt auf der großen Funktionärsversammlung der ÖTV in Berlin-Friedrichshain, auf der er die Politik der Besatzungsmächte kritisierte.¹⁵

Auch die KAP regte sich insbesondere in Berlin. Der Kopf eines zentralen Kreises von Berliner KAP-Leuten mit internationalen Verbindungen namens Jahn aus Berlin Friedrichshain wurde im August 1947 mittels V-Mann-Arbeit eingeschätzt als »unbestechlich trotz schlechter wirtschaftlicher Verhältnisse ... Bei eventueller Verhaftung würde mit Gewalt oder Drohungen nichts erreicht werden ... Teilnehmer an den Spartakus-Kämpfen, Hamburger Aufstand, ... KAP, gemeinsame Arbeit mit oppositionellen SPD-Genossen, ... zeitweise mit Trotzkisten, Korsch, Ruth Fischer, ... Münzenberg.« Arbeitsweise und Mitgliederstruktur der KAP-Organisation wurden beschrieben als »völlig konspirativ«, »in Vierergruppen organisiert«, »mit Decknamen und in SED, SPD, FDGB verankert, überwiegend OdF«.¹⁶

Auch die schon erwähnte Gruppe »Neues Beginnen« Alfred Weilands hat Wurzeln in der KAP, jedoch ging dieser Versuch weit über die Revitalisierung einer alten Struktur hinaus. Berichte über die Weiland-Gruppen in Ost- und Westberlin sind seit Juli 1946 (von der SED-Kreisleitung Kreuzberg an die PPA des LV Berlin)¹⁷, verstärkt ab September 46 nachweisbar.

Weilands politische Biographie führte seit den zwanziger Jahren über die KAP, AAU, KAU, schließlich 1945 in die KPD, wo er bereits 1945 an der illegalen KAU-Revitalisierung mitwirkte. 1946 in der SED arbeitete er für die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung sowie 1947 beim Aufbau des Instituts für Publizistik in Ostberlin. Die schon erwähnte ab Sommer 1946 einsetzende Gruppenarbeit erfolgte ab Ende 47 infolge der zunehmenden Überwachung auch verstärkt konspirativ. Sie vereinte vor allem ehemalige

14 SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 380.

15 Vgl. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Operativ-Vorgang »Renegat«, Archivnummer 943/61.

16 SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 380.

17 Michael Kubina, a. a. O., S. 368.

18 SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 380. – Vgl. auch: Sylvia Kubina: Die Bibliothek des Berliner Rätekomunisten Alfred Weiland (1906-1978), Veröffentlichungen der Universitätsbibliothek der FU Berlin, Juni 1995.

19 Hierfür und für das Folgende siehe: SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 380.

KAP-, ISK- und SAP-Mitglieder zur Verdichtung ihres Berliner Organisationsnetzes (Schöneberg, Steglitz, Lichtenberg, Prenzlauer Berg) und besaß Verbindungen nach Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Schwerin, Hamburg, Braunschweig und Stuttgart.¹⁸ Akribische, wenngleich unprofessionell erarbeitete Informationen über Weiland gingen an die Berliner PPA, die auch ausführliche Informationen über dessen Anstrengungen zur Integration linkssozialistischer Kräfte in den Westzonen von Informanten aus der Westarbeit erhielt. Spitzelberichte liefern ein sehr plastisches Bild über die Arbeitsinhalte, die politische Profilierung und die Verbindungen dieser Gruppe.

Trotz der zum Teil heftigen Debatten zwischen Alfred Weiland und Oskar Hippe zur Einschätzung der UdSSR, der sowjetischen Militäradministration in Deutschland sowie zur Konzeption der eigenen politischen Arbeit in der SED wurde man sich in diesem Kreis bezüglich einiger wichtiger Fragen durchaus einig. So wurde gemäß diesem Diskussionsstand die Auffassung vertreten, in der Sowjetunion habe sich die Partei zum Instrument einer inzwischen herrschenden Bürokratie verwandelt, welche die Interessen des eigenen Landes höher stelle als die Interessen des Weltproletariats. In der Gruppe setzte sich 1946/47 auch Weilands Auffassung durch, daß es »notwendig (sei), daß wir in den politischen Parteien immer revolutionär zu arbeiten haben, entweder in der SED oder in der SPD. ... Wem es aber nicht gegeben ist, in den Parteien zu arbeiten, der soll in die Gewerkschaften oder in andere Organisationen gehen ... «.¹⁹

Den Weiland-Gruppen gehörten Mitglieder der SED, der SPD und der KPD an. Diskutiert wurde insbesondere die Verlegung der Gruppenkader weg von den scharf kontrollierten Parteien hin zur Basisarbeit im FDGB. In einem im Juni 1950 in der ZPKK verfaßten resümierenden Bericht hieß es dann schon: »In der ersten Hälfte 1948 stellten wir durch eine vertrauliche Verbindung fest, daß über die gesamte damalige sowjetisch besetzte Zone ... eine trotzkistische Organisation existiert, der, soweit wir feststellen konnten, ausnahmslos Funktionäre unserer Partei bzw. der staatlichen Verwaltung angehörten.« Alfred Weiland bemühte sich auch um die Zusammenarbeit mit der trotzkistischen Gruppe »Neuer Spartakus« und anderen Berliner KAP-Leuten. Seinem drohenden Partiausschluß kam er im Mai 1948 durch Austritt zuvor.

Ein weiteres führendes Gruppenmitglied, der KAP-Mitbegründer Karl Schröder, war Leiter der Volkshochschule Neuköln, was der Gruppe die Verbreitung ihrer theoretischen Positionen durch Schulungsabende erleichterte. Der Hallenser Emil Bohn saß in der Abteilung Handel und Versorgung der Provinzialregierung, ein weiteres Gruppenmitglied in der Deutschen Verwaltung für Volksbildung. Zum politischen Profil des Zusammenhangs wurde eingeschätzt: »In der Gruppe Weiland wird versucht, eine Plattform auszuarbeiten. ... Ideologische Abgrenzung von der Sowjetunion. SED in Deutschland und kommunistische Parteien sind mehr denn je der verlängerte Arm der sowjetischen Außenpolitik.« Eine im Bericht zitierte Spitzelinformation vermeldete: »Hippe hat in der letzten Besprechung bei Weiland in Schöneberg darauf hingewiesen, daß die SED versuche, die Oppositionsbewegung in den westlichen

Sektoren Berlins genau zu beobachten und Anschluß an die Gruppen zu bekommen. Aus konspirativen Gründen soll ... nur noch in der jeweiligen Gruppe gearbeitet werden. Zu Sitzungen in Schöneberg sollen nur von Fall zu Fall Bezirksdelegierte entsendet werden.« Besonders provozierend war natürlich, daß der Kreis um Weiland eine eigene nicht lizenzierte hektographierte Zeitung »Neues Beginnen – Blätter Internationaler Sozialisten« herausgab, die in Weilands Wohnung in Schöneberg fabriziert und an vielen Orten in den Westzonen nachgedruckt wurde. Überdies gelang es ihm, das MWD durch gefälschte Spitzelberichte zu desorientieren.²⁰

Das von den Sicherheitsorganen dann zerschlagene Gruppennetz hatte weit über Berlin hinaus erheblichen Umfang, wie man vorsichtig aus den Untersuchungsprotokollen²¹ schließen kann.

Am 11. November 1950 fand die vom MWD in Auftrag gegebene Entführung Weilands aus Westberlin statt.²² Das MWD verhörte Weiland ein Jahr lang in Berlin-Lichtenberg und Karlshorst; weitere Verhaftungen in Berlin, Magdeburg, Halle und anderen Orten folgten. Der vom MWD verfolgte Spionageverdacht gegen Weiland wurde 1951 niedergeschlagen, Weiland dem MfS übergeben und im August 1952 vom Landgericht Greifswald zu 15 Jahren Zuchthaus sowie 10 Jahren Sühnemaßnahmen wegen Boykotttätze und Spionage verurteilt.²³ Neun Mitangeklagte (unter anderem Emil Bohn) erhielten Strafen von 2-10 Jahren.

Eine recht bizarre Episode stellt die sich von 1947 bis 1952 hinziehende Bearbeitung von Anhängern der anarchistischen »Freien Arbeiterunion Deutschlands« (FAUD) dar.²⁴ Die Abteilung Untersuchung der PPA Sachsen meldete bereits 1948 an Bruno Haid in der Berliner Zentrale, daß namentlich bekannte ehemalige FAUD-Aktivisten aus Sachsen, Berlin und Thüringen seit 1947 ihre Verbindungen reaktivierten. Die SMAD übernahm den Fall Ende 1948, gab ihn aber wieder an die SED zurück. Nachdem 1949 der Dresdner V-Mann der PPA in der FAUD abgehängt wurde, informierte Anfang 1950 der sächsische Landesvorstand Paul Laufer von der ZPKK darüber, daß die Sache der Polizei übergeben worden war. Die Untersuchungsrichtung (Agententätigkeit) veranlaßte die Polizei zu der Empfehlung an die Parteigremien, mit der Entfernung der Delinquenten aus der SED noch zu warten, um die Ermittlungen nicht durch dann erfolgende Verdunklungshandlungen derart Vorgewarnter zu stören. Selbst als die LPKK Sachsen ab 1951 dann mit dem inzwischen installierten MfS korrespondierte, da sie die FAUDler immer noch nicht loswerden konnte, fruchtete dies nichts. Noch im Jahr 1952 finden sich vergebliche Anfragen der ZPKK an die BPKK Dresden, wie denn nun die Angelegenheit beendet wurde. Und dieses Ende ist in den ZPKK-Akten nicht dokumentiert.

Gegenüber den naiven Versuchen mutiger Sozialdemokraten und auch einiger Kommunisten, innerhalb der SED in den 40er Jahren innerparteilich offen zu opponieren, also »parteioppositionell« wirken zu wollen, wußten die Klardenkenden unter den wenigen handlungsbereiten dissidenten Kommunisten jener Zeit genau, daß nicht »Opposition« in, sondern Widerstand gegen die immer mehr stalinistisch dominierte SED geboten war. Und da sie aus eigener Er-

20 Ebenda. Siehe auch: Sylvia Kubina, Weiland, a.a.O.

21 Zu Weiland u. a. siehe BSTU, ZA AU 258/52 und ZA AS 102/77.

22 Für das folgende siehe auch Karl Wilhelm Fricke: Politik und Justiz in der DDR, Köln 1979, S. 63 u. 580 und: Der Staatssicherheitsdienst, BM für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.), Bonn/Berlin 1962, S. 143-148 (Erlebnisbericht Weilands).

23 Weiland wurde nach Verminderung seiner Strafe auf 8 Jahre am 8. November 1958 nach Westberlin entlassen.

24 SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 380.

fahrung die in die SED überführte Thälmannsche KPD sehr genau kannten, wußten sie auch, daß dies unter den gegebenen Kräfteverhältnissen konspirativ und durch den Aufbau eigener Strukturen – also unter Berücksichtigung der wirklichen herrschenden Bedingungen in der SED – am effektivsten zu tun war. Im Bewußtsein des eigentlichen Zwecks solcher Techniken – nämlich: die Bevölkerung zu erreichen – standen sie neuerlich vor folgenden Fragen:

Erstens: Bis wann war die Bevorzugung entristischer Methoden gegenüber der Bildung eigener Organisationen vertretbar?

Zweitens: Wie weit wollte man in der Praxis antistalinistischer Bündnispolitik im Lichte der Erfahrungen der linken Splittergruppen am Ende der Weimarer Republik gehen?

Das frühe Scheitern einer »dritten Kraft« in Ost und West jenseits von KPD/SED und SPD wird immer wieder und durchaus nicht zu Unrecht mit stalinistischem Terror, russischer und amerikanischer Interessenlage sowie durchgängig präsentem Antikommunismus erklärt. Doch zeigt die Geschichte auch des linken antistalinistischen Widerstands in der SBZ/DDR, daß die sektiererischen Tendenzen um so größer wurden, je kleiner die Gruppen und auswegloser ihre Lage war. Das Einigende – nämlich der negative Bezug auf SED (oder SPD) – konnte die Defizite der Herausarbeitung einer kooperativen Praxis, Theorie und organisatorischen Konsistenz nicht aufwiegen. In Kombination mit den erstgenannten Faktoren war ihr Scheitern also folgerichtig.

Säuberungen

Die Verhaftungen von Schmidt, Hippe und anderen sind durchaus im Kontext der Mobilmachung vom Sommer 1948 zu sehen. Der Parteivorstand sonderte neben dem Beschluß zur Jugoslawienfrage auch den ersten Säuberungsbeschluß zum beschleunigten Parteiausschluß für partei- und sowjetfeindliche Mitglieder ab. Im August folgte die erste öffentliche Drohung unter anderem gegen die Trotzlisten und »KP-Null-Leute«, wie es im ND vom 22.8.1948 hieß. Als 1949 die systematischen Säuberungen in der SED begannen, verfügte die Parteiführung bereits über ein wirksameres Instrument, als es die Materialsammler der Abwehrreferate bei den Personalpolitischen Abteilungen sein konnten. Nach dem Beschluß zur Umformung der SED in eine »Partei neuen Typs« durch die 10. Tagung des Parteivorstands im Mai 1948 beschloß das gleiche Gremium im September die Bildung von Parteikontrollkommissionen auf allen Ebenen. Die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) begann mit ihren Gliederungen auf Landes- und Kreisebene nach deren personeller Konstituierung erst Anfang 1949 tatsächlich zu arbeiten. In der »Entschließung der Tagung der Parteikontrollorgane am 3. und 4. September 1949« hieß es über die Situation in der Partei bereits: »Wo trotzlistische und Ostbüroeinflüsse die Ursache [des Versagens oder einer falschen Politik – Th. K.] sind, muß die Parteikontrolle eingreifen und deren Träger vor der Mitgliedschaft entlarven, die Leitungen auf diese Zustände aufmerksam machen. So helfen wir der Partei, die Beschlüsse durchzuführen und erziehen sie zur Wachsamkeit gegenüber Abweichungen von der Generallinie der Partei und zum Kampf gegen feindliche Einflüsse und

gegen die Arbeit anglo-amerikanischer Agenturen.«²⁵ Hier wird schon ganz im Sinne des neuen KOMINFORM-Kurses²⁶ die ultimative Verbindung von Linienabweichungen mit Feind- und Agententätigkeit formuliert.

Doch was ab Oktober 1949 im großen Stil seitens der ZPKK zunächst gegen Westemigranten sowie ehemalige Kriegsgefangene der Westalliierten oder Jugoslawiens und dann (ab August 1950 im Kontext mit der Field-Sache) wieder verstärkt gegen die ehemaligen Splittergruppler in den Apparaten eingeleitet wurde, hatte schon nichts mehr mit nennenswerten Widerstands- oder Oppositionsaktivitäten zu tun. Dies gilt um so mehr für die Mitgliederüberprüfung des Jahres 1951. Die nun offen betriebene Stalinisierung der Partei sollte insbesondere mit dem Instrument der Zentralen Parteikontrollkommission sowohl die Verwandlung des SED-Apparats in den einer stalinistischen Kaderpartei als auch des Mitgliedskörpers in den einer disziplinierten Massenpartei bewirken. Der kaderpolitische und erziehungspolitische Zweck war dabei stets von einem »linienpolitischen« Aspekt, nämlich dem »Durchstellen« neuer Formierungsziele begleitet, welche die Kader- und Massenpartei in die Gesellschaft hinein vermitteln sollte.

25 Ebenda.

26 Mit der im Juni 1948 verabschiedeten »Anti-Tito-Resolution«, welcher sich das SED-Zentralsekretariat im Juli anschloß, verschärfte das Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien (KOMINFORM) den rigiden Kurs einer durchgehenden Stalinisierung aller kommunistischen Parteien des unmittelbaren sowjetischen Einflussesbereichs.

HERBERT MAYER

Parteisäuberungen in der bundesdeutschen KPD – Ein westeuropäisches Fallbeispiel

Zum Erbe, zur Vorgeschichte der PDS gehören sowohl die Geschichte der SED als auch – zumindest in Teilen – die der bundesdeutschen KPD. Parteisäuberungen entstammen ausschließlich dem kommunistischen Erbe der PDS-Vorgeschichte, waren für SED und KPD charakteristisch. Parteisäuberungen bzw. Parteireinigungen sind von der kommunistischen Bewegung selbst geprägte Begriffe, praktisch durchgeführt wurden sie erstmals in der KPR (B) und in der Komintern. Wenn der Stalinismus historisch nicht unvermeidlich war, so gilt das auch für Parteisäuberungen. Selbst die Aufnahmebedingungen der Komintern boten noch Möglichkeiten für einen anderen Entwicklungsweg. Die entsprechenden Punkte bezogen sich auf die »gegenwärtige Epoche des verschärften Bürgerkrieges« und darauf, daß legale Parteien »von Zeit zu Zeit Säuberungen (Neuregistrierungen) des Bestandes ihrer Partei vornehmen (müssen), um die Partei von den sich in sie einschleichenden kleinbürgerlichen Elementen systematisch zu reinigen.«¹ Parteisäuberungen schufen einerseits die Bedingungen für die Ausformung des kommunistischen Parteityps, andererseits bot dieser die Basis für regelmäßige Parteireinigungen.

Im folgenden verstehe ich unter Parteisäuberungen in der KPD der BRD/Westzonen nicht auf einzelne Mitglieder der KPD beschränkte, sondern einen Komplex systematisch betriebener Disziplinierungsmaßnahmen wie: Parteistrafen, Funktionsenthebungen, Ausschlüsse, angeordnete Übersiedlungen in die DDR und staatliche Repressivmaßnahmen in der DDR. In der KPD waren die Parteisäuberungen geprägt durch die besonderen Existenzbedingungen dieser Partei: Sie wirkte als Oppositionspartei in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik und stand in enger Verbindung mit der SED, der machtausübenden Partei in der sowjetischen Besatzungszone/DDR. Entwicklungen in der SED schlugen zwangsläufig, wenn auch modifiziert, auf die KPD, die erst seit April 1948 einen eigenen Parteivorstand hatte, durch. Bis Januar 1949 verstand sie sich offiziell als Teil der SED, aber auch dann war ihre Eigenständigkeit eingeschränkt, die SED bestimmte weiter maßgeblich Politik und Kaderentscheidungen der KPD.

Zu den Säuberungen in der SED können nur einige Stichworte genannt werden. Vereinzelt Säuberungen 1946/47 folgte die erste größere Säuberungswelle 1948/49.² Unter der Flagge der Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs bekämpfte sie vermeintliche Schumacherelemente, Trotzismus und Titoismus, Agenten

Herbert Mayer – Jg. 1948, Historiker, Dr. sc. phil., Studium in Leipzig, Forschungs-, Publikations- und Editionsarbeiten zur Zeitgeschichte, besonders zur Geschichte der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung, zum Verhältnis von sozialdemokratischer und kommunistischer Bewegung, zur Sozialistischen Arbeiterinternationale und Sozialistischen Internationale; jüngste Veröffentlichungen zur Geschichte der KPD nach 1945 und der SED.

1 Komintern und Partei. Auswahl von Dokumenten und Materialien, Berlin 1986, S. 83. In den »Thesen über die Bolschewisierung« 1925 wurde gewarnt, die KPD »kann nicht in allem ebenso handeln wie die KPR (B), z. B. in der Frage der Parteisäuberung und der Aufnahmebedingungen in die Partei« (ebenda, S. 2239).

und Spione. Die seit Mai 1949 in Osteuropa inszenierten Schauprozesse gegen prominente Parteiführer und Staatsführer wie Kostoff und Rajk forcierten die Säuberungswelle in der SED, wobei Noel Field die zentrale Rolle einnahm. Ich erinnere an Paul Merker und damit verbundene Entwicklungen.³ In der Parteiüberprüfung von Januar bis 30.11.1951 verfügte die SED mehr als 150.000 Ausschlüsse und Streichungen. Nach ihren Beschlüssen zum Slansky-Prozeß wurde ein Schauprozeß vorbereitet. 1952/53 trat als neuer Aspekt der Säuberungsmanie der Antizionismus hinzu. Selbst nach Stalins Tod ging die Suche in der SED nach neuen Feinden weiter. Auch war bis 1954 eine rasante Kaderrotation durchgeführt. 1956 erfolgte nur halbherzig eine Verurteilung des Terrors gegen Parteimitglieder, die eigentlichen Ursachen und Mechanismen wurden nicht angesprochen, die Aufhebung der Strafen war keine echte Rehabilitierung.⁴

Die KPD bildete ein Scharnier zwischen osteuropäischen Parteien, die sich an der Macht befanden, und westlichen Parteien, die seit 1947 und dem Beginn des Kalten Kriegs durchweg in der Oppositionsrolle waren. Was durch die SED aus der Sowjetunion bzw. Osteuropa nach Deutschland importiert war, fand in der KPD seine westeuropäische Ausführung. Daß Parteisäuberungen in den kommunistischen Parteien auch nach Auflösung der Komintern weitergingen, zeigt ein nur flüchtiger Blick auf die Geschichte kommunistischer Parteien westlicher Länder: auf Frankreich, Griechenland, Japan, Norwegen oder Spanien.⁵ Als Vorwand für die Säuberungen diente zunächst die KP Jugoslawiens, aber in dieser gab es selbst über 60.000 Ausschlüsse und 30.000 Parteistrafen für Anhänger des Kominform und für Gegner Titos. In der FKP griff die Parteiführung gegen Tito-Sympathisanten schnell durch, 1950 wurde ein Großteil der Mitglieder und Kandidaten des ZK nicht wiedergewählt (vorwiegend bewährte Résistance-Kämpfer), die bekanntesten Beispiele für Funktionsenthebungen und Ausschlüsse sind die Politbüromitglieder André Marty und Charles Tillon. Die KP Österreichs stellte sich sofort hinter die Kominformbeschlüsse, ganze Organisationsteile wurden des Titoismus beschuldigt, Ausschlüsse betrafen z. B. besonders Kärnten, wo viele Slowenen Parteimitglied waren, die Steiermark und den kommunistischen Jugendverband, die FÖJ mit ihrem Vorsitzenden Otto Bricchacek und weiteren 37 Bundesvorstandsmitgliedern. In den Sog des Rajk-Prozesses geriet die illegale KP Spaniens, ZK-Mitglied Monzon wurde beschuldigt, Agent und Verbindungsmann zu Field gewesen zu sein, 1952 folgte der Ausschluß der Politbüro-Mitglieder Comorera und Antón, der bis 1948 Lebensgefährte von Dolores Ibarruri war. Die KP Japans spaltete sich nach Auseinandersetzungen über einen Kominform-Beschluß zu Japan 1950, das ZK wurde aufgelöst bzw. es wurden 7 Mitglieder ausgeschlossen.

Es zeigt sich: 1) Quelle und Ziel der Parteisäuberungen können nicht, wie oft erklärt, primär darin liegen, ihre Ursache vor allem darin zu haben, das stalinistische Herrschaftssystem nach innen absichern zu müssen. 2) Sie waren auch nicht primär ein Resultat des Kalten Kriegs, der aber Umfang und Art und Weise beeinflussen haben dürfte. 3) Vielmehr waren Säuberungen immanentes Struk-

2 Vgl. dazu und den folgenden Angaben zu den Parteisäuberungen in der SED u. a.: T. Klein: Parteisäuberungen und Widerstand in der SED, in: T. Klein/W. Otto/P. Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989), Frankfurt 1996, S. 15 ff.; W. Otto: Visionen zwischen Hoffnung und Täuschung, in: ebenda, S. 152 ff.; H. Hurwitz: Die Stalinisierung der SED, Opladen 1997; A. Klein: Die Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten der SED in Sachsen-Anhalt 1951, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1/1993, S. 14 ff.

3 Vgl. dazu insbesondere die Arbeiten von Wolfgang Kießling, u. a.: W. Kießling: Partner im »Narrenparadies«. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994; Ders.: Paul Merker in den Fängen der Sicherheitsorgane Stalins und Ulbrichts, in: hefte zur ddr-geschichte 25, Berlin 1995.

4 Die Kommission zur »Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern und ehemaligen Parteimitgliedern« gestand zwar gewisse Fehler zu, insgesamt wurden aber die Tatsachen beschönigt, da in der DDR kein Rajk-Prozeß stattgefunden habe. Auch wurde behauptet, es habe keine Auswüchse des Personenkults gegeben. – Vgl. hierzu: Zur Entlassung werden vorgeschlagen. Wirken und Arbeitsweise der Kommission des Zentralkomitees zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern, Berlin 1991; SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956, Berlin 1990. Siehe auch: W. Otto, a.a.O.

5 Die folgenden Darlegungen und Angaben stützen sich auf: Kommunisten verfolgen Kommunisten (Hrsg. von H. Weber/D. Staritz). Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993, S. 87 ff.; 454 f.; 488 f., 544 f.; »Ich habe den Tod verdient.« (Hrsg. V. W. Maderthaler/H. Schafranek/B. Unfried), Wien 1991, S. 57 ff., 67 ff., 160 ff.; 171 ff., 207 ff.; Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, Wien 1987; P. Robrieux: Histoire intérieure du Parti communiste, Bd. 2, 1945-1971, Paris 1981; Fifty Years of the Japanese Communist Party, Tokyo 1980, S. 139 ff.; I. I. Kovalenko: Kommunistischeskaja partija Japonii, Moskau 1987, S. 319 ff. In Norwegen wurde der frühere Parteiführer Furobotn als Trotzkiist aus seinen Funktionen gedrängt. Die KP Griechenlands schaltete 1948/49 kommunistische Führer des Bürgerkrieges (Markos Vafiades, J. Jannoulis, Nikos Ploumbidis) aus.

6 Ausführlicher vgl. zum folgenden H. Mayer: Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern ...? Zu den Parteisäuberungen in der KPD und der Mitwirkung der SED, hefte zur ddr-geschichte 29, Berlin 1995.

tur- und Funktionselement marxistisch-leninistischer Parteien, resultierten aus dem kommunistischen Parteiverständnis und der Parteienpraxis, wurden (wo es die Möglichkeit gab) auf das Gesellschafts- und Staatssystem übertragen.

Ich kann hier nur einige Gemeinsamkeiten der Parteireinigungen nach 1945 erwähnen:

Zu diesen gehören der Inhalt der Anschuldigungen und ihre politisch-ideologische Motivierung (Trotzkismus, Titoismus usw.); die Disziplinierungsfunktion; die Funktion und das Ziel, die Macht und Kontrolle der Führung und des Apparats über die Partei zu sichern; die angewandten organisatorischen, disziplinarischen und politischen Mittel und Methoden; das aus Parteitreue resultierende Verhalten vieler Beschuldigten, ihr bis zur Selbstaufgabe reichendes Fehlerbekenntnis; die Reaktion (Distanzierung) gegenüber den Beschuldigten, die Hinnahme der Säuberungen durch die Mitgliedschaft, da sie als Abwehr von Angriffen, Verleumdungen und Feindarbeit verstanden wurden. Beschuldigte und Beschuldiger waren austauschbar, die Logik und Konsequenz der Säuberungen ließ einst Verantwortliche selbst in die Säuberungsmühlen geraten.

Die Säuberungen in den westlichen Parteien hatten zugleich gegenüber Osteuropa ihre Spezifika: Ein gravierendes Element – die Unterstützung und Vollstreckung der Parteireinigung durch staatliche, durch juristische oder Sicherheitsorgane, die Schulterpresung, Verurteilung und Haft durch staatliche Repressivmaßnahmen – entfiel. Die Säuberungsmaßnahmen reduzierten sich auf innerparteiliche Mittel. Die physische Vernichtung war nicht möglich, der politisch-moralische Druck, die politisch-moralische Diskreditierung der Beschuldigten blieb. Inhaltlich bestand keine völlige Identität, die Vorwürfe mußten entsprechend der jeweiligen Parteigeschichte und Situation modifiziert werden. Säuberungen konnten sich nicht gegen Westemigranten richten, ausgeschaltet wurden meist die Kader der antifaschistischen Widerstandsbewegung zugunsten der Emigration in der Sowjetunion. In den westlichen kommunistischen Parteien (Ausnahme Österreich) hatten sowjetische Organe keine Möglichkeit, unmittelbar einzugreifen. Offen bleibt, ob einzelne Parteien möglichen sowjetischen Vorgaben folgten (bzw. folgend mußten) oder aus eigener Initiative handelten. Auch konnte im zeitlichen Ablauf keine Identität bestehen, er war offenbar vom Informationsstand und davon abhängig, wieweit die jeweilige Parteiführung willens war, der »internationalen Generallinie« zu folgen, und wieweit sie fähig war, sie in der Partei und Mitgliedschaft durchzusetzen.

In den Parteisäuberungen der KPD Ende der vierziger bis Mitte der fünfziger Jahre treten vier Phasen hervor:⁶ 1) Tito-Kampagne und Mitgliederkontrolle ab Herbst 1948; 2) die Zeit nach der Bundestagswahl August 1949 und der 14. Tagung des KPD-Parteivorstandes im Dezember 1949; 3) die Säuberungen seit Sommer 1950 bis zum KPD-Parteitag im März 1951, dem Höhepunkt der Säuberungen; 4) Die Zeit nach dem Parteitag 1951.

Zur Periode von 1948/49:

Systematische Parteisäuberungen der KPD begannen faktisch 1948

mit den Beschlüssen des Parteivorstands über die Mitgliederkontrolle vom August 1948 und zur »Tito«-Kampagne von September,⁷ obwohl es auch vorher Parteiverfahren und Ausschlüsse gab. Mit geringem zeitlichen Verzug folgte die KPD analogen Beschlüssen der SED. Die Titoismus-Kampagne ging maßgeblich von der SED aus,⁸ fiel aber in der KPD auf fruchtbaren Boden. Die KPD reagierte damit zugleich auf die Vorwürfe der SED, daß einem großen Teil der KPD ideologische Klarheit und das Bewußtsein von der Richtigkeit der Politik der Partei fehlten. Wilhelm Pieck erklärte zur Mitgliederkontrolle zwar, das Ziel sei »nicht Parteisäuberung, sondern Aktivierung«⁹, aber es erfolgten dennoch bereits mechanisch Ausschlüsse im Sinne einer Parteireinigung. Als die KPD im Mai 1949 die Mitgliederkontrolle abschloß, hatte sie trotz berücksichtigter Zugänge 64.532 Mitglieder gegenüber Juni 1948 verloren, das waren fast 23 Prozent. In dieser Parteireinigung hatten die meisten Landesverbände einen Mitgliederschwund zwischen 20 und 25 Prozent. Der stärkste Landesverband Nordrhein-Westfalen zählte nun 88.000 Mitglieder und hatte über 26.000 Mitglieder verloren.¹⁰

Funktionsenthebungen von Spitzenfunktionären, so von Karl Hauser (er war Mitglied des SED- und des KPD-Parteivorstandes), blieben die Ausnahme.¹¹ Der KPD-Vorstand warnte jedoch die Landesverbände am 24. Juni 1949 in einer nicht veröffentlichten Resolution über die innerparteiliche Lage in Hamburg: »Gegenüber den vom Klassenfeind in die Partei gesandten trotzkistischen Agenten oder sonstigen (im Gewande der Trotzki-Gruppen, KPO, SAP, Tito-Gruppen) feindlichen Nachrichten- und Zersetzung-Agenturen muß höchste Wachsamkeit entwickelt werden.«¹²

Zur Phase 1949/50:

Die SED-Führung forderte im August 1949 von der KPD, die Partei von »Agenten« zu säubern sowie eine »Überprüfung der Landesvorstände«, die »ideologische Ausrichtung« der KPD müsse »bis zu ihrer Säuberung und zu Ausschlüssen« gehen.¹³ Der KPD-Vorstand machte sich diese Position im September 1949 zu eigen. Herbert Müller und Georg Fischer mußten, als Tito-Agenten deklariert, aus den Landessekretariaten von Rheinland-Pfalz bzw. Bayern ausscheiden, ihrem Parteausschluß kamen sie durch Austritt zuvor. Herbert Müller, der Fraktionsvorsitzender in Rheinland-Pfalz war, wurde u.a. vorgeworfen, sich offen mit Bucharin, Sinowjew, Tito und Rajk solidarisiert zu haben.¹⁴ Bis zum Jahresende 1949 erfolgten gravierende Eingriffe in alle Landesorganisationen. Die Begründungen unterschieden sich kaum. Verheerend wirkte sich die 14. Tagung des KPD-Parteivorstands im Dezember 1949 aus, vor allem die Resolution »Die ideologisch-politische Festigung der Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus«.¹⁵ Der Vorstand beschloß des weiteren – ein Jahr nach der SED – die Bildung einer Kontrollkommission sowie eine »Überprüfung der Leitungen und des Funktionärkadens der Partei«.¹⁶ Deutlich nannte Reimann die anvisierten Ziele: »Alle Genossen aus der westlichen Emigration oder Kriegsgefangenschaft müssen überprüft werden, ob sie mit dem Apparat der imperialistischen Mächte in enger Ver-

7 Brief des Parteivorstandes der KPD an alle Leitungen der Grundeinheiten unserer Partei, Frankfurt am Main (1948); Entschließung der 6. Tagung des Parteivorstandes der KPD. Die Bedeutung der Entschließung des Informationsbüros über die Lage in der KP Jugoslawiens und die Lehren für die KPD (o. O. o. J.).

8 Vgl. R. Steigerwald: Anlässlich Georg Fülberths KPD/DKP-Buch, in: Marxistische Blätter, 1/1991, S. 37.

9 Bundesarchiv Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO), Berlin, ZPA, NL 36/643.

10 Die Angaben sind zusammengestellt nach: »Bericht über den Abschluß der Mitgliederkontrolle – Einige Lehren und Erfahrungen« und »Zusammenfassung der Ergebnisse der Mitgliederkontrolle der KPD« (Ms.)

11 Vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/2.1./256. Der Parteivorstand der KPD billigte den Beschluß des KPD-Sekretariats zum Ausschluß Hausers auf seiner Tagung am 3. Januar 1949.

12 Resolution der 12. Tagung des Parteivorstandes der KPD. Zur innerparteilichen Lage der Landesorganisation der KPD Hamburg.

13 SAPMO, ZPA, NL 36/642. Vgl. auch »Gedanken zur Einschätzung der Arbeit der Westkommission, die diese zur Vorbereitung der Wahlen getroffen und durchgeführt hat«, »Noch einige Gedanken für die Einschätzung des Wahlkampfes« und »Einschätzung der

Bundestagswahlen in Westdeutschland am 14. August 1949«

14 Resolution der 14 PV-Tagung der KPD, in: KPD 1945 -1968. Dokumente, Neuss 1989, Bd. 1, S. 300.

15 Ebenda, S. 298 ff.

16 Als Aufgaben der neu gebildeten Parteikontrollkommission der KPD waren genannt: der »unerbitterliche Kampf gegen alle Abweichungen von der Linie der Partei«, »Ausschaltung aller feindlichen Einflüsse und Agenten aus der Partei« und »Sauberhaltung der Partei von korrupten und zersetzenden Elementen«. (Richtlinien für die Tätigkeit der Kontrollkommissionen der Partei, o. O. o. J., S. 3)

17 Schlußwort Max Reimanns, 30.12.49.

18 SAPMO, ZPA, J IV 2/3/60, 63. Vgl weiter zur SED W. Otto, a.a.O., S. 189 ff., T. Klein, .a.a.O., S. 26 ff., Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 439 f.

19 Kurt Müller hatte schon in der Weimarer Republik Spitzenpositionen in der KPD inne, war jedoch 1932 wegen seiner Verbindung zur Gruppe um Heinz Neumann abgesetzt worden. Er war in der Emigration in der Sowjetunion und wurde 1934 nach Deutschland beordert; dort von den Nazis verhaftet, war er bis 1945 im KZ Sachsenhausen. Nach 1945 stieg er nach M. Reimann zum »zweiten Mann« in der KPD-Führung auf und war Mitglied des ersten Bundestags. Nach der Rückkehr aus der sowjetischen Haft schrieb Kurt Müller 1956 einen Brief an den DDR-Ministerpräsidenten

bindung standen, auch die Genossen, die in den imperialistischen Ländern in ihrer Kriegsgefangenschaft auf Schulen waren. Es müssen alle Genossen überprüft werden, die in ihrem Prozeß oder im KZ schwache Punkte in ihrem Verhalten hatten. Dieses ist notwendig, weil sie besonders dem Druck der imperialistischen Geheimdienste unterliegen, die ja davon Kenntnis haben.«¹⁷ Die KPD zog damit einem ähnlichen SED-Beschluß nach, zudem hatte das SED-Politbüro beschlossen, daß zur Überprüfung die KPD-Funktionäre für drei Monate nach Berlin kommen sollten.¹⁸ Bald folgten weitere Funktionsenthebungen: Josef Schappe, der abgesetzte Chefredakteur des »Freien Volks«, wurde aus der KPD wegen Titoismus ausgeschlossen, er gehörte vor 1933 zur SAP. Abgesetzt wurde der Landesvorsitzende Nordrhein-Westfalen Hugo Paul, der stellvertretende Landesvorsitzende Saar Fritz Bäseler, in Hamburg u. a. Harry Naujoks und Walter Möller. Bekannt ist heute, daß in Ostberlin am 22. März 1950 der stellvertretende KPD-Vorsitzende Kurt Müller, der bis dahin selbst die Parteisäuberungen durchgepeitscht hatte, verhaftet wurde. Der Vorstand der KPD schloß ihn daraufhin – die Verhaftung Müllers wurde ihm nicht mitgeteilt – aus der Partei aus. Müller war u. a. fünf Monate im Gefängnis der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen.¹⁹ Zur Zeit von 1950/51: Im Juli 1950 leitete der SED-Parteitag und die Konferenz der KPD-Gastdelegierten eine neue Säuberungswelle ein, die ihren Höhepunkt vor dem KPD-Parteitag im März 1951 erreichte.²⁰ Zuvor hatte das SED-Politbüro beschlossen, daß Hermann Nuding, Hugo Ehrlich und Walter Fisch aus dem Sekretariat des KPD-Parteivorstands ausscheiden.²¹ Nuding²² wurde wegen Opportunismus abgesetzt und mußte eine »Erklärung zu den von mir gemachten Fehlern« abgeben. In ihr bezichtigte er sich u. a., Beschlüssen der SED teilweise ablehnend gegenüberstanden zu haben und die Richtigkeit von Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht bezweifelt zu haben. Als ihm Ulbricht den »guten Rat« gab, in die DDR zu kommen, hielt Nuding nicht viel von diesem Rat. Noch im Februar 1953 war geplant, eine Erklärung der KPD zu Slansky so abzufassen, daß er ausgeschlossen werden konnte. Typisch auch: Nuding verwahrte sich stets dagegen, mit »Agenten wie Müller in einen Topf geworfen zu werden«. Auf einer Vorstandstagung im Herbst 1950 pries Max Reimann den SED-Beschluß zur Noel-Field-Angelegenheit als »eine entscheidende Waffe zur Erhöhung der Wachsamkeit in unserer Partei«.²³ Die Säuberungen steuerten auf ihren Höhepunkt zu. Nach der Tagung des KPD-Vorstandes am 9. Februar 1951, die in der DDR stattfand, wurden der stellvertretende KPD-Vorsitzende Fritz Sperling und der Hamburger Landesvorsitzende Wilhelm Prinz verhaftet. Beide haben gemeinsam, daß sie, wie zuvor Kurt Müller, aktiv an den Parteisäuberungen mitgewirkt hatten, beide wurden in Hohenschönhausen stundenlang von Mitarbeitern der DDR-Staatssicherheit und sowjetischen Offizieren verhört. Ein sowjetischer Offizier, so Sperling, soll ihm im Mai 1951 erklärt haben: »Ihre Sache ist von ganz großen Leuten in Moskau entschieden worden«, schließlich »gestand« er, in den Verhören unerträglichen Qualen ausgesetzt, »Verbrechen begangen zu haben«.²⁴ Als er 1956 freikam, bekundete er: »Ich habe mir

damals gesagt: Wenn Du noch tausend Bedenken hast, die Partei hat doch recht...«²⁵ Auf der KPD-Vorstandssitzung im Februar 1951 wurden abgelöst: Die Sekretariatsmitglieder Rudi Singer und Erich Jungmann wegen Verbindung mit Field in der Schweizer Emigration bzw. in Mexiko, Josef Schleifstein wegen Emigration in Großbritannien. Paradox, noch am 23. Januar 1951 war Schleifstein als Mitglied einer Kommission zum Kampf gegen die Parteifeinde vorgesehen. Zehn der zwölf Landesleitungen erhielten neue Vorsitzende, zu den Abgelösten zählten u. a. Herbert Crüger, Wilfried Acker, Oskar Müller, Robert Leibbrand, Ernst Buschmann, Fritz Nickolay und der kürzlich verstorbene Wilhelm Knigge. Der (Münchener) KPD-Parteitag vom 2. bis 4. März 1951 in Weimar sanktionierte in seiner Resolution, die unter Leitung von Anton Ackermann von der SED entstand, die Absetzungen. Mit der Annahme eines neuen Statuts, in dem die KPD die Prinzipien einer Partei neuen Typs verankerte, schuf er die Grundlage für weitere Überprüfungen und Ausschlüsse. Den entscheidenden Einfluß der SED auf die Kaderpolitik der KPD belegte, daß die Zusammensetzung der Leitungen und der Sekretariate zuvor in Berlin durch die ZPKK der SED bestätigt war, zum anderen ließ Ulbricht die Kadervorschläge durch den damaligen Chef der Staatssicherheit Wilhelm Zaisser überprüfen.²⁶ Die Verantwortung der SED tritt deutlich in Erscheinung, wo bekannte Funktionäre in die DDR »abberufen« wurden und übersiedelten, oder gar verhaftet wurden. Unter ihnen, die in der DDR verhaftet und verurteilt wurden, befanden sich der ehemalige Chefredakteur der theoretischen Zeitschrift »Wissen und Tat«, Alfred Drögemüller und Ewald Kaiser. Herbert Crüger wurde in der DDR sogar noch Ende der fünfziger Jahre verhaftet und in einem Geheimprozeß verurteilt.²⁷ Die Mehrzahl der KPD-Funktionäre, die in die DDR übersiedeln mußten, kamen glimpflicher davon, sie verloren ihre Funktionen und erhielten einen »Karriereknick«. Genannt werden könnten Singer (später Chefredakteur des »Neuen Deutschland«), Schleifstein (zunächst wissenschaftlich in der DDR tätig, dann Politbüromitglied der illegalen KPD), Jungmann (er arbeitete im Apparat der SED) oder Leibbrand (u.a. Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus der SED). Zu 1951/52: Einer »Empfehlung« der SED-Führung folgend, sah die KPD nach ihrem Parteitag als ihre nächsten Kaderaufgaben an: ehemalige Schüler von Antifa-Schulen in der Sowjetunion verstärkt in Funktionen einzusetzen; die Überprüfung aller 1. und 2. Kreissekretäre, der Mitarbeiter der Landesleitungen und des zentralen Apparats; Überprüfung aller Emigranten, die in der Schweiz, in Frankreich und Mexiko waren, Entfernung derjenigen Funktionäre aus den Leitungen, die früher Verbindung zu den imperialistischen Besatzungsmächten hatten, zur KPO oder anderen Gruppierungen gehörten.²⁸ Es ging um eine umfassende Parteireinigung, fast parallel zur SED-Parteiüberprüfung. Von 770 überprüften 1. und 2. Kreissekretären war die Ablösung von fast einem Drittel vorgesehen. Der Mitgliederstand sank weiter, bis November 1951 auf 120.000. Im Sinne des Beschlusses des ZK der SED zum Slansky-Prozeß zog die KPD auf der 8. Parteivorstandstagung und auf ihrer Organisationskonferenz Anfang 1953 als »Lehre«, die

Otto Grotewohl, vgl. dazu K. Müller: Ein historisches Dokument aus dem Jahre 1956, in: Das Parlament. Beilage Politik und Zeitgeschichte, B 11/90, 9.3.1990, S. 16 ff.

20 Protokoll des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1951, Bd. 1, S. 47.

21 Vgl. SAPMO, ZPA, J IV 2/2/96.

22 Hermann Nuding gehörte ebenfalls zu den KPD-Funktionären, die bereits in der Weimarer Republik für die KPD in Funktionen waren. 1933 verhaftet, wirkte er nach seiner Entlassung in der Emigrationsleitung der KPD, war in den Interbrigaden in Spanien und in der französischen Résistance. Dem KPD-Parteiivorstand gehörte Nuding seit seiner Bildung 1948 und dem Sekretariat seit Frühjahr 1949 an.

23 Im SED-Beschluß vom August 1950 waren mit Leo Bauer, Bruno Fuhrmann, Bruno Goldhammer und Erica Glaser auch ehemalige Mitarbeiter der KPD erwähnt, die nun verhaftet und verurteilt wurden.

24 Sperling, seit 1933 KPD und KJVD-Funktionär, war in französischer und Schweizer Emigration gewesen. 1947 wurde er Landesvorsitzender der KPD Bayern, 1948 nach Bildung des KPD-Parteivorstandes einer der damals fünf Sekretäre, im Mai 1950 löste er Kurt Müller als stellvertretenden Parteivorsitzenden ab. Sperling lag seit Januar 1951 in Ostberlin im Krankenhaus, wo ihm Max Reimann eröffnete, daß er nicht mehr Mitglied des KPD-Parteivor-

standes sei. Sperling unterzeichnete eine Erklärung, daß er einverstanden sei. Am 26. Februar 1951 wurde Sperling in Ostberlin festgenommen. Zu Sperling vgl. K.H. Jahnke, ...ich bin nie ein Parteifeind gewesen, Bonn 1993; H. Mayer, a.a.O., S.37 f..

25 SAPMO, ZPA, J IV 2/202/5, zit. Nach Otto, a.a.O., S. 204.

26 Vgl. z. B. SAPMO, ZPA IV 2/2/111; NL 182/900.

27 Vgl. die Autobiographie H. Crüger: Verschwiegene Zeiten, Berlin 1990, isb. S. 152 ff.

28 Vgl. SAPMO, ZPA, J IV 2/2/138, zum weiteren H. Mayer, a.a.O.

29 Von Sekretariatsmitgliedern betraf dies nur noch 1953 die Absetzung von Otto Kloock.

30 Vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/1003/27.

Blindheit gegenüber ›den Feinden der Partei‹ zu überwinden und wachsam zu sein, entsprechend folgten auch Ausschlüsse, Funktionsenthebungen und Parteistrafen.²⁹ Die Neuwahlen vor dem Parteitag 1954 waren verbunden mit einem Umtausch der Parteidokumente, in dieser Zeit, von September 1953 bis März 1954, verlor die KPD nochmals 8,3 Prozent ihrer Mitglieder. Natürlich hatten Mitgliederverluste und Funktionsablösungen auch noch andere Ursachen wie Austritte bzw. Nichtbewältigung der Arbeitsaufgaben oder Krankheit. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU erfolgte in der KPD kaum oder halbherzig die Rehabilitierung von ausgeschlossenen, ihrer Funktion enthobenen oder gar in der DDR inhaftierten Mitgliedern und Funktionären. Auf der Parteivorstandssitzung im August 1956 gestand Reimann lediglich die schädliche Auswirkung des Personenkultes ein. Er gab an, das Sekretariat habe sich mit den »Fehlern aus der Periode 1950/51« befaßt, wo es »partei-getreue Genossen« gab, denen Unrecht geschehen war. Reimann führte aus, »im Ergebnis der Überprüfung zu Sperling, Singer, Jungmann seien die früheren Schlußfolgerungen gegenstandslos.« »Sie genießen das Vertrauen der Partei ... Die Genossen werden verstehen, daß wir diese Feststellung nicht im Dokument aufnehmen und auch nicht veröffentlichen.«³⁰ Die KPD-Spitze war zunächst nicht einmal bereit, dies zu veröffentlichen. Die Bilanz der Entwicklung der KPD für die Zeit der Parteisäuberung ist deutlich: Sie hatte seit 1948 in nur vier Jahren etwa 200 000 Mitglieder verloren. In dieser Zeit waren drei stellvertretende Parteivorsitzende abgesetzt, fast das gesamte Sekretariat des Parteivorstandes, die Chefredakteure des KPD-Zentralorgans »Freies Volk« und der theoretischen Zeitschrift »Wissen und Tat« abgelöst worden. Aus verschiedenen Gründen waren alle Landesvorsitzenden ausgewechselt worden. In allen Landessekretariaten der KPD sind zahlreiche, wohl die meisten Spitzenfunktionäre ausgewechselt worden. Die innerparteilichen Säuberungen in der KPD wurden durchgesetzt von den Parteikontrollkommissionen der KPD und SED, den Kaderabteilungen beider Parteien, ihren Führungszentralen sowie der für die KPD zuständigen Westkommission der SED, Einfluß nahmen auch die Staatssicherheit der DDR und offenbar auch sowjetische Instanzen. Die SED trug für die Säuberungen in der KPD eine große politische und moralische Verantwortung, wurden sie doch auf Grundlage ihrer politischen Linie, ihrer Beschlüsse und ihres Eingreifens durchgeführt. Zugleich beinhalteten die Parteisäuberungen auch einen aktiven Eigenanteil der KPD, wären – in einer in einem kapitalistischen Staat wirkenden Partei – sonst nicht möglich gewesen. Verwiesen sei noch darauf, daß die Parteisäuberungen in SED und KPD viel gemeinsames haben. Ausgenutzt, geschaffen und reproduziert wurde ein Klima des Mißtrauens und des Dogmatismus, in dem jede tatsächliche oder konstruierte Abweichung von der gültigen Linie und Politik als parteifeindlich oder parteischädigend, als titoistisch, trotzkistisch oder brandleristisch, als antikommunistisch und antisowjetisch, als sektiererisch oder opportunistisch deklariert werden konnte. Die Vorwürfe mündeten in der Beschuldigung als Verräter, Spion oder Agent. Betroffen waren von der Säuberungswelle in erster Linie

Funktionäre, die in der westlichen Emigration waren, vor allem, wenn sie Kontakt zu Noel Field hatten, die früher von der offiziellen Parteilinie abweichende Auffassungen vertreten hatten, oppositionellen Gruppen oder anderen Parteien angehört hatten. In der Regel handelte es sich bei den Beschuldigten um parteitreue Mitglieder und Funktionäre. Über die Wirkung von Verhaftungen und »Schuldgeständnissen« auf die KPD berichtete Josef Schleifstein, da sie sich in der KPD nicht vorstellen konnten, daß die Anschuldigungen bewußt konstruiert waren und ungerechte Urteile gefällt wurden, habe man alles geglaubt, was an Anschuldigungen publiziert wurde.³¹ Die Parteisäuberungen in der KPD führten faktisch zu einer Art »Selbstenthauptung« der Partei, zu sinkender Mitgliederzahl, schwindendem Masseneinfluß und fehlender Akzeptanz unter der Bevölkerung.

31 Vgl. M. Grieger u. a.: Stalins Schatten, Neuss 1989, S. 173.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Der geplante »deutsche Industrieprozeß«. Eine Fußnote

Aus einem Bericht über einen Lehrgang an der Schule der Sowjetischen Militäradministration für deutsche Kader in Königs Wusterhausen zwischen dem 12. Januar und dem 25. April 1948, verfaßt nach Informationen eines deutschen »Kursanten«: »Betr.: Major Patent (...) Auf die Frage des Genossen, aus welchen Gründen die Partei der Bolschewiki Sinowjew und Kamenew nicht früher aus der Partei entfernt habe, sondern sie trotz ihrer offensichtlich parteischädigenden Arbeit von 1917 bis 1935 in der Partei belassen habe, brachte Gen. Major Patent ein Beispiel aus der augenblicklichen politischen Situation. Er sagte: »Wenn sich in Deutschland die Zustände in fortschrittlichem Sinne verändern würden, würden dann Personen wie Franz Neumann nicht auch bekennen, sich geirrt zu haben? Würden sie nicht versuchen, in die Partei des Proletariats einzudringen(.) und würden Sie ihnen nicht die Möglichkeit geben, in Ihrer Partei mitzuarbeiten, um zu beweisen, dass sie anderen Sinnes geworden sind? Noch ein anderes Beispiel: Der Vorsitzende Ihrer Partei, Gen. Grotewohl, war vor 1933(.) wie es Ihnen wohl bekannt ist, Polizeiminister in einem mitteldeutschen Land. Es hat sich dort, wie mir mitgeteilt wurde, nicht anders verhalten, als es andere sozialdemokratische Minister auch getan haben, nämlich er hat auf Arbeiterdemonstrationen schießen lassen. Trotzdem hat sich Genosse Grotewohl geändert(.) und Sie kennen ihn wohl alle als den bedeutendsten politischen Führer Ihrer Partei.«¹

Die Antwort dieses sowjetischen Offiziers war kaum mißzuverstehen, zumindest nicht für jemanden, der die Stalinsche Geschichtsschreibung zur KPdSU kannte. Nach deren Legenden hatten Sinowjew und Kamenew ihr »abweichlerisches« Verhalten erst aufgegeben, als sich die »Linie« Lenins durch den erfolgreichen Oktoberaufstand 1917 durchgesetzt hatte. Sinowjews und Kamenews folgendes Engagement für die Revolution sei jedoch nicht »ehrlich« gewesen, sondern in der Absicht erfolgt, die Revolution rückgängig zu machen. Das hätten sie bis 1935 verbergen können.

Auf die Frage, wie das hat möglich sein können, antwortete der Offizier nicht direkt, sondern verwies auf die deutsche Nachkriegssituation. So wie einst Sinowjew und Kamenew habe der sozialdemokratische »Arbeitermörder« Grotewohl eben frühzeitig erkannt, daß die erfolgreiche Arbeiterpartei in Deutschland die SED sein werde, und sich deshalb »geändert«. Werde die SED noch erfolgreicher, würde eines Tages auch Franz Neumann »versuchen,

Jörn Schütrumpf – Jg. 1956,
Historiker, Dr. phil., Mitglied
der Redaktion UTOPIE
kreativ.

1 Bundesarchiv Berlin,
Stiftung der Parteien und
Massenorganisationen der
DDR (SAPMO), FBS
123/16497, Bl. 79.

in die Partei des Proletariats einzudringen«. Zur Zeit sei Grotewohl der bedeutendste politische Führer der SED – so wie nach Lenins Tod Sinowjew und Kamenew neben Trotzki und Bucharin für kurze Zeit die bedeutendsten politischen Führer der KPdSU gewesen waren; von Stalin sprach damals noch kaum jemand.

Grotewohl kannte natürlich die »Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang« und reagierte auf diesen Vergleich mit Sinowjew und Kamenew vehement. Der sowjetische Major mußte eine Stellungnahme abgeben, in der er alles zum Mißverständnis erklärte.² Sicher, dieser Major Patent erwartete nicht unmittelbar einen Schauprozeß in der SBZ, und sicher auch keinen gegen Grotewohl, wenngleich offensichtlich in der SMAD an einer Kriminalisierung Grotewohls gearbeitet wurde – war er bei der erwähnten Demonstration doch nicht nur nicht Polizei-, d.h. Innenminister gewesen, er hatte vielmehr zu den Demonstranten gehört, auf die die Polizei schoß. – Vielmehr wollte Patent seinen deutschen Schülern bedeuten, daß niemand sicher sei. Und das ist das eigentlich Interessante. Hier zeigt sich, wie schon Anfang 1948, also noch vor dem offiziellen Bruch mit Jugoslawien und vor der Berlin-Krise, ein hoher SMAD-Offizier über die Möglichkeit künftiger Schauprozesse dachte.

Und der Mann sollte Recht behalten: Ein Jahr später begannen in Bulgarien und Ungarn die Folterungen.³ Am 9. Juni 1949 erfolgte die erste Verhaftung in der SBZ: Berndt Steinberger, dessen Frau zuvor in Budapest verhaftet worden war, wurde vom sowjetischen MWD nach Hohenschönhausen gebracht – wo er, anders als es Georg Hermann Hodos dargestellt hat,⁴ jedoch nichts gestand. Der Selbstmord des ehemaligen KPD-Politbüro-Mitglieds und Leiters der Schweizer Emigration, Paul Bertz, sowie weitere Verhaftungen, Selbstmorde und, wie im Fall Kreikemeier, wohl auch Morde folgten. Alles, was mit dem immer wieder verschobenen sogenannten deutschen Prozeß im Dunstkreis von Noel H. Field in Zusammenhang steht, hat Wolfgang Kießling in jahrzehntelanger Arbeit eruiert und auch publiziert.⁵ Es sei an dieser Stelle deshalb nur darauf verwiesen.

Doch es gab nicht nur die – maßgeblich durch die sowjetischen Behörden betriebenen – Prozeßvorbereitungen gegen Paul Merker und andere. Ulbricht, der durch Hermann Matern und Hertha Geffke immer neue Opfer für einen solchen Prozeß ausfindig machen ließ, wurde auch selbst aktiv. Am 28. April 1952 erklärte er in Anwesenheit von Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Heinrich Rau gegenüber zwei sowjetischen Metallurgie-Spezialisten: Die Wirtschaftspolitik der SED sei »an einem Wendepunkt angelangt. Das gilt nicht nur für die Metallurgie, das gilt für den Maschinenbau, und das gilt auch für andere Industrien bei uns, und das müssen wir jetzt ändern, die Partei mit der Regierung. Wir werden dazu übergehen müssen, in Fällen, wo die Betriebsleitungen die Anweisungen der Regierung nicht durchführen, eine Reihe öffentlicher Prozesse durchzuführen. Wir haben zum Beispiel im Steinkohlenbergbau die Lage untersucht, wo Jugendliche sich beim Zentralkomitee der Partei beschwert haben. Das ist ungefähr dasselbe, was bei Ihnen in der Sowjetunion im Industrieprozess war. Das ist dieselbe

2 Ebenda, Bl. 78.

3 Ausführlich dazu Georg Hermann Hodos: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948-54, Berlin 1990, S. 36ff.

4 Ebenda, S. 182.

5 Wolfgang Kießling: Partner im »Narrenparadies«. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994; ders.: In den Mühlen der großen Politik. Heinrich Mann, Paul Merker und die SED (hefte zur ddr-geschichte 36), Berlin 1996.

Sabotage. Bei uns geht das alles unter dem Thema Demokratie. Die Leute sind der Meinung, da wir eine demokratische Ordnung haben, können sie so sabotieren, wie es ihnen passe. Wir müssen also eine strengere Ordnung durchführen. Die Leute, die nicht liefern, die sabotieren, werden bei uns nicht bestraft! Wenn man nicht gerade beweisen kann, dass er ein Spion ist, wird er nicht bestraft. Aber das kann man meist erst sehr spät beweisen. Das erste, was man beweisen kann, ist, dass sie sabotieren. Wir müssen also auch in dieser Beziehung politische Konsequenzen ziehen, und man muss den Leuten zu verstehen geben, dass es eine Staatsmacht hier gibt, und dass sie so nicht weiterwirtschaften können, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob man in Westdeutschland schreit oder nicht schreit. Das ist ganz egal.«⁶

Der Moskauer »Industrieprozeß« gegen die angeblichen Führer der sog. Industriepartei war Ende November/Anfang Dezember 1930 durchgeführt worden. Durch diesen und zwei weitere Prozesse wurde, wie es in einer stalinistischen Rechtfertigungsschrift heißt, »die Torgprom-Intrige, die letzte ernst zu nehmende Anstrengung des englisch-französischen Imperialismus und der zaristischen Gegenrevolution aufgedeckt und vereitelt.«⁷ Angeklagt waren durchweg, wie es hieß, »bürgerliche Spezialisten«. Der Prozeß endete mit fünf Todesurteilen, die später in Haftstrafen umgewandelt wurden, sowie mit drei weiteren Haftstrafen.

Daß Ulbricht auf einer internen Beratung im April 1952 solche Prozesse nun auch für die DDR ankündigte, war kein spontaner Schritt, der sich etwa aus dem Gespräch mit den sowjetischen Spezialisten ergeben hätte. Im Gegenteil, beide hatten erklärt, daß im »Fall«, den sie zu untersuchen gehabt hatten – es ging um die Anlaufschwierigkeiten im Eisenhüttenkombinat Ost –, Sabotage keine Rolle spielte.⁸ Ulbrichts drohende Ankündigung hatte einen anderen Hintergrund: Die Ablehnung der Stalin-Note vom 10. März 1952 durch die Westmächte hatte von Ulbricht die Bedrohung, die für ihn und für die SED von einem vereinigten, neutralen und wiederbewaffneten Deutschland ausging, vorerst genommen. Nun drängte er auf einen schnellen Ausbau der Macht der SED und damit seiner eigenen sowie auf eine forcierte sozialstrukturelle Umgestaltung der DDR, mit der nicht zuletzt künftige Bedrohungen durch eine schnelle Wiedervereinigung minimiert werden sollten. Ulbricht, noch völlig auf das sowjetische Modell fixiert, folgte in dieser Zeit in fast allen Fragen dem Stalinschen Vorbild – nicht zuletzt, um sich nicht durch den Vorwurf einer »Abweichung« von der Politik des sowjetischen Herrschers angreifbar zu machen. Ins Stalinsche Szenario gehörte nicht nur die Ausschaltung aller potentieller Gegner, sondern ihre öffentliche Abstrafung durch Schauprozesse – das hatte die sowjetische Politik der Hexenprozesse in Bulgarien und Ungarn 1949 (der Prager Slansky-Prozeß wurde zu dieser Zeit gerade vorbereitet) unmißverständlich klargelegt.

Die Idee, neben dem auf sowjetischen Druck hin vorbereiteten deutschen Schauprozeß auch Industrieprozesse durchzuführen und so die Treue zum sowjetischen Vorbild zu unterstreichen, lag also in der Luft. Doch Ulbricht wollte mehr – es ging nicht nur um

6 SAPMO, DY 30 J IV
2/201/257, Bl. 23.

7 Michael Sayers, Albert E. Kahn: Die große Verschwörung, Berlin 1948, S. 170.

8 Ausführlich dazu Jörg Roesler: Eisen für den Frieden, in: Rosemarie Beier de Hahn (Hg.): Aufbau West – Aufbau Ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt (im Druck).

9 Jörn Schütrumpf:
 »Besprechungen zwischen
 ehemaligen VVN-Kamera-
 den ... dürfen nicht mehr
 stattfinden.« – Antifaschis-
 mus in der DDR, in: Dieter
 Vorsteher (Hrsg.): Parteauf-
 trag: ein neues Deutsch-
 land. Bilder, Rituale und
 Symbole der frühen DDR,
 München/Berlin 1996,
 S. 142ff.

10 SAPMO, DY 30 J IV
 2/202/54 (unpag.).

11 Ebenda.

12 Ebenda.

eine Geste der Ergebenheit gegenüber Moskau, für die er bereit war, die Köpfe einiger – im stalinistischen Verständnis – minderwertiger sogenannter bürgerlicher Spezialisten zu opfern. Ulbricht wollte mit einem solchen Prozeß zugleich seine stärksten Konkurrenten, die Vertreter des inneren Widerstands, die ihre antifaschistische Überzeugung in Zuchthaus und KZ aufrechterhalten hatten und mit der VVN über eine eigene Organisation verfügten, treffen.⁹ Als Hauptangeklagten eines Industrieprozesses hatte er einen besonders prominenten Vertreter des inneren Widerstandes auserkoren: Fritz Selbmann. Selbmann (Jahrgang 1899), von Hause aus Bergmann, war in den zwanziger Jahren bis in die Führungsebene der KPD aufgestiegen; zuletzt war er Bezirksleiter in Sachsen und Reichstagsabgeordneter. Während der gesamten Nazi-Zeit wurde er zunächst im Zuchthaus, dann in verschiedenen Konzentrationslagern eingekerkert. Durch einen zehnmonatigen Dunkelarrest im KZ Flossenbürg verlor Selbmann 1944 einen Teil seiner Sehkraft. Nach 1945 stieg Selbmann dank seiner organisatorischen Fähigkeiten vom Präsidenten des sächsischen Landesarbeitsamtes zum sächsischen Wirtschaftsminister und dann zum DDR-Minister für Industrie (1949/1950) und damit zum erfolgreichsten Wirtschaftspolitiker der SED auf. Nachdem die Entscheidung gefallen war, die Roheisenindustrie auszubauen, wurde er beauftragt, ein eigenständiges Ministerium für Schwerindustrie zu bilden. Wichtigstes Projekt im ersten Fünfjahrplan war die Errichtung des Eisenhüttenkombinates Ost. Selbmann war quasi dessen Bauherr. Da in der DDR keine Fachleute für den Aufbau von Werken der Roheisenindustrie existierten, mußte bei der Errichtung des EKO sehr viel improvisiert werden, was zu erheblichen Anlaufschwierigkeiten bei der Produktion 1951 führte.

Am 18. Januar 1952 begab sich Ulbricht selbst ins EKO. Dort muß ihm die Idee sowohl für den Industrieprozeß als auch für die Anklage Selbmanns gekommen sein. Denn schon zwei Wochen später, am 3. Februar 1952, lagen die Beurteilungen der Anzuklagenden vor – neben Selbmann waren es die Verantwortlichen für den Aufbau des EKO, darunter der Hauptabteilungsleiter für Eisenindustrie aus dem Selbmann-Ministerium, Heinrich Kraemer, der Aufbauleiter des EKO, Nationalpreisträger Otto Ringel, der Chefkonstrukteur Rudolf Stooß und einige andere.¹⁰ Am Tag darauf wurde der sechzehnseitige maschinenschriftliche Bericht: »Verdacht der bewußten Störung bei der Projektierung und Aufbau des Eisenhüttenkombinats Ost in Fürstenberg« geliefert.¹¹ Die Namen der Anzuklagenden sind in diesem Szenario – denn um ein solches handelt es sich – freigelassen und mit Punkten markiert. Sie wurden nachträglich mit der Hand eingetragen, von wem, war bisher nicht eruierbar. Wunschgemäß kam der von einem VP-Rat und einem VP-Kommandeur gezeichnete Bericht zum Ergebnis: Es »verstärkt sich der Verdacht, daß die Saboteure unter den aufgeführten Funktionären gesucht werden müssen.« Zum Hauptverdächtigten avancierte der Chefkonstrukteur, während Selbmann der letzte Satz, also das Finale dieser konstruierten Anklage, vorbehalten blieb: Es »muß besonders das verantwortungslose Verhalten des Ministers Selbmann hervorgehoben werden.«¹²

Durch die Stalin-Note vier Wochen später mußte Ulbricht jedoch seine Aktivitäten vorläufig einstellen, das Material ging in die Ablage. Ende April 1952 erwog er, wie gezeigt, seine Aktivitäten wieder aufzunehmen. Doch die Konzentration bei den Prozeßvorbereitungen lag nun auf dem Prozeß gegen Paul Merker und, als der sich nicht brechen ließ, im Frühjahr 1953 auf einem Prozeß gegen Franz Dahlem. Ob der Prozeß gegen Selbmann weiter verfolgt wurde, müssen weitere Forschungen klären. Nach dem 17. Juni 1953 unterband Chruschtschow alle weiteren Prozeßvorbereitungen in der DDR. Selbmann selbst schien nun völlig unangreifbar, war er doch, während die restlichen Parteiführer einschließlich Ulbrichts sich im Keller versteckt gehalten hatten, am 17. Juni als einziger vor die Arbeiter getreten und hatte versucht, zu ihnen zu sprechen.

Ulbricht wartete über vier Jahre. Anfang 1958 endlich konnte er auch Selbmann stürzen. Neben Karl Schirdewan, der ebenfalls 1957 gestürzt wurde, war er der letzte ehemalige KZ-Häftling in einer führenden Stellung, der sich Ulbricht nicht vollständig unterworfen hatte.¹³

13 Ausführlicher dazu Thomas Klein, Wilfriede Otto, Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949 – 1989), Frankfurt/Oder 1996, S. 58ff., S. 321, Fußnote 432.

VOLKMAR SCHÖNEBURG

Gesetzlichkeit und Parteilichkeit:
Herrschende Rechtsauffassung und
Herrschaftssicherung in der DDR

Im Zentrum meiner Ausführungen soll das Rechtsverständnis stehen, das auch die Vorbereitung und Durchführung von »Schauprozessen« in der DDR ermöglichte, aber ebenso zu Defiziten auf anderen Rechtsgebieten führte.

Rechtsdenken und Rechtspraxis wurden 1945 in der SBZ als völliger Bruch mit der Theorie und Praxis des nazifaschistischen Staates und in partieller Diskontinuität zur Rechtswissenschaft und Justiz der Weimarer Republik verstanden, in der u.a. der Boden für die Naziherrschaft mitgeebnet worden war. Dabei gingen die verschiedenen Parteien und Theoretiker von durchaus unterschiedlichen Ansätzen aus. Aber der gemeinsame Konsens kam u.a. in einem Postulat des Gründungsaufrufs des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 14. Juli 1945 zum Ausdruck: »Herstellung voller Rechtssicherheit auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates.«¹ Der Verfassungsentwurf der SED von 1946 spiegelte beispielsweise noch unterschiedliche staats-theoretische und verfassungsrechtliche Auffassungen in der SED wider, die in der Debatte um diesen Entwurf deutlich wurden. Dabei ging es insbesondere um die Basiskategorien Gewaltenteilung, Rechtsstaat und Menschenrechte. Einerseits postulierte Karl Polak, der gemeinsam mit Reinhold Schäfermeier die Abteilung Justiz beim Zentralsekretariat der SED leitete und Vorsitzender des Rechtspolitischen Ausschusses beim Zentralsekretariat war, die Gewalteneinheit als staatsorganisatorische Erfahrung aus dem Untergang der Weimarer Republik. Zugleich lehnte er den Rechtsstaatsbegriff als einen inhaltsleeren politischen Kampfbegriff ab. Verknüpft wurde die Ablehnung mit der Auffassung, daß nicht der Inhalt, sondern die revolutionäre Art ihrer Proklamierung und Realisierung die heutige Bedeutung der Menschenrechte des 18. Jahrhunderts ausmache.² Andererseits orientierte Karl Schultes (1909-1982), seines Zeichens Abteilungsleiter im Ministerium für Justiz Thüringen und früheres SAP-Mitglied, auf einen durch reale Demokratie geprägten materialen Rechtsstaat.³ Dabei bestand offensichtlich eine intellektuelle Nähe zu den Vorstellungen des sozialdemokratischen Staatsrechtlers Hermann Heller (1891-1933), auf den die Formel vom »sozialen« bzw. »sozialistischen« Rechtsstaat zurückgeht. Ebenso sah der aus dem Schweizer Exil kommende marxistische Rechtsphilosoph Arthur Baumgarten (1884-1966) im Verfassungsentwurf keinen Gegensatz zwischen Rechtsstaat und Demokratie und hob die Gewaltenteilung zwischen Legislative und

Volkmar Schöneburg – Jg. 1958, Studium der Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1987 Promotion. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kriminalwissenschaften der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.

1 Abgedruckt in: Geschichte des Staates und des Rechts der DDR. Dokumente 1945-1949, Berlin 1984, S. 58f.

2 Vgl. Karl Polak: Gewaltenteilung, Menschenrechte, Rechtsstaat. Begriffsformalismus und Demokratie. Zur Kritik der Weimarer Verfassung, in: Einheit, Dezember 1946, S. 385 ff.

3 Vgl. Karl Schultes: Die süddeutschen Länderverfassungen, Berlin 1948.

Exekutive sowie die vorgesehene Verwaltungsgerichtsbarkeit hervor. Während Baumgarten in der Schweizer Emigration den Übergang vom Liberalismus zum Sozialismus vollzogen hatte, war Polak wesentlich durch die sowjetische Emigration geprägt worden.⁴

Ähnliche Differenzen und Gegensätze, die ebenso aus unterschiedlichen Erfahrungen herrühren, lassen sich in der SBZ auch auf anderen Rechtsgebieten nachweisen. Polak kennzeichnete zudem die formale Rechtsgleichheit als ein ausschließlich bürgerliches Prinzip. In dem von Max Fechner herausgegebenen Sammelband, der die Ergebnisse der 1. Juristenkonferenz der SED – auf der Walter Ulbricht und Karl Polak selbst die Referate hielten – propagieren sollte, stellt er fest, daß das Recht nichts anderes sein könne als die Staatsmacht, die es erläßt. Es habe neben dieser Macht kein selbständiges Wesen, sondern sei nur deren Mittel und Funktion. Niemals sei das Recht ein Maßstab, der an die Macht angelegt werden könne.⁵ Damit wurde aber das Recht in vulgärmaterialistischer Verkürzung des Marxschen Ansatzes auf seine Instrumentalität, auf die Eigenschaft, Medium und Ausdruck der Macht zu sein, reduziert.

Handelte es sich bei der Polakschen Position zunächst noch, wie angedeutet, um einen Ansatz, so kristallisierte sie sich von 1948 bis zum Beginn der fünfziger Jahre als vorherrschende, mit absolutem Wahrheitsanspruch ausgerüstete Meinung heraus. Diese Dogmatisierung einer fast jeder Kritik entzogenen Ansicht ist nicht zu trennen von der 1948 endgültig erfolgten Festlegung der SED-Politik auf das sowjetische Herrschafts- und Gesellschaftsmodell sowie der Umwandlung der SED in eine »Partei neuen Typs«. Gleichzeitig verengte der eskalierende Kalte Krieg mögliche Spielräume und erwies sich als weiterer Nährboden für Fundamentalismen.

Die Auffassung, nach der das Recht auf dem Weg zur sozialistischen Gesellschaft als Hebel des Fortschritts fungiere, sprach dem Recht jegliche Eigenständigkeit und überdies die Allgemeinheit ab, um die Normativität des Rechts in einer gegebenen Situation zugunsten der scheinbar entwicklungslogisch vorbestimmten gesellschaftlichen Dynamik zu relativieren.⁶ Nicht zufällig steht die Flexibilisierung des Rechtssystems in einem engen Zusammenhang mit der Rezeption des vom sowjetischen Generalstaatsanwalt Wyschinski (1883-1954) aus seinen Erfahrungen in den Moskauer Schauprozessen der dreißiger Jahre entwickelten Rechtsbegriffs sowie der Stalinschen Staatsbelebung.⁷ Wyschinskis Gerichtsreden wurden in der DDR 1951 veröffentlicht. 1953 wurde seine Rede, die er auf der ersten Unionskonferenz über Fragen der Wissenschaft des Sowjetrechts und des Sowjetstaates am 16. Juli 1938 hielt (und auf der er eine originär marxistische Rechtsphilosophie, wie sie Paschukanis vertreten hatte, als trotzistisch-bucharinistische Schädlingstätigkeit denunzierte), publiziert. In dieser Rede enthalten war die Rechtsdefinition, die das Recht auf einen reinen Instrumentalcharakter zurückstutze: »Das Recht ist die Gesamtheit der Verhaltensregeln, die den Willen der herrschenden Klasse ausdrücken und auf gesetzgeberische Weise festgelegt sind ... Die Anwendung dieser Regeln wird durch die Zwangsgewalt des Staates gewährleistet zwecks Sicherung, Festigung und Entwicklung

4 Vgl. Karl A. Mollnau: Schwund der Mitte. Über eine frühe Differenz zwischen Arthur Baumgarten und Karl Polak, in: Gerhard Haney u.a. (Hrsg.): Recht und Ideologie, Freiburg/Berlin 1996, S. 402-419.

5 Vgl. Karl Polak: Rechtsstaat und Demokratie, in: Beiträge zur Demokratisierung der Justiz, Berlin 1948, S. 78. Vgl. auch die stenographische Niederschrift dieser Konferenz, SAPMO Barch. IV 2/1.01/37.

6 Vgl. mit weiteren Quellen Hermann Klenner: Über Vorverständnisse von Recht in neuerer Zeit, in: Politisches Denken. Jahrbuch 1995/96, Stuttgart/Weimar 1996, S. 54f; Sigrid Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt a.M. 1992, S. 97f.

7 Vgl. Ernst Bloch: Naturrecht und menschliche Würde, Frankfurt a.M. 1985, S. 256.

8 A.J.Wyschinski: Die Hauptaufgaben der Wissenschaft vom sozialistischen Sowjetrecht, in: Sowjetische Beiträge zur Staats- und Rechtstheorie, Leipzig 1953, S. 76.

9 Staat und Recht, 1954, S. 691-694.

10 Vgl. mit weiteren Quellen zur Babelsberger Konferenz Ralf Dreier u.a. (Hrsg.): Rechtswissenschaft in der DDR 1949-1971. Dokumente zur politischen Steuerung im Grundlagenbereich, Baden-Baden 1996, S. 19f., 25, 139ff.

11 Vgl. SAPMO-Barch, IV 2/3/24.

der gesellschaftlichen Verhältnisse und Zustände, die der herrschenden Klasse genehm und vorteilhaft sind.«⁸ Entsprechend hieß es 1954 im Nachruf des Ministers der Justiz der DDR auf Wyschinski mit Bezug zu den »Gerichtsreden«: »Wir hatten die erste Bekanntschaft mit der sowjetischen Rechtswissenschaft, insbesondere mit dem sowjetischen Strafrecht gemacht ... und nun wurde dieses alles uns lebendig in der Fülle seiner Anwendung, wurde es lebendig an Beispielen, die denen unserer eigenen Periode ähnlich waren. Hier erlebten wir Gesetz und Recht in Aktion ... Vor allem lehrt Wyschinski hier besonders eindringlich die große Einheit von Gesetzlichkeit und Parteilichkeit.«⁹

Gerechtfertigt wurde diese Rezeption wie in der Sowjetunion mit dem sich angeblich ständig verschärfenden Klassenkampf beim Aufbau des Sozialismus und der dauernden äußeren und inneren (durch die einheimischen Werkzeuge des Imperialismus) Bedrohung der DDR. Auf der »Staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz der SED« (Babelsberger Konferenz) vom 2./3. April 1958, deren Ergebnisse der V. Parteitag der SED als parteiverbindlich deklarierte, wurde dieses politikbürokratische instrumentelle Rechtsverständnis auch parteioffiziell als Rechtskonzeption der DDR verkündet. Gleichzeitig wurde dieses Verständnis mit der Behauptung, daß in der sozialistischen Gesellschaft Staat und Volk, Gesellschaft und Individuum »eins« geworden seien, fortentwickelt.¹⁰ Da die »Identität«, die aber in Wirklichkeit eine Verringerung der Hegelschen Identität auf eine undialektische Unität ist, jedoch inhaltlich an die Bestimmung des »Wesens« des Staates angebunden wurde, der als Instrument der Arbeiterklasse und »ihrer« Partei das historisch-gesetzmäßige Ziel des Sozialismus verfolgte, lief diese These ebenfalls auf Apologie der Macht hinaus. Daneben wurde der letzte Vorrang der Partei und ihrer Beschlüsse gegenüber dem Recht fixiert. Die Verbindlichkeit von Parteibeschlüssen der SED für Mitarbeiter des Staatsapparates wurde dann ausdrücklich in einem Politbürobeschuß vom 12. Juli 1960 formuliert.¹¹

Bereits die Arbeitsordnung für das Ministerium der Justiz vom 25. Juni 1956 legte den jeweiligen Mitarbeiter auf die »Durchsetzung der Politik der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung in seinem Arbeitsgebiet« (§ 1) fest. Das Statut des Ministeriums vom Januar 1968 (GBl. II, S. 75) und die neue Arbeitsordnung vom 14. Mai 1969 nennen bei der Auflistung der rechtlichen Grundlagen für die Verwirklichung der gestellten Aufgaben zuerst die Beschlüsse der SED, danach erst die Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer sowie die Verordnungen und Beschlüsse des Ministerrats (§ 1). In ähnlicher Weise wiesen die Statuten der anderen Ministerien die Parteibeschlüsse als Rechtsquelle aus. Und im Staatsanwaltsgesetz von 1977 heißt es, daß die Staatsanwaltschaft »in Verwirklichung der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse tätig« wird (§ 1 Abs. 1).

Wobei ein solches instrumentelles Rechtsverständnis durchaus dem von der Sowjetunion übernommenen Gesellschaftskonzept mit der dominierenden, alle gesellschaftlichen Entwicklungen steuernden Stellung der »Partei neuen Typus« adäquat war. Natürlich war das Rechtsdenken in der SED kein monolithischer Block. Alternativen wurden in der Rechts-, Staats- und Demokratietheo-

rie, insbesondere im Rahmen des intellektuellen Tauwetters im Anschluß an den XX. Parteitag der KPdSU in den sechziger Jahren, als ein regulatorisches das instrumentelle Rechtskonzept ablösen sollte, oder im Kontext der Ende der achtziger Jahre neu auflebenden Rechtsstaatsdiskussion entworfen.¹² Es wäre zudem auch allzu vereinfachend, die Rechtslehre der DDR, insbesondere der späten DDR, nur unter Instrumentalisierungsaspekten zu sehen. In den verschiedenen Rechtsbereichen, so Roggemann,¹³ wurden theoretische Ansätze und gesetzgeberische Lösungen im Recht der DDR entwickelt, die einer weitergehenden Diskussion wert wären. Aber die Linie der Rechtsgestaltung als ausschließliches Machtinstrument der Mächtigen blieb – zwar in einzelnen Elementen modifiziert – bis 1989 bestimmend und besaß einen dementsprechenden Einfluß auf die Qualität der Rechtsordnung und Justiz.

Gewährleistet wurde die Dominanz des machtpolitisch-instrumentellen Rechtsverständnisses der SED-Führung auch durch die politbürokratische Unterstellung und Steuerung der Rechtswissenschaft. Die Steuerung erfolgte vor allem über die Abteilung »Staatliche Verwaltung« (1955 »Staatliche Organe«, nach dem 32. Plenum des ZK der SED im Juli 1957 »Staats- und Rechtsfragen«) beim ZK der SED, in die auch die ZK-Abteilung Justiz 1949/50 integriert wurde. Daneben war die Rechtswissenschaft wie alle anderen Wissenschaftsdisziplinen der »Abteilung Propaganda« (später: »Abteilung Wissenschaften«) beim ZK der SED untergeordnet. Diese doppelte Unterordnung hatte bis 1989, wenn auch mit unterschiedlichen Gewichtungen und daraus resultierenden Kompetenzstreitigkeiten, Bestand.

Die gravierendsten Folgen besaß die geschilderte Rechtskonzeption der SED für das Verfassungsrecht sowie die Strafjustiz. Die 1948 vom Verfassungsausschuß des Deutschen Volksrates unter Vorsitz von Otto Grotewohl ausgearbeitete und mit der Gründung der DDR in Kraft getretene erste DDR-Verfassung ist durchaus von jenem entschiedenen demokratischen Impuls der ersten Nachkriegsjahre geprägt. Die Grundrechte waren in dieser Verfassung noch als Inhalt und Grenzen der Staatsgewalt sowie als Gestaltungsrechte der Bürger konzipiert. Die Volkssouveränität wurde mit dem Bekenntnis zum Volkseigentum verknüpft und eine Verwaltungsgerichtsbarkeit geregelt.

Aber die Realität sah schon unmittelbar nach Inkrafttreten der Verfassung anders aus: Faktisch arbeiteten die bestehenden Verwaltungsgerichte schon seit 1948 nicht mehr.¹⁴ Entsprechend obiger Konzeption war die Verwaltungsgerichtsbarkeit eine für den Sozialismus systemwidrige Kontrolle der Justiz über die staatliche Verwaltung. Die Abschaffung der Verwaltungsgerichtsbarkeit erfolgte 1952 durch eine interne Anordnung des Innenministers. Sie wurde damit gerechtfertigt, daß mit dem auf der II. Parteikonferenz (Juli 1952) gefaßten Beschluß, in der DDR die Grundlagen des Sozialismus zu errichten, eine Interesseneinheit von Staat und Bürger entstehe. Daher sei eine Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht verträglich mit der einheitlichen Staatsgewalt. Auf der Babelsberger Konferenz wurde dann auch das Verwaltungsrecht als Rechtszweig vorläufig liquidiert. Erst 1988 beriet das Politbüro im Kontext mit

12 Vgl. Sigrid Meuschel: a.a.O., S. 256ff.

13 Vgl. Herwig Roggemann: Fragen und Wege zur Rechtseinheit in Deutschland, Berlin 1995, S. 265f.

14 Vor allem Walter Ulbricht argumentierte schon frühzeitig gegen die Verwaltungsgerichte, vgl. SAPMO Barch IV 2/1/12.

15 Vgl. SAPMO Barch IV 2/2/22 73; vgl. umfassend auch Hubert Rottleuthner: Das Ende der Fassadenforschung: Recht in der DDR (Teil 2), in: Zeitschrift für Rechtssoziologie, 16 (1995) 1, S. 44ff.

16 Vgl. Karl-Heinz Schöneburg: Gesellschaftliche Umbrüche und Verfassung, in: Gesellschaftliche Umbrüche und politischer Umgang mit den Schatten der Vergangenheit, Jena 1994, S. 32.

17 Vgl. SAPMO Barch IV A 2/13/40-43; SAPMO Barch NL 82/11.05 und 11.06; SAPMO Barch IV 2/13/459.

18 Die genaue Auflistung der Verfahren mit Quellenangabe bei Hubert Rottleuthner: Politische Steuerung der Justiz in der DDR, Köln 1994, S. 40 ff.

der KSZE-Folgekonferenz in Wien über die Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit und faßte dementsprechende Beschlüsse,¹⁵ die in das im Dezember 1988 von der Volkskammer verabschiedete halbherzige Gesetz über die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte zur Nachprüfung von Verwaltungsgerichtsentscheidungen mündeten.

Auf der II. Parteikonferenz erklärte Grotewohl auch, daß die Weimarer Staatsform im Stadium der sozialistischen Wirtschaftspannung nicht mehr tauglich sei, was einer Absage an die Verfassung der DDR von 1949 gleichkam. Von daher ist es zutreffend, spätestens von diesem Zeitpunkt an von einer »verfassungsleeren« Zeit zu sprechen.¹⁶

Mit der angenommenen Identität von Staat, Bürger und Volk im Zusammenhang steht auch das Ungleichgewicht zwischen den politischen und sozialen Menschenrechten zuungunsten der politischen in der Rechtspraxis der DDR. Im Gegensatz zur Verfassung von 1949, der noch eine konstruktive offene und öffentliche Diskussion vorausging, dokumentieren das Zustandekommen und die Ausgestaltung der DDR-Verfassung von 1968/74, daß nun Parteibeschlüsse das oberste Prinzip für Rechtssetzung und Rechtsgestaltung sind. Die Ausarbeitung erfolgte im geheimen unter direkter Leitung Ulbrichts im Sommer 1967 durch eine handverlesene, kleine Kommission.¹⁷ Nach der öffentlichen Diskussion wurde am Entwurf, der nun zur Volksabstimmung gestellt wurde(!), nichts Substantielles mehr geändert. Die Verfassung normierte nun den in der Praxis vollzogenen Führungsanspruch der SED im Art 1. Das Prinzip der Volkssouveränität, in den Länderverfassungen und in der Verfassung von 1949 noch von zentraler Bedeutung, wurde durch Art. 47 II jetzt verfassungsrechtlich dem Prinzip des demokratischen Zentralismus subordiniert. Grundrechte waren in dieser Verfassung weder Abwehrrechte gegen den Staat noch einklagbar. Insofern verkörperte diese Verfassung nun die vorherrschende Staats-, Rechts- und Demokratiekonzeption.

Vor allem auf dem Gebiet der Strafjustiz mußte sich das instrumentelle Rechtsverständnis der SED-Führung negativ auswirken. Letztlich entsprach es aber der Logik der Rechtsgestaltung als Machtinstrument der Mächtigen, wenn die Initiativen für Strafverfahren, ihre Rahmenbedingungen, z.T. ihr Ausgang oder spätere Begnadigungen bis Anfang der sechziger Jahre bei als politisch wichtig eingestuften Vorgängen vom Politbüro der SED ausgingen bzw. von diesem festgelegt wurden. Dabei wurde gegen das Recht oder am Recht vorbei agiert. Bis 1962 standen direkte und indirekte Eingriffe in Strafverfahren fast einhundertmal auf der Tagesordnung von Politbürositzungen.¹⁸ Überwiegend ging es dabei um die Höhe des Strafmaßes, speziell um Todesstrafen und ihre Vollstreckung. Die justizlenkenden Entscheidungsvorlagen wurden von der sogenannten Justizkommission, der der jeweilige Generalstaatsanwalt, Justizministerin Hilde Benjamin, der Leiter der Abteilung Staats- und Rechtsfragen, der Sektorleiter Justiz dieser Abteilung sowie Erich Mielke angehörten, entworfen. Am 3. Dezember 1962 hat dann jedoch Hilde Benjamin in einem Schreiben an den Leiter der Abteilung Staats- und Rechtsfragen die Richtig-

keit dieser Vorgehensweise in Frage gestellt.¹⁹ Aus den Akten des Politbüros geht hervor, daß es sich seit 1963 nur noch einmal (1971) mit einem Strafverfahren beschäftigte.

Die erste und größte Außensteuerung der Justiz durch die SED-Führung fand bei den in den Monaten April bis Juli 1950 gegen die von der Sowjetischen Besatzungsmacht an die deutschen Organe übergebenen Nazi- und Kriegsverbrecher durchgeführten »Waldheimer Prozessen« statt. Sie endeten mit 3324 Verurteilungen, wobei alle wichtigen Entscheidungen über den Ablauf der Prozesse (beginnend mit der Auswahl der Richter) vom Zentralsekretariat der SED getroffen worden sind. Während der Verfahren nahm eine Kommission unter Leitung von Paul Hentschel von der Abteilung Staatliche Verwaltung beim ZK der SED unmittelbar auf die Urteilsfindung Einfluß. Damit waren diese Prozesse durch einschneidende Rechtsverletzungen und die Aufhebung der (eigentlich verfassungsrechtlich garantierten) richterlichen Unabhängigkeit gekennzeichnet.²⁰ Das Politbüro der SED befaßte sich bis Anfang der sechziger Jahre auch weiterhin regelmäßig mit Strafverfahren gegen NS-Verbrecher. Dabei spielte auch die Systemauseinandersetzung mit der BRD und deren zum Teil skandalöse Haltung gegenüber NS-Verbrechern für bestimmte Prozesse eine Rolle. Verfahrenslenkende Eingriffe in der Qualität und Quantität wie bei den Waldheimer Prozessen erfolgten nach heutigem Erkenntnisstand nicht mehr. Vielmehr ist die Durchführung der Mehrzahl der Prozesse gegen Nazi- und Kriegsverbrecher unanfechtbar.

Die Strafrechtspolitik der SED-Führung in den fünfziger Jahren war außerdem eingebunden in die Gestaltung interner Machtstrukturen innerhalb der SED. Die Profilierung der SED zur »Kaderpartei neuen Typs« ließ sich nicht ohne Widerspruch und Widerstand vollziehen. Vorgegangen wurde dabei nach dem Prinzip der Unterordnung durch exemplarische Unterdrückung. Das Strafrecht war hier eingeordnet in die hierarchischen innerparteilichen Disziplinierungsformen, zu denen u.a. die Tätigkeit von Kontrollkommissionen rechnete. Beispielhaft sind die Geheimverfahren vor dem 1. Strafsenat des OG gegen Fritz Sperling, Paul Baender, Paul Merker und Max Fechner, die eines der perfidesten Justizverbrechen in der DDR darstellen, zu nennen. Für diese Prozesse läßt ein Blick hinter die Fassade nur den Schluß zu, daß ein geregeltes juristisches Verfahren nur scheinbar gegeben war. Ebenso verhielt es sich mit den Verurteilungen von Wolfgang Harich, Walter Janka u.a. 1957, die lediglich an der Spitze derjenigen standen, die im Zuge des »Tauwetters« nach dem XX. Parteitag der KPdSU versuchten, die Politik in der DDR zu verändern, ohne jedoch die sozialistische Ausrichtung in Frage zu stellen. Gegen diese kritischen Anschauungen wurde der Revisionismusvorwurf erhoben und in mehreren Fällen das scharfe Instrument des Strafrechts eingesetzt. Die Prozeßunterlagen belegen jedoch eine staats- oder sozialismusfeindliche Einstellung der Genossen um Walter Janka nicht einmal andeutungsweise. Selbst der hohe Abstraktionsgrad des Art. 6 Abs. 2 der Verfassung (Boykotthetze), der hier in Anwendung kam, rechtfertigte nicht, die Angeklagten eines solchen Verbrechens zu bezichtigen oder sie gar dafür zu verurteilen.

19 Das Schreiben ist abgedruckt in: Andrea Feth: Hilde Benjamin – Eine Biographie, Berlin 1997, S. 154.

20 Vgl. Falco Werkenthin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995, S. 181ff; Horst Luther: Strafprozeßrecht, in: Die Rechtsordnung der DDR, Baden-Baden 1995, S. 348ff.

Die Analyse der Archivbestände des vormaligen Zentralen Parteiarchivs der SED fördert zutage, daß insbesondere in den fünfziger Jahren eine Inanspruchnahme des Strafrechts durch Fremdin-teressen auf vielen Gebieten stattfand. Beispielsweise ging es bei den am Obersten Gericht Anfang der fünfziger Jahre geführten großen Konzernprozessen nicht nur darum, die durch das Potsdamer Abkommen legitimierten Enteignungen und Überführungen von Konzernen und Betrieben in Volkseigentum strafrechtlich zu schützen. Ziel war es auch, wirtschaftliche Schwierigkeiten als ausschließliche Folge äußerer Angriffe erscheinen zu lassen und möglichen politischen Widerstand bürgerlicher Blockpolitiker gegen die herrschende Politik präventiv zu unterbinden. Zudem galt das Volkseigentum als eine der Säulen der Gesellschaftskonzeption des sozialistischen Aufbaus schon zu diesem Zeitpunkt als »heilig« und »unantastbar«. Wirtschaftsstraftaten wurden daher zunehmend als Angriffe auf den Staat und die Grundlagen der neuen Demokratie angesehen und sollten die volle Wucht des Strafrechts spüren. Um diese Wirkungen zu erzielen, wurden die Konzernprozesse als »Schauprozesse« (beispielsweise im Dessauer Theater!), deren Rahmen durch das Politbüro der SED vorgegeben wurde, inszeniert. Hohe Strafen waren ein zwangsläufiges Resultat.

Ähnlich verhielt es sich mit der Anwendung des ein unakzeptables Maß an Unbestimmtheit aufweisenden Art. 6 Abs. 2 der Verfassung von 1949 (Boykotthetze) als geltenden Straftatbestand auf politisch motivierte Handlungen. Gegenstand dieser »Schauprozesse« waren überwiegend strafrechtlich durchaus relevante Handlungen solcher Organisationen wie der »Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit« oder des »Untersuchungsausschusses freier Juristen«. Doch dehnte das OG die Strafbarkeit nach Art 6 (wie die entsprechenden Strafnormen bei den »Konzernprozessen«) bereits auf entfernteste Vorbereitungshandlungen aus, was wiederum eine Instrumentalisierung in der Systemauseinandersetzung und einen z.T. krassen Widerspruch zwischen den angeklagten Taten und ausgeworfenen hohen Strafen zur Folge hatte. Mit seiner uferlosen Auslegung schuf das Oberste Gericht der DDR eine Situation, die es erlaubte, weniger an konkrete Handlungen als an die jeweilige Gesinnung mit den Tatbeständen des politischen Strafrechts anzuknüpfen und die Rechtsanwendung aktuellen politischen Zwecken unterzuordnen. Wichtige Auslegungshilfe war dabei die »Einheit von Gesetzlichkeit und Parteilichkeit«.²¹ Dieses Prinzip bedeutete für den Richter, die in Parteibeschlüssen und -verlautbarungen enthaltenen politischen Vorgaben in der Rechtsprechung zu beachten. In diesem Sinne wurde im Rechtssystem der DDR das Verhältnis Gesetz-Richter um die Bindungswirkung der Parteibeschlüsse erweitert. Die extremste Ausprägung des Prinzips führte – wie bereits angedeutet – bis zur Infragestellung der Geltungskraft des positiven Rechts vor allem in den fünfziger und ersten sechziger Jahren.

Später war mit jener »Einheit« weniger die Außerkraftsetzung von Gesetzesrecht verknüpft. Vielmehr wurde sie im Sinne einer Auslegungsregel bei der Rechtsanwendung verstanden. Es ging um die Reduktion oder auch Beseitigung des richterlichen Entschei-

21 Hilde Benjamin: Diskussionsrede auf dem IV. Parteitag der SED, in: Neue Justiz, 1954, S. 223; s. auch Andrea Feth: Hilde Benjamin, a.a.O., S. 136 ff.

dungsermessens, um den Beurteilungsspielraum der sozialistischen Rechtspraxis zwischen dem Willen des staatlichen Gesetzgebers und seinen gesetzten Normen und dem sich wandelnden Willen der politischen Führungsorganisation.²² In der Strafrechtspraxis wurden so die Generalklauseln der Tatbestände durch politische Normvorgaben der SED dominiert. Bei der erwähnten Anwendung des Art. 6 der Verfassung von 1949 war auf diese Weise die Möglichkeit geschaffen worden, daß die nachgeordneten Gerichte bis 1957 in vielen Urteilen jegliche Kritik an der herrschenden Politik, die oft nur unter der Wahrnehmung des Rechts auf freie Meinungsäußerung artikuliert wurde, bestrafen konnten.²³

Zur Ingebrauchnahme des Strafrechts durch eine fremde Logik zählt auch, daß in den fünfziger Jahren, insbesondere nach der II. Parteikonferenz 1952/53 und dann 1958/60, der Strafwang zielgerichtet zur Veränderung der sozialen Struktur, zur Nivellierung der Eigentumsordnung eingesetzt wurde. Vor dem Hintergrund von nicht selten konstruierten oder aufgebauchten Kriminalstraftaten dienten hier Strafverfahren vorrangig der Enteignung von Unternehmen oder der Forcierung der Kollektivierung der Landwirtschaft. Die juristische Grundlage bildete die u.a. in der Wirtschaftsstrafverordnung von 1948 geregelte Sanktion der Vermögenseinziehung. Eines dieser Beispiele ist die »Aktion Rose«, die Anfang 1953 zur Enteignung von über 400 privaten Hotels und Pensionen an der Ostseeküste führte. Das »Gesetz zum Schutz des Volkseigentums« vom Oktober 1952 wiederum sollte mit seinen exorbitant hohen Strafandrohungen für Delikte gegen das Volkseigentum (Mindeststrafe 1 Jahr Zuchthaus!) das Bewußtsein seiner Unantastbarkeit sowie abschreckende Wirkungen nach sowjetischem Vorbild hervorrufen. Doch mußte die auf diesem Gesetz basierende Verurteilungspolitik schon im Mai (auch auf Initiative der SKK) als »untragbar« korrigiert werden.

Eine so krasse Instrumentalisierung des Strafrechts zur Herrschaftssicherung der SED-Führung hat es ab 1963 nicht mehr gegeben. Insbesondere die Verwerfung des Dogmas von der ständigen Verschärfung des Klassenkampfes und das Abrücken von der Auffassung, daß jedes Verbrechen Ausdruck des Klassenkampfes sei, führten vor allem nach dem Rechtspflegeerlaß des Staatsrates vom 27.11.1962 zu einem Abbau des »Feindstrafrechts«. Trotzdem blieb diese strafrechtspolitische Linie bis 1989 bestehen und findet beispielsweise ihren Ausdruck in einem durch Unbestimmtheit der Tatbestände charakterisierten Staatsschutzstrafrecht, das auch weiterhin die strafrechtliche Verfolgung Andersdenkender legalisierte – so zum Beispiel in den Strafverfahren gegen Rudolf Bahro, Robert Havemann oder die Bürgerrechtler im Anschluß an die Liebknecht/Luxemburg-Demonstration 1988.

Verschiedene Untersuchungen gehen heute davon aus, daß die direkte Unterdrückungs- und Willkürstrafjustiz etwa 3 Prozent der gesamten Strafjustiz der DDR ausmachte.²⁴

Natürlich konnte im vorliegenden Beitrag kein Gesamtbild der Rechtspolitik der SED gezeichnet werden. Zu umfangreich sind die einzelnen Rechtsgebiete, zu unterschiedlich die einzelnen Facetten. Es sollte jedoch gezeigt werden, welche Rechtsauffassung die Po-

22 So Herwig Roggemann: a.a.O., S. 285. – Zu den Widersprüchen, die diese Formel bei den Richtern auslöste, vgl. Falco Werckenthin: Gelenkte Rechtsprechung - zur Strafjustiz in den frühen Jahren der DDR, in: Neue Justiz, 1991, S. 482.

23 Für 1954/55 nennt das Ministerium der Justiz in einem Bericht an die Abteilung Staats- und Rechtsfragen beim ZK der SED 1374 (1954) bzw. 1892 (1955) Verurteilungen nach Art. 6 Abs. 2. Vgl. SAPMO Barch, IV 2/13/411.

24 Insgesamt wird aus den erfolgreich gestellten Rehabilitationsanträgen auf 78.000 rein politisch motivierte strafrechtliche Verurteilungen in 40 Jahren DDR geschlossen. Vgl. Jörg Arnold: Die Normalität des Strafrechts der DDR, Freiburg i.B. 1995, S. 11.

litik der SED-Führung bis 1989 – unabhängig von verschiedenen Zäsuren und Brüchen, die an der Grundintention nichts änderten (wenn auch die Auswirkungen milder waren) – bestimmte und wie sich diese auf einzelnen Rechtsfeldern auswirkte. Nach dieser Auffassung konnten Rechtswissenschaft, Justiz und Recht zu jeder Zeit machtpolitisch zur Disposition gestellt werden. Im extremsten Fall geschah dies durch »Schau-« oder Geheimprozesse. Doch standen das Rechts- und Demokratieverständnis der SED-Spitze der rechtlichen Normierung ökonomischer und gesellschaftlicher Verkehrsformen nicht grundsätzlich entgegen. Auf vielen Gebieten waren diese Normierungen beachtliche Leistungen. Es geht an der Realität vorbei, wenn dem DDR-Recht auch in bezug auf die Staatsrichtung Geltungskraft schlechthin abgesprochen und positives Recht in seiner Wirkung damit völlig auf eine willkürliche Funktion von Politik reduziert wird. Eine derartige Beschreibung wäre zunächst schon ungeeignet, die Instrumentalfunktion vom Recht zu begründen. »Insbesondere wäre aber ein hochkomplexes Staatswesen wie das der DDR ... ohne ein hohes Maß freiwilliger Akzeptanz, damit Geltungskraft und Befolgung von Recht (in Form von Organisationsnormen, Kompetenzzuweisungen, Verfahrensrecht, aber auch bei der Durchsetzung materieller Rechtsansprüche auch in Staatsrichtung) über kurz oder lang vollständig funktionsunfähig geworden.«²⁵

25 Herwig Roggemann:
a.a.O., S. 274.

Aber die Rechtsnormen standen immer zur Verfügung einer revolutionär gedachten Staatsmacht unter Führung der SED, die dem Durchbruch höherer Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung zu dienen hatte. Wilhelm Pieck bezeichnete zwar die SED auf dem III. Parteitag als Partei der Gesetzlichkeit, aber immer dann, wenn wirkliche oder vermeintliche Staats- und Parteiinteressen es erforderten, wurde ohne oder gegen das Recht entschieden.

Zum Schluß: Es ist in den vorangegangenen Beiträgen viel darüber gesprochen worden, inwieweit »Schauprozesse« mit einem ganz bestimmten Gesellschafts- und Herrschaftsmodell, einer ganz bestimmten Vergesellschaftungsform zusammenhängen. Zugleich ist immer auf die Parallele zum Inquisitionsprozeß, vor allem hinsichtlich der Folter, aufmerksam gemacht worden. Ich möchte es aber nicht versäumen, auch auf einen übergreifenden Aspekt, der nicht nur die vergangenen staatssozialistischen Gesellschaften betrifft, hinzuweisen. »Schauprozesse«, wenn man sie nicht auf diejenigen Strafverfahren reduziert, die nur noch Scheinprozesse sind, hängen auch mit einem Paradigmenwechsel innerhalb der Strafrechtsgeschichte zusammen. Michel Foucault hat herausgearbeitet, daß bis zum Ende des 18. Jahrhunderts das Schwergewicht des Strafrechts auf einen grausamen Vollzug der Strafen gerichtet war. Die Strafriten waren Funktionen einer Macht, die verknüpft war mit der Souveränität des Herrschers, die am Körper des Verurteilten die offene Macht und die Asymmetrie der Kräfte demonstrierte. Die ritualisierte Strafe war Funktion einer Macht, die mangels lückenloser Überwachung ihre Bekräftigung in aufsehenerregenden Kundmachungen sucht. Im 19. Jahrhundert wird die Bestrafung immer mehr zum verborgenen Teil der Rechtssache. Ihre Wirksamkeit erlangt sie aus der abstrakten Annahme ihrer Unaus-

weichlichkeit, nicht von ihrer sichtbaren Intensität. Andere Räder werden in die Abschreckungsmechanik eingesetzt. Die Elemente der Schändlichkeit, schreibt Foucault, werden umverteilt. Jetzt hat die Verurteilung selbst den Delinquenten mit einem eindeutigen und negativen Zeichen zu versehen. Daraus resultieren die Öffentlichkeit der Debatten im Strafverfahren und des Urteils (im Gegensatz zum Inquisitionsprozeß). Die Vollstreckung der Strafe ist hingegen gleichsam eine zusätzliche Schande.²⁶ »Schauprozesse« könnten demnach auch die Hypertrophierung dieser Seite der Strafrechtsanwendung sein. Die stalinistischen »Schauprozesse« (vor allem in den dreißiger Jahren in der Sowjetunion und Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre in den »Volksdemokratien«) weisen Elemente beider Entwicklungslinien auf. Zudem lag dem jeweiligen Urteil nur scheinbar ein geregeltes Verfahren zugrunde. Bei anderen Strafprozessen in der DDR, die ich aber auch als »Schauprozesse« charakterisieren würde, liegt die Gewichtung auf der Stigmatisierung in der Verhandlung. Außerdem erlaubt der Ansatz Foucaults zugleich einen kritischen Blick auf gegenwärtige Tendenzen.

26 Vgl. Michel Foucault: Überwachen und Strafen, Frankfurt a.M. 1989, S. 72ff.; ders.: Der Mensch ist ein Erfahrungstier, Frankfurt a.M. 1996, S. 80f.

JÜRGEN HOFMANN

Zur Auseinandersetzung mit der Hohenschönhausener Gedenkstätte für die Opfer des Stalinismus

In der Genslerstraße in Berlin-Hohenschönhausen befand sich bis 1989 die zentrale Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Den Grundstock für diese Einrichtung übernahm das MfS 1951. Die sowjetische Besatzungsmacht hatte unmittelbar nach dem Krieg auf diesem Gelände zunächst ein Internierungslager, das Speziallager Nr. 3 des NKWD, eingerichtet. Von 1946 bis 1950 befand sich an gleichem Ort das zentrale Untersuchungsgefängnis der Besatzungsmacht.

Es dürfte also kaum verwundern, daß nach der staatlichen Einheit gerade Hohenschönhausen für eine »Topographie des roten Terrors« und zur Illustration der These vom »Unrechtsstaat DDR« prädestiniert erschien. Die Enquêtékommision des Deutschen Bundestages zur »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« schlug in ihrem Abschlußbericht folgerichtig vor: »Zu einer Stätte des Gedenkens an die Opfer politischer Verfolgung von 1945 bis 1989, die von zentraler Bedeutung ist, sollte die frühere Zentrale Untersuchungshaftanstalt der sowjetischen und der DDR-Geheimpolizei in Berlin Hohenschönhausen genutzt werden« (Drucksache des Deutschen Bundestages 12/7820, S. 233). Der Senat von Berlin und das Berliner Abgeordnetenhaus haben sich inzwischen dieses Auftrages angenommen, wie aus dem Beschluß vom 22. Juni 1995 und dem dazu erteilten Zwischenbericht vom Oktober des gleichen Jahres sichtbar wird. Eine Fachkommission von Historikern und Politologen lieferte die konzeptionelle Munition.

Nun verdiente eigentlich bereits die zentrale Idee dieser Fachkommission den Vorwurf des Plagiats. Doch die fragwürdige Anleihe an eine verdienstvolle Westberliner antifaschistische Initiative, mit einer »Topographie des Terrors« Orte des Schreckens und der Gewalt des NS-Regimes der Entsorgung durch Neubebauung zu entreißen, ist von den Fachkommissionsautoren bewußt gewählt worden, bedient sie doch das zentrale Deutungsmuster von den zwei Diktaturen, das weniger auf Diktaturenvergleich als vielmehr auf Diktaturengleichsetzung abzielt.

Schon die Ansätze, nach denen die Hohenschönhausener Gedenkstätte gestaltet und betrieben werden soll, führen uns zu zentralen konzeptionellen und methodologischen Fragestellungen der Auseinandersetzung um die Zeitgeschichte und um deren Deutung. Dem nachzugehen würde einen gesonderten Exkurs verlangen; unerwähnt bleiben darf es jedoch nicht. Zugleich muß m.E. bewußt

Jürgen Hofmann – Jg. 1943, Historiker, Berlin. Prof. Dr. sc., Arbeitsgebiete: Revolutionsgeschichte 1848/49, DDR- und SED-Geschichte, nationale Frage, empirische Forschungen zum Einigungs- und Transformationsprozeß.

bleiben, daß die Tatsachen politischer Repression in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR auch dann nicht ungeschehen zu machen sind, wenn man den offiziellen Deutungsmustern vom »Unrechtsstaat DDR« oder der Gleichsetzung von »roter und brauner Diktatur« aus vielen guten Gründen nicht folgen kann und will. Die Bereitschaft zu kritischer Rückschau auf die DDR-Gesellschaft und zur Offenlegung von Deformationen und Konstruktionsmängeln muß konstitutives Element von PDS-Geschichtsverständnis bleiben.

In Berlin-Hohenschönhausen ist die Diskussion um die Gedenkstätte für die Opfer des Stalinismus längst über den Zirkel der Spezialisten hinausgewachsen. Obwohl die Zuständigkeit für die umstrittene Einrichtung beim Land Berlin liegt, sehen sich Kommunalpolitiker und Bezirksverordnete immer wieder in der Pflicht, Position zu beziehen. Dabei geht es u. a. auch um daraus abgeleitete praktische Fragen wie Straßennamen, Kranzniederlegungen, Gräberpflege. Für die Mitglieder und Sympathisanten der PDS gestaltet sich die kontroverse Debatte hin und wieder fast zur Zerreißprobe, wenn an der Be- oder besser Verurteilung der Gedenkstätte der politische Standort festgemacht wird.

Im öffentlichen Diskurs um Inhalt und Funktion der Gedenkstätte Hohenschönhausen lassen sich neben anderen zwei unvereinbare extreme Positionen ausmachen:

Zum einen ist es der Versuch, die Einrichtung im Sinne einer Pauschalverurteilung des DDR-Systems zu instrumentalisieren. Eine forschungsgestützte Gedenkstättenarbeit wird abgelehnt bzw. für entbehrlich erachtet. Hauptaufgabe sei es, die DDR und die SED an den Pranger zu stellen. Themenschwerpunkte und Gestaltung wären diesem Anliegen unterzuordnen. Wollte man manchen dieser Intentionen folgen, wäre die Gedenkstätte auf dem besten Wege zum »Gruselkabinett«.

Zum anderen verlangen prinzipielle Kritiker der Gedenkstätte, Hohenschönhausen als normale Untersuchungshaftanstalt wie jede andere auch zu behandeln, was streng genommen eine Gedenkstätte eigentlich überflüssig machen würde. Sie verweisen auf die politische Funktion der Gedenkstätte und auf die wissenschaftlichen Mängel, suggestiven Botschaften und zweifelhaften Fakten, die ihre gegenwärtige Präsentation kennzeichnen. Von der PDS wird faktisch eine Rehabilitierung bzw. Verteidigung der U-Haftanstalt und seiner Mitarbeiter erwartet.

Die allgemein vorherrschende Tendenz, Ereignisse und Vorgänge der Geschichte der DDR zu kriminalisieren und zur politischen Abrechnung zu benutzen, erschwert die Diskussion. Dennoch kann der Verzicht auf die eigene Kritik an der eigenen Geschichte kein gangbarer und vor allem kein erfolgversprechender Weg sein. Die Glaubwürdigkeit der PDS und ihres Erneuerungsprozesses wird sich nicht zuletzt am Umgang mit den schmerzhaften Fragen zu beweisen haben. Die Auseinandersetzung um die ehemalige U-Haftanstalt Hohenschönhausen ist eine dieser Fragen. Sicherlich läßt sich das System politischer Repression nicht auf Hohenschönhausen reduzieren, aber ein exemplarisches und exponiertes Fallbeispiel bleiben die ehemalige U-Haftanstalt und ihre sowjetischen Vorläufer trotzdem.

Wer sich in die Debatte zu Hohenschönhausen, Bautzen oder anderen Einrichtungen einläßt, muß sich deshalb zunächst die Frage beantworten, wie er zum System politischer Verfolgung und Repression steht. Für die PDS sollte die Rechtfertigung bzw. Verteidigung von politischer Repression inakzeptabel bleiben. Auch der Verweis auf den Kalten Krieg und ähnliche Akte politischer Verfolgung z.B. in der Bundesrepublik der Adenauer-Ära oder auf die etwas subtilere Form politischer Repression durch Berufsverbote sagt bestenfalls etwas zu den deutsch-deutschen Einflüssen und internationalen Rahmenbedingungen, rechtfertigt jedoch nicht rechtsstaatliche Defizite und Deformationen der sozialistischen Gesellschaft. Orientierungspunkte und Maßstäbe sollten auch im Nachhinein nicht aus gesellschaftlichen Verhältnissen entlehnt werden, die der Sozialismus erklärtermaßen überwinden wollte. Die entscheidende Meßlatte für alternative Gesellschaftsversuche bleiben wohl in erster Linie ihre Ideale.

Die Forderung nach internationaler Einordnung der Geschehnisse im Osten Deutschlands ist selbstverständlich völlig berechtigt. Dieses Herangehen gehört zum Standard zeitgeschichtlicher Forschung, Analyse und Darstellung. Dennoch ist an dieser Stelle eine Frage angebracht: Soll die internationale Einbettung Zusammenhänge, Rahmenbedingungen, tatsächliche oder vermutete Einflüsse ins Bewußtsein heben, oder soll sie die Entschuldigungen und Rechtfertigungen für eigenes Fehlverhalten und Versagen liefern? Natürlich kann und darf die jeweilige Situation des Kalten Krieges nicht im Nachhinein ausgeblendet werden; ein Generalpardon für Agentenhysterie und vorbeugende politische Repressionen gegen vermutete Feinde, Anpassungsunwillige und mißliebige Kampfgefährten läßt sich daraus jedoch nicht ableiten.

Die PDS kann und wird nichts einzuwenden haben gegen einen Ort der Erinnerung und des Nachdenkens, der all jenen Gerechtigkeit wiederfahren läßt, die in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR zu Unrecht bzw. völlig unangemessen politischer Verdächtigung und Verfolgung ausgesetzt waren. Hier haben wir als Nachfolger und auch als Erben der SED eine Schuld abzutragen und die Verantwortung wahrzunehmen, die wir uns selbst mit dem Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 auferlegt haben. Damals verpflichtete sich die SED-PDS »zur Rehabilitierung aller, die Opfer stalinistischer Verfolgungen geworden sind, sei es in der UdSSR oder in unserem Lande.« Außerdem wollte sie sich dafür einsetzen, »daß den Opfern stalinistischer Verbrechen ein bleibendes Gedenken in unserer Gesellschaft bewahrt wird« (Außerordentlicher Parteitag der SED-PDS. Dez. 1989. Materialien, Berlin 1990, S. 55). Daß Opfer stalinistischer Verfolgungspraktiken eingeschlossen sind, darf als Konsens unterstellt werden. Die Gedenkstätte in Hohenschönhausen wird den Anspruch, Stätte der Erinnerung und des Nachdenkens zu sein, jedoch erst erfüllen können, wenn sie sich allzu einseitiger Instrumentalisierung und Indoktrination entzieht. Inwieweit dies möglich sein wird, muß die Zukunft zeigen. Die Begehrlichkeiten von Opferverbänden, antikommunistischen Kräften und ihnen nahestehenden Wissenschaftlern, die Deutungshoheit für die Hohenschönhausener Ge-

denkstätte zu erlangen, sind kaum zu übersehen. Dies führte auf der letzten Anhörung zum Gedenkstättenkonzept fast zum Eklat. Die gegenwärtige Anbindung der Hohenschönhausener Gedenkstätte an das Land Berlin gibt noch am ehesten die Möglichkeit, über parlamentarische und demokratische Mechanismen Einfluß auf Akzente und Entwicklungsrichtungen zu nehmen.

Entschieden entgegneten sollten wir der Versuchung, die Verantwortung für die Untersuchungshaftanstalt und für politische Repressionen ausschließlich oder vorrangig dem Ministerium für Staatssicherheit und seinen Mitarbeitern anzulasten und uns selbst aus politischer und moralischer Verantwortung fortzustehlen. Unsere kritische Sonde muß prinzipieller sein und tiefer gehen. Sie muß nach dem Platz der politischen Repression im praktizierten Gesellschaftssystem fragen. Das MfS war Teil dieses Systems, zu dessen führender Kraft sich die SED erklärt hatte. Die Mitarbeiter des MfS handelten auf der Grundlage von Gesetzen, die von der Gesellschaft vorgegeben waren. Allein ein Blick auf das Strafrecht der DDR, das 1968 in Kraft trat und in den siebziger Jahren mehrfache Veränderungen sowie Zuspitzungen erfuhr, macht deutlich, wie viele Paragraphen auf politische Straftatbestände zielten, obwohl es offiziell gar kein politisches Strafrecht gab (siehe z.B. die §§ 99, 107, 109, 212, 213, 214, 217, 219, 220, 225). Dieses Strafgesetzbuch war aber nicht im Ministerium für Staatssicherheit entstanden. Wenn Untersuchungsführer des MfS zu ermitteln hatten, dann nach diesen Gesetzesvorgaben, die z.T. eine völlig unangemessene Reaktion auf die tatsächliche innere und äußere Situation der DDR waren. Wie eine Analyse der Verurteilungen mit Freiheitsentzug zeigt, machten die wirklichen staatsgefährdenden Delikte nur ca. 10 bis 15 Prozent aus, während 60 bis 70 Prozent auf den Strafbestand des ungesetzlichen Grenzübertritts entfielen, dessen Vorbereitung ebenfalls schon strafbar war (Siehe Deutschland-Archiv 2/1997).

Ein Problem, das nicht nur auf Hohenschönhausen zutrifft, ist die pauschale Unterstellung, bei allen Verhafteten und Inhaftierten der Internierungslager, der Haftanstalten der Besatzungsmacht und der U-Haftanstalt des MfS habe es sich fast ausnahmslos um unschuldige Opfer politischer Verfolgung gehandelt. Wer die enormen Mitgliederzahlen der NSDAP und ihrer Gliederungen sowie den Anteil faschistischer Funktionsträger an der deutschen Bevölkerung am Ende des Zweiten Weltkrieges berücksichtigt, wird solch verharmlosenden Bewertungen kaum folgen können. Dies ändert jedoch nichts an der inzwischen durch Forschungen abgesicherten Tatsache, daß unverhältnismäßig viele kleine Mitläufer und Unschuldige in das Räderwerk der Internierungslager und sowjetischer Besatzungsjustiz gerieten. Auch in verschiedenen Etappen der DDR-Entwicklung war der Vorwurf, Feind der DDR und des Sozialismus zu sein, manchmal sehr schnell bei der Hand, wenn man beispielsweise den außerordentlich interpretationsfähigen Strafbestand der Staatsverleumdung bzw. der öffentlichen Herabwürdigung nimmt. Der Verweis auf die Konfliktsituation zwischen den beiden deutschen Staaten und die jahrzehntelange Diskriminierung der DDR rechtfertigt kaum die Strafverfolgung nichtkonformer oder auch

oppositioneller Meinungsäußerungen. Davon abzuheben wären Delikte, die auch in Demokratien westlichen Zuschnitts zur Verfolgung und Verurteilung geführt hätten, wie Spionage, Brandanschläge etc.

Größte Schwierigkeiten hat die bundesdeutsche Öffentlichkeit mit der Tatsache, daß in Hohenschönhausen und anderswo auch Mitglieder und Funktionäre der SED sowie Funktionsträger der DDR-Gesellschaft inhaftiert waren. Diese Gruppe von Opfern der politischen Repression wird entweder gar nicht oder nur mit größtem Widerwillen zur Kenntnis genommen, da sie nicht in das bevorzugte Klischee von Opposition und Widerstand paßt. Paul Merker, Willi Kreikemeyer, Heinz Brandt sind nur einige wenige prominente Beispiele. Kaum im Bewußtsein sind hunderte Partei- und Staatsfunktionäre der mittleren und unteren Ebenen, die auf Grund fragwürdiger Vorwürfe bzw. nach Denunziationen von den Mechanismen politischer Repression erfaßt wurden. Für manchen Betriebsleiter reichte bereits das dringend benötigte und deshalb privat besorgte Ersatzteil aus dem Westen, um sich den Vorwurf des Wirtschaftsvergehens einzuhandeln.

Bei einer notwendig gewordenen Straßenbenennung in einem neuerrichteten Wohngebiet in Hohenschönhausen hatten Investoren sowie die CDU- und SPD-Politiker des Stadtbezirks größte Schwierigkeiten, den Kommunisten, Spanienkämpfer und Reichsbahnchef der DDR Willi Kreikemeyer, der nach seiner Verhaftung im August 1950 spurlos verschwand (siehe die Kreikemeyer-Biographie von Wolfgang Kießling in: Hefte zur ddr-geschichte; 42, Berlin 1997), als Namenspatron zu respektieren. Eine Bezirksverordnete machte deutlich, wo das eigentliche Problem liegt: Ein staatstragender Parteigänger der SED könne doch als Opfer nicht gleichermaßen gewürdigt werden wie die wirklichen Gegner des DDR-Systems. Nach solcher Logik gibt es eben Opfer erster und zweiter Klasse. Das Parteibuch scheidet über den Tod hinaus.

Einzufordern wäre für die Gedenkstätte in Hohenschönhausen eine Gedenkstättengestaltung, die den Mindeststandards wissenschaftlicher Aufbereitung und musealer Präsentation entspricht. Das ist gegenwärtig nicht gegeben. Die Ausstellung atmet noch ganz den Zeitgeist der unmittelbaren Nachwendejahre. Quellenkritik fand kaum statt. Für die in ehemaligen Abstellräumen nachgebauten Folterzellen gibt es lediglich einen einzigen Zeitzeugen. Die Veränderungen in den Haftbedingungen werden nicht erfaßt. Das sogenannte U-Boot wird als der repräsentative Zellenbau präsentiert, obwohl er Ende der fünfziger Jahre außer Betrieb genommen wurde. Weitgehend ausgeblendet bleiben die besatzungsrechtlichen Zusammenhänge sowie die internationalen und deutsch-deutschen Rahmenbedingungen. U-Haftanstalt und sowjetisches Speziallager werden unzulässig miteinander vermengt. Die Aufklärung und Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen ist keine besondere Erwähnung wert. Die Mängelliste ließe sich problemlos noch weiter fortführen.

Dennoch: Wer sich über die tendenziöse und sachlich sowie wissenschaftlich anfechtbare Präsentation empört, sollte sich die Frage gefallen lassen, ob die nachgewiesenen zahlreichen Beispiele

politischer Willkür und Repression sowie die damit verbundenen menschlichen Schicksale nicht wenigstens Nachdenklichkeit und in manchen Fällen vielleicht auch das Gefühl von Scham dringend nahelegen. Die heute beklagte politische Instrumentalisierung der Gedenkstätte in Hohenschönhausen hatte eine Vorgeschichte, die von der DDR und ihrer Schutzmacht geschrieben wurde.

MICHAEL SCHUMANN

Zur Auseinandersetzung der PDS mit dem stalinistischen Erbe

Es wäre eine doppelte Zumutung für das Auditorium, wollte ich eine Bilanz der Auseinandersetzung der PDS mit dem stalinistischen Erbe im Rahmen eines Schlußwortes versuchen. Vom abschließenden Vortrag eines langen und anspruchsvollen Tagungsprogrammes erwartet man in besonderer Weise Zurückhaltung – was den Umfang und den Grad der Problematisierung betrifft. Eine Bilanz aber müßte umfangreich ausfallen und wäre auch hier und heute nur sinnvoll, wenn wir die Möglichkeit hätten, sie auch zu debattieren. Ich werde mich deshalb auf zwei Bemerkungen beschränken.

Erstens: In der ideologischen Tradition der kommunistischen Bewegung sind die Exzesse der Gewalt, von denen heute die Rede war, in der Regel als im Grunde marginale Deformationen der sozialistischen Macht charakterisiert worden. Noch in den großen parteioffiziellen Darstellungen der allerneuesten Zeit wie etwa in der Anfang der achtziger Jahre in Moskau erschienenen siebenbändigen Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung findet man zu diesem Thema nicht mehr als einen winzigen Abschnitt mit den sattsam bekannten Formeln vom Personenkult um Stalin und von seiner fehlerhaften These von der Verschärfung des Klassenkampfes beim sozialistischen Aufbau, die zu Verletzungen der sozialistischen Gesetzmäßigkeit und zu Massenrepressalien geführt hätten (vgl. Ponomarjow u.a. 1985, Bd. 5, S. 64). Die die Sowjetwirklichkeit der Stalin-Zeit prägende Gewaltherrschaft wurde in solchen für die breite Öffentlichkeit bestimmten Darstellungen schlicht negiert. Schon ihre umfängliche Rechtfertigung aus historischen Umständen hätte ein Zugeständnis bedeutet, das Fragen nach den Dimensionen der Gewaltherrschaft und ihren Opfern provoziert und das zentrale Dogma der parteioffiziellen Geschichts-, Gesellschafts- und Staatsauffassung widerlegt hätte: das Dogma von der quasi naturgesetzlichen, ungebrochenen Kontinuität des sowjetischen Sozialismus als Ausdruck der wachsenden Selbstbestimmung des Volkes. Ponomarjow stellt daher in dem erwähnten Werk für die Sowjetunion der dreißiger Jahre die geradezu absurde These auf: »Die schöpferischen, organisatorischen und erzieherischen Funktionen des Staates drängten seine Zwangsfunktionen in den Hintergrund« (Ebenda, S. 8).

Das Gegenteil war der Fall. In der Auseinandersetzung um den Weg der Modernisierung der Sowjetunion – und um diese Auseinandersetzung ging es letztlich in den Prozessen – hatten jene ge-

Michael Schumann – Jg. 1946,
Prof. Dr. phil., Mitglied des
Partei Vorstandes der PDS,
Abgeordneter des Branden-
burgischen Landtages (PDS).

siegt, die die nachholende Entwicklung, den wirtschaftlichen Aufschwung durch ein System der Despotie und des Terrors erzwingen wollten. Dieses System war gerade keine Deformation der realsozialistischen Macht. Es handelte sich vielmehr um das Ergebnis der bewußten Entscheidung, auf dem Wege der Modernisierung die konstitutiven Voraussetzungen des Staatssozialismus sowjetischer Prägung nicht in Frage stellen zu lassen. Unter diesen Bedingungen war eine nachholende Industrialisierung nur durch ein System der Zwangsarbeit und des Terrors möglich, das die fehlenden respektive durch die zentralistische Planwirtschaft und den zentralistischen Parteistaat blockierten gesellschaftlichen Entwicklungspotentiale substituieren sollte.

»Die Alternative wäre gewesen«, so schreibt Rainer Land, »diese Art Sozialismus aufzugeben und Anschluß an eine Entwicklung zu finden, die die Modernisierungspotentiale des Westens nutzt und partizipatorisch ausbaut. Der Weg hätte über Reformen zu Verselbständigung der Betriebe, Marktmechanismen, Aufwertung und Ausbau der Geldwirtschaft, zu gemischtem Eigentum und Gewinnorientierung, Rückführung zentralisierter Forschungs- und Entwicklungspotentiale in die Betriebe usw. geführt. Das war Teufelszeug – bis in die sechziger Jahre« (Land 1996, S. 193).

Wir kennen das Ende. Dem stalinistischen System wurde die terroristische Spitze zwar weitgehend genommen, aber der staatssozialistische Vergesellschaftungstyp, die trotz aller Reformbemühungen immer beibehaltene Unterordnung der Wirtschaft unter ein diktatorisches politisches Machtzentrum mit all den Folgen der Einschnürung politischer und geistiger Freiheit und damit sozialer Kreativität, wurde nicht überwunden. Das führte zu ökonomischer Ineffizienz, ökologischer Rückständigkeit und schließlich zum sozialen Konflikt, der den sowjetischen Staatssozialismus zusammenbrechen ließ.

Was uns Heutigen mehr oder weniger klar vor Augen steht, war mit Sicherheit für die zeitgenössischen Akteure so klar nicht. Die kommunistischen Oppositionellen, in denen die Überzeugung gereift war, daß Stalins Weg in die Niederlage führen konnte, waren sich alles andere als sicher, ob angesichts der historischen Rückständigkeit, der außenpolitischen Isolierung der Sowjetunion und der drohenden Kriegsgefahr ein anderer Modernisierungsweg ohne gleichzeitige Gefahr des Machtverlustes Chancen gehabt hätte. Denn eine Infragestellung der im Gefolge der Oktoberrevolution entstandenen grundsätzlichen Machtverhältnisse als Voraussetzung für das Beschreiten eines anderen Modernisierungspfades war für sie – die Revolutionäre von 1917 und späterhin für alle oppositionellen bzw. reformerischen Kommunisten – undenkbar. Die Weigerung, die Möglichkeit des Machtverlustes für die kommunistische Partei als Teil der Problemlösung zu akzeptieren, war für die Tragödie der oppositionellen Revolutionäre konstitutiv: Die Tragik der Revolution, so schreibt Maurice Merleau-Ponty in seinem berühmten Essay »Humanismus und Terror«, »verschärft sich noch, wenn es nicht nur darum geht, ob die Revolution über ihre Feinde den Sieg davon tragen wird, sondern auch darum, wer unter den Revolutionären die Geschichte am besten gelesen hat.

Ihren Höhepunkt erreicht sie schließlich beim Oppositionellen, der davon überzeugt ist, daß die revolutionäre Führung sich irre. Dann gibt es nicht nur Fatalität – eine äußere Macht, die einen Willen zerbricht – sondern wirkliche Tragödie – ein Mensch im Kampf mit den äußeren Mächten, deren geheimer Komplize er ist – weil der Oppositionelle weder für noch völlig gegen die Führung, die die Macht innehat, sein kann. Es ist nicht mehr die Spaltung zwischen dem Menschen und der Welt, sondern die zwischen dem Menschen und ihm selbst. Und das ist das ganze Geheimnis der Moskauer Geständnisse« (Merleau-Ponty 1966, Bd. 1, S. 110).

Das Nachdenken über die Problematik der Moskauer Prozesse verdeutlicht so das grundsätzliche Dilemma des oppositionellen bzw. reformerischen Kommunisten: Er versteht sein Wirken als Korrektiv der Macht seiner Partei, aber er bejaht letztlich eine Organisation der Macht, die diese absolut setzt und ihm damit die Möglichkeit nimmt, sie zu korrigieren.

Zweitens: Der demokratische Sozialismus stellt in diesem Sinne nicht nur einen Bruch mit der offiziellen staatssozialistischen Macht dar, sondern auch mit ihrem oppositionell-kommunistischen Widerpart. Denn der Reformkommunismus – wenn denn dieser Ausdruck eine spezifische Bedeutung im Unterschied zum demokratischen Sozialismus haben soll – teilt in seinem Widerstand gegen die staatssozialistische Macht deren Voraussetzung: ihre Absolutheit.

Damit steht auch der Reformkommunismus der staatssozialistischen Ära – nicht der Kommunismus schlechthin – noch im Banne jener Ideologie der totalen historischen Diskontinuität hinsichtlich der Organisationsprinzipien der Macht, namentlich der Staats- und Rechtsentwicklung, beim Übergang zu einer sozialistischen Neuordnung der Dinge. Die programmatische Plattform der PDS, die Position der Einheit von Sozialismus und Demokratie, bedeutet die Überwindung dieses Diskontinuitätspostulats, das nach Gerhard Haney seinen Ausdruck in einer »Abkehr von jeglicher normativ begriffener Kontinuität« fand; »das Historisch-Soziologische wurde beherrschend, die relative Selbständigkeit staatlicher und juristischer Formen wurde dabei kaum beachtet, höchstens kleingeschrieben« (Haney 1996, S. 318). Nicht zuletzt die kritische Analyse der geschichtlichen Erfahrungen hat die PDS zu einer programmatischen Neuorientierung in Richtung auf einen – wie ich es verstehe – modernen Sozialismus geführt, der die ambivalenten demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft – bei all ihren Mängeln und ihrer Reformbedürftigkeit – auch als Voraussetzungen und Formen für die Durchsetzung sozialistischer Ziele und unverzichtbare Entwicklungspotentiale der Gesellschaft begreift.

Diese programmatische Neuorientierung ist alles andere als eine opportunistische Anpassungsleistung, die wir mit einem Anerkennerischen Blick unternommen haben. Sie ist auch keineswegs eine unkritische Heiligsprechung des institutionellen empirischen Status quo. Sie ist in erster Linie Resultat eines internen Selbstverständigungsprozesses, dessen Ergebnis – und nicht dessen Veranlassung – durch äußere politische Umstände in viel

geringerem Maße bestimmt worden ist als gemeinhin angenommen wird. Entscheidend war vielmehr – und das ist eine Bemerkung zum Thema »Ankommen«, das die Gemüter so erhitzt hat – die Wiederaneignung von Traditionsbeständen des westlichen Marxismus und des demokratischen Sozialismus unterschiedlicher Prägung. Ankommen wollten wir zuerst bei uns selbst, bei den vielfach verschütteten, schöpferischen Teilen unseres eigenen Erbes.

Wir sind in der »Wende« sehr unsanft, geradezu mit der Nase auf das unbedingte Erfordernis gestoßen worden, das Verhältnis von Sozialismus und Demokratie, von Sozialismus und Rechtsstaatlichkeit neu zu durchdenken und zu bestimmen. Und ich darf daran erinnern, daß noch unter Egon Krenz im Aktionsprogramm der SED vom November 1989 sozialistische Rechtsstaatlichkeit zu einer zentralen politischen Kategorie avancierte. Die subjektiven Rechte der Persönlichkeit, ohne welche Demokratie unmöglich ist, demokratisches Wahlrecht, Gewährleistung der Souveränität der Volksvertretungen, Verfassungsreform und Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit waren Stichworte dieses Aktionsprogramms (vgl. Behrend/Meier 1991, S. 190 ff.).

Die Bekräftigung und Weiterentwicklung des historisch notwendigen Charakters der vom Volk erkämpften Rechte und Freiheiten und damit des pluralistischen und gewaltenteiligen politischen Systems waren längst zu einer zentralen Frage sozialistischer Identität und Politik geworden. Und damit war auch ein Bemühen um die Neuaneignung von Traditionslinien des marxistischen Denkens verbunden, innerhalb welcher die besonderen staatlichen, rechtlichen und ideologischen Entwicklungsformen der kapitalistischen Gesellschaft als wesentliche Ermöglichungsbedingungen für die Durchsetzung des Sozialismus thematisiert wurden. Das betrifft vor allem Rosa Luxemburgs kritische Einforderungen demokratischer Errungenschaften der kapitalistischen Ära wie allgemeine Wahlen und ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit gegenüber den russischen Revolutionären sowie Antonio Gramscis Betonung der zivilgesellschaftlichen Struktur des westlichen Kapitalismus als einer Grundlage der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft.

Die Anknüpfung an diese und andere Traditionsbestände des westlichen Marxismus war und ist für die Entwicklung einer Programmatik der sozialistischen Erneuerung, die den Ausbau bzw. die Wiederherstellung der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit sozialistischer bzw. kommunistischer Formationen gewährleisten soll, wesentlich. Diese Programmatik verkörpert einen spezifischen Antikapitalismus. Dieser reduziert die moderne Gesellschaft nicht auf ihre Eigenschaft, kapitalistisch zu sein, sondern erkennt im Eigensinn ihrer ausdifferenzierten Bereiche bzw. Praxen (und somit auch in Staat, Recht und Ideologie) Formen einer – der Potenz nach innovativen – »Übersetzung« existentieller Widersprüche und damit potentielle Gegenmächte zur Dominanz des Profits.

Ich betone: Potentielle Gegenmächte, Möglichkeiten, – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Das ist keine Verabschiedung von Marx. Es geht vielmehr im Kern um die Frage, was es heute bedeutet, den Marxschen Ansatz, Demokratie und Recht mit den

Interessen von Menschen und Gesellschaftsklassen in Verbindung zu bringen – sowohl in unserer gegenwärtigen politischen Praxis als auch in bezug auf die Kritik des Realsozialismus. Und gerade wer diesen Marxschen Ansatz bewahren will, muß sich kritisch fragen, »ob die wesentlich durch den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts geprägte Marxsche Gesellschaftstheorie die Bedeutung der politischen Sphäre und der rechtlichen Institute als Feld geschichtlicher Entscheidungen und als Formen zivilisatorischen Fortschritts hinreichend gewürdigt hat. Und auszubauen ist der Marxsche Ansatz durch die Aufhellung der komplizierten und komplexeren Interessenstrukturen moderner Gesellschaften, deren innere und äußere Entwicklungsbedingungen am Ende des 20. Jahrhunderts unmittelbar miteinander verwoben sind« (Heuer/Lieberam/Schumann 1991, S. 26).

Genau darum geht es: die politische, die rechtliche und ideologische Sphäre der heutigen Gesellschaft als Feld geschichtlicher Entscheidung zu begreifen, als Möglichkeiten anzunehmen, als Möglichkeiten, die als solche weder gut noch schlecht sind.

Freilich: Ob aus diesen Möglichkeiten Wirklichkeiten werden; ob es also gelingt, dem stummen Zwang des Kapitals die laute Stimme des politischen Kampfes entgegenzusetzen, ist und bleibt eine Frage des politischen Kräfteverhältnisses, die sich mit der Bereitschaft und Fähigkeit zum politischen Bündnis entscheidet. Und hier liegt die eigentliche Herausforderung, an der sich unsere Fähigkeit, Lehren aus der Geschichte zu ziehen, bewähren muß.

Literatur

- Behrend/Meier 1991: M. Behrend/H. Meier (Hrsg.): Der schwere Weg der Erneuerung. Eine Dokumentation, Berlin.
- Haney 1996: G. Haney: Die Crux der nur einfachen Negation oder das doppelte Dilemma, in: Recht und Ideologie, Festschrift für Hermann Klenner zum 70. Geburtstag, hrsg. von G. Haney/W. Maihofer/G. Sprenger, Freiburg/Berlin.
- Heuer/Lieberam/Schumann 1991: U.-J. Heuer/E. Lieberam/M. Schumann: Die PDS und ihr Verhältnis zu Demokratie und Rechtsstaat, in: UTOPIE kreativ, 1991, H. 13.
- Land 1996: R. Land, Staatssozialismus und Stalinismus, in: Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, hrsg. von L. Bisky/J. Czerny/H. Mayer/M. Schumann, Berlin.
- Merleau-Ponty 1966, Bd. 1: M. Merleau-Ponty, Humanismus und Terror, 1, Frankfurt a. M.
- Ponomarjow u.a. 1985, Bd. 5: B. N. Ponomarjow (Vorsitzender der Hauptredaktionskommission), Die internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie, Bd. 5, Moskau/Berlin.

GREGOR SCHIRMER

Marxismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert – Bilanz und Perspektive. Konferenz vom 14. bis 16. März in Hannover

Ohne in Euphorie zu verfallen, kann man wohl feststellen: Das schwierige Unterfangen, Linke aus Ost- und Westdeutschland, die sich aus unterschiedlichen Gründen und in unterschiedlichem Maß an Karl Marx orientieren, zu einer Diskussion zusammenzubringen, ist gelungen, wenn auch nicht alle Spielarten marxistischen Herangehens in Hannover vertreten waren. Sozialdemokraten, demokratische Sozialisten, Kommunisten, Troztkisten, Persönlichkeiten ohne Parteibindung, Gewerkschafter bewiesen, daß man einander – ohne Anspruch auf Wahrheitsmonopol und Ausschließlichkeit – etwas zu sagen hat und dem anderen zuhören kann. Leider waren Deutsche unter sich. Ausländische Gäste konnten aus finanziellen Gründen nicht eingeladen werden. Die Diskussion war offen und oft kontrovers und leidenschaftlich, aber – von einigen unqualifizierten Zwischenrufen abgesehen – freundschaftlich und konstruktiv. Wiederholt wurde der Wunsch geäußert, diese Diskussion in Nachfolgekonferenzen zu konkreteren Themen fortzuführen.

Natürlich konnten die über 600 Teilnehmer – darunter viele jüngere Leute – in den drei Tagen keine Bilanz des Marxismus erarbeiten. Dazu sind die gesellschaftlichen Umbrüche seit 1989/90 zu radikal und die Krise des Marxismus und der sozialistischen Bewegung zu tief. Aber die Konferenz bewies, daß marxistisches Denken in Deutschland keineswegs am Ende ist, vielleicht an einem neuen Anfang steht, daß unterschiedliche Sichtweisen im Marxismus durchaus produktiv sind und daß es beachtenswerte Ansätze marxistischer Untersuchungen des heutigen Kapitalismus und kluge Ideen über die Zukunft aus marxistischer Feder gibt. Das zeigte auch das reichhaltige Literaturangebot im Foyer. Marx ist offensichtlich nach dem Untergang des Realsozialismus keineswegs ein toter Hund, sondern für historische Analyse unentbehrlich und die Aussicht ist nicht gering, daß ein erneuerter Marxismus im 21. Jahrhundert seine Perspektive haben wird, wenn auch niemand sagen konnte und wollte, worin sie im einzelnen besteht.

Die Konferenz war von Joachim Bischoff (Hamburg), Frank Deppe (Marburg), Uwe-Jens Heuer (Berlin), Heinz Jung (Frankfurt/M.) und Fred Schmidt (München) initiiert worden. 30 Zeitschriften und Vereinigungen beteiligten sich mit autonom organisierten workshops zu einer breiten Palette von Themen. »UTOPIE kreativ« organisierte zusammen mit »Helle Panke« eine Diskussionsrunde zum Thema »Transformation ins 21. Jahrhundert«. Es gab fünf Plenartagen, über die im folgenden noch kurz berichtet

Gregor Schirmer – Jg. 1932,
Prof Dr., Jurist

werden wird und drei interessante Vorträge: Annelies Laschitzka über Rosa Luxemburg gab Einblick in Leben und Denken einer faszinierenden Marxistin und in eine Fundgrube sozialistischer Strategie und Taktik; Michael Krätke demonstrierte die Aktualität der politischen Ökonomie von Marx; Thomas Metscher über Lukács, Bloch und die aristotelische Linke bot meisterlich vergleichende Geschichtsphilosophie.

Gemessen am Anspruch des Themas blieben wichtige Aspekte ausgeblendet oder unterbelichtet. Frauen gaben zu Recht ihrem Unmut darüber freien Lauf, daß die Geschlechterfrage nicht behandelt wurde. Heutiges marxistisches Denken wurde außerhalb Deutschlands – mit Ausnahme von Frank Deppe – und außerhalb Europas, z. B. in Lateinamerika und China, kaum oder nur spärlich reflektiert. Die großen globalen Probleme wurden zu wenig in die Überlegungen einbezogen. Zustände und Entwicklungen in der Dritten Welt spielten eine zu geringe Rolle. Die so brisante Umwelt-Problematik wurde nur in einem workshop artikuliert. Das Thema Krieg-Frieden-Abrüstung wurde nur am Rande angeschnitten. Bei aller Anerkennung der zentralen Bedeutung der Ökonomie und des Sozialen hätten das Politische und Ideologische, die Fragen von Macht und Gegenmacht, von geistig-kultureller Herrschaft und Unterdrückung stärker beachtet werden sollen.

Ein so breit formuliertes Thema provoziert freilich immer die Kritik, daß dieses oder jenes Problem eigentlich dazugehört hätte, aber weggefallen ist. Manches ist vielleicht bei der Konferenzvorbereitung versäumt worden. Aber die aufgezählten Defizite der Konferenz sind womöglich zugleich weiße Flecken und Schwachpunkte marxistischer Analyse und Forschung in diesem Lande.

Auftakt der Hannoveraner Unternehmung war ein Plenum mit Ernst Engelberg, Frank Deppe und Oskar Negt, moderiert von Jürgen Reusch. Die Vorträge können in der Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 30, Juni 1997, S. 21 bis 46 nachgelesen werden. Ernst Engelberg setzte sich mit der Meinung von Adam Schaff auseinander, die Oktoberrevolution sei »nüchtern gesagt <antimarxistisch> gewesen«, weil der von Marx für eine Revolution vorausgesetzte ökonomische Entwicklungsstand in Rußland gefehlt hat. Engelberg hielt dem die Meinung von Marx entgegen, daß es »in den Extremitäten des bürgerlichen Körpers ... natürlich eher zu gewaltsamen Ausbrüchen kommen [muß] als in seinem Herzen«. Frank Deppe zeichnete ein nüchternes und ernüchterndes Bild von der Krise des Marxismus und der sozialistischen Bewegung, die »tiefer, existentieller [ist] als die früheren – diese Einsicht erschließt sich durch den Blick auf den Zustand von Organisationen der sozialistischen Bewegung, die sich auf Marx beziehen; das zeigt auch ein Blick auf die (marginale) Rolle des Marxismus im internationalen Wissenschaftssystem und in der politischen Kultur«. Er eröffnete allerdings auch eine neue »Richtung, in der die Zukunft des Sozialismus zu denken wäre«. Oskar Negt – souverän im Umgang mit Zwischenrufern – analysierte Neuzugänge zum Marx'schen Denken.

Berichtenswert ist die Kontroverse zwischen Engelberg und Negt über die Frage, welche Chancen die Oktoberrevolution ange-

sichts des Ausbleibens oder Scheiterns der Revolutionen im Westen gehabt hat. Engelberg beantwortete diese Frage positiv, Negt eher negativ. Negts Auffassung, nach dem Wegfall der »Beißhemmungen«, die der Realsozialismus dem Kapitalismus aufgezwungen hat, käme es nun erstmalig zum »Kapitalismus pur«, fand sowohl Zustimmung als auch – wegen undifferenzierter Betrachtungsweise – Ablehnung. In einer weiteren Fragen löckte Negt wider den Stachel herkömmlicher marxistischer Erkenntnis und stieß auf Widerstand von Engelberg und aus dem Auditorium. Es sei – so Negt – eine fundamentale Entstellung der stalinistisch geprägten Orthodoxie, daß die Praxis das Kriterium der Wahrheit ist. Negt wollte wohl aus gutem Grund davor warnen, eine verkehrte Praxis zum Richter über die Wissenschaft zu machen. Wissenschaft ist immer auch Kritik der Praxis und Aufforderung zu anderer Praxis. Nichtsdestoweniger bleibt wohl die praktische Bewährung ein entscheidender Beweis für die Richtigkeit wissenschaftlicher Theorie. Und die Theorie ist als Leitlinie für Praxis, für politisches Handeln unabkömmlich. Die Warnung Negts vor Kurzschlüssigkeiten ist jedoch mehr als berechtigt.

Im zweiten Plenum diskutierten Gretchen Binus, Joachim Bischoff, Jörg Huffschmid, Dieter Klein und Leo Meyer unter der Moderation von Harry Nick über das Thema »Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts – Marxistische Analysen«. Die Debatte zeigte, daß es in der Tat für politisches Handeln bedeutsame marxistische Analysen der Veränderungen des heutigen Kapitalismus gibt.

Für Joachim Bischoff ist die gegenwärtige Entwicklung des Kapitalismus in den Metropolen durch die partielle Rückkehr zum Prinzip des laissez-faire charakterisiert. Er machte auf ein für linke Politik wichtiges Problem aufmerksam: In wachsendem Ausmaß werden abhängig Beschäftigte zwecks eigener sozialer Absicherung und privater Risikovorsorge notgedrungen zu Kleinsparern und damit in den share-holder-Kapitalismus eingebunden. Gretchen Binus verwies auf fortdauernde Konzentrationsprozesse. Dekonzentration und Dezentralisierung von Unternehmensstrukturen seien Ausdruck binnenunternehmerischer Arbeitsteilung und dürften nicht über die fortgesetzte Monopolisierung und die Konzentration ökonomischer Macht hinwegtäuschen. Leo Meyer vertrat den Standpunkt, daß der Produktions- und nicht der Finanzsektor die treibende Kraft der Globalisierung sei und erläuterte dies am Beispiel des Siemens-Konzerns. Dieter Klein setzte sich mit dem »Paradoxon« auseinander, daß sich in der kapitalistischen Gesellschaft neue Quellen des Reichtums in neue Quellen der Not verwandeln. Er wehrte sich gegen den Vorwurf, Verfasser des Kommentars »Zur Programmatik der PDS« würden den Marxismus durch eine Theorie der Moderne ersetzen. Jörg Huffschmid sah im Neoliberalismus lediglich eine Variante kapitalistischer Politik, keine Wesensänderung des derzeitigen Kapitalismus.

Ein wichtiges Problem wurde von Ernst-Theodor Mohl aufgeworfen. Nach seiner Meinung könne die aktuelle ökonomische Entwicklung weniger als weitere Zuspitzung der Krise, denn als Beginn eines neuen Aufschwungs im Verlauf des Kondratieff-Zyklus gedeutet werden. Er verwies auf steigende Wachstumsraten

der Weltwirtschaft seit 1991 und auf das starke Entwicklungspotential der kapitalistischen Wirtschaft. Bezweifelt wurde, ob der Monopolbegriff für ökonomische Analyse heute noch brauchbar sei und inwieweit der Finanzsektor sich über längere Zeit verselbständigen könne.

Das dritte Plenum war dem Thema »Veränderte kapitalistische Klassengesellschaft« gewidmet. Im Podium wurden Erich Hahn, Sebastian Herkommer, Uwe Kremer und Ute Osterkamp von Peter Strutynski moderiert. Daß es keinen Grund gibt, den Klassenbegriff über Bord zu werfen, war gemeinsamer Ausgangspunkt der Diskutanten.

Sebastian Herkommer plädierte für die Unterscheidung von »ökonomischer« Klasse und »sozialer« Klasse. Sehr bedenkenswert ist seine Frage, welchen Platz die dauerhaft ausgegliederten Gruppen wie Langzeitarbeitslose, chronisch Arme, Asylanten, Obdachlose, Drogenabhängige usw. in klassentheoretischen Überlegungen einnehmen. Uwe Kremer führte den nach seiner Meinung dynamischeren Begriff der »Klassenlandschaften« in die Diskussion ein. Klassenlandschaften seien in hohem Maße politisch bestimmt, Klassengesellschaft werde auch »politisch gemacht«. Erich Hahn äußerte sich zum Verhältnis von Menschheits- und Klassenfragen. Die gedankliche Trennung zwischen beiden habe verhängnisvolle Auswirkungen gehabt. Die Klassenfrage bleibe wichtig, denn es gebe »kein Menschheitsproblem, demgegenüber Reiche nicht in einer günstigeren Position sind als Arme«. Wie wahr! Erich Hahn erinnerte an eine Aussage des verstorbenen Mitinitiators der Konferenz, Heinz Jung: »Ohne die Arbeiterklasse bleibt der Sozialismus eine interessante Idee. Ohne den Sozialismus erlangt die Arbeiterklasse kein eigenständiges gesellschaftliches Gewicht«.

Ute Osterkamp führte einen im kerkömmlichen Marxismus unterschätzten Aspekt in die Diskussion ein. Sie stellte die scharfe Trennung zwischen denen, die unterdrücken und denen, die Unterdrückung erleiden, in Frage. Jeder Mensch sei einbezogen in die Beschränkung und Unterdrückung anderer Menschen. Und daraus zog sie praktische Schlußfolgerungen: »Wenn man unter Unterdrückung nicht nur die materielle Unterprivilegierung, sondern die allgemeine Instrumentalisierung der Menschen für fremdgesetzte Ziele einschließlich der damit verbundenen Einbezogenheit in die Unterdrückung anderer versteht, fordert der politische Kampf niemals Selbstaufopferung, sondern ganz im Gegenteil das Eintreten für Verhältnisse, die es ermöglichen, die Lebensansprüche – sowohl die eigenen als auch die der anderen – zu realisieren«. Aber geht es wirklich ganz ohne »Selbstaufopferung«?

Thema des vierten Plenums war der Problemkreis »Demokratie, Menschenrechte, Emanzipation und Sozialismus« mit Nina Hager, Uwe-Jens Heuer, Peter von Oertzen und Gerhard Stuby unter der Moderation von Norman Paech. Das Gespräch im Podium begann ziemlich abstrakt-juristisch darüber, was unter Emanzipation zu verstehen sei. Nach Begriffsklärungen und ungeduldigen Zwischenrufen aus dem Saal ging es dann aber ans »Eingemachte«. Thematisiert wurde der reale Sozialismus und sein Demokratie-Defizit am Beispiel der DDR.

Für Peter von Oertzen ist die Frage, ob die DDR sozialistisch war oder nicht, scholastisch. Die Hauptsache sei, daß die Verfügung über das Eigentum in die Hände einer demokratisch organisierten Gesellschaft gelegt wird. Ohne breite Demokratie und gesicherte Menschenrechte könne es keinen Sozialismus geben. Dazu ein herz-erfrischender Dialog: Peter von Oertzen berief sich auf die heftige Kritik Kautskys an Lenins undemokratischem Vorgehen im damaligen Rußland. Darauf Uwe-Jens Heuer: Da sei ja was dran. Aber Lenin habe Kautsky geantwortet, unter den russischen Bedingungen könne er sich Demokratie jetzt nicht leisten; Kautsky könne es unter den deutschen Bedingungen ja anders, demokratischer machen. »Aber« – so Heuer unter beifälligem Lachen des Auditoriums – »Kautsky hat es bis heute noch nicht gemacht!« Damit war ein Kernproblem aufgeworfen: Wie kann und soll ein demokratischer Weg zum Sozialismus gestaltet werden?

Im letzten Plenum zum Thema »Hat Klassenbewegung eine Zukunft?« debattierten Judith Dellheim, Horst Schmitthenner, Sybille Stamm, Hubert Thiermeyer und Michael Wendl, von Richard Detje moderiert, vor allem über die Rolle der Gewerkschaften. Richard Detje registrierte in den letzten Jahren eine Renaissance sozialer Kämpfe in Deutschland. Durch Verweis auf die Schwächen und Grenzen dieser Kämpfe wurde sein Optimismus allerdings stark relativiert. Man war sich darüber einig, daß der Widerstand der Gewerkschaften gegen den Abbau des Sozialstaats konzeptionslos, sektoral beschränkt und nicht politisiert sei. Die Gründe für diesen Zustand wurden jedoch nicht sehr tief ausgelotet. Zu Recht wurde als einer der Gründe das Fehlen einer linken Reformalternative ausgemacht. Die Frage, warum die Betroffenen Arbeitslosigkeit und sozialen Kahlschlag mehr oder weniger geduldig hinnehmen, blieb ungeklärt.

Das Plenum konnte natürlich in zwei Stunden nicht nachholen, was die Linken bisher nicht vollbracht haben, nämlich ein Programm des Widerstandes gegen den neokonservativen Rückschritt zu entwickeln. Horst Schmitthenner trat für ein gemeinsames Projekt von Gewerkschaften und anderen politischen und gesellschaftlichen Kräften gegen die Deregulierungspolitik von Regierung und Großkapital ein und verwies auf die »Erfurter Erklärung« als einen Ansatz hierfür. Ein politischer Kurswechsel sei nur auf der Basis verstärkter außerparlamentarischer Aktivitäten erreichbar.

Es konnten hier nur Streiflichter – noch dazu aus meinem subjektiven Erleben – nachgezeichnet werden. Ein Konferenzprotokoll sollte bald zur Verfügung stehen. Hoffentlich findet sich ein erweiterter Kreis von Initiatoren, der Karl Marx und marxistischem Denken verbunden ist und die nötige wissenschaftliche Souveränität, politische Unvoreingenommenheit, organisatorische und finanzielle Kraft besitzt, um eine Nachfolgekonzferenz vorzubereiten. Es wäre ein Verlust für die marxistische Linke, wenn Hannover eine Eintagsfliege bliebe.

STEFANIE EHMSSEN,

ALBERT SCHARENBERG

»Entstehung und Durchsetzung des Stalinismus« – Ein Seminarbericht

Stefanie Ehmsen – Jg. 1969,
Diplompolitologin, Berlin.

Albert Scharenberg – Jg. 1965,
Historiker/ Politologe,
Dr. phil., Berlin.

Der Begriff »Stalinismus« hat gegenwärtig Hochkonjunktur. Seine inflationäre Verwendung in politischen Auseinandersetzungen hat dazu geführt, daß eine inhaltliche Aufarbeitung des geschichtlichen Phänomens oft unterbleibt. Eine derartige Debatte ist aber heute, gerade vor dem Hintergrund der Geschichte der PDS, von besonderer Bedeutung.

Um hierzu einen Beitrag zu leisten, haben wir, der Arbeitskreis Politische Bildung der AG Junge GenossInnen, im März in Berlin ein Wochenendseminar für Jugendliche und junge Erwachsene zum Thema »Entstehung und Durchsetzung des Stalinismus« veranstaltet. Ziel unserer Seminare ist es, geschichtliche und aktuelle Debatten nachvollziehbar zu machen, um Hintergründe für eine eigenständige Bewertung gesellschaftlicher Prozesse zu vermitteln. Das zentrale Mittel hierzu ist die gemeinsame Lektüre und Diskussion von Auszügen aus Originaltexten. Dieses Vorgehen hat sich in unseren vorausgegangenen Grundlagenseminaren als geeignet erwiesen, die unvermeidlichen Unterschiede im Vorwissen der 15-25jährigen TeilnehmerInnen zu überbrücken und eine gemeinsame Ausgangsbasis für die Diskussion zu schaffen.

Dementsprechend war der Aufbau des Seminars davon bestimmt, die historischen Grundlagen und Ausdrucksformen stalinistischer Herrschaft aufzuarbeiten. Aus heutiger Sicht erschienen uns folgende Fragen zentral: Inwieweit war das bolschewistische Parteikonzept Vorläufer der stalinisierten KPdSU? War der Stalinismus in den Voraussetzungen der Russischen Revolution bereits angelegt? Welche Entwicklungsalternativen gab es? Wieso konnte sich Stalin durchsetzen? Was kennzeichnet stalinistische Herrschaft? Ausgehend von diesen Fragestellungen entwickelten wir verschiedene Themenblöcke, die nach chronologischen und inhaltlichen Gesichtspunkten geordnet waren: 1. Elemente des Bolschewismus; 2. Russische Revolution, Kriegskommunismus und NEP; 3. Frauenpolitik, Nationalitätenpolitik; 4. Stalins Aufstieg; 5. die innerparteilichen Diskussionen in den zwanziger Jahren; 6. Frauenpolitik in den dreißiger Jahren; 7. Kollektivierung, Industrialisierung und Massenterror sowie 8. Komintern und Spanischer Bürgerkrieg. Im folgenden wollen wir einige Eindrücke aus dem Diskussionsprozeß wiedergeben.

Das »Stalinismus-Seminar« war der zweite Teil der Seminarreihe »Geschichte der sozialistischen Bewegung«. Im ersten Teil hatten wir wichtige Debatten der europäischen Sozialdemokratie

vor dem Ersten Weltkrieg diskutiert (Revisionismusstreit, Massenstreikdebatte). Da etwa die Hälfte der zwanzig TeilnehmerInnen bereits am ersten Seminar teilgenommen hatte, konnten wir auf einige Vorkenntnisse zurückgreifen. Dies zeigte sich insbesondere im ersten Themenblock am Samstag vormittag, als wir anhand von Auszügen aus Lenin-Texten die zentralen »Elemente des Bolschewismus« rekapitulierten. Im Mittelpunkt der Diskussion stand das bolschewistische Parteikonzept. Die TeilnehmerInnen diskutierten in erster Linie das Spannungsverhältnis zwischen den Notwendigkeiten und Schwierigkeiten der Organisierung in der Illegalität einerseits und den Problemen parteiinterner Herrschaftsmechanismen andererseits. Dieses Spannungsverhältnis wurde nicht aufgelöst, sondern überwiegend als prinzipielle Ambivalenz bewertet.

Nach einer kurzen Einführung in die Geschichte der Russischen Revolution behandelten wir den »Kriegskommunismus«. Gerade ein Auszug aus der Stalin-Biographie Isaac Deutschers provozierte eine Kontroverse: War das Abrücken von zahlreichen Vorkriegspositionen der SDAPR Ausdruck tagespolitischer Notwendigkeiten oder waren Entscheidungen wie die Niederschlagung des Matrosenaufstandes in Kronstadt nicht mehr mit den Zielen einer sozialistischen Partei vereinbar? Neue Ökonomische Politik und Fraktionsverbot innerhalb der KPdSU wurden als Reaktionen auf die Unruhen behandelt. Am Beispiel der »Gruppe Arbeiteropposition« wurde die Frage nach Alternativkonzepten aufgeworfen. Dabei wurde deutlich, daß die spätere Entwicklung nicht einfach Ausdruck von »Notwendigkeiten« war. Angesprochen wurde auch, daß das Spektrum der Positionen innerhalb der KPdSU der zwanziger Jahre von Arbeiteropposition über Trotzki bis Bucharin reichte.

Um die Anforderungen einer modernen sozialistischen Politik zu konkretisieren, thematisierten wir am Samstag nachmittag die Geschlechterverhältnisse in der Sowjetunion der zwanziger Jahre. Dabei diskutierten wir die fortschrittlichen Errungenschaften und die verschiedenen Ansätze der Frauenpolitik. Am Beispiel einer Rede Alexandra Kollontais an der Sverdlov-Universität 1921 setzten wir uns anschließend mit einer zeitgenössischen »sozialistischen Feministin« auseinander. Zentrale Aspekte in der Diskussion waren ihre Konzeptionen zu Familie, Frauenerwerbstätigkeit, Rollenverteilung und sozialistischer Revolution. Während einerseits bestimmte Elemente ihrer Vorstellungen auch heute noch aktuell erschienen (Hausarbeitsdebatte, »neue Moral«, Recht auf Abtreibung), traf andererseits insbesondere die Gleichsetzung der Frau mit ihrer Mutterrolle auf Kritik. Mit »natürlichen Rollenzuschreibungen« wollten sich die TeilnehmerInnen nicht zufriedengeben.

Leider konnten wir aus Zeitgründen die Nationalitätenpolitik nur kurz ansprechen. Sie bildete den Übergang zur konkreten Auseinandersetzung mit Stalins Aufstieg innerhalb der KPdSU. Auszüge aus Lenins Testament bildeten den Auftakt zu einer Debatte über die Herausbildung des innerparteilichen Konfliktes. Vor dem Hintergrund der Diskussion vom Vormittag wurden der »demokratische Zentralismus« und insbesondere das Fraktionsverbot als zentrale Mittel des Machtapparates einer neuen bürokratischen Schicht interpretiert. In diesem Kontext wurden die innerparteilich-

chen Diskussionen von KPdSU und Komintern während der zwanziger Jahre angerissen (u.a. Textauszüge von Stalin und Trotzki).

Am Sonntag vollzogen wir die Entwicklung in den dreißiger Jahren nach. Eingangs wurden die Veränderungen in der Frauenpolitik reflektiert, u.a. die ideologische Wiederaufwertung der traditionellen Familie als »Keimzelle des Staates«, das Abtreibungsverbot, das Aufweichen der Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen. In der Diskussion erwiesen sich diese Maßnahmen schnell als Rückschlag gegenüber den emanzipatorischen Ideen der zwanziger Jahre. Als eine Interpretation dieser Rückschläge wurde Trotzki's Begriff der »Verratenen Revolution« diskutiert. Dabei sprachen wir auch die widersprüchliche Rolle Trotzki's an.

Im Anschluß stand die Phase der Kollektivierung und Industrialisierung im Mittelpunkt. Anhand einiger Überblickstexte wurden der geschichtliche Hintergrund und das Ausmaß der stalinistischen Zwangsmaßnahmen eingefangen. Anders als bei den vorhergehenden Themenblöcken stellten sich hier teilweise Sprachlosigkeit und Unverständnis ein. Dementsprechend war die Diskussion weniger eine Kontroverse als eine gemeinsame Suche nach den Ursachen dafür, daß sich das stalinistische Regime durchsetzen und etablieren konnte. Wie kam es dazu, daß aus einer sozialistischen Revolution die stalinistische Diktatur hervorging? Wie konnte es geschehen, daß die innerparteilichen Debatten letztlich in der Zwangsjacke eines »Monolithismus« erstickt wurden? Um diese Diskussion weiterzubringen, hatten wir im Vorfeld überlegt, neben historischen Betrachtungen auch literarische Arbeiten einzubeziehen. Auszüge aus Arthur Koestlers »Sonnenfinsternis«, George Orwells »1984« und Peter Weiss' »Ästhetik des Widerstands« erschienen uns als geeigneter Zugang, um die politischen und psychologischen Mechanismen der Herrschaftssicherung aufzuzeigen.

Da die Zeit schon sehr fortgeschritten war, beschlossen wir, den literarischen Teil abzukürzen und den Themenkomplex »Spanischer Bürgerkrieg« nicht mehr zu behandeln, sondern stattdessen unmittelbar zur Abschlußdiskussion weiterzugehen. Es wurde der Versuch unternommen, die verschiedenen Dimensionen des Stalinismus zusammenzuführen, die im Laufe des Seminars diskutiert worden waren: die Ambivalenz des bolschewistischen Parteikonzeptes, die Zwänge des Kriegskommunismus und das Fraktionsverbot innerhalb der KPdSU, das Abrücken von emanzipatorischen Ansätzen zur Geschlechterpolitik, die Rolle einer neuen bürokratischen Schicht, die Frage des »Sozialismus in einem Lande«, der Zwangscharakter von Kollektivierung und Industrialisierung sowie das Ausmaß des stalinistischen Terrorapparates. Im Mittelpunkt stand die Reflexion der heutigen Perspektive, die einen konsequenten Bruch mit der monolithischen Ideologie und den diktatorischen Organisationsformen des Stalinismus, aber auch des »poststalinistischen Realsozialismus« notwendig macht. Die kritische Aufarbeitung dieser geschichtlichen Zusammenhänge ist heute eine Voraussetzung, um ein zeitgenössisches demokratisches und sozialistisches Projekt entwerfen zu können.

In diesem Sinne bleibt die Auseinandersetzung mit der Geschichte der sozialistischen Bewegung auch zukünftig hochaktuell.

WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Dem Deutschen Fernsehen gelang im Berichtszeitraum mit dem Zweiteiler »Todesspiel« von Heinrich Breloer etwas Seltenes: Kritiker nahezu aller Zeitungen, die ich in den Tagen nach der Sendung durchblättert, waren sich einig im Lob. Sicher, es gab Nuancen, und es gab hie und da auch Mäkelei, und selbstverständlich waren in den Kritiken gefällte Urteile auch geprägt von den jeweiligen politischen Standorten, von denen aus die Schreiber auf das Thema RAF und Schleyer-Entführung blickten. Aber das ist ja gerade das Verblüffende: Obwohl gerade anzunehmen gewesen wäre, daß diese Thematik eigentlich Zuschauer und auch die Kritiker unversöhnlich spaltet, passierte hier – trotz teilweise kontroverser Ansichten, fast das Gegenteil: Die Fernsehgemeinde einschließlich der Kritiker war sich einig, zwei bedeutende Fernsehabeude erlebt zu haben. Egal, wie der eine oder andere Vorgang oder die eine oder andere Sicht im »Todesspiel« bewertet worden war, die Sache war einfach gut gemacht. Hieß es.

Die kritischste Stimme zum »Todesspiel« las ich im »Freitag«. Rezensent Knute Mellenthin hatte allerlei auszusetzen. Zum Beispiel erinnerte er unter anderem daran, daß der damalige niedersächsische Ministerpräsident Albrecht schon vor der Schleyer-Entführung öffentlich befürwortete, inhaftierte »Terroristen« zu foltern, und Mellenthin wagt am Ende seiner Kritik die Schlußfolgerung: »Die Befreiung der Flugzeugpassagiere in Mogadischu durch die GSG 9 war der erste Schritt auf einem langen Weg, der den weltweiten Einsatz deutscher Soldaten und Polizisten möglich machte.«

Wahrlich, eine gewagte These. Da muß uns denn auch nicht wundern, daß Mellenthin zu den wenigen gehört, die sich jegliches Lob

verkneifen. Und gerade die Vermischung von Spielszenen, zeitgenössischen Fernsehbildern und aktuellen Gesprächen mit damals Beteiligten hält er für eine große Gefahr. Das liest sich so, als sei »Freitag«-Autor Mellenthin ein Zwillingbruder des Hamburger Journalisten Oliver Tolmein, der weithin als RAF-Spezialist gelten kann. Aber eben mit so einer – sagen wir mal sehr speziellen – Sicht auf den Gegenstand.

Sei es wie es sei: Ich hatte zwei spannende, geradezu atemberaubende Fernsehabeude. Die hatte ich lange nicht gehabt.

Inzwischen ist wieder Alltag.

Zu den verkaufsfördernden Sensationen für die Boulevardzeitungen gehörte jener Boxkampf, in dem Mike Tyson seinem Gegner das Ohr anknabberte. Interessant an dem Vorgang ist aus medienpolitischer Sicht aber auch, daß eben nicht nur jene bunten Zeitungen, die für einfachere Gemüter gedruckt werden, diesen Vorfall lang und breit bedachten und so ihre Leser an der kannibalen Seite des Profiboxens Anteil nehmen ließen. Nein, Tyson war auch in den Blättern für die intellektuell gehobeneren und abgehobeneren Schichten ein Thema. Da kommen wir also gleich noch einmal auf den »Freitag« zurück (das ist auch darum möglich, weil sich der »Festplatten«-Autor ungeniert nicht um die Auflagenhöhen der von ihm zitierten oder erwähnten Druckerzeugnisse kümmern muß...). In besagter Wochenzeitung also, bei der die Besitzverhältnisse noch nicht ganz durchgeschlagen haben und die demzufolge immer noch mit hinreichender Berechtigung Ost-West-Wochenzeitung heißen darf, widmet Martin Krauß dem Boxkampf einen erstaunlichen Essay. Er zitiert einleitend Norbert Elias aus einer Schrift von 1971 (»Die Genese des Sports«):

»Es existieren Berichte von Boxern, die sich bereit erklärten, in den Schlagabtausch zu gehen. Der erste versetzte seinem Gegner einen Schlag an den Kopf, den dieser überlebte. Als er seine Deckung fallenließ, stieß ihm der andere die Finger der rechten Hand unter den Rippenbogen, durchstieß mit seinen harten Nägeln die Bauchdecke, riß seine Eingeweide heraus und tötete ihn.«

Martin Krauß wartet in seinem Artikel noch mit etlicher anderer Prominenz auf, zum Beispiel mit Brecht und mit Pierre Bourdieu. Und wie ich mich so an Kraußens Essay weiterbildete, fiel mir eine Szene aus dem Buche »Das Impressum« ein; sein Autor ist möglicherweise nicht so weltberühmt wie der Soziologe Elias oder der Dichter Brecht, aber dafür gilt es hierzulande seit gut einem halben Jahrzehnt immerhin als unschicklich, ihn zu zitieren oder – gar positiv – zu erwähnen. Das ist ja auch schon was, nicht wahr, Hermann Kant? Dem Autor des Buches »Das Impressum« also war eine Passage gelungen, die mir immer noch gegenwärtig ist, obwohl das Buch bereits 1972 erschien: Ein alter Genosse namens Xaver Frank hieß einen jungen Sportredakteur einen Radioapparat von einer Zimmerecke in die andere tragen. Das tat der, und er tat es sehr, sehr behutsam. Diese Behutsamkeit im Umgang mit einem Radio nahm alter Genosse Xaver Frank zum Anlaß, aus dem Stand ein Kurzreferat gegen die Sportart Boxen zu halten. Denn den Gehirnen der Boxer, so Frank sinngemäß, werde auch nicht ein Bruchteil jener Behutsamkeit zuteil wie dem Radio, das eben durch das Re-

daktionszimmer getragen wurde. Dabei seien doch Gehirne viel empfindlichere Konstruktionen als Radios.

Eine letzte Bemerkung zum Boxsport:

In einer Tageszeitungsnotiz las ich dieser Tage, der Boxer A. Schulz, Frankfurt/Oder, habe sich darüber beklagt, daß der Boxer H. Maske, inzwischen ehemals Frankfurt/Oder, sich nicht bei seinen Kollegen in Frankfurt verabschiedet habe, als er rübermachte. Nach Westen. Es sei freimütig eingestanden: Ich wundere mich nicht übermäßig über H. Maskes abschiedsloses Nimmerwiedersehen. Weil ich nämlich die Gentleman-Story schon immer für einen PR-Gag gehalten habe. Stop – nicht »schon immer«: Zuerst machte ich mir noch die Mühe, herumzugrübeln, wie denn die Zeitungen und die Reporter wohl darauf gekommen sein mögen, den Boxer H. Maske zu Frankfurt an der Oder für einen Gentleman zu halten.

Allenthalben bereiten sich deutsche Parteien – oder sollte ich besser »Parteien in Deutschland« schreiben? – bereits auf die Wahlen 1998 vor. Jede tut es auf ihre Weise. Auch die PDS. Diese Partei hat, so wir der »Berliner Zeitung« zu folgen geneigt sind (was zugegebenermaßen nicht immer der Fall sein muß), offenbar eine spezielle Art, mit sich umzugehen und ist um Einfälle selten verlegen. Der letzte Einfall kam offenbar aus dem Berliner Landes- und dem Fraktionsvorstand dieser Partei: Jedenfalls gab die »Berliner Zeitung« kund und zu wissen, eine Genossin Roswitha St., stellvertretende Landesvorsitzende, gehe schwanger. Und zwar mit dem Vorschlag, die vier (oder waren es fünf?) PDS-Direktkandidaturen in Beitrittsberlin für die nächste Bundestagswahl zu quotieren. Argumente? Keine. Es ging, wieder mal, nur ums Prinzip. So jedenfalls las es sich. Ob dem Vorschlag hingegen auch PDS-interne Animositäten zugrundeliegen, läßt sich nicht beweisen. Aber ausschließen können wir sie natürlich nicht. Das »ND« jedenfalls hat den Damenball nicht aufgenommen. Erstaunlich. Und ärgerlich. Für die Initiatorinnen.

Auch auf den Lokalseiten Berliner Zeitungen war der Weg der PDS in die Normalität zu verfolgen. Eine von ihr nominierte parteilose Baustadträtin in einem Stadtbezirk hatte guten Freunden Aufträge und Vergünstigungen zukommen lassen. Für so etwas hält der Parlamentarismus dann Untersuchungsausschüsse bereit. Immerhin sind die kommunalen PDSler dieses Stadtbezirks schon so gewitzt, daß sie nicht – »aus Prinzip« – die Baustadträtin verteidigen. Sie schweigen sich aus und scheinen auf alles vorbereitet zu sein. (Wenn dieses »UTOPIE kreativ«-Heft erscheint, ist die Frau schon abgewählt. Oder nicht.) Egal, wie die Sache ausgeht: Mitregieren hat eben seinen Preis.

Im Berichtszeitraum erheiterte auch so manche mysteriöse Meldung. Zum Beispiel will Harald Juhnke vier Minuten lang tot gewesen sein. In den vier Minuten, behauptet Juhnke, habe er alles rosa gesehen. So schön also kann tot sein. Ein weiteres Mysterium gab uns die Nachricht auf, daß die Erben Hermann Axens nun über dessen bis dato gesperrtes Konto verfügen dürfen. Das Geheimnisvolle liegt hier in der ungeklärten und zugegeben etwas piefigen Frage, wie in der DDR jemand einen sechsstelligen Betrag habe ansparen können, wenn er nicht gerade Unterhaltungskünstler oder Handwerksmeister war. Wahrlich, die DDR war, man glaubt es kaum, voller Rätsel.

Bernd Senf:
 Der Nebel um das Geld.
 Zinsproblematik – Währungssysteme
 – Wirtschaftskrisen.
 Ein Aufklärungsbuch,
 Gauke Verlag Lütjenburg 1996,
 254 S. (29,80 DM)

Mit der vorliegenden Publikation gelangte ein Buch auf den Markt, das eine zwiespältige Aufnahme verdient: Es ist eigentlich kein Fachbuch, denn es hat keinen Bezug zur aktuellen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Diskussion. Trotzdem behandelt es mit den Themen Geld, Zins, Währung usw. theoretisch wie praktisch gleichermaßen bedeutsame Fragen und bedient sich dabei einer wissenschaftlichen Sprache. Das Buch folgt keiner der bekannten Theorien, und doch lebt es von theoretischen Anleihen bei Smith, Marx, Marshall, Keynes, Gesell u.a. Es veranschaulicht sehr klar und eingängig komplizierte volkswirtschaftliche Zusammenhänge und erfüllt damit seinen Anspruch als »Aufklärungsbuch«. Zugleich verdunkelt es aber auch einiges durch Simplifizierung und Klischees, vor allem aber durch den Glauben des Autors, daß der Zins das »Krebsgeschwür« der Zivilisation sei und die Hortung von Geld die Ursache aller Krisen. Dem selbst gesteckten Ziel, »den Nebel um das Geld, der sich bislang so weitreichend über die Gesellschaft ausgebreitet hat, ...zu lichten« (S. 248), wird das Buch dadurch nur bedingt gerecht. Der Vorwurf, daß andere Geld- und Währungsfragen »zu einer Sache des Glaubens, nicht des Verstehens« (S. 10) machen, schlägt gewissermaßen auf den Autor zurück. Denn die Verteufelung des Zinses und des Geldhortens ist, zumindest für die heutige Zeit, rational nicht begründbar. Die unkonventionell und sehr überzeugend vorgetragenen Überlegungen zur Funktionsweise des Goldstandards, der Goldkernwährung, des Bretton-Woods-Systems und des EWS kontrastieren mit den »tieferen« Erklärungen des Autors, die in ihrem Kern antiquiert sind bzw. phänomenalistisch oder gar spiritualistisch.

Senfs Geldauffassung folgt zunächst der Konventionstheorie: Die Menschen haben

sich »etwas einfallen lassen, was den Tausch vereinfacht: ein allgemeines Tauschmittel« (S. 18). Dann erklärt er, ganz im Sinne des orthodoxen Tauschparadigmas, die Vorzüge des geldvermittelten Tausches gegenüber einem Naturaltausch. Originell ist hier nur die »tiefere« Begründung der besonderen Eignung des Goldes als allgemeines Äquivalent, die er aus dem früheren »Wissen um die Lebensenergie und um die heilenden und spirituellen Qualitäten von Edelmetallen« (S. 23) herleitet. Daran an schließt sich ein Kapitel über die Wertbestimmung des Goldes (»Ist es der Arbeitswert?« oder »ist es die Knappheit?«). Und schon sind wir bei der »Goldillusion«, als der vermeintlichen Ursache für das Nichterkennen der wahren Gründe für die verheerenden Inflations- und Deflationskrisen der zwanziger Jahre. »Es gab damals nur eine Richtung, die die geld- und währungspolitischen Zusammenhänge klar gesehen hat, aber sich weder links noch rechts noch in der politischen Mitte wirksam Gehör verschaffen konnte... Gemeint ist die sogenannte »Freiwirtschaftliche Bewegung«, deren theoretische Grundlagen von Silvio Gesell gelegt wurden« (S. 32). Silvio Gesell (1862-1930), der in der Sicht von Keynes »seltsame, zu Unrecht übersehene Prophet«, stand bei der Abfassung der folgenden Kapitel Pate. An seiner Vision einer umlaufgesicherten Papierwährung sind die kritischen Abschnitte sowie die währungspolitischen Verbesserungsvorschläge Senfs ausgerichtet. Auf ihn geht auch die Ansicht zurück, daß der »fundamentale und verhängnisvolle Fehler« aller bisherigen Geld- und Währungssysteme in der »untrennbaren Verknüpfung von Geld und Zins« (S. 32) zu sehen sei. Nun ist hier nicht der Ort, sich mit den »Einfällen tiefer Einsicht« und mit den »großen Fehlern« (Keynes) der Theorie Gesells zu beschäftigen. Für diese Besprechung reicht es aus, zu zeigen, daß die unkritische Übertragung Gesellscher Ideen auf das heutige Geldsystem zu irrationalen, ja teilweise absurden Schlüssen führt und daß die Grundlagen dafür zum Teil, trotz zuerkannter Wissenschaftlichkeit des Gesamtwerks, schon bei Gesell liegen.

Dies beginnt bei der begrifflichen Fassung des Geldes: Senf argumentiert hier, gestützt auf Gesell und die klassisch/neoklassische

Theorie, durchweg tauschbezogen. Das Geld soll Tauschmittel sein, sonst nichts. Jedes Festhalten von Geld, jede Geldakkumulation erscheint als »Hortung« und bedeutet eine Unterbrechung, eine Störung des Kreislaufs, des Flusses, letztlich der wirtschaftlichen Entwicklung. Dies scheint plausibel, sofern die Prämisse vom Geld als Tauschmittel akzeptiert wird. Faßt man dagegen das Geld als Verkörperung von Liquidität auf, als Wertaufbewahrungsmittel oder als Reichtum etc., dann geht die obengenannte Argumentation schon ins Leere!

Weiter gilt es zu erkennen, daß für das Metallgeld, welches Gesell (1911 und 1916) vor Augen hatte, ganz andere Bedingungen galten als für das heutige, gänzlich vom Gold losgelöste Kreditgeld. So stellte die Hortung von (Metall-)Geld damals in bestimmtem Maße durchaus ein volkswirtschaftliches Problem dar. Heute jedoch ist es ein Scheinproblem ohne praktische Relevanz. Bezeichnenderweise war der schwedische Ökonom Knut Wicksell auch der letzte, der sich mit dieser Frage wissenschaftlich auseinandergesetzt hat – 1913/1922.

Unter Bedingungen, worin mehr als 90 Prozent des Geldes Giralgeld ist und in Form elektronischer Speichereinheiten existiert, macht es einfach keinen Sinn, von »Geldhortung« zu sprechen und eine »Enthortung« zu fordern. Ebenso wenig ist es plausibel, alles momentan nicht zirkulierende Geld als »überflüssiges Geld« (S. 82, 99, 118, 122) zu bezeichnen. Verkürzt man den betrachteten Zeitraum auf einen Zeitpunkt, so wäre nach dieser »Logik« alles Geld »überflüssig«! Der emphatisch vorgetragene »Konstruktionsfehler« des Geldes, als allgemeines Äquivalent ein »öffentliches Gut« und als Wertaufbewahrungsmittel Gegenstand privaten Interesses zu sein (S. 39), erweist sich bei näherem Hinsehen als nichts anderes als die Simplifizierung des Marxschen Gedankens, wonach im Geld der der kapitalistischen Produktionsweise immanente Widerspruch zwischen der Gesellschaftlichkeit der Produktion und der privaten Form der Aneignung in dinglicher Form und mystifiziert zum Ausdruck kommt. Der Feststellung, daß diese Wesensbestimmung des Geldes durch die instrumentalistische Geldauffassung der bürgerlichen Geldtheorie

»total verdrängt« (S. 40) wurde, ist allerdings zuzustimmen.

Auf Seite 42 wird der Zins eingeführt als eine »seit Jahrtausenden bestehende Selbstverständlichkeit«. Die »tiefere Ursache« dafür wird in der »Überlegenheit« des Geldes gegenüber anderen Waren gesehen. Was darunter letztlich zu verstehen ist, bleibt im dunkeln. Daß andere Wissenschaftler hierfür inzwischen ganz andere Erklärungen gefunden haben, wird in einer Fußnote wage angedeutet, ohne jedoch inhaltlich darauf einzugehen. Da der sogenannte Naturalzins das Denkmuster sprengen würde, wird er vorsichtshalber gar nicht erwähnt. So läßt sich die Behauptung lancieren, daß »die Wirtschaft« von Anfang an, »seit Jahrtausenden«(!?!), vom Geld abhängt, das heißt von denen, die das Geld besitzen. Und zwar, weil sie es dem Wirtschaftskreislauf entzogen haben und es nun zurückhalten, um von der Gesellschaft ein »Lösegeld« zu erpressen, den Zins. »Der Zins wirkt also wie ein Magnet auf das zurückgehaltene Geld. Ist er zu schwach, bleibt das Geld gehortet, und je stärker der Magnet wird, um so mehr zieht er das bislang zurückgehaltene Geld auf den Kapitalmarkt und damit in den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf zurück« (S. 44). Ist das nicht famos?! Auf der nächsten Seite findet sich das Ganze noch einmal, aber jetzt als Gedicht oder Lied: »Der Zins ist wie ein Lösegeld/Der Gesellschaft/An die Entführer des Geldes, Damit sie den Mißbrauch beenden/Und das Geld wieder freigeben« usw. usw., vier Strophen hindurch. – Theoretisch bemerkenswert ist an diesem Konzept, daß die Erklärungslogik des Zinses beim Geldbesitz bzw. Geldkapital, beim Kreditgeber also, ansetzt und nicht beim Kreditnehmer oder Geldborger. Grundlage für diese (einseitig verkehrte) Sicht ist wiederum die Verkürzung des Geldes auf seine Tauschmittelfunktion. Zugleich aber erklärt sich hieraus eine bestimmte soziale Stoßrichtung der Kritik: Schuld an den ökonomischen, ökologischen, sozialen Krisen, an der Krise der Staatsfinanzen und der Schuldenkrise der Dritten Welt ist nämlich allein eine einzige Spezies Mensch: die Sparer, die Geldvermögenseigentümer (Senf schreibt fälschlich »Besitzer«), die Rentiers. Früher waren es vor allem die Juden.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Zinses sieht Senf in der Umlaufsicherung des Geldes. Aber der Zins erfüllt diese Aufgabe schlecht. Er scheint dafür ungeeignet und sollte deshalb durch ein geeigneteres Mittel ersetzt werden, eine »Umlaufsicherungsgebühr«, die auf »zurückgehaltenes Geld« erhoben wird und das Halten von Liquiditätsreserven unattraktiv macht. »Überflüssiges Geld« würde so auf den Kapitalmarkt gelenkt werden und der Wirtschaftskreislauf wäre geschlossen (S. 122). Dieses »Freigeld-Konzept«, zum ersten Mal 1932 in Wörgl (Österreich) mit positivem Effekt praktiziert, wird nun für das heutige Geld in Vorschlag gebracht, mit dem Ziel, Giro Guthaben und Bargeldbestände durch die Belastung mit einer Gebühr zu reduzieren und den Geldumlauf zu beschleunigen (S. 125). Die praktische Umsetzung eines solchen Konzepts wäre ohne weiteres denkbar, aber wozu? Theoretisch macht die ganze Konstruktion nur Sinn, wenn die Verkürzung des Geldbegriffs auf den Tauschmittelaspekt gilt und der Zins als Mittel der Umlaufsicherung gefaßt wird. Aber beides sind überholte bzw. unbegründete Annahmen. Und praktisch gibt es hier gar keinen Handlungsbedarf, denn das »Problem« ist längst auf ganz andere Weise gelöst, durch Fristentransformation und Kreditgeldschöpfung. Der Vorschlag geht also, ebenso wie die obengenannte Kritik, ins Leere!

Vermutlich weiß dies auch der Autor und versucht deshalb, alle möglichen zusätzlichen Erklärungen beizubringen. Diese aber weisen ihn nicht gerade als Kenner des Geld- und Bankgeschäfts aus und wären deshalb besser unterblieben. So die Ableitung der Banknote als »Papiergeld« (S.46), worin das Wesentliche, nämlich, daß sie aus dem Wechsel, einem Kreditfinanzierungsinstrument, hervorgeht und folglich Kreditgeld ist, übersehen wird. Ferner betrifft dies die Unterscheidung zwischen Sicht- und Spareinlagen (S. 164), die Ausführungen zu den Mindestreservesätzen, deren Regelung dem Autor »nicht sinnvoll« (S. 166) erscheint, seine Vorstellung, wonach die Banken »Überschußreserven als Kredite in Bargeld« (S. 167) ausleihen und Mindestreserven bar gehalten werden (vgl. S. 168) u.a.m. Ein Fauxpas nach dem anderen. Trotz seiner Abgrenzung von Helmut Creutz,

einem hoch angesehenen Freiwirtschaftler (vgl. S. 162), ist auch Senf nicht frei von der für viele »Gesellianer« typischen bargeldzentrierten Sicht auf das heutige Geldwesen. Dabei ist es doch so, daß bei einer Darstellung des Funktionsmechanismus des modernen Geldes eher vom Bargeld abstrahiert werden könnte als vom Kredit und Giralgeld. Das war zur Zeit Gesells noch anders, was es aber fragwürdig macht, die alten Ideen heute aufzuwärmen und mit ihrer Hilfe die Probleme der Gegenwart lösen zu wollen.

Ein tatsächliches Problem ist hingegen die wachsende Konzentration der Geldvermögen und die damit verbundenen Redistributionseffekte. Es stimmt auch, daß »nur wenige« vom Zins profitieren, »auf Kosten der großen Mehrheit« (S. 100). Die Bundesrepublik tendiert zu einer Rentiersgesellschaft mit einer immer »stärkeren Polarisierung« und »wachsenden sozialen Ungleichheiten« (S. 103). Aber dies ist primär kein monetäres Problem und auch nicht allein ein Problem des Zinses und des Zinseszinses. Vermögensrechnungen zeigen, daß die Ungleichverteilung der Produktiv- und Immobilienvermögen größer ist als die der Geldvermögen. Verläßt man die nebulöse Produktionsfaktorentheorie, dann erscheint als Quelle des Zinses nicht der Zins, und auch nicht das Geld, sondern die Produktion bzw. die Arbeit. Dies nicht zu sehen und statt des Kapitalverhältnisses den Zinssatz zum »sozialen Sprengsatz« zu erklären (S. 103), dies ist der Beitrag dieses »Aufklärungsbuches« zur Vernebelung der kapitalistischen Wirklichkeit. Der zweifellos existierende »Konflikt zwischen Geldkapital einerseits und der übrigen Gesellschaft andererseits« (S. 129), den Gesell wie auch Keynes aufdeckten, darf nicht zum Grundkonflikt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und Gesellschaft hochstilisiert werden. Sonst tritt an die Stelle des »Nebelschleiers um das Geld« (S. 12) etwas noch weitaus Schlimmeres, nämlich die »Idee fixe«, wonach der Geldzins das Nonplusultra zivilisatorischer Fehlentwicklung ist – und das seit mehr als 6000 Jahren!

An das theoretisch strittige und in vielerlei Hinsicht desorientierende Kapitel zum Zins schließt sich ein didaktisch und inhaltlich sehr gelungenes Kapitel zu den Währungssystemen nach 1945 an. Mit einer Ausnahme, und

die betrifft die DDR-Problematik und die Währungsunion von 1990. Wenn es stimmt, was Sprachwissenschaftler sagen (R. Reiher/R. Lärer, 1996), nämlich, daß die Verwendung des Epithetons »Ost« auf Abgrenzung und Diffamierung zielt, dann weiß man, was der Autor beabsichtigt, wenn er die DDR-Währung, die bekanntlich »Mark der DDR« hieß, konsequent mit »Ost-Mark« (S. 229) tituliert. Aber damit nicht genug: Er teilt auch den Kollektivirrtum des Jahres 1990, wonach die D-Mark den Ost-Deutschen »wie eine Sonne am düsteren Himmel« (S. 228) erschien. Der Umtauschsatz von 1,8 : 1 war in seinen Augen ein »Geschenk« (S. 230). Weitere »Geschenke« sieht er in Form von »Transfers« in den Osten fließen, obwohl die »Opferbereitschaft der westdeutschen Bevölkerung ... ihre Grenze erreicht hat« (S. 233). Aber kein Wort über den Vermögenstransfer von Ost nach West. Kein Wort über die Vorteile, die Westdeutsche aus der deutschen Vereinigung und der Währungsunion gezogen haben. Kein Nachdenken darüber, daß der Preisniveauanstieg in Ostdeutschland seit 1990 um ca. 60 Prozent im krassen Widerspruch steht zu der Behauptung, die Kaufkraft der »Ost-Mark« sei geringer gewesen als die der D-Mark und der Währungsumtausch mithin für die Ostdeutschen ein »Schnäppchen« zum »halben Preis« (S. 230). Es hat nicht den Anschein, als verfolge der Autor hier die Absicht, aufhellend zu wirken. Eher sieht es so aus, als sollten Tatsachen »vernebelt« werden. Und dies trotz »südlicher Sonne auf den griechischen Inseln Paros und Karpathos« (S. 252), den Orten der Niederschrift dieses Aufklärungsbuches.

ULRICH BUSCH

Verlagsanschrift – Gauke-Verlag GmbH,
Fachverlag für Sozialökonomie; Postfach
1320, 24319 Lütjenburg

Tobias Debiel/Franz Nuscheler (Hg.):
Der neue Interventionismus.
Humanitäre Einmischung zwischen
Anspruch und Wirklichkeit.
EINE Welt – Texte der Stiftung
Entwicklung und Frieden. Bd. 1,
Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger
Bonn 1996, 287 S. (24,80 DM)

Als im März 1997 Albanien in Chaos und Bürgerkrieg zu versinken drohte, da erscholl in der westeuropäischen und deutschen Öffentlichkeit wieder der Ruf nach einer Intervention. Selbst der Wahlbertrugspräsident Berisha, als Antikommunist bis dato vom Westen gestützt, rief nach fremden Truppen. Ex-Jugoslawien schreibt mittlerweile eine ganze Geschichte halbherziger Interventionen, die inzwischen einen unsicheren Frieden erzwingen. In den unübersichtlichen Zeiten nach dem Ende der Blockteilung scheint für Regierungen wie Opposition, auch in Deutschland, der Griff zur militärischen Trumpfkarte immer leichter zu fallen. Und die Linke ist selbst unentschlossen. Da ist ein Sammelband hilfreich, den die überparteiliche Stiftung Entwicklung und Frieden herausgibt. Die auf Initiative von Willy Brandt gegründete Stiftung führt Persönlichkeiten aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen, die sich einer globalen Verantwortung verpflichtet fühlen. Ihren Gremien gehören Johannes Rau, Manfred Stolpe, Elmar Pieroth, Irmgart Schwaetzer, Dieter Senghaas, Kurt Biedenkopf u.a. an.

Heute wird eine »Politik der Einmischung« favorisiert, in der »humanitärer Interventionismus« ... nicht nur Souveränitätsrechte verletzt, sondern Gutes mit einem Übel zu bewirken versucht: nämlich mit militärischer Gewalt Menschenrechte zu schützen und Frieden zu schaffen« (S. 9). Das scheint nach dem Ende des Ost-West-Konflikts relativ problemlos möglich, wie überhaupt Gewalt in der heutigen Zeit wieder machbar zu sein schien. Debiel/Nuscheler beobachten einen Wandel vom *homo oeconomicus*, der auch die Kriegsrisiken nüchtern abzuwägen suchte, hin zum *homo ambitiosus*: »Politische Eliten instrumentalisieren ethnische Identitätsbezüge, sie

mobilisieren ethno-nationale oder ethno-regionale Loyalitäten für eigene Machtambitionen – und nehmen dabei auch eine Konflikteskalation bis hin zum Krieg in Kauf.« (S. 13)

Die Konfliktfolgen sind verheerend. Ganz zu schweigen von den Toten und Verwundeten, flohen allein 1995 27,4 Millionen Menschen ins Ausland, 30 Millionen waren Vertriebene im eigenen Land, 40 Millionen von internationaler Hilfe abhängig. Dabei provozieren oder verstärken diese Flüchtlingsströme selbst wieder soziale Konflikte.

Vor diesem Hintergrund hat sich seit Beginn der neunziger Jahre der Interventionismus etabliert: Die globalisierten Massenmedien alarmieren die Weltöffentlichkeit; das Völker- und Kriegsrecht wird mehr und mehr mißachtet; militärische Eingriffe sind nach der Blockkonfrontation risikoärmer; zudem keimte besonders zu Beginn der neunziger Jahre eine »Hoffnung auf einen neuen Multilateralismus im UN-Rahmen« (S.19/20).

In ihrer Analyse verweisen Debiel/Nuscher auf die bestimmenden Denkmodelle für den neuen Interventionismus. Generell werde »der zunehmenden Interdependenz zwischen innen- und zwischenstaatlichen Sicherheitsrisiken ... nicht genügend Rechnung« getragen. Entweder erfolgt ein »Rückfall in ein nicht-hinterfragtes Souveränitätskonzept oder aber (man) redet einer Renaissance unkontrollierter Macht und Gewalt als Mittel in den internationalen Beziehungen das Wort«. Aber auch die gegen diesen »Realismus« gesetzte »idealistische Idee eines universellen Gewaltmonopols« bleibt umstritten.(S. 22/23). Die von den Herausgebern sowie ausländischen Autoren wie P.R. Chari und Mariano Aguirre/José Antonio Sanahuja analysierten »Fälle militärischer Intervention zum tatsächlichen oder vermeintlichen Schutz von Menschen in Not und Unfreiheit« belegen eher die Ineffektivität und Problematik solcher Einsätze als ihren Sinn. Das betrifft die Schutzzone für die Kurden in Nordirak, die Interventionen in Somalia, Ex-Jugoslawien, Ruanda und Haiti, aber ebenso indische Aktionen in Asien. Eine dauerhafte Lösung der inneren Konflikte erfolgte nicht, die Lage verschlechterte und komplizierte sich oft weiter, die Entschlossenheit der handelnden Mächte war begrenzt.

Die Positionen im Sammelband fallen kon-

trär aus. Thomas G. Weiss plädiert für einen »beherzten Interventionismus«, weil »humanitäre Interventionen« zumindest »einen notwendigen, wenn auch unzureichenden allerletzten Versuch darstellen, genügend Freiraum für die Rückkehr regionaler Stabilität und Ordnung zu schaffen« (S. 71). Jochen Hippler sieht, daß sich »die Interessen von Staaten, Regierungen oder Staatengruppen ... regelmäßig als entscheidender für die Durchführung oder Nichtdurchführung von Interventionen als humanitäre Fragen« erweisen (S. 91). Selbst die ausführliche Ausarbeitung der ethischen Ansprüche an »humanitäre Interventionen«, wie sie Hajo Schmidt in seinem Beitrag versucht, lösen diese Interessenproblematik nicht auf.

In diesem Zusammenhang sind auch die aufgenommenen Beiträge zu den Problemen zivilen »Interventionismus« – so von Antonio Donini, Alex de Waal/Rakiya Omaar und Enoch O. Opondo bemerkenswert. Ihre Untersuchungen zielen teilweise sehr nachdrücklich auf die Erkenntnis, daß UN-Hilfswerke und private Hilfsorganisationen eher das Selbstbestimmungsrecht und die Handlungsfähigkeit der unterstützten Völker begrenzen und zerstören, als ihnen helfen.

Wenn auch die Herausgeber und Hippler davon ausgehen, daß das Konzept der humanitären Intervention angesichts der praktischen Erfolglosigkeit, der Kosten und der Probleme in der Öffentlichkeit der Interventionsmächte (USA und Somalia als Beispiel) im Rückzug begriffen sei, so stehen für die weitere Diskussion alternativer Sicherheitspolitik aus meiner Sicht unverändert offene Fragen.

Erstens werden im Einzelfall Chaos und Bürgerkrieg auch künftig mit polizeilichen und militärischen Mitteln, wie durch rigorose Sanktionen und Blockaden seitens der Völkergemeinschaft beendet werden müssen.

Zweitens steht damit aber die Frage, wer bestimmt, ob Menschenrechte verletzt werden, welche Menschenrechte hierfür herangezogen werden – besonders die sozialen Menschenrechte werden trotz ihrer Verankerung in den UN-Dokumenten gern ausgeklammert.

Drittens, wer entscheidet über solche Einsätze? Zweifellos kann es nur ein internationales Gremium sein – die UNO oder die OSZE bieten sich an –, in der alle Staaten ver-

treten und gleichberechtigt, ohne Vorherrschaft, diese Entscheidung fällen.

Viertens ist zu entscheiden, wer interveniert. Truppen einzelner Staaten oder Militärblocke teilen faktisch ihre Loyalität zwischen Entsendeorganisation und Entsendestaat, der aber hat allein durch Bewilligung oder Kürzung von Mitteln unmittelbar Einfluß.

Fünftens die Frage, wie militärische Intervention und integrierte zivile Aktivitäten gemeinsam die Lage vor Ort verändern. Gerade hier wäre eine stärkere Orientierung auf einen eher polizeilichen Charakter der Missionen und kooperative Aktivitäten eines »Friedenskorps« mit den Strukturen vor Ort entscheidend.

Der *homo ambitiosus* ist keineswegs ein Problem allein der neuen Staaten und Völkernschaften. Die Mächte des Westens, gerade auch die Bundesrepublik, verkörpern diesen Typus nur zu gut.

STEFAN BOLLINGER

Ursula Hermann (Hrsg.):
August und Julie Bebel.
Briefe einer Ehe,
Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger
Bonn 1997, 659 S.

Die von Ursula Hermann vorgelegten 168 Briefe zwischen den Eheleuten, denen in einem Anhang fünf Briefe Julie Bebels an Friedrich Engels, ein Brief an Natalie Liebknecht und fünf Brieffragmente aus dem ehelichen Briefwechsel hinzugefügt wurden, sind mit vielen Anmerkungen zu den zahlreichen darin erwähnten Personen und Ereignissen versehen. Diese mühevoll ermittelten Informationen ermöglichen heutigen LeserInnen, Zusammenhänge, auf die in den Briefen nicht eingegangen wird, zu verstehen. Der hier publizierte Briefwechsel zwischen August Bebel und seiner Frau ist keineswegs vollständig. Vor allem sind die meisten Briefe von Julie an August bisher nicht wieder aufgefunden worden. Lediglich 49 ihrer Briefe an August sind in dem Band enthalten, während 119 aus seiner Feder stammen. Diese Briefe sind aus verschiedenen Gründen eine spannende Lektüre.

Während ihrer vierundvierzig Jahre – bis zu Julies Tod 1910 – währenden Ehe hatten die

Eheleute Bebel viel Gelegenheit, einander Briefe zu schreiben, da die Umstände sie häufig trennten. Bereits vier Jahre nach der Eheschließung wurde August des Hochverrats angeklagt und verbrachte ein Vierteljahr (17. Dezember 1870 bis 28. März 1871) in Untersuchungshaft, gefolgt von zwei Jahren Festungshaft auf der Hubertusburg und weiteren neun Monaten im Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung. Nur vom April 1875 bis November 1877 befand er sich in Freiheit, dann brachte ihn seine parlamentarische Agitation gegen den Militarismus erneut sechs Monate ins Gefängnis. Als 1878 das »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« in Kraft trat, wurde Bebel, der seit Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869 stets zur Führungsspitze der Partei gehörte, 1881 aus Leipzig ausgewiesen. 1882/83 verbrachte er weitere vier Monate die Bezirksgefängnis Leipzig. Bis 1884 mußte er von der Familie getrennt leben. Wegen Teilnahme am illegalen Parteikongreß in Kopenhagen wanderte Bebel 1886/7 für weitere neun Monate in die Landesgefängenenanstalt Zwickau. Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 war August Bebel durch Geschäftsreisen, Teilnahme an Parteitagen und in anderen Parteizusammenhängen auch sehr häufig unterwegs.

Auf der Arbeitertochter Julie Bebel geb. Otto lasteten nicht nur der Haushalt, die Sorge für die häufig unpäßliche und psychisch wenig belastbare Tochter Bertha Friederike (1869-1948) und die Bebelsche Drechslerwerkstatt, die den Unterhalt der Familie gewährleistete. Sie, die nur ein paar Jahre die Volksschule besucht hatte, war ihres Mannes Sekretärin, die seine politischen Aufträge erfüllte, ihn mit den von ihm gewünschten Büchern, mit Kleidung und anderem versorgte, die Briefe an die Genossen schrieb, die die einen finanziell unterstützte, anderen Nachrichten und Weisungen von ihm übermittelte.

Julie Bebel war gewiß keine marxistische Theoretikerin und im Briefwechsel der Eheleute werden weder theoretische noch parteistrategische Fragen diskutiert. Ebenso wenig war sie eine Feministin, den frauenrechtlichen Ansichten von Gräfin Gertrud Guillaume-Schack stand sie reserviert gegenüber (S. 505), wenngleich sie gelegentlich Frauenver-

sammlungen besuchte (S. 219f). Aus Briefen von Rosa Luxemburg ahnt man, daß die führenden Parteifrauen keinen rechten Zugang zu ihr fanden und sie wohl erst nach ihrem Tode würdigten¹. Seine Autobiographie *Aus meinem Leben*, die sein Leben und das der Arbeiterbewegung von seinem Eintreten in diese bis zum Vorabend des Sozialistengesetzes behandelt und in Julies Todesjahr, bzw. drei Jahre vor Augusts Tode erstmals erschien, widmet Bebel seiner Frau. Im Kapitel »Persönliches« würdigt er sie wie folgt: »Ich habe meine Ehe nie zu bereuen gehabt. Eine liebevollere, hingebendere, allezeit opferbereitere Frau hätte ich nicht finden können«².

Es ist Ursula Hermann zuzustimmen, wenn sie schreibt, daß diese Briefe, indem sie »Julie Bebel aus ihrem Schattendasein« heraustreten lassen (S. 22), ein Beitrag zur bisher ungeschriebenen Geschichte der Frauen in der deutschen Arbeiterbewegung sind. Ihre Briefe zeigen, daß sie eine durchaus unabhängige denkende und handelnde Frau war, die sich auch von ihrem geliebten und geachteten Mann nicht den Mund verbieten ließ. An verschiedenen Stellen des Briefwechsels widerspricht sie ihm. Dabei geht es in der Regel um ihre vom praktischen Verstand diktierten Einschätzungen von Personen oder Vorhaben. So bewertet sie eine Rede von Paul Singer zur Begründung der Ablehnung der Vorlage über die Friedensstärke des deutschen Heeres durch seine Fraktion als »ganz gut, wenn sie auch schärfer hätte sein können, und viel war es auch nicht, was allerdings auch kein Fehler ist« (S. 399). Als August ihr vorwirft, sie sei »etwas sehr zerfahren« (S. 366), entgegnet sie prompt und unbußfertig, sie wundere sich, daß er so schnell vergessen habe, »wie größtenteils unsere Situation mitunter ist, und daß ich fast nie einen Brief an Dich ungestört schreiben kann« (S. 371f). Und in der Tat, die Briefe weisen sie als eine außerordentlich vitale Frau aus, die tagtäglich ein riesiges Arbeitspensum bewältigt. Da sie mit allen nicht in Haft befindlichen sozialdemokratischen Aktivisten engen Kontakt hat, kann sie sachkundig mit August u.a. über Mandatsangelegenheiten diskutieren und seine Auffassungen, die sie teilt, den Betroffenen kompetent vermitteln. (S. 387-392) Ihre politische Loyalität der Partei und ihrem Mann gegen-

über steht außer Zweifel. Bebels Verurteilung wegen »Geheimbündelei« im August 1886 »übersteigt an Gemeinheit alles bisher Dagewesene und zeigt aber, wie es nur gemacht war, um euch einen Schlag zu versetzen, umso mehr, da Du dabei warst«, schreibt sie ihm am 5. August 1886.

Sie beschafft private Lehrkräfte für Friederike, da Frauen in Deutschland damals nicht an Universitäten zugelassen wurden, liest und diskutiert künstlerische und politische Bücher mit der Tochter, zu denen sie sich gelegentlich in ihren Briefen kritisch äußert. Sie gehen ins Theater, oft zu sehr populären Stücken, und wandern (S. 442). Auch August, der ein höchst engagierter Vater war, nahm stets ein reges Interesse am körperlichen (S. 58, 61) und geistigen (S. 84, 142, 204) Wohlergehen sowie der Bildung seiner Tochter (S. 144 u.v.a.). Über den Schatten zeitgenössischer Prüderie konnte auch er nicht springen. So war es ihm nicht recht, daß die damals immerhin 18jährige Friederike Ibsens *Gespenster* las (S. 385).

In einem ungewöhnlich langen Brief schreibt Julie am 17. April 1887 ihrem Mann ins Gefängnis, daß sie »trotz manchmal gegenteiliger Äußerungen« am Leben hänge. »Das macht, weil ich glücklich bin, im Besitz eines so guten Mannes und Kindes...Und habe nur den einen Wunsch, daß wir nicht soviel getrennt leben müssen. Die reine Ironie des Schicksals: Manche Menschen möchten getrennt sein, und die es nicht sein möchten, werden gewaltsam getrennt.« (S. 442).

Mit einem Verzeichnis der in den Briefen genannten Schriften, Aufsätze und Periodika und mit einem Personenverzeichnis versehen, spiegelt der Briefwechsel, die akribische Arbeitsweise und lange editorische Erfahrung seiner Herausgeberin wider.

HANNA BEHREND

1 Rosa Luxemburg forderte Leo Jogiches auf, »unbedingt eine Notiz über den Tod von Bebels Frau (zu) bringen. Sie empfiehlt, Luise Kautskys Artikel über Julie Bebel im Vorwärts vom 27. November 1910 dazu zu verwenden, in: Rosa Luxemburg, *Gesammelte Briefe*, Dietz Verlag Berlin 1984, Bd.3, S. 267f.

2 August Bebel: *Aus meinem Leben*, in: August Bebel: *Ausgewählte Reden und Schriften* Bd.6, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Berlin 1983, S. 139.

Werner Rügemer:
 Wirtschaft ohne Korruption?
 Fischer Taschenbuch Verlag
 Frankfurt/M. 1996, 265 S.
 (18,90 DM)

Daß der Profit so lange zu niedrig ist, wie nicht alle verfügbaren Faktoren zu seiner Erhöhung wirksam gemacht wurden, ist eine marktwirtschaftliche Binsenweisheit. Dies bedeutet jedoch keineswegs, daß es sich bei den jeweils nutzbaren Faktoren ausschließlich um legale handelt. Vielmehr ist die Vermischung von legalen und illegalen Formen der Profitsteigerung in Marktwirtschaften systemimmanent. Für die Akteure kommt es lediglich auf die Ergebnisse einer Folgenabschätzung an, die die angedrohten Strafen gegen die möglichen Gewinne aufrechnet. Ergibt sich aus der Abwägung von potentiellen Vor- und Nachteilen, daß die Gefahren einer Bestrafung gering sind oder im Falle der Entdeckung noch nachträglich reduziert werden können, so drängt sich die Anwendung illegaler Mittel der Profit- bzw. Einkommenserhöhung den Wirtschaftsakteuren, die zueinander in Konkurrenz stehen, als Notwendigkeit auf. Wer nicht selbst aktiv wird, der wird durch möglicherweise skrupellose Konkurrenzten schmerzlich eines besseren belehrt.

Es verwundert daher kaum, daß gerade bei der Nutzung eines der naheliegendsten Instrumente der Gewinnsteigerung – der Korruption – »so gut wie kein Unrechtsbewußtsein« (S. 115) bei den Unternehmen zu erkennen ist. Dies rührt nicht zuletzt aus einer eigenartigen Besonderheit der Korruption. Beim eigentlichen Bestechungsakt gibt es nämlich nur Gewinner – der Korruptierte kassiert oft sofort und in bar (d.h. an der Steuer vorbei) und der Korruptierende kassiert über die so erlangten Aufträge, über Monopolpreise u.ä. später und in der Regel sehr viel länger. »Der Sinn der schweren und systematischen Korruption liegt also nicht in der Erlangung einzelner Aufträge, sondern in der Sicherung eines dauerhaften Zusatz- oder Monopolprofits. Mit ihm wird die Betriebsausgabe Schmiergeld um ein Mehrfaches wieder hereingeholt« (S. 81). Die eigentlichen Geschädigten bleiben zunächst im dunkeln und können sich kaum wirksam zur Wehr setzen.

Korruption ist nicht nur ein »nebulöser Be-

griff« (S. 17), sondern bei genauerem Hinsehen auch ein reichlich nebulöser Straftatbestand, der – soweit er überhaupt vom Strafrecht erfaßt wird – »in der Praxis nur sehr eingeschränkt bis gar nicht verfolgt wird« (S. 60). Mehr noch, seit 1934 werden in Deutschland Schmiergelder als steuerlich abzugsfähige Betriebskosten anerkannt – eine bemerkenswerte Regelung, die auch durch die Änderungen im Jahressteuergesetz 1996 nur weitgehend wirkungslos eingeschränkt worden ist (vgl. S. 61f.). Die wenigen Fälle, die hin und wieder der Öffentlichkeit zur Kenntnis gelangen und zu wahren Stürmen der Entrüstung in der Boulevard-Presse und in den oberen Rängen der Politik führen, sind bestenfalls die Spitze eines Eisberges, dessen unter Wasser liegender Teil gerade auch mit Hilfe von Politik und Justiz im verborgenen gehalten wird.

Der große Vorzug des vorliegenden Buches besteht darin, daß es nicht der verlockenden Schilderung spektakulärer Einzelfälle erliegt – obwohl auch hier der Leser durchaus auf seine Kosten kommt –, sondern versucht, dem Phänomen systematisch nachzugehen und vor allem die Schäden und Geschädigten von Korruption zu benennen. Den Ausgangspunkt bildet hier nicht etwa die Abhandlung von »traditionell korrupten Milieus« irgendwo im Ausland, vorzughalber in der »Dritten Welt«, sondern eine Fallstudie zu den Mechanismen der Korruption ausgerechnet in Deutschland. Dabei wird mit einigen Verharmlosungs- und Entschuldigungsfloskeln von Politik und Unternehmertum gründlich aufgeräumt. Zunächst ist Korruption keineswegs, wie immer wieder beteuert wird, der Ausnahmefall, sondern die Regel. Es sind vor allem die entwickelten Industrieländer, die eine »Kultur der Korruption« globalisieren. Dabei stellen »die neuen Bundesländer ... den historisch einmaligen Fall eines in kürzester Zeit vollzogenen Exports einer Korruptionskultur dar... Die alten (relativ harmlosen) Korruptionsformen der sozialistischen DDR wurden nahezu ersatzlos ausgetauscht« und von »zum Teil ... vereinfachten, gesteigerten, sozusagen kruden westlichen Korruptionsformen« (S. 27f.) ersetzt. Nachfolgend wendet sich der Autor einer Form der Korruption zu, die nahezu völlig außerhalb des Blickfeldes der Strafverfolgung liegt – der Bestechung zwischen den

Unternehmen. Während bei der Vorteilsnahme von Staatsdienern das strafrechtlich geschützte »Ansehen des Staates« beschädigt wird und die Strafverfolgung hier noch vergleichsweise intensiv ist, wird Korruption zwischen Unternehmen nicht strafrechtlich verfolgt. Die Gesamtwirkung ist jedoch keineswegs unbedeutend. »Wenn man die kumulativen Effekte der nationalen und internationalen, der privat-öffentlichen und der privat-privaten Korruption zugrunde legt, ist eine durchschnittliche Überteuerung der Marktpreise im Inland um 20 Prozent nicht unwahrscheinlich« (S. 83). Rügemer zeigt ausführlich und mit einem ausgezeichneten Blick für die wesentlichen Details, wie die verschiedenen Ebenen – nicht zuletzt auch Unternehmen, Politik und Justiz, Kontrolleinrichtungen, Sonderregelungen für Bestechung im Ausland, Schmiergeldvermittlung als Beruf usw. – ineinandergreifen und schließlich die »Schäden der Korruption« hervorbringen. Dazu zählt er nicht nur überhöhte Preise, vielmehr auch Arbeitsplatzvernichtung, Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen sowie Entwicklungs- und Innovationsblockaden. Ein bemerkenswert kurzer Abschnitt befaßt sich mit den Gewinnern der Korruption (nur ca. 50 Zeilen). Im Zentrum stehen hier die im Verhältnis zur Anzahl der Geschädigten wenigen Nutznießer – die großen Unternehmen. »Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, Aktionäre und Anteilseigner, in indirektem Sinne vielleicht auch die jeweiligen Beschäftigten, profitieren von der Korruption« (S. 96). Daß die Gewinner gewinnen, liegt nicht zuletzt an den politischen Rahmenbedingungen, denen sich der Autor am Ende seiner »Fallstudie Deutschland« zuwendet. Hier geht es ihm nicht nur um die Kennzeichnung spezifischer korruptiver Milieus wie dem »Korruptionstyp Bayern«, für den eine Doppelmoral in der engen »Verbindung zwischen Korruption und Kreuzifix« (S. 104f.) charakteristisch ist, sondern um die Aufhellung systemischer Zusammenhänge – z.B. die rechtsfreie Wirtschaft, die Straffreiheit von Abgeordneten, die gleichzeitig in einer Vielzahl von wichtigen Entscheidungsgremien der Wirtschaft Sitz und Stimme haben, und vor allem den »schlanken Staat«, der »nicht einfach ein personell abgespeckter und effizient arbeitender

Staat« ist, sondern »wegen der Diskrepanz zwischen geringer Kompetenz und großen Aufgaben, zwischen verzopften Vorschriften und eigentlich klaren Vorgaben anfällig für offenen und geheimen Druck, also auch für Korruption« (S. 114) ist.

Im *zweiten Teil*, der sich mit »Korruption im globalen Markt« anhand von Länderprofilen beschäftigt, verweist der Autor zunächst die »Vorstellung eines korrupten Landes« in das Reich der Fiktion. Allerdings erhärtet er hier nicht nur die vorher am deutschen Beispiel erarbeiteten Aussagen durch einen Vergleich mit den USA und Frankreich, er weicht seine Position auch wieder auf, indem er »schwere und systemische Korruption«, die vorher als durchaus typisch für Industrieländer konstatiert wurde, nun mit genau den Merkmalen in Verbindung bringt, die immer wieder gern von Politik und Wirtschaft ins Feld geführt werden, um mit erhobenem Zeigefinger auf die ach so schlimmen anderen zu verweisen – »die Identität von staatlicher und unternehmerischer Tätigkeit, die politische Außerkraftsetzung des Marktes, die Abwesenheit von Rechtsstaat und ziviler Gesellschaft, das korruptive Verhalten ausländischer Unternehmen und Regierungen« (S. 166). Korruption dient in der »Dritten Welt« wie in der »Ersten Welt« genau demselben Zweck, der sowohl mit marktwirtschaftlichen als auch mit »antediluvianischen« Formen der Ausbeutung verbunden sein kann – als System zur Sicherung der übermäßigen politischen und ökonomischen Einflußnahme der Vermögenden, als »geschlossenes, heimliches System der Privilegiensicherung« (S. 198).

Im *abschließenden Kapitel* geht es Rügemer um »Kontrolle und Bekämpfung der Korruption«. Und hier kommt nun der in Marktwirtschaften alles beherrschende Kostenfaktor von der anderen Seite her ins Spiel. Galten die Ausgaben für Bestechung auf seiten der Unternehmer vor allem als Kapitalanlagen, für deren außergewöhnlich hohe Verwertung die Allgemeinheit zur Kasse gebeten wird, so erscheinen die gegen derartige »Investitionen« anwendbaren Maßnahmen als reine gesellschaftliche Kosten, die lediglich solche gemeinschaftlichen Werte wie die Wahrung der Chancengleichheit und eine gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Einfluß

sichern sollen. Der »Normal«-Bürger trägt in der Regel beides, die Folgekosten der Korruption und die Kosten der Korruptionsbekämpfung. Wie nun kapitalistische Systeme insgesamt keineswegs zu Gleichverteilung und wirtschaftlichem Gleichgewicht tendieren und das Wirken staatlich-ziviler Institutionen lediglich eine destabilisierende Zunahme von Ungleichgewichten verhindern soll, so kann auch die Bekämpfung der Korruption – schon aus Kostengründen – nicht ins Extrem gesteigert werden. Das heißt, Marktwirtschaften ohne Korruption sind illusionär. Und Rügemer beschränkt sich daher auf die Erörterung eines »optimalen Grades der Korruption« – wobei das Wort »optimal« hier reichlich Raum für hintergründige Überlegungen läßt, die vom Autor aber selbst nur eher am Rande angedeutet werden. Obwohl dadurch die Pfähle, die von ihm vorn eingeschlagen wurden, im nachhinein wieder gelockert werden, entschließt er sich nun doch zu einer differenzierten Sicht. »Es gibt Formen der Korruption, die nicht bekämpft werden können, und solche, bei denen es sich gar nicht lohnt, aber auch solche, die legitim sind« (S. 216). Unter den letztgenannten verweist er auf die »Überlebenskorruption«, die vor allem dann legitim ist, »wenn sich der Schwächere oder Bedrohte gegenüber dem Stärkeren nur mit Hilfe von Bestechung oder Bestechlichkeit sein Menschenrecht auf Leben, Arbeitsplatz und Menschenwürde sichern kann, und dies nicht auf Kosten eines Dritten geschieht« (S. 216f.). Hier zeigt sich nun (wiederholt) das eigentliche Problem – Korruption, wenn sie rein »technisch« schlicht als Bestechung oder Vorteilsnahme bestimmt wird, bleibt ein nebulöses Phänomen und als solches entzieht es sich einer konsequenten theoriegestützten Untersuchung und politisch-rechtlichen Bekämpfung. Die ausgesprochen anregende Lektüre des vorliegenden Buches macht deshalb auch deutlich, daß die Bekämpfung korruptiver Praktiken in Politik und Wirtschaft gerade unter dem Fehlen einer trennscharfen – auch begrifflichen – Unterscheidung legaler, legalisierter und illegaler Korruptionsformen leidet, weil dadurch immer wieder Schlupflöcher eröffnet werden und, wohl auch bewußt, offengehalten werden sollen.

ARNDT HOPFMANN

Herbert Schui/ Eckart Spoo (Hrsg.):
Geld ist genug da. Reichtum in
Deutschland.

Unter Mitarbeit von Rainer Butenschön, Friedrich Heckmann und Heinz in der Wiesche,
Distel Verlag Heilbronn 1996,
247 S., (Distel Hefte – Beiträge zur
politischen Bildung Band 30)
(28,00 DM)

Kaum etwas wird in unserer Gesellschaft so diskret behandelt wie der Reichtum, der im Gegensatz zur »weiblichen« Armut nicht nur grammatikalisch männlich ist (Andrea Weichert, S. 141-153). Während – gegen nicht geringe Widerstände – inzwischen sozialwissenschaftlich und politisch über Armut diskutiert wird und zumindest auf die Einkommensarmut ein vergleichsweise guter Zugriff besteht, sehen sich »Reichtumsforscher« vor erhebliche Zugriffsprobleme gestellt. Während den Armen, so sie es wollten, kaum Chancen zur Verschleierung ihrer Lebenslage zu Gebote stehen, bedeutet Reichtum im Kapitalismus zugleich gesellschaftliche Macht, politischen Einfluß und damit viele Möglichkeiten, Vermögens- und Einkommenssituation zu verstecken. »Wer sind die Reichsten im ganzen Land? Die ... amtliche Statistik gibt keine Antwort auf diese Frage. Sie enthält keine Angaben über die Zahl der Millionäre und Milliardäre. Die Superreichen scheuen das Licht der Öffentlichkeit.« (S. 237)

Dies ist um so besser möglich, wie mehrere Autoren des Sammelbandes »Geld ist genug da« ausführen, weil auch Geld und Medien eine – wie man am italienischen Beispiel Berlusconi eindrucksvoll studieren kann – demokratiegefährdende Verbindung eingehen können. So findet es Otto Köhler rückblickend geradezu idyllisch, wenn Paul Sethe 1955 Pressefreiheit als die »Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten« definierte. Heute, so Köhler, der seine Auffassung am »System Metro/ Kirch« exemplifiziert, seien aus den 200 allenfalls noch 20 Reiche geworden, die die herrschende Meinung bilden. (S. 128)

Besagtes System Metro/ Kirch, eine »Symbiose von gigantischen Handelsunternehmen mit kommerziellen Fernsehstationen, ist das System der Zukunft. Das Werbefernsehen einschließlich seines redaktionellen Umfeldes weckt die richtigen Konsumwünsche. Das Handelsunternehmen Metro erfüllt sie und zwingt seine Lieferanten zugleich, mit Werbeaufträgen die Kirch- und Metrosender zu finanzieren.« (S. 133) Daß der derzeitige Bundeskanzler mit Medienzar Kirch befreundet ist, wirkt unterstützend, ist aber für das Funktionieren der Meinungsmanipulation nicht erforderlich.

Der hier zitierte Aufsatz ist einer von rund dreißig Beiträgen eines Kongresses, die die Herausgeber für die Buchveröffentlichung ausgewählt haben. Bei dem Kongreß handelt es sich um den »Sozialpolitischen Ratschlag über Reichtum in Deutschland«, der im November 1995 in Hamburg mit dem Ziel stattfand, den eingangs erwähnten Nebel über der bundesdeutschen Reichtumslandschaft etwas zu lichten.

So begrüßenswert dieses Ziel mir scheint, so unterschiedlich erhellend wirken die abgedruckten Referate. Wie häufig bei Tagungsbänden sind die Beiträge sowohl vom Umfang als vom Anspruch wie der (wissenschaftlichen, publizistischen) Qualität recht differenziert zu bewerten, wobei im folgenden eher die – nicht in der Minderheit befindlichen – besonders lesenswerten Beiträge hervorgehoben werden.

Positiv ist dabei zunächst auf die editorische Arbeit einzugehen. Die Herausgeber haben den Band überzeugend in fünf Kapitel gegliedert. »Wie die Reichen reicher werden« (S. 13-S. 69) – auf diese Frage geht zunächst einer der Pioniere der Reichtumsforschung, Ernst-Ullrich Huster, ein. Huster, über die Armutsforschung zu seinem Thema gekommen, beschreibt die Veränderungen in der Lebenslage, wenn eine bestimmte Reichtumsgrenze überschritten wird. Wenn ab einem monatlichen Einkommen etwa von 10.000 DM nur noch relativ geringe Einkommensanteile für die Lebenshaltung benötigt werden, wächst die ökonomische Freiheit – mit Brecht ausgedrückt: »Nur wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm«. So betrachtet, ist »Reichtum« ebenso wie Armut eine Massen-erschei-

nung, folgerichtig stellt Huster die Frage: Wieviel Abstand zwischen Arm und Reich verträgt die Gesellschaft?

Weitere Beiträge zum *ersten* Kapitel: Stefan Welzk und Rainer Roth untersuchen in ihren Aufsätzen die steuerpolitische Reichtumsproduktion, Klaus Steinitz erläutert, wie an der deutschen Vereinigung verdient werde und Hans See geht darauf ein, daß es neben den legalen (nicht legitimen) Möglichkeiten für die Reichen, noch reicher zu werden, auch wirtschaftskriminelle Bereicherung gibt.

Das *zweite* Kapitel »Wie das Kapital zusammenwächst und seine Macht erweitert« (S. 70-102) wird mit einem kurzen Überblick von Jörg Huffs Schmid zu aktuellen Tendenzen der Kapitalkonzentration eingeleitet: »Die marktradikale Deregulierungspolitik ... hat zu neuer unkontrollierbarer Zusammenballung privater Wirtschaftsmacht geführt, deren Einfluß demokratische Willensbildungsprozesse ... unterlaufen kann.« (S. 78) Dagegen müßten internationale Kontrollinstitutionen wirksam werden, die auch Fred Schmid gegen die grassierenden internationalen Finanzspekulationen fordert.

Dem *dritten* Kapitel »Wie die Kapitalmacht auf die Köpfe wirkt« (S. 103-157) ist der angesprochene Beitrag von Otto Köhler zugeordnet. Instrukтив hier auch die Skizze des wirtschafts«wissenschaftlichen« Neoliberalismus, dessen sozialdarwinistisch beeinflusste hochgradige Ideologie- und Demokratiefeindlichkeit Herbert Schui ebenso lesbar darstellt wie, gleichsam en passant, die dagegenstehende keynesianische Theorie. Ohne Illusionen verweist Schui auf den erheblichen Einfluß der Neoliberalen im akademischen Bereich und in der Politik – inzwischen auch in der SPD, der vormals keynesianisch-reformistischen Hochburg par excellence.

Im *vierten* Kapitel »Wie der Sozialstaat ausgebeutet wird« (S. 153-212) gehen die Autoren unter verschiedenen Aspekten den etwas anderen Sozialschmarotzern nach, von denen in den Medien selten zu hören ist. Eberhard Dähne beschreibt am Beispiel von Frankfurt am Main die private Bereicherung im Immobilienbereich durch eine willfähige – auch rot/grüne – Boden- und Baupolitik. (S. 172-179)

Wie das Asylrecht mißbraucht wird, zeigt

Dieter Hummel. Anders als in der veröffentlichten Meinung sind es aber nicht die Flüchtlinge, die Mißbrauch betreiben, sondern skrupellose Unternehmer und willfährige bis igno-rante Behörden, die dies besorgen. Ein Beispiel ist das Betreiben von Flüchtlingslagern, zwischenzeitlich zum öffentlichen Skandal in Niedersachsen geworden. In Leipzig »wurde am Stadtrand ein Lager eingerichtet ... Innerhalb des Zaunes stehen ehemalige DDR-Bauwagen. Betreiber des Lagers ist die G&V Grundstücksverwaltung aus Pirmasens.« Für die dort untergebrachten 300 Flüchtlinge überwies die Stadt Leipzig 1993 monatlich 137.000 DM. »Das ergibt eine Monatsmiete von 456 DM pro Person. Den einzelnen Bewohnern stehen ca. 4,5 qm Fläche zur Verfügung. Das bedeutet einen Quadratmeterpreis von ca. 100 DM pro Monat. Die Investitionen in die Bauwagen betrugen pro Wagen 1000 DM.« (S. 182)

Im *fünften* Kapitel schließlich geht es darum, »Wofür wir das Geld brauchen« (S. 193-244). Hier wird der Bogen zur Sozialpolitik geschlagen, eine gesellschaftsintegrierende Verteilung des Reichtums gefordert und – etwa von Joachim Bischoff – Wege dazu angedeutet. Eckart Spoo entfaltet sechs Bereiche, für die Geld benötigt werde: »Beschäftigung; Grundsicherung, höhere Masseneinkommen, höherer Lebensstandard; Umweltschutz; Ausbau des Gemeinwesens; breite Entfaltung der Demokratie; Sicherheit und friedliche Entwicklung.« (S. 217 f.)

Der Band schließt mit der »Hamburger Ermutigung«, die dazu aufruft, den Reichtum seiner Diskretion zu entkleiden. Geredet werden müsse über die Skandale, die mit der Gesellschaftsspaltung verbunden seien, über Verschwendung und Ungerechtigkeit dürfe nicht länger geschwiegen werden. »Denn wenn wir schweigen, machen wir uns mitschuldig an den Verwüstungen, die ein entfesselter Kapitalismus anrichtet, und machen die mutlos, die schlechter leben als wir.« (S. 244)

Einen Anfang dazu haben Autoren und Herausgeber des besprochenen Bandes geleistet. Damit es weitergeht, ist dem Buch die weiteste Verbreitung zu wünschen – besser ein kleines Medium, das wir haben, als die vielen großen, die die anderen haben.

FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingekamert werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht über-

schreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 50	je	2 DM
Heft 51 bis 62	je	4 DM

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI (V.i.S.d.P.), ARNDT HOPFMANN,
MARION KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF

Herausgeber.: Förderverein Konkrete Utopien e.V.

Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER

Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Geschäftsführerin: RUTH KAMPA

Verlagsarbeiten: MONIKA NOACK

Satz: MARION KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,

10178 Berlin (Tel.: 030 – 2 40 09-561)

Druck: Druckerei am Bärenzwinger GmbH,

Rungestraße 3-6, 10179 Berlin

Vertrieb: AVZ GmbH, PF 66,

12414 Berlin (Tel.: 030 – 53 33 43 62)

Einzelverkaufspreis: DM 7,50

Jahresabonnement (incl. Versand):

DM 80,00 (Inland), DM 98,00 (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): DM 120,00